„Transfer total? Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck“

Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Heinz Nixdorf Stiftung
Universität Hamburg

Herausgegeben von
Barbara Frenz und Dieter Lenzen

Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Heinz Nixdorf Stiftung
Universität Hamburg

Veröffentlichungen der
Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Band 98

Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Heinz Nixdorf Stiftung
Universität Hamburg

XVI. Hochschulsymposium
22./23. März 2022 im
Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

„Transfer total?
Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck“

Herausgegeben von Barbara Frenz und Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Lenzen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme. Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN: 978-3-947526-05-5

© 2022 Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberschutzgesetzes ist ohne Zustimmung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systeme.

Satz: Mazany – Werbekonzeption und Realisation, Düsseldorf
Printed in Germany

Transfer total?
Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck“

Inhalt

Begrüßung

Dr.-Ing. **Horst Nasko** 9

Prof. Dr. **Hauke Heekeren** 12

Prof. Dr. Dr. h. c. **Dieter Lenzen** 16

Eröffnungsvortrag

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Andreas Voßkuhle** 21

Das Rationalitätsversprechen des demokratischen Verfassungsstaates in der „Post-Truth-Era“

Transfer total? Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. **Ulrike Ackermann**

Prof. Dr. **Markus Gabriel**

Prof. Dr. **Birgitt Riegraf**

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Andreas Voßkuhle**

Moderation

Dr. **Barbara Hans** 38

Begrüßung zum zweiten Tag des Symposiums

Barbara Frenz 71

Transfer revisited: Wissenschaft und Politik in neuer Abhängigkeit?

Podiums- und Plenumsdiskussion

Prof. Dr. **Antje Boetius**

Staatssekretär Dr. **Dirk Günnewig**

Prof. Dr. **Hans Hofmann**

Prof. Dr. **Sabine Maasen**

Prof. Dr. **Wolfgang Merkel**

Moderation

Dr. h.c. **Heike Schmoll** 77

Risiken und verlorene Chancen internationaler Wissenschaftskooperation – was jetzt?
Podiums- und Plenumsdiskussion
Prof. Dr. **Peter-André Alt**
Prof. Dr. **Kurt Deketelaere**
Prof. Dr. **Jan-Werner Müller**
Dr. **Ulrich Wandschneider**

Moderation
Dr. **Jeanne Rubner** 110

Digitalisierung und Transfer – Neue Risiken, neue Chancen
Podiums- und Plenumsdiskussion
Prof. Dr. **Heinrich Arnold**, Geschäftsführer Deutsche Digital, Berlin
Barbara Diehl, Chief Partnership Officer, Bundesagentur für Sprunginnovationen, Leipzig
Prof. Dr. **Uwe Elsholz**
Prof. Dr. **Armin Nassehi**, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und Gesellschaftstheorie,

Moderation
Dr. **Marc Beise** 144

Schlußwort
Prof. Dr. Dr. h.c. **Dieter Lenzen** 172

Anhang
Verzeichnis der Referenten und Diskussionsteilnehmer 176

Redaktionelle Nachbemerkung 179

Veröffentlichungen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung 180

Leitung des Symposiums
Barbara Frenz
Geschäftsführerin der Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Prof. Dr. Dr. h.c. **Dieter Lenzen**
Präsident a.D. der Universität Hamburg

Eröffnung des Symposiums

Horst Nasko

Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Heinz Nixdorf Stiftung und zugleich auch im Namen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung begrüßen wir Sie sehr herzlich zu unserem XVI. Hochschulsymposium „Transfer total? Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck“. Unsere Hochschulsymposien, das wissen diejenigen von Ihnen, die schon öfter dabei waren, werden stets gemeinsam mit einer renommierten Hochschule veranstaltet. Diesmal freuen wir uns sehr, dass wir die Universität Hamburg gewinnen konnten, mit uns dieses Symposium durchzuführen. Deswegen begrüße ich sehr herzlich Herrn Professor Lenzen, den bisherigen Präsidenten der Hochschule, mit dem wir schon 2007 ein Symposium veranstaltet haben – damals zu dem Thema „Going global – Die Universitäten vor neuen nationalen und internationalen Herausforderungen“ – ebenfalls ein Thema, das aktueller kaum sein könnte.

Ich begrüße auch Sie, lieber Herr Professor Heekeren, den jetzigen Präsidenten der Universität Hamburg. Vielen Dank auch Ihnen, dass wir hier in diesem wunderschönen Gebäude sein dürfen. Den Hausherren und

Direktor der Staatsbibliothek Herrn Zepf, begrüße ich ebenfalls herzlich und danke Ihnen für die freundliche Aufnahme.

Es ist üblich, dass wir am Abend mit einem Vortrag und einer einleitenden Diskussion beginnen. Das ist immer ein Highlight unserer Veranstaltung. An dieser Stelle haben wir nun die große Freude, den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und Direktor des Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg zu begrüßen. Herzlich willkommen, Herr Professor Voßkuhle, wir sind sehr neugierig auf Ihren Vortrag und die Diskussion.

Das erste gemeinsame Hochschulsymposium fand im Jahr 2001 statt, und seitdem haben wir 15 Veranstaltungen zu aktuellen Themen durchgeführt. Es ist uns auch diesmal wieder gelungen, führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft einzuladen und teilnehmen zu lassen. Und das ist in erster Linie ein Verdienst von Ihnen, Frau Frenz, wie Sie es immer wieder schaffen, so prominente Persönlichkeiten zu gewinnen und für uns einzuladen.

Heute und morgen widmen wir uns dem Thema „Transfer in der Wissenschaft". Es ist ein Thema, das meiner Ansicht nach einen aktuellen Anlass bietet, den ich kurz streifen will, um die derzeitige Bedeutung von Wissenschaft zu zeigen. Es geht um die Entwicklung der mRNA-Technologie und die Entwicklung der Impfstoffe. Ich habe mir die Problematik und auch die Vergangenheit angeschaut und habe festgestellt, dass dieses Thema in der Wissenschaft schon seit drei Jahrzehnten intensiv betrieben wird. Aber es ist lange Zeit nicht gelungen, dieses Protein zu definieren, besser gesagt zu extrahieren, weil es sehr flüchtig ist und sich sofort auflöst. 1987 hatte schon ein Doktorand am Institut für Biological Studies in La Jolla in Kalifornien als erster die Idee, wie man dieses Protein stabilisieren kann. Er hat im Rahmen seiner Dissertation festgestellt, dass es durch eine Kombination von Microbubbles (eine Mischung von mikro-kleinen Fettkörperchen), möglich war, ein Protein zu stabilisieren und stabil zu halten. Das hat in der ganzen Wissenschaftswelt einen Run ausgelöst, weil alle dachten: Jetzt geht es los, jetzt können wir das Protein verwenden, um alle möglichen Drugs herzustellen, Krankheiten zu heilen und anderes mehr. Aber es stellte sich heraus, dass es doch nicht so einfach war. Denn als man versuchte, die Mischung aus den Bubbles und dem Protein in lebendes Gewebe zu injizieren, sorgte das Immunsystem dieses lebenden Gewebes dafür, dass es als Feindkörper erkannt und gleich wieder eliminiert wurde. Hunderte von Forschern in der ganzen Welt haben dazu erfolglos Tierversuche gemacht. Bis ungefähr um die Jahrhundertwende eine Ungarin, die an der Penn-Universität in Pennsylvania arbeitete, sich mit dem Thema beschäftigte und zu-

nächst auch große Schwierigkeiten und keinen Erfolg hatte. Dann stellte sie eines Tages bei einer neuen Probenzusammenstellung fest, dass es doch eine Mischung gibt, mit der man vermeiden kann, dass das Immunsystem diese Injektionen angreift. Das war der Durchbruch und die ganze Welt hat sich damit beschäftigt. Auch in Deutschland an der Universität Tübingen verfolgte der Biologe Hoerr die Forschung. Und in Mainz waren es die beiden Mediziner Uğur Şahin und Özlem Türeci, die sich damit intensiv befasst und es schließlich auch erfolgreich entwickelt haben. Aber die Frau, die es als Erste überhaupt möglich gemacht hat, ist die Ungarin Katalin Karikó. Sie lehrt immer noch an der Penn University, arbeitet jetzt aber gleichzeitig bei Biontech. Diese modifizierte RNA ist also in der Lage, die Barriere zu überwinden. Die Firma Moderna beispielsweise hat auch mRNA-Stoffe entwickelt und von „modifiziertes RNA" leitet sich auch der Firmenname ab. Wir wissen natürlich, dass die Firmen Moderna und Biontech es wirklich hervorragend gemacht haben, indem sie prominente oder sehr potente Berater ins Boot geholt haben. So beispielsweise die Strüngmann-Brüder oder Pfizer und damit einhergehend Erfahrung in weltweiter Logistik, in der Produktion, im Vertrieb oder auch für die Zulassung von neuen Medikamenten.

Es zeigt sich hier also, dass die Wissenschaft ohne staatliche Führung, ohne Koordinierung, allein auf sich gestellt in der ganzen Welt auf dem Gebiet gearbeitet und Resultate erzielt, diese veröffentlicht und einen gelungenen Transfer bewiesen hat, ohne dass es von außen koordiniert war. Es war eine freie und ungesteuerte, wissenschaftliche und globale Tätigkeit und eine weltweite Leistung. Ich finde, das passt gut zu unserem Symposium, in dem wir über Transfer und über die Steuerung von Wissenschaft sprechen wollen.

Jetzt bleibt mir eigentlich nur noch Herrn Pofessor Lenzen und Frau Frenz zu danken, die gemeinsam die wissenschaftliche Leitung des Symposiums übernommen haben. Sie haben die Panels zusammengestellt und für einen großen Zuspruch zu dieser Veranstaltung gesorgt. Auch den Teams, die hier an der Hochschule und bei der Hanns Martin Schleyer-Stiftung dieses Symposium ermöglicht haben, gebührt herzlicher Dank für ihre Arbeit. Herr Professor Heekeren, Sie haben das Wort.

Hauke Heekeren

Begrüßung

Einen wunderschönen guten Abend. Es ist ein ganz ungewohntes Gefühl, so ein gefüllter Saal. Sehr schön.

Sehr geehrte Frau Geschäftsführerin der Hanns Martin Schleyer-Stiftung,
sehr geehrter Herr stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Heinz Nixdorf Stiftung,
sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D.,
sehr geehrter Herr Präsident unserer Universität Hamburg a. D.,
lieber Dieter,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten und Panelisten dieses Symposiums,
sehr geehrte liebe Gäste,

ich freue mich sehr, Sie heute hier als Präsident der Universität Hamburg in dem wunderschönen Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek begrüßen zu dürfen. Wir sind hier für eine Tagung zusammengekommen, deren hochaktuelles Thema „Transfer total? Wissenschaft zwischen Kernaufgaben

und neuem Erwartungsdruck“ durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mitten in Europa auf tragische Weise weitere Aktualität erhalten hat. Ein Krieg, der die demokratische Friedensordnung in Europa erschüttert und der für uns alle Fragen aufwirft. Für uns als Akteurinnen und Akteure in Forschung, Lehre und Bildung stellt sich die Frage, welche Rolle Wissenschaft und Forschung in der Zivilgesellschaft spielen und welche sie spielen sollen. Die Sicherheit, dass Kriegsereignisse in Europa weit in der Vergangenheit liegen, wurde uns mit dem 24. Februar genommen. Die Wissenschaft steht deshalb vor Fragen, wie sie mit der neuen Situation umgehen soll. Zunächst mussten wir ganz pragmatisch Themen behandeln, wie beispielsweise die zum Umgang mit russischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, zur Aufnahme ukrainischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder auch, wie wir den Studierenden unserer Universität, die direkt von den Folgen des Krieges betroffen sind, helfen können. Hier haben die Hochschulen sehr zügig reagiert und konkrete Hilfs- und auch Unterstützungsangebote aufgebaut. Schon in den ersten Tagen in meinem neuen Amt haben mich die Mitglieder der Universität Hamburg mit ihrer sehr zupackenden Hilfsbereitschaft wirklich beeindruckt. Aber auch die großen Linien sind ebenfalls betroffen: Forschung, Lehre und Bildung sind ohnehin wesentliche Aufgaben der Universitäten – gerade auch für die Zivilgesellschaft. Wie können wir dieser Rolle vor dem Hintergrund des Krieges gerecht werden? Was erwarten die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, aber auch die Kultur von Universitäten nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund des Krieges? Wo sehen wir selbst unsere Rolle und wie wollen wir diese ausüben?

Die Erfahrungen aus den ersten beiden Jahren der Pandemie liefern Ansätze zur Beantwortung dieser Fragen. Zumindest für Teile der Öffentlichkeit ist sichtbar geworden, dass Hochschulen mit ihrer wissenschaftlichen Expertise die Politik beraten können und dadurch einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten – abgesehen von den unverzichtbaren Beiträgen wie der Entwicklung von Schnelltests, PCR-Tests, Impfungen und Medikamenten, worauf mein Vorredner bereits hingewiesen hat.

Wir haben aber auch gesehen, dass wir manche Teile der Gesellschaft nur sehr schwer erreichen. Nicht zuletzt aus diesen Erfahrungen folgt für mich, dass wir intensiv an der weiteren Öffnung zur Gesellschaft arbeiten müssen, dass wir gefordert sind, uns mehr mit den Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen und zu zeigen, wie erfolgreiche Wissenschaftskommunikation aussehen kann. Wir müssen noch bessere Ansätze entwickeln, die erlebbar machen, wie wir arbeiten und welche maßgebliche Bedeutung die Forschung für die Gesellschaft und deren Zukunft hat. Wir brauchen einen

intensiveren Dialog der Universität mit der Gesellschaft in ihren vielen Facetten. Ich bin davon überzeugt, dass Wissenschaft ein unverzichtbarer Teil der Lösung der großen Herausforderungen dieser Welt ist. Wenn ich das nicht wäre, wäre ich auch vermutlich nicht der richtige in diesem Amt. Weil die Wissenschaft maßgeblich zur Wissenserneuerung und Gestaltung beiträgt, ist sie eben konstitutiver Bestandteil von Demokratien und eine der wesentlichen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wir haben die Aufgabe, bei Bürgerinnen und Bürgern Sachkompetenz, kritische Urteilsfähigkeit und ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme zu entwickeln, und dies auf wissenschaftlicher Grundlage. Das gilt über den Ukrainekrieg und die Pandemie hinaus für alle großen Fragen des Jahrhunderts. Dazu zählen etwa der Klimawandel oder auch die sozioökonomische Transformation der Gesellschaften. So komplex diese Herausforderungen sind, so sehr muss unser Ansatz sein, die wissenschaftliche Expertise unserer Universität und der Universitäten allgemein in die Breite zu bringen. Ein umfassendes Transferverständnis und gute Wissenschaftskommunikation sind daher auch für uns hier an der Universität Hamburg wesentliche Leistungsdimensionen. Einen wichtigen Schritt haben wir bereits getan mit der Gründung unserer Transfer-Agentur, die für den Transfer sensibilisiert, ihn fördert und auch sichtbar macht. Und ein weiterer wichtiger Baustein ist das Exzellenzvorhaben PUSH, Public Understanding of Science, das Wissen in die Gesellschaft und die Öffentlichkeit vermittelt.

Aktuell finde ich es außerordentlich wichtig, dass wir heute und morgen gemeinsam das Rollenverständnis der Wissenschaft genauer ausloten und weitere Ansätze diskutieren können, wie sich die Wissenschaft noch mehr öffnen kann. Das Programm dieser Tagung steht ganz unübersehbar im Zeichen des Wissenstransfers in diesem Sinne. Sie wird gemeinschaftlich von zwei Stiftungen und unserer Universität organisiert. Die Panelisten sind Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Wir brauchen mehr derartige Synergien, um die Öffnung zur Gesellschaft weiter voranzutreiben.

Ich freue mich jetzt sehr auf den Vortrag von Herrn Professor Voßkuhle und auf die hochkarätig besetzten Panels. Und ich möchte zu guter Letzt noch mal meinen Dank aussprechen an die Hanns Martin Schleyer-Stiftung, an die Heinz Nixdorf Stiftung und an meinen Vorgänger im Amt, den lieben Dieter Lenzen, die Sie gemeinsam diese Tagung bereits seit 2019 geplant und trotz Verschiebungen aufgrund der Corona-Pandemie tatsächlich heute möglich gemacht haben – ein gutes Zeichen für Resilienz. Ich wünsche Ihnen und uns allen eine erfolgreiche Tagung, spannende

Gespräche und neue Erkenntnisse, die wir in unserer Arbeit nutzen können. Seien Sie ganz herzlich willkommen hier an der Universität Hamburg.

Dieter Lenzen

Begrüßung

Meine Damen und Herren,

zunächst einmal eine herzliche Begrüßung an Sie alle, aber insbesondere an Frau Frenz, mit der ich nicht nur dieses Symposium, sondern gemeinsam schon viel veranstaltet haben. Einen lieben Gruß an Dich, lieber Hauke, auch in Deiner neuen Rolle als Präsident dieser Universität. Und ich begrüße besonders auch Herrn Voßkuhle. Herr Voßkuhle, wir hatten ja mal vorgehabt, wenn Sie nicht ins Bundesverfassungsgericht geflüchtet wären, einen Verbund der Exzellenzuniversitäten zu gründen. Wer weiß, was wir noch alles machen können. Vor allen Dingen begrüße ich aber auch diejenigen, die in den Panels mitmachen und Frau Hans, die heute moderieren wird.

Als wir vor langer Zeit – noch vor der Corona-Krise und natürlich auch vor dem Ukrainekrieg – miteinander entschieden haben, diese Tagung zum Thema „Transfer“ zu veranstalten, war der Impuls dazu noch nicht von Krisen bestimmt. Wir beobachteten vielmehr, dass von verschiedenen Seiten der Politik, der Wirtschaft, aber auch von Teilen der Bevölkerung der Druck die Erwartung stieg, Wissenschaft möge doch in vermehrtem Maße trans-

ferfähiges Wissen generieren und dieses nicht nur durch Ausbildung, sondern auch durch Wissenschaftskommunikation – wir haben das am Beispiel von PUSH (Public Understanding of Science and Humanities) eben schon gehört – verbreiten. Dabei wurde oftmals an den Technologietransfer gedacht – das ist ja eine ältere Idee – manchmal auch an Formen des Transfers in den politischen Raum und in die Politikberatung hinein. Seltener ging es um Transfer in die Kultur, was aber eigentlich dazugehören muss. Die uns gegenwärtig gefangen haltenden Krisen lassen diese Erwartungen allgemeiner Art aber banal erscheinen.

Was heute zu Recht von vielen Institutionen der Gesellschaft, aber insbesondere auch von der Wissenschaft erwartet wird, ist einen signifikanten Beitrag zur Prognose von Krisen zu leisten, genauso wie zu deren Bewältigung. Im Falle der Corona-Krise, die nicht beendet, aber doch in ihrem Schrecken zumindest nach heutigem Stand vielleicht ein Stück weit relativiert werden konnte, war Wissenschaft – wir haben das vorhin schon gehört, Herr Nasko, einen lieben Gruß auch an Sie – insbesondere die Lebenswissenschaften in großem Maße beteiligt. Es ist Wissenschaft, die es vermocht hat, innerhalb kürzester Zeit nicht nur Testinstrumente für diese Krankheit zu entwickeln, sondern auch Impfstoffe und inzwischen außerdem Medikamente für die Behandlung akuter Erkrankungen. Die Wissenschaft hat hier in vorbildlicher Weise ihre Existenzberechtigung unter Beweis gestellt. Dabei spielt es keine Rolle, dass nicht alle Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit einer Stimme gesprochen haben, sondern verständige Teile der Bevölkerung haben begriffen, dass der wissenschaftliche Diskurs und Meinungsaustausch ein Bestandteil der Wahrheitssuche und der Suche nach Problemlösungen sind.

Im Falle des Ukrainekrieges hingegen sind die Urteile über die Transferfähigkeit von Wissen aus den Sozialwissenschaften, insbesondere der Politikwissenschaft, aber auch der Risiko- und Sicherheitsforschung nicht so einfach. Während im Falle der Corona-Krise das RKI schon 2013/14 eine Modellstudie mit dem simulierten Verlauf einer solchen Pandemie vorlegen konnte, also prognosefähig war, ist die Lage in Bezug auf die Prognose eines Angriffskriegs aus Russland nicht so eindeutig zu beurteilen. Wenn man von pseudowissenschaftlichem Geraune in Talkshows absieht, gibt es nur wenige klare Prognosen über die zu erwartenden Aktivitäten Russlands oder auch der anderen Länder und die Psychopathologie der jeweiligen Führer. Das war schon einmal im Vorfeld der sogenannten „Wende“ so. Eine Prognosefähigkeit der Wissenschaft für ein solches Ereignis, was ja nicht vom Himmel fällt, existiert schlicht nicht. Für die Geheimdienste zumindest trifft dies teilweise nicht zu. Es dürfte keine Frage sein, dass mit dem vor-

bildlichen Beispiel auf der einen Seite und der Enttäuschung über die Prognosefähigkeit der Politikwissenschaft oder anderer Sozialwissenschaften auf der anderen Seite, das Thema „Transfer“ heute eine ganz neue Brisanz erfahren hat. Dabei besteht das Risiko, dass man im Gedränge neuer Erwartungen an die Wissenschaft, die gelegentlich mit der Rede von der „Third Mission“ gekennzeichnet sind, das kontinentaleuropäische Verständnis von Wissenschaft und insbesondere von Universität unreflektiert hinter sich lässt.

Dieses Verständnis von Universität erfüllte sich 1810 genau genommen in vier Einheitsformeln: Erstens der Formel von der Einheit von Forschung und Lehre, zweitens der Einheit der empirischen Wissenschaften durch die Philosophie, drittens der Einheit von Wissenschaft und dem Ziel der humanen Höherbildung der Menschheit sowie viertens der Einheit von Wissenschaft und universaler Aufklärung. Wenn jetzt ein vordergründiges Transferverständnis im Sinne des Ablieferns von Wissen für allfällige Problemlagen zum Normalfall von Universitäten würde, wären die Folgen nicht unmittelbar, aber doch kurz- bis mittelfristig problematisch. Denn schon jetzt ist die Einheit von Forschung und Lehre nicht mehr gegeben, da große Teile der Forschung außerhalb von Universitäten stattfinden. Schon jetzt spielt die Philosophie oder philosophische Reflexion keine nennenswerte Rolle mehr bei dem Zusammenklang der empirischen Wissenschaften. Schon jetzt fällt es vielen Fachvertreterinnen und -vertretern in ihrer Spezialisierung schwer, ihren Auftrag für eine humane Bildung der nachwachsenden Generation überhaupt zu verstehen, geschweige denn auch tatsächlich auszuführen. Und schon jetzt tritt der Auftrag universaler Aufklärung oftmals hinter die Erwartung zurück, bitte doch epochale, globale oder auch nur regionale und zeitlich begrenzte Problemlösungen abzuliefern.

Das ist, was wir versucht haben, im Untertitel des Symposiums zu fassen: Wir müssen unseren Platz irgendwo zwischen den Kernaufgaben von Wissenschaft und neuen Erwartungen finden. Wir müssen die Kernaufgaben erneut ins Auge fassen, nämlich Grundlagenforschung und allgemeine Menschenbildung durch Wissenschaft. Wir müssen aber gleichzeitig auch der Erwartung der Gesellschaft gerecht werden, die uns und den gesamten Betrieb finanziert, einen Beitrag zu ihrem guten Leben – und inzwischen müssen wir leider sagen zum Überleben – zu leisten. Wir möchten diese Ortsbestimmung, die eigentlich mehr eine Zeitbestimmung ist, versuchen zu realisieren: Durch die Auswahl der Subthemen und vor allem der exzellenten Expertinnen und Experten am Geschehen der heutigen Eröffnungsveranstaltung und dann natürlich morgen in den drei Panels.

Die substanzielle Eröffnung leistet der langjährige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Kollege Voßkuhle, mit seinem Eröffnungsvortrag: „Das Rationalitätsversprechen des modernen Staates“. Dieser Titel appelliert – ausgesprochen, unausgesprochen – an die Gründungsidee der Berliner Universität, die sich in den vier genannten Einheitsformeln verwirklichte. Zum Rationalitätsversprechen gehört sicher mehreres. So zum einen der staatliche Betrieb von Forschung und Lehre überhaupt, aber dies vor allem unter dem Verdikt von Vernunft zu leisten.

Es ist eben vernünftig, Wissenschaft, die eines besonders braucht – und das ist Zeit – langfristig anzusetzen und nicht kurzfristigen Erwartungen zu opfern. Da Wissenschaft sich nicht aus sich selbst heraus, gewissermaßen ressourcenfrei, regenerieren kann, ist sie auf die Zustimmung der Öffentlichkeit angewiesen, die sich in der demokratischen Gesellschaft auch in Politik manifestiert. Platt gesagt: Wissenschaft kostet Geld. Wer zahlt, bestimmt auch was gespielt wird. Da Politik bisweilen aber weit davon entfernt ist, rational zu sein, ist die Determination der Inhalte von Wissenschaft durch Politik kein Garant für Rationalität. Vielmehr kann es sich auch um die Durchsetzung schierer Partikularinteressen handeln. Insofern ist Wissenschaft unter Umständen von irrationalen Erwartungen abhängig, genauso wie Politik umgekehrt aber auch von der Rationalität der Wissenschaft abhängt, weil sonst deren Lösungen ins Leere laufen würden. Damit befasst sich morgen das erste Panel.

Gegenwärtig – seit mehr als fast 80 Jahren nicht mehr – gewinnt das Thema des zweiten Panels „Internationalität im Wissenschaftsbetrieb“ neue Bedeutung. Die naive Annahme, dass unter wissenschaftlichen Kollegen die Normen von Interessenfreiheit, von Wahrheit und dem Bekenntnis dazu selbstverständlich seien, diese Selbstverständlichkeit gilt nicht mehr. Die wissenschaftliche Kommunikation mit großen imperialistischen Mächten wie China oder Russland ist zumindest seitens deutscher Wissenschaft völlig naiv betrieben worden. Und zwar in der kindischen Annahme, Wissenschaft sei weltweit an nichts anderem als Wahrheit interessiert und somit ein lupenreiner Bestandteil des gesellschaftlichen Systems Wissenschaft. Diese Annahme ist falsch. Es gibt Länder – und die genannten gehören dazu – in denen Wissenschaft nicht Bestandteil des Wissenschaftssystems, sondern des politischen Systems, des wirtschaftlichen Systems oder sogar des militärischen Systems ist. Das bedeutet aus systemtheoretischer Sicht, dass bei den Vertretern solcher Länder das Medium der Kommunikation in ihrer Wissenschaft eben nicht Wahrheit, sondern – je nach Herkunft – Macht, Geld oder Gewalt ist. Die Idee, man könne durch die Selektion von Wissenschaftsthemen Dual-Use ausschließen, ist ein weiteres Beispiel für die Welt-

vergessenheit der Wissenschaft, insbesondere sicher auch in Deutschland. Es wird also darauf ankommen, dass Wissenschaft sich mit der Frage auseinandersetzt, nicht ob, sondern welche Dual-Use-fähige Forschung sie tatsächlich betreibt oder sogar betreiben muss. Dazu wird auch die Frage gehören, ob und welchen Beitrag Wissenschaft zur Landesverteidigung und zur Verteidigung der demokratischen Gesellschaft zu leisten bereit ist.

Das dritte morgige Panel steht unter dem etwas unhandlichen Titel „Digitalisierung und Transfer – neue Risiken, neue Chancen". Ja, es gibt neue Risiken. Die zahlreichen Cyberattacken gegen politische Institutionen, wirtschaftliche Unternehmen und sogar wissenschaftliche Einrichtungen – wir haben ja mehrere Beispiele in Deutschland erlebt – zeigen das. Auf diese kann nur mit Cyber-Verteidigung reagiert werden, möglicherweise auch mit Vorwärtsverteidigung. Das werden wir sehen und die Mitglieder dieses Panels versuchen, auszuloten, was das bedeutet. Die Erwartung an die Wissenschaft, im Besonderen an die Informatik, hier sozusagen Firewalls aufzubauen, ist da und wird sich verstärken. Wie wir sehen, sind die Dinge, wie sie immer sind, janusköpfig. Das Ergebnis dieses Symposiums kann also nicht darin bestehen, den richtigen Weg für Transfererwartungen zu definieren, sondern aufzuklären über nicht erfüllbare und vor allem nicht angemessene Erwartungen auf der einen Seite, aber auch legitime Transfererwartungen unter Absicherung der Kernaufgaben von Wissenschaft auf der anderen Seite. Es wird sich zeigen, ob daraus ein Fazit gezogen werden kann. Wenn das Fazit darin bestehen könnte, uns selbst aufzufordern, legitime von illegitimen Erwartungen zu unterscheiden, dann ist eine Menge erreicht. In diesem Sinne wünsche ich uns allen gute Ideen durch Reden und Zuhören und bin sicher, dass das zwangsläufig der Fall sein wird.

Andreas Voßkuhle

Eröffnungsvortrag
Das Rationalitätsversprechen des demokratischen Verfassungsstaates in der „Post-Truth-Era“

Sehr geehrter Herr Präsident der Universität Hamburg,
lieber Herr Heekeren,
liebe Frau Frenz,
lieber Herr Lenzen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

I. Ausgangspunkt: Verlorene Gewissheiten

Als eine „Zweckschöpfung der politischen Vernunft“[1] und „Kind der Aufklärung“ ist der moderne demokratische Verfassungsstaat als Institution und Arbeitszusammenhang getragen vom Glauben an die Begreifbarkeit und Beherrschbarkeit der Welt mit den Mitteln des Verstandes.[2] Die staatlichen Akteure sollen sich bei ihrer Tätigkeit nicht von Spekulationen, Magie, Intuition, Metaphysik, Religion oder unhinterfragten Traditionen leiten lassen, sondern von nachvollziehbaren, „vernünftigen“ Gründen.[3] Genau darauf gründet das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger in unser Gemeinwesen, selbst wenn sie die Rationalität einer Entscheidung nicht

richtig beurteilen können oder in Bezug auf eine konkrete Entscheidung anderer Meinung sind. Selbstverständlich ist die vollkommene Rationalität jeder staatlichen Handlung in der Praxis nicht garantiert. Indem freiheitlich orientierte demokratische Verfassungsstaaten aber die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Rationalitätsdefizite immer wieder zum Thema gemacht werden können, sei es durch die Opposition im Parlament, Gerichte[4] oder protestierende Bürgerinnen und Bürger, kreieren sie zugleich einen permanenten gemeinwohlbezogenen Reflexions- und Argumentationszusammenhang, der die Rationalitätserwartungen stabil hält.[5]

Mittlerweile fällt es jedoch offensichtlich immer schwerer, sich auf gemeinsame Realitäten und Rationalitätsanforderungen zu einigen. Wir leben in einer Zeit, in der Fake News, alternative Wahrheiten, Verschwörungstheorien, Wissenschaftsfeindlichkeit und Subjektivismen unterschiedlichster Art die Wahrnehmung der Welt immer stärker prägen. Aktuelle Bücher mit Titeln wie „Brüchige Wahrheit“[6], „The Death of Expertise“[7], „The Misinformation Age“[8], „Truth Decay“[9], „The Fight Against Doubt“[10] oder „Post-Truth“[11] vermitteln einen Eindruck von der gegenwärtigen Lage. In einer vielbeachteten Analyse kommen die australischen Kognitionspsychologen *Stephan Lewandowsky*, *Ullrich Ecker* und *John Cook* zu dem Ergebnis: „Wir befinden uns in einer Situation, in der ein Großteil der Bevölkerung in einem epistemischen Raum lebt, in dem auf die herkömmlichen Kriterien von Beweisführung, innerer Widerspruchsfreiheit und Faktensuche verzichtet wird. [...] Ein unübersehbares Merkmal der Welt der Postwahrheit besteht darin, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, seine eigene Realität zu wählen, in der Tatsachen und objektive Beweise von bestehenden Überzeugungen und Vorurteilen in den Hintergrund gedrängt werden.“[12] Handelt es sich hierbei lediglich um eine Augenblicksaufnahme, die Beschreibung des Ergebnisses strategischer Desinformationskampagnen[13] und politischer Propaganda[14], oder hat das Rationalitätsparadigma als solches im 21. Jahrhundert vielleicht doch seine Überzeugungskraft verloren? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns mit den tieferen Ursachen der Erschütterung des Vertrauens in das Rationalitätsversprechen der Aufklärung auseinandersetzen. Das möchte ich im Folgenden in fünf Schritten tun (II.). Ich schließe mit einem kurzen Fazit (III.)

II. Erschütterungen des Rationalitätsparadigmas

Unser herkömmliches Verständnis von rationalen Entscheidungen basiert auf der Vorstellung, dass Menschen als vernunftbegabte Wesen in der Lage sind, hinreichend gesichertes, objektivierbares Wissen in bestimmten Bereichen zu erlangen und die Nutzung dieses Wissens zur besseren

Beherrschung und Gestaltung der realen Welt beiträgt.[15] Eine zentrale Rolle kommt insoweit Experten und der Wissenschaft[16] zu. Diese Vorstellung sieht sich durch mehrere Entwicklungen herausgefordert.[17]

1. Epistemische Probleme – Zwei Grundlagendebatten

Die erste Herausforderung ist auf einer epistemischen Ebene angesiedelt. Es handelt sich um die alte Frage, wie Philosophen und Erkenntnistheoretiker mit dem Rationalitätsparadigma und dem damit verbundenen Wahrheitspostulat umgehen. Sie kann hier nicht annähernd angemessen entfaltet, geschweige denn beantwortet werden. Ein sehr grober Überblick über widerstreitende Grundpositionen, die hier idealtypisch gegenübergestellt werden, vermag aber vielleicht eine erste Orientierung zu vermitteln.[18]

a) Rationalismus versus Skeptizismus

Seit den Ursprüngen der Philosophie denkt man darüber nach, wie es möglich ist, „dass Kreaturen wie wir, ausgestattet mit den kontingenten Fähigkeiten einer biologischen Spezies, deren ganze Existenz radikal zufällig zu sein scheint, einen Zugang zu universell gültigen Methoden objektiven Denkens haben sollten."[19] Diese Frage ist letztlich wohl nicht beantwortbar, weil unsere Ausgangsprämissen immer wieder dem Zweifel ausgesetzt sind, sodass erkenntnistheoretische Skeptiker dazu neigen, die rationale, d.h. die allgemeingültige und nachvollziehbare Begründbarkeit von Aussagen zu verneinen.[20] Ihnen zufolge manifestieren sich in unseren logischen, mathematischen und empirischen Urteilen lediglich historisch zufällige, kulturell determinierte Denkgewohnheiten, die sich wandeln. Um es an einem beliebten Beispiel[21] zu illustrieren: Bis zum Aufkommen der Relativitätstheorie und der Quantenmechanik war die Physik Newtons weitgehend akzeptiert, weil man sich hauptsächlich mit Körpern befasst hatte, die ziemlich groß und langsam waren. Erst danach stellte sich heraus, dass sie bei sehr kleinen Gegenständen und hohen Geschwindigkeiten völlig unbrauchbar war. Warum sollte es eine solche naturwissenschaftliche Revolution nicht wieder geben?[22] Für die Skeptikerin ist unser Wissen folglich nicht Wissen über die reale Welt „da draußen", sondern Wissen über unser momentanes subjektives Erleben in ihr. Diese Auffassung führt erkenntnistheoretisch zu einer Reihe weitreichender Konsequenzen: Aus Sicht des Skeptikers liegen zunächst einmal alle Behauptungen über objektive Tatsachen der Welt auf derselben kognitiven Ebene. Aus seiner Perspektive besteht kein rationalitätsrelevanter Unterschied zwischen der Aussage „Mehr als drei Leute leben gegenwärtig in China" und „Es gibt zurzeit weniger als drei Autos in Nordamerika".[23] Dieses Problem lässt sich vordergründig ent-

schärfen mit dem Hinweis auf die Solidarität innerhalb der eigenen Sprachgemeinschaft. Schwieriger wird es in den Situationen, in denen z.B. auf Gefahren oder Risiken hingewiesen wird, auf die die Sprachgemeinschaft[24] noch nicht eingestellt ist. Eine solche Situation ist uns durch den aktuellen Umgang mit COVID 19 mittlerweile hinlänglich vertraut. Wie sollen wir uns hier „sinnvoll" verständigen, wenn der Zweifel dominant ist?[25] Man kann insofern auf Intuition, Reflexion und Macht hoffen, aber die latente Desavouierung „guter Gründe" bleibt. Das führt zu hohen Kosten und damit zu einem dritten Punkt: Welchen praktischen Nutzen hat es, wenn wir aufgrund des wohl nicht erreichbaren Ideals absoluter Sicherheit über die „Richtigkeit" unserer Aussagen auch intersubjektiv überwiegend einleuchtende Beweise nicht akzeptieren, weil alles auch ganz anders sein könnte?[26] Um es plakativ zu formulieren: Die Aussage „Wer mit dem Kopf gegen die Wand läuft, tut sich weh" könnte falsch sein, aber was ist mit dieser Erkenntnis gewonnen? Nicht von ungefähr spielen solche Überlegungen in unserem alltäglichen Verhalten und auch in vielen (natur)wissenschaftlichen Zusammenhängen keine Rolle, ungeachtet des Umstandes, dass sie erkenntnistheoretisch angreifbar bleiben.[27] Deshalb sprechen gute Gründe für einen pragmatischen *Rationalitätsbegriff*[28], in den das Risiko des Irrtums integriert ist. Das soll die bleibenden Verdienste des Skeptizismus nicht schmälern: „Er erinnert uns an das inhärente Risiko, Ansprüche bezüglich Sicherheit, Wissen oder definites Wissen zu erheben".[29]

b) Realismus versus Konstruktivismus

Der erkenntnistheoretische Standpunkt des Skeptizismus wird in einigen zentralen Annahmen geteilt vom sog. *Konstruktivismus*, einem Ansatz, der die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung in den letzten Jahrzehnten weitgehend beherrscht und der den Gegenpol zum sog. *Realismus* bildet.[30] Auch für die Konstruktivistin gibt es keine reale objektive Wirklichkeit, die der Mensch erkennen kann, sondern ihrer Auffassung nach „erschaffen" die Menschen die Wirklichkeit, indem sie die „Welt" beobachten, interpretieren und sich darüber verständigen. Der konstruktivistischen Perspektive geht es um die Mechanismen und Bedingungen sozialer Konstruktionen, um die „Selbstrelativierung des Denkens und Wissens"[31] durch „Beobachtung der Beobachtung" (*Niklas Luhmann*). Das Spektrum an konstruktivistisch inspirierten Theorien ist äußerst vielfältig. An dieser Stelle sei nur verwiesen auf den Poststrukturalismus (*Jacques Lacan, Michel Foucault*), den Dekonstruktivismus (*Jacques Derrida)*, die Cultural (*Stuart Hall, Edward P. Thompson, Raymond Williams, Pierre Bourdieu*) und Gender Studies (*Judith Butler*) sowie den Pragmatismus.[32] Besonders einflussreich

innerhalb der Wissenssoziologie war die Schrift von *Peter L. Berger* und *Thomas Luckmann* über „The Social Construction of Reality“ aus dem Jahre 1966.[33] Vor allem einige Empiriker und Naturwissenschaftler bekämpfen bestimmte Spielarten des radikalen Konstruktivismus mit erbitterter Härte, weil sie dort den Ansteckungsherd für Subjektivismus und Fortschrittsfeindlichkeit vermuten.[34] Gerne wird auch ein Zusammenhang zwischen Konstruktivismus und aktueller Identitätspolitik[35] hergestellt.[36]

Der Mehrwert der konstruktivistischen Perspektive liegt aus meiner Sicht darin, dass sie Erklärungen dafür liefern kann, auf welchen Wünschen, Vorurteilen, Ideologien, lokalen Gewohnheiten, sprachlichen Konventionen oder zufälligen menschlichen Reaktionen bestimmte Denkgebäude beruhen und wie es zu weitgehend akzeptierten „Irrtümern“ kommt. Konstruktivisten geht es in aller Regel nicht so sehr um die Widerlegung einer Aussage oder um konkrete Verbesserungsvorschläge, sondern um die „Entlarvung“ naiver Erkenntnisannahmen.[37] Das schärft unser Reflexionsvermögen, der radikale Konstruktivist muss aber immer einräumen, dass die eigenen wissenschaftlichen Aussagen als Teil der Konstruktion keine privilegierte Stellung beanspruchen können.[38]

2. Die „Entzauberung“ des wissenschaftlichen Wissens durch die (empirische) Wissenschaftssoziologie

Konstruktivistisch angelegte Untersuchungen haben auch zu einer „Entzauberung“ des naturwissenschaftlichen Wissens durch die Wissenschaftssoziologie geführt.[39] Das ist die zweite große Herausforderung des Rationalitätsparadigmas, die aber ebenfalls schon älteren Datums ist. Bereits Mitte der 1930er Jahre zeigte der Biologe *Ludwik Fleck* am Beispiel der Entwicklung des Syphilis-Begriffs, dass auch naturwissenschaftliches Wissen nicht kontextlos gilt, sondern seine Entstehung durch „Denkkollektive“ und „Denkstile“ mitbeeinflusst wird.[40] Daran anknüpfend stellte *Thomas S. Kuhn* in seiner berühmten Schrift „The Structure of Scientific Revolutions“ aus dem Jahre 1962 die durch empirische Beobachtungen fundierte These auf, dass entgegen der bis dahin herrschenden Auffassung wissenschaftliche Entwicklung nicht dem Muster des inkrementellen und kumulativen Forschritts folgt, sondern eine Abfolge von Revolutionen darstellt, denen jeweils Perioden „normaler Wissenschaft“ folgen. Das eine spezialisierte Kommunikationsgemeinschaft konstituierende Paradigma wird ihm zufolge dabei durch Sozialisation (Ausbildung, Lehrbücher etc.) vermittelt und durch die Errichtung von Lehrstühlen, die Gründung von Zeitschriften und Forschungsinstituten etc. institutionalisiert.[41] Das große Verdienst Kuhns

(und Flecks) besteht darin, die Analyse wissenschaftlicher Inhalte mit der wissenschaftlichen Sozialstruktur verbunden zu haben.[42]

In dieser Tradition steht auch das von *Harry Collins* formulierte sog. „empirische Programm des Relativismus" (EPOR).[43] Collins beschäftigt sich u.a. mit der Frage, welche sozialen Mechanismen erklären können, dass sich wissenschaftliche Diskurse schließen, obgleich empirische Evidenzen und logische Schlussregeln dies nicht ohne weiteres erklären können.[44] Am Beispiel der in den 1960er Jahren geführten Kontroverse um die Gravitationswellen versucht er nachzuweisen, dass nicht nur die Kompetenz von Experimentatoren zur Beendigung von Kontroversen führt, sondern auch rhetorische Strategien, Koalitionsbildungen, Zugriff auf Fachzeitschriften etc.[45] So verfügten etwa die Gegner der Gravitationswellen-These seiner Beobachtung nach über die besseren Möglichkeiten zur Beeinflussung der weiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit.

Noch einen Schritt weiter gehen die viel beachteten empirischen Laborstudien von *Bruno Latour*, *Steve Woolgar*[46] und *Karin Knorr Cetina*.[47] Ihnen zufolge handelt es sich bei den Produkten der Wissenschaft um „kontextspezifische Konstruktionen", die durch „Situationsspezifität und Interessenstrukturen, aus denen sie erzeugt wurden, gezeichnet sind."[48] Durch Analyse dieses Konstruktionsprozesses, der „versteckte Manöver" enthält,[49] möchten sie vor allem auf die fortwährend zu treffenden Selektionen zwischen verschiedenen Theorieansätzen, Geräten und Messmethoden, Arten der Präparation etc. und die damit einhergehenden Verhandlungsprozesse aufmerksam machen. Über den Einsatz einer bestimmten Technik oder eines bestimmten Versuchstiers entscheiden ihnen zufolge häufig nicht so sehr „objektive" Kriterien, sondern externe Faktoren, wie z.B. finanzielle Erwägungen oder Erwartungen der Industrie.

Gerade in den USA werden diese Untersuchungen von Teilen der Politik gerne herangezogen, um die Aussagekraft naturwissenschaftlicher Forschungen zu relativieren.[50] Ein beliebter Standardvorwurf lautet dort: Naturwissenschaftler befördern Determinismus, Reduktionismus, Essentialismus, Positivismus und Szientismus. Oder in den Worten von Bushs Bioethik-Berater *Leon Kass*: „Wissenschaftliche Ideen und Entdeckungen über die belebte Natur und den Menschen, an sich uneingeschränkt willkommen und harmlos, werden rekrutiert, um gegen unsere traditionellen, religiösen und moralischen Lehren zu Felde zu ziehen, ja sogar gegen unser Selbstverständnis als freie und würdevolle Kreaturen. Ein quasi-religiöser Glauben hat sich unter uns erhoben – ich möchte ihn als ‚seelenlosen Szientismus' bezeichnen – der überzeugt ist, dass unsere neue Biologie das menschliche Leben umfassend analysieren kann, indem sie alle Geheim-

nisse hinwegfegt und rein wissenschaftliche Erklärungen für menschliches Denken, Liebe Kreativität und moralische Urteile liefert, ja sogar dafür, warum wir an Gott glauben."[51]

Allerdings lässt sich die Existenz wissenschaftlichen Wissens kaum bestreiten. Und auch die Wissenschaftssoziologie tut dies nicht. Die Welt ist offensichtlich voller wissenschaftlicher Erkenntnisse, die uns zu enormen technischen Leistungen befähigen, selbst wenn viele dieser Erkenntnisse das historische Produkt „mikrosoziologischer Prozesse" darstellen und erst zu Tatsachen wurden aufgrund einer speziellen Reihe von Laborereignissen, Schriftwechseln, Diskussionen, Publikationen etc. Wir fliegen zum Mond und zum Mars, verwandeln Sonnenenergie in Strom, telefonieren rund um den Erdball und entwickeln hocheffektive Impfstoffe. Insofern ist auch die Behauptung, es gebe „keine interessante epistemologische Differenz zwischen den Verfahrensweisen der Wissenschaft und anderen institutionellen Bereichen",[52] wenig überzeugend. Es sind gerade die besonderen Regeln des wissenschaftlichen Diskurses, die den Sonderstatus des wissenschaftlichen Wissens und seine spezifische „Härtung" erklären.[53] Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verfolgen zwar, wie *Peter Weingart* hervorhebt, die „Anerkennung der von ihnen vertretenen Theorien und/oder der experimentellen Ergebnisse, die die von ihnen bevorzugte Theorie bestätigen, mit strategischen Mitteln, und sie tun dies auch mit dem Ziel, ‚soziales Kapital', d.h. Reputation, anzusammeln. Insoweit verhalten sie sich in der Tat wie Politiker oder Manager von Industriekonzernen. Aber sie tun dies nicht mit beliebigen Mitteln und im Hinblick auf beliebige Gegenstände, sondern im Kontext der ‚Wahrheitscodes' des Wissenschaftssystems und unter dessen spezifischen Beschränkungen."[54] Deshalb kann man Einwände gegen die Richtigkeit einer wissenschaftlichen Aussage auch nur auf weitere wissenschaftliche Überlegungen stützen und z.B. nicht auf politische Macht oder Religion. Viel spricht insofern dafür, mit neueren Strömungen innerhalb der Wissenschaftssoziologie Wissenschaft als „Zusammenhang und Zusammenspiel kognitiver und institutioneller Praktiken" zu verstehen, „die sich bei der Erzeugung und Stabilisierung von Wissen miteinander verschränken, wechselseitig durchdringen und gegenseitig modifizieren".[55]

3. Die Krise der wissenschaftlichen Politikberatung

Die Erkenntnis, dass die Ergebnisse (natur)wissenschaftlicher Forschung nicht nur durch wissenschaftliche Faktoren bedingt sind, hat auch Einfluss auf Bedeutung und Akzeptanz der wissenschaftlichen Politikberatung, die sich nicht erst seit der Pandemie-Diskussion in einer ernsthaften

Krise befindet.[56] Diese Krise wirkt sich ebenfalls auf den Rationalitätsanspruch des modernen Staates aus. Damit bin ich bei meiner dritten Herausforderung. Viel zur Krise der Politikberatung beigetragen haben die zahlreichen Auseinandersetzungen in der Praxis über unterschiedliche „Sicherheitsphilosophien" im Atomrecht[57], Gesundheitsrisiken elektromagnetischer Felder[58] oder toxikologisch begründete Belastungsschwellen und Gesundheitsgefährdungen im Umweltschutz-[59] und Medizinrecht.[60] Der unbeteiligten Beobachterin und dem interessierten Zeitungsleser drängt sich der Eindruck auf, dass in den einschlägigen Entscheidungs- und Politikarenen jede „Richtung" ihre eigenen Experten besitzt, die sich häufig gegenseitig widersprechen und wenn sie es nicht tun, dann finden sie kein Gehör mehr. Hinzu tritt der Verdacht, der Herrschaft einer demokratisch nicht legitimierten Technokratenkaste Vorschub zu leisten und die Politik aus der Gesellschaft zu verdrängen.[61] Dabei wird freilich häufig übersehen, dass die wissenschaftlichen Beraterinnen und Berater in aller Regel lediglich Zuliefererdienste übernehmen.[62] Sie versorgen die Politik mit unterschiedlichem Wissen. Wie die sich dabei auftuenden Wissenskonflikte zu bewältigen sind und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, dies zu entscheiden bleibt Aufgabe der Politik. Das zeigen nicht zuletzt die Reaktionen der Politik auf die Corona-Pandemie. Es geht hier nicht nur um virologische Einschätzungen, sondern auch um ökonomische, psychosoziale, rechtliche und ethische Aspekte, die politisch miteinander abgewogen werden müssen.[63] Besseres Wissen führt insofern nicht automatisch zu besserer Politik, weil sich gute Politik eben nur selten auf die richtige Lösung von Wissensfragen reduzieren lässt.[64]

4. Der Umgang mit Nichtwissen

Lange Zeit unterschätzt wurde der staatliche Umgang mit Nichtwissen. Diese Thematik stellt die vierte Herausforderung im vorliegenden Zusammenhang dar. In fortschrittsoptimistischer Grundhaltung ging der wissenschaftliche Mainstream davon aus, Nichtwissen sei immer nur vorläufiges Noch-Nicht-Wissen, das im Laufe der Zeit in neues Wissen, in „reliable knowledge" überführt werden könnte. Es bestehen aber nicht nur wenige Zweifel, dass wir über viele Wirkungszusammenhänge, die unser konkretes Leben betreffen, immer noch vergleichsweise wenig wissen. Die Generierung neuen wissenschaftlichen Wissens lässt zugleich auch das scheinbar „unbegrenzte Universum des Nichtwissens"[65] deutlicher sichtbar werden. Spätestens seit den 1980er Jahren wächst daher die Einsicht, dass wir jedenfalls bei hochkomplexen Systemen wie etwa dem Klima, dem menschlichen Gehirn oder der Wirtschaft Abschied nehmen müssen vom

„Mythos der Prognostizierbarkeit“.[66] Die Corona-Pandemie mit ihren teilweise kaum vorhersehbaren Entwicklungen hat uns diese Einsicht mit aller Härte vor Augen geführt. Heute wissen wir alle, dass eine zentrale Herausforderung des politischen Systems darin besteht, unter den Bedingungen von *Nichtwissen* oder wenig Wissen folgenreiche Entscheidungen zu treffen.[67] Vor diesem Hintergrund plädiert die Wissenschaftssoziologie, und nicht nur sie, dafür, die Ausrichtung der Wissenschaft am Ideal des „reliable knowledge“ zu ergänzen um eine reflektierte „Kultur der Unsicherheit“, die Nichtwissen nicht als „externen Bereich des Unerforschten“ wahrnimmt, sondern als etwas durch „wissenschaftliches Wissen selbst Konstituiertes“ zum zentralen Bestandteil der Selbstwahrnehmung der Wissenschaft macht.[68] Denn auch mit Nichtwissen kann man rational umgehen.[69]

5. Das süße Gift der Irrationalität und des Vorurteils

Als letzte und fünfte Herausforderung des Rationalitätsdogmas der Aufklärung möchte ich den Hang der Menschen zu irrationalen Annahmen und Vorurteilen noch kurz in den Blick nehmen. Die aktuellen empirischen Forschungen der Kognitionswissenschaft ergeben hier ein relativ eindeutiges Bild: Der Mensch ist zwar befähigt, rational zu denken, im Alltag dominieren aber selbst bei vielen (wissenschaftlichen) Expertinnen und Experten irrationale Entscheidungen und kognitive Verzerrungen. Vor allem die auch in Deutschland populären Arbeiten von *Gert Gigerenzer*[70], *Daniel Kahnemann*[71] und *Steven Pinker*[72] haben diesbezüglich zu mehr Problembewusstsein beigetragen.

Aus gesellschaftspolitischer Sicht besonders interessant sind etwa die Untersuchungen von *Dan Kahan*[73], der darlegt, dass viele Überzeugungen von Menschen nicht auf rationaler Analyse gründen, sondern Symbole kultureller Loyalität darstellen: „Die Hauptursache für Uneinigkeit über die Forschung zum Klimawandel ist nicht, dass sie auf unverständliche Weise vermittelt wird. Der Grund liegt vielmehr darin, dass die Positionen zum Klimawandel auf Werten beruhen, die Menschen in kulturelle Lager aufteilen: Sorge um die Gemeinschaft gegenüber individueller Verantwortlichkeit [... oder] Harmonie mit der Natur gegenüber ihrer Beherrschung.“[74] Wer die falsche Ansicht zu einem politisierten Thema vertritt, sieht sich in seiner Peergroup schnell sozialen Sanktionen ausgesetzt. Es kann aus individueller Perspektive insofern sogar rational sein, Überzeugungen zu vertreten, die rationaler Überprüfung nicht standhalten.[75] Eine solche Vorgehensweise stellt, wie der Anthropologe *John Tooby*[76] hervorhebt, eine besonders effektive Art der Loyalitätsbekundung dar. Das erklärt zumindest teilweise die Bereitschaft vieler Republikaner, die absurden Lügen von Donald Trump zu

decken. Oder in den Worten von *Stephen Pinker*: „Jeder kann behaupten, dass Steine nicht nach oben, sondern nach unten fallen, doch nur ein Mensch, der sich seinen Glaubensbrüdern und -schwestern wirklich eng verbunden fühlt, hat einen Grund zu behaupten, ... dass die Partei der Demokraten einen Kinderpornoring mit Zentrale in einer Washingtoner Pizzeria betrieben hat."[77] Dabei zeigt eine andere Untersuchung, für die *Dan Kahan* 1000 US-Amerikaner befragte, dass sich gebildete Versuchspersonen von ihrer politischen Einstellung stärker blenden ließen und eher zu identitätsschützender Kognition neigten als bildungsferne Personen.[78] Selbst Forschende sind hier nicht von vornherein immun – wie wir bei unserem kleinen Ausflug in die Wissenschaftssoziologie feststellen konnten. Daraus sollte aber nicht der voreilige Schluss gezogen werden, dass man sich von Vorurteilen und Irrationalitäten nicht ein Stück weit befreien kann, selbst wenn das Ideal vollkommener Rationalität nie zu erreichen sein wird.[79]

III. Fazit

Was folgt aus dieser kurzen Analyse des Rationalitätsdiskurses? Es besteht kein Zweifel, dass die Rationalitätsannahmen der Aufklärung schon seit längerem unter Druck geraten sind; die eingangs zitierten Beiträge spüren folglich nicht nur einem Zeitgeistphänomen nach. Es besteht aber ebensowenig Zweifel daran, dass Rationalität nach wie vor die beste Waffe gegen Machtmissbrauch, ideologische Verblendung, Manipulation und Fehlentscheidungen ist und der vielversprechendste Weg zu Freiheit, Gesundheit, Wohlstand und Glück, vor allem, wenn man die Grenzen dieses Konzepts beachtet. Staatliche Akteure, aber auch JournalistInnen, Aktivisten und WissenschaftlerInnen sollten gleichwohl der Versuchung widerstehen, gesellschaftliche Wert-, Macht- und Interessenkonflikte immer gleich in Wissenskonflikte umzudefinieren. Letztere lassen sich nur schwer auflösen und desavouieren mitunter eher das Vertrauen in die rationale Beherrschung der Welt[80], mit ersteren kennt sich die Politik dagegen aus.

---

1. *Josef Isensee*, Staat und Verfassung, in: ders./Paul Kirchhof (Hrsg.), HStR II, 3. Aufl. 2004, § 15 Rn. 79. Vgl. ferner nur *Bardo* Fassbender, Wissen als Grundlage staatlichen Handelns, in: HStR IV, 3. Aufl. 2006, § 76 Rn. 1.
2. Gerade die Verfassungsgebungsprozesse folgen aber i.d.R. keinem rationalen Plan, sondern sind von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig, vgl. nur *Doni Gewirtzman*, Our Founding Feelings: Emotions, Commitment and Imagination in Constitutional Culture, Unv. of. Richmond Law Review 43/2 (2009); *Martin Loughlin*, The Constitutional Imagination, in: Modern Law Review 78/1 (2015).

3. Näher dazu *Andreas Voßkuhle*, Das Konzept des rationalen Staates, in: Gunnar F. Schuppert/Andreas Voßkuhle (Hrsg.), Governance von und durch Wissen, 2008, S. 13 (14 ff.).
4. Zum Zusammenhang von Rationalität, Gemeinwohl und Rechtsstaat vgl. statt vieler *Herbert Krüger*, Allgemeine Staatslehre, 2. Aufl. 1966, S. 53 ff.
5. Zur Rationalität von Rationalitätsfiktionen vgl. auch *Uwe Schimank*, Rationalitätsfiktionen in der Entscheidungsgesellschaft, in: Dirk Tänzler/Hubert Knoblauch/Hans-Goerg Soeffner (Hrsg.), Zur Kritik der Wissensgesellschaft, 2006, S. 57 ff.
6. *Myriam Revault d´Allonnes*, Brüchige Wahrheit. Zur Auflösung von Gewissheiten in demokratischen Gesellschaften, 2019.
7. *Tom Nichols*, The Death of Expertise. The Campaign Against Established Knowledge and Why it Matters, 2017.
8. *Cailin O´Connor/James O. Weatherall*, The Misinformation Age. How False Beliefs Spread, 2019.
9. *Jennifer Kavanagh/Michael D. Rich*, Truth Decay: An Initial Exploration of the Diminishing Role of Facts and Analysis in American Public Life, 2018.
10. *Inmaculada Melo-Martín/Kristen Intemann*, The Fight Against Doubt. How to Bridge the Gap between Scientists and the Public, 2018.
11. *Lee McIntyre*, Post Truth, 2018.
12. *Stephan Lewandowsky/Ullrich K.H. Ecker/John Cook*, Beyond misinformation: Understanding and coping with the „post-truth era", Journal of Applied Research in Memory and Cognition, 2017, S. 353 (361 f.). Übersetzung durch *Adam Przeworski*, Krisen der Demokratie, 2020, S. 142 f.
13. Zur „Infodemie" durch gezielte Desinformationen im Kontext der SARS-CoV-2 Pandemie vgl. den Forschungsüberblick von *Sybille Anderl*, Im Griff der zwei Pandemien, FAZ Nr. 292, 15.12.2021, S. N 1. Vgl. auch *Christine Hentschel*, „Das große Erwachen": Affekt und Narrativ in der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen, in: Leviathan, 49. Jahrgang, 1/2021, S. 62 ff.
14. So statt vieler *Jonathan Rauch*, Zerstörung der Wahrheit, in: Der Spiegel Nr. 40, 2.10.2021, S. 42 ff. Desinformationskampagnen und Verschwörungstheorien an sich sind allerdings nicht neu, vgl. nur die Beiträge in: *Ute Caumanns* (Hrsg.), Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten und historische Varianten, 2001, und *Helmut Reinalter* (Hrsg.), Handbuch der Verschwörungstheorien, 2018. Vgl. ferner *Karl Hepfer*, Verschwörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft, 3. Aufl. 2021; *Michael Butter*, „Nichts ist, wie es scheint". Über Verschwörungstheorien, 4. Aufl. 2020; *Gunnar Folke Schuppert*, Verschwörungstheorien und digitale Demokratie, Rechtswissenschaft 2022, S. 28 ff.
15. Für ein solches Verständnis von Rationalität, die sich einer einfachen Definition entzieht vgl. statt vieler *Steven Pinker*, Mehr Rationalität. Eine Anleitung zum besseren Gebrauch des Verstandes, 2021, S. 52 ff. m.w.N. Zu unterschiedlichen Rationalitätsperspektiven vgl. *Arno Scherzberg*, Rationalität – staatswissenschaftlich betrachtet, in: Walter Krebs (Hrsg.), Liber Amicorum Hans-Uwe Erichsen, 2004, S. 177 (180 ff.) m.w.N. Für einen einheitlichen Rationalitätsbegriff vgl. etwa *Nicholas Rescher*, Rationalität, 1993. Zur Geschichte der Rationalität vgl. z.B. *Lorraine Daston*, Wunder, Beweise und Tatsachen, 2001.
16. Speziell zur „Wissenschaft als Garant rechtsstaatlicher Rationalität" *Hans-Heinrich Trute*, Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung, 1994, S. 193 ff. m.w.N.
17. Vorarbeiten zu den nachfolgenden Ausführungen bei *Andreas Voßkuhle*, Expertise und Verwaltung, in: Hans-Heinrich Trute/Thomas Groß/Hans Christian Röhl/Christoph

Möllers (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht – zur Tragfähigkeit eines Konzepts, 2008, S. 637 (646-653). Teilweise besteht Textidentität.

18. In Reinform werden diese Positionen in der Regel nicht vertreten. Auch die Zuordnung eines Werks zu einer Denkrichtung ist häufig umstritten, vgl. anschaulich *Josef Mitterer*, Realismus oder Konstruktivismus?, Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 1999, S. 485 ff. m.w.N.
19. *Thomas Nagel*, Relativismus und Vernunft, in: Matthias Vogel/Lutz Wingert (Hrsg.), Wissen zwischen Entdeckung und Konstruktion, 2003, S. 107 (108).
20. Einflussreiche Radikalisierung dieser Haltung z.B. bei *Paul Feyerabend*, Wider den Methodenzwang, 4. Aufl. 1993.
21. Vgl. statt vieler *Edward Craig*, Was wir wissen können, 1993, S. 116 (126 f.).
22. Selbstverständlich besitzen viele Erkenntnisse Newtons heute noch Geltung, gleichwohl hat sich die physikalische Erklärung der Welt aufgrund der Relativitätstheorie und der Quantenmechanik grundlegend verändert.
23. So *Rescher*, Rationalität (Fn. 15), S. 72.
24. Eine solche Argumentation etwa bei *Richard Rorty*, John Searle über Realismus und Relativismus, in: ders., Wahrheit und Fortschritt, 2000, S. 92 (104 ff.).
25. Zu diesem alten Einwand sehr klar *Hilary Putnam*, Vernunft, Wahrheit und Geschichte, 1990 (Originalausgabe: Reason, Truth and History, Cambridge 1981), S. 163-168.
26. So überzeugend *Craig*, Was wir wissen können (Fn. 21), S. 139.
27. Zum Realismus als Hintergrundbedingung von Verstehbarkeit *John R. Searle*, Die Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit, 1997, S. 187-193.
28. Neben den hier bereits Genannten vgl. etwa *Bernhard Peters*, Rationalität, 1993; *Andrea Kern*, Quellen des Wissens, 2006.
29. *Rescher*, Rationalität (Fn. 15), S. 85.
30. Zum „Neuen Realismus“ s. die Beiträge in *Markus Gabriel* (Hrsg.), Der Neue Realismus, 3. Aufl. 2015.
31. *Karl Mannheim*, Das Problem einer Soziologie des Wissens (1925), in: ders., Wissenssoziologie, 1964, S. 308 (321).
32. Informative Zusammenstellung aus Sicht der Wissenssoziologie bei *Reiner Keller*, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 2005, S. 19-171.
33. *Peter L. Berger/Thomas Luckmann*, The Social Construction of Reality, Garden City, NY 1966 (deutsche Übersetzung: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, 1969).
34. Vgl. statt vieler *Stephen Pinker*, Aufklärung jetzt, 5. Aufl. 2021, S. 487 ff., 556 ff.
35. Ein aktueller Überblick bei *Lea Susemichel/Jens Kastner*, Identitätspolitiken, 2. Aufl. 2020. Vgl. ferner *Eric Hilgendorf*, Identitätspolitik als Herausforderung für die liberale Rechtsordnung, JZ 2021, S. 853 ff. m.w.N
36. Vgl. z.B. *Jonathan Rauch*, The Constitution of Knowledge. A Defense of Truth, 2021.
37. So *Ian Hacking*, Soziale Konstruktion beim Wort genommen, in: Vogel/Wingert (Hrsg.), Wissen (Fn. 19), S. 23 (41-54).
38. Zu diesem Problem der Reflexivität vgl. nur *Jo Reichertz*, Läßt sich die Plausibilität wissenssoziologischer Empirie selbst wieder plausibilisieren?, in: Dirk Tänzler/Hubert Knoblauch/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), Neue Perspektiven der Wissenssoziologie, 2006, S. 293-315.
39. Einführender Überblick bei *Ulrike Felt/Helga Nowotny/Klaus Taschwer*, Wissenschaftsforschung. Eine Einführung, 1995. Vgl. ferner *Jan Golinski*, Making Natural Knowledge. Constructivism and the History of Science, Cambridge 1998; *John Ziman*, Real Science. What it is, and what it means, Cambridge 2000; *Peter Weingart*, Wissenschaftssoziologie, 2003; *Sabine Maasen/Mario Kaiser/Martin Reinhart/Barbara Sutter* (Hrsg.), Handbuch der Wissenschaftssoziologie, 2012.

40. *Ludwik Fleck*, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre von Denkstil und Denkkollektiv, 1980 (1935). Vgl. auch die aufschlussreiche Arbeit von *Bettina Heintz*, Die Innenwelt der Mathematik. Zur Kultur und Praxis einer beweisenden Disziplin, 2000.
41. Näher dazu *Peter Weingart*, Wissensproduktion und soziale Struktur, 1976.
42. Wichtiges Anschauungsmaterial für diesen Zusammenhang liefern auch historische Arbeiten. So legt etwa *Donald A. MacKenzie* in seinem Buch „Statistics in Britain 1865-1930: The Social Construction of Scientific Knowledge", Edinburgh, 1981, dar, wie statistisches Wissen produziert wurde, um bestimmte Klasseninteressen des viktorianischen und edwardianischen Englands zu befriedigen. Zur Begründung der experimentellen Wissenschaft vgl. ferner etwa *Simon Schaffer/Steven Shapin*, Leviathan and the Air-Pump. Hobbes, Boyle, and the Experimental Life, Princeton 1985.
43. *Harry Collins*, An Empirical Relativist Programme in the Sociology of Scientific Knowledge, in: Karin Knorr Cetina/Michael Mulkay (Hrsg.), Science observed, London 1983, S. 85-113.
44. *Harry Collins*, Changing Order. Replication and Induction in Scientific Practice, London 1985.
45. *Collins*, Changing Order (Fn. 44), S. 84-100, insbes. 87 f.
46. *Bruno Latour/Steve Woolgar*, Laboratory Life. The Social Construction of Scientific Facts, Beverly Hills 1979.
47. *Karin Knorr Cetina*, Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft, 2. Aufl. 2000 (1984; engl. Originalausgabe: The Manufacture of Knowledge. An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science, Oxford 1981. Vgl. auch *dies*, Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen, 2002 (engl. Originalausgabe: Epistemic Cultures. How the Sciences make knowledge, Cambridge, Mass. 1999). Als weitere bekannte Laborstudien können z.B. genannt werden: *Andrew Pickering*, Constructing Quarks, Edinburgh 1986; *Sharon Traweek*, Beamtimes and Lifetimes: The World of High Energy Physicists, Cambridge Mass. 1988.
48. *Knorr Cetina*, Fabrikation (Fn. 47), S. 25.
49. So *Latour/Woolgar*, Laboratory Life (Fn. 46), S. 176.
50. Anschauliches Material zur Wissenschaftsfeindlichkeit der Republikaner bei *Pinker*, Aufklärung (Fn. 34), S. 484 ff. m.w.N.
51. *Leon Kass*, Keeping Life Human: Science, Religion, and the Soul, Wriston Lecture, Manhatten Institute, 18. Oktober 2011, Übersetzung bei *Pinker*, Aufklärung (Fn. 34), S. 486 f.
52. *Karin Knorr Cetina*, Zur Unterkomplexität der Differenztheorie. Empirische Anfragen an die Systemtheorie, ZfS 1992, S. 406 (408).
53. *Weingart*, Wissenschaftssoziologie (Fn. 39), S. 82.
54. *Weingart*, Wissenschaftssoziologie (Fn. 39), S. 84 u. H. auf *Uwe Schimank*, Für eine Erneuerung der institutionellen Wissenschaftssoziologie, ZfS 1995, S. 42-57.
55. *Stefan Böschen/Peter Wehling*, Einleitung: Wissenschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts – Neue Herausforderungen für Wissenschaftsforschung und -politik, in: dies., Wissenschaft zwischen Folgenverantwortung und Nichtwissen, 2004, S. 9 (24).
56. Zur historischen Sicht auf die Politikberatung vgl. die Beiträge in: *Stefan Fisch/Wilfried Rudloff* (Hrsg.), Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, 2004, sowie *Andrea Brickmann*, Wissenschaftliche Politikberatung in den 60er Jahren. Die Studiengruppe für Systemforschung, 2006. Zur aktuellen Situation vgl. nur *Svenja Falk/Manuela Glaab/Andreas Römmele/Henrik Schober/Martin Thunert* (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, 2. Aufl. 2019, sowie *Laura Münkler*, Expertokratie, 2020, S. 475 ff. m.w.N.

57. Zu ihnen etwa *Alexander Roßnagel*, Sicherheitsphilosophien im Technikrecht – am Beispiel des Atomrechts, in: UPR 1993, S. 129 ff. Vgl. ferner *Rüdiger Breuer*, Die Angst vor Gefahren und Risiken und die sachverständige Beratung nach dem Maßstab praktischer Vernunft, in: Richard Bartlsperger (Hrsg.), Der Experte bei der Beurteilung von Gefahren und Risiken, 2001, S. 31 (47 ff.).
58. Dazu nur die Beiträge in: IUTR Trier (Hrsg.), Gesundheitsrisiken elektromagnetischer Felder, Bd. 42, 1998.
59. Anschaulich *Irene Lamb*, Kooperative Gesetzeskonkretisierung, 1995, S. 29 ff.
60. Vgl. dazu am Beispiel der MAK-Werte-Liste *Martin Schwab*, Rechtsfragen der Politikberatung im Spannungsfeld zwischen Wissenschaftsfreiheit und Unternehmensschutz, 1999, S. 470 ff.
61. Dieser Vorwurf ist alt. Aus Sicht der Rechtswissenschaft: *Ernst Forsthoff*, Strukturwandlungen der modernen Demokratie (1964), in: ders., Rechtsstaat im Wandel, 2. Aufl. 1976, S. 90 (96 ff.), *ders*., Der Staat der Industriegesellschaft, 1971, S. 19 f., 94 ff., 109 ff., und *ders*., Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 10. Aufl. 1973, S. 74 ff. sowie zuletzt *Münkler*, Expertokratie (Fn. 56), S. 12 ff. und passim. Aus sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht vgl. *Helmut Schelsky*, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation (1961), in: ders., Auf der Suche nach der Wirklichkeit, 1965, S. 439 ff.; *Manfred Kuhn*, Herrschaft der Experten? An den Grenzen der Demokratie, 1961; *Jürgen Habermas*, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", 1968 und zuletzt wieder *Alexander Bogner*, Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, 2021.
62. Zur Auswahl der Experten und der an sie zu stellenden Qualifikationsanforderungen sowie zur Kontrolle, Transparenz und Publizität des Wissenstransfers vgl. nur *Andreas Voßkuhle*, Sachverständige Beratung des Staates, in: Josef Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), HStR III, 3. Aufl. 2005, § 43 Rn. 65 ff. u. *Münkler*, Expertokratie (Fn. 56), S. 619 f.
63. Deutlich *Bogner*, Epistemisierung (Fn. 61), S. 20-23.
64. So auch *Bogner*, Epistemisierung (Fn. 61), S. 52, 113.
65. *Weingart*, Wissenschaftssoziologie (Fn. 39), S. 9.
66. *Arno Scherzberg*, Wissen, Nichtwissen und Ungewissheit im Recht, in: Christoph Engel/Jost Halfmann/Martin Schulte (Hrsg.), Wissen – Nichtwissen – Unsicheres Wissen, 2002, S. 113 (116) u.H. auf *Friedrich Cramer*, Chaos und Ordnung, 2. Aufl. 1989, S. 222 f., 277 ff. Für eine breite Rezeption dieser Überlegungen sorgte *Ulrich Beck*, Die Risikogesellschaft, 1986.
67. So *Hellmut Willke*, Dystopia, 2002, S. 10-47 und passim. Vgl. ferner nur *Ino Augsberg*, Informationsverwaltungsrecht, 2014, S. 237 ff.; *Wolfgang Hoffmann-Riem*, Innovation und Recht – Recht und Innovation, 2016, S. 302 ff.
68. So *Wehling*, Weshalb weiß die Wissenschaft nicht, was sie nicht weiß? – Umrisse einer Soziologie des wissenschaftlichen Nichtwissens, in: Böschen/Wehling (Hrsg.), Wissenschaft (Fn. 55), S. 35 (101).
69. Das lässt sich etwa am Beispiel schwer prognostizierbarer Systemrisiken veranschaulichen, vgl. grundlegend *Ann-Katrin Kaufhold*, Systemaufsicht, 2016.
70. *Gert Gigerenzer*, Das Einmaleins der Skepsis, 2002; *ders*., Bauchentscheidungen, 17. Aufl. 2008.
71. *Daniel Kahnemann*, Schnelles Denken, Langsames Denken, 2011; *ders./Oliver Sibony/Cass R. Sunstein*, Noise, 2021.
72. *Pinker*, Aufklärung (Fn. 34). *ders*., Rationalität (Fn. 15).
73. Vgl. *Dan M. Kahan*, Climate-science Communication and the Measurement Problem, Political Psychology 2015, S. 1 ff.; *Dan M. Kahan/Hank C.. Jenkins-Smith/Tor Tarantola* u.a., Geoengineering and Climate Change Polarization: Testing a two-channel model of science communication, Annals of the American Academy of Political and Social Science 2012, S. 193 ff.

74. *Dan M. Kahan/Maggie Wittlin/Ellen Peters* et. al., The Tragedy of Risk-Perception Commons: Culture Conflict, Rationality Conflict, and Climate Change, Cultural Cognition Project Working Paper 89, 2011, S. 15 (Übersetzung durch den Autor).
75. Näher zur „Tragik der Überzeugungsallmende" *Pinker*, Aufklärung (Fn. 34), S. 446 ff. m.w.N.
76. *John Tooby*, Coalitional instincts, https://www.edge.org/response-detail/27168. Vgl. auch die Analysen bei *Kahnemann/Sibony/Sunstein*, Noise (Fn. 71), S. 19 ff.
77. *Pinker*, Aufklärung (Fn. 34), S. 451.
78. *Dan M. Kahan/Ellen Peters/Erica C. Dawson/Paul Slovic*, Motivated numeracy and the enlightened self-government, Behavioural Public Policy 2017, S. 54 ff..
79. Vgl. außer den oben Genannten aus anthropologischer Sicht *Hugo Mercier/Dan Sperber*, Why do humans reason? Arguments for an Argumentative Theory, Behavioral and Brain Sciences 2011, S. 57 ff.
80. Man spricht insoweit vom sog. *Expertendilemma*. Das sog. „Expertendilemma erster Ordnung" ist dadurch gekennzeichnet, dass einander widersprechende Gutachten oder erheblich voneinander divergierende Gutachten zu einem Projekt vorgelegt werden und dadurch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Rationalität wissenschaftlicher Beratung untergraben wird. Unter der Bezeichnung „Expertendilemma zweiter Ordnung" werden Probleme diskutiert, die aufgrund der Widersprüchlichkeit und Uneindeutigkeit wissenschaftlicher Gutachten in der Interaktion von Politik, Lebenswelt und Wissenschaft entstehen, vgl. dazu den Literaturbericht von *Bernd Kleimann*, Das Dilemma mit den Experten – Ein Expertendilemma?, in: Heinz-Ulrich Nennen/Detlef Garbe (Hrsg.), Das Expertendilemma, 1996, S. 183 ff. m.w.N.

Transfer total?
Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck

Ulrike Ackermannann

Markus Gabriel

Birgitt Riegraf

Andreas Voßkuhle

Barbara Hans

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. **Ulrike Ackermann**
Prof. Dr. **Markus Gabriel** (digital zugeschaltet)
Prof. Dr. **Birgitt Riegraf**
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Andreas Voßkuhle**

Moderation
Dr. **Barbara Hans**

Hans Einen schönen guten Abend sehr verehrte Damen und Herren und auch an alle Zuschauerinnen und Zuschauer, die uns heute Abend per Livestream verfolgen. Vielen Dank für Ihr Interesse, wir freuen uns sehr darüber.

Wir werden in drei Schritten versuchen vorzugehen. Zuerst werden wir uns mit dem Thema Transfer beschäftigen und der Frage nachgehen: Welches Wesen hat eigentlich dieser Transfer, welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein und welche Ambivalenzen gehen mit dem Transfer einher? Im zweiten Schritt wird es darum gehen, besser zu verstehen, welche Funktion er erfüllt, welchen Mehrwert eigentlich der Transfer hat und auch, welche Erwartungen – ob berechtigt oder unberechtigt – damit verbunden sind. Und im dritten Schritt werden wir uns mit den möglichen Gefahren und Risiken dieses Transfers beschäftigen und auch mit den Momenten, wo er vielleicht schiefgeht. Außerdem gehen wir der Frage nach, was Wissenschaft dazu beitragen kann, dass dieser Transfer möglichst gut gelingt.

Erst einmal herzlich willkommen und guten Morgen nach Stanford, Herr Professor Gabriel. Ich würde Sie gerne einleitend und anknüpfend an den Vortrag von Herrn Professor Voßkuhle befragen wollen: Wir haben gerade gehört, dass der Mensch zwar befähigt ist, rational zu denken, im Alltag dominieren aber selbst bei vielen Experten irrationale Entscheidungen und kognitive Verzerrungen. Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für den Transfer und welche Erfahrungen machen Sie auch dort in Stanford im Vergleich zu dem, was hier in Deutschland passiert?

Gabriel Ja, zunächst einmal liebe Grüße aus Stanford in die exzellente Runde und vielen Dank, Herr Voßkuhle, es fällt mir schwer, jetzt keine lange erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Diskussion mit Ihnen zu führen, aber vielen Dank für den tollen Aufschlag. Rationalität schildert auch das neue Buch von Steven Pinker sehr eindrücklich. Wir haben in letzter Zeit auch einige Diskussionen anlässlich des neuen Buchs von

Daniel Kahneman „Noise“ zu diesem Thema geführt. Ich glaube, dass wir ein mittleres Bild brauchen, das uns erlaubt, die Implementierungsbedingungen von Rationalität genauer zu verstehen. Dazu gehört vor allen Dingen die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung, für die wir teilweise eine andere Erkenntnistheorie als für die naturwissenschaftliche Forschung benötigen. Dazu gehört aber auch eine andere Vorstellung davon, worin Fortschritt besteht und worin Transfer bestehen kann. Herr Lenzen hat schon ausgeführt, dass die prognostische Kraft der Sozialwissenschaften, also der Politikwissenschaften jetzt insbesondere, angesichts eines Angriffskrieges völlig anders funktioniert als zum Beispiel die prognostische prädiktive Präzisionsmaschinerie der Newton’schen Mechanik. Das heißt, um auf das Thema der Irrationalität jetzt zuzugreifen, dass der Mensch natürlich als empirisches Phänomen häufig irrational handelt, wenn wir die Rationalitätsstandards der Wissenschaft heranziehen, was aber aus meiner Sicht die Rationalitätsstandards der Wissenschaft in keinem relevanten Sinne unterminiert. Das heißt, Skeptizismus und Konstruktivismus, um die Kategorien von Herrn Voßkuhle aufzurufen, leisten eigentlich keinen sinnvollen Beitrag dazu, unsere Rationalität und unsere Rationalitätsannahmen zu unterminieren.

Hans Frau Professor Riegraf, als Präsidentin der Universität Paderborn frage ich Sie, welche Rolle das Thema „Repräsentanz“ spielt und welche Rolle Personen für den Transfer von Wissenschaft spielen? Was ist Ihr Eindruck, müssen Sie die Kolleginnen und Kollegen, was das sogenannte Overselling anbelangt, eher aus dem Elfenbeinturm rausbuxieren oder eher bremsen?

Riegraf Ich möchte zunächst als Soziologin auf Ihre Frage reagieren, da ich neben meiner Aufgabe als Präsidentin nach wie vor die Brille der Soziologie aufhabe. Herausgefordert durch Ihre Ausführungen, Herr Professor Voßkuhle, möchte ich dem Begriff der Rationalität nachgehen und dabei auch die Aussagen von Herrn Gabriel aufgreifen. Die Sozialwissenschaften haben eine prognostizierende Kraft, wenn sie sich auf theoretische und logische Modelle beziehen, da schließe ich mich dem Gesagten an. Die Sozialwissenschaften waren aber stets und in aller Regel zugleich zurückhaltend mit der Behauptung über die Reichweite ihrer Prognosen, weil sie in der Regel auch in Rechnung stellen, dass es sich um aus Modellen abgeleiteten Prognosen handelt und dass reale soziale und gesellschaftliche Kontexte doch wesentlich komplexer sind als jedes theoretische Konzept. Soziale Prozesse, gesellschaftliche Entwicklungen und politische Entscheidungen sind immer auch von den

unterschiedlichen Einflussfaktoren des spezifischen Kontextes abhängig. Deshalb ist etwa die Aussage, Sozialwissenschaften hätten vorhersehen können, dass ein Krieg ausbricht, sehr differenziert zu betrachten. Die gleich gelagerte Diskussion hatten wir auch beim Fall der Mauer. Natürlich müssen wir uns im Nachhinein fragen: Waren wir wirklich so naiv und blauäugig? Aber es gab viele spezifische soziale und gesellschaftliche Faktoren, die in jeweils historischen Kontexten zusammenkommen, die in theoretischen Modellen so nicht abbildbar sind. Im Nachhinein lässt sich der Ausbruch des Kriegs analysieren und unter der Berücksichtigung der theoretischen Modelle und spezifischen Einflussfaktoren erklären, aber eine prognostizierende Kraft haben die Sozialwissenschaften in aller Regel lediglich in sehr vorsichtiger Art und Weise für sich in Anspruch genommen.

Was ist dann aber die Aufgabe von Wissenschaft? Wissenschaft hat die Aufgabe, Daten und daraus gewonnene Erkenntnisse zum Beispiel als Grundlage für politische Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sollten aber immer auch auf die Vorläufigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen hinweisen und dass diese gegebenenfalls umstritten sind. Und wir müssen stärker auf die Erkenntnismethoden und –prozesse der einzelnen Disziplin in der Vermittlung der Erkenntnisse eingehen. Die Aufgabe von Sozialwissenschaft ist es wiederum der Frage nachzugehen, was Gesellschaften eigentlich im Kern zusammenhält und wie Einflussfaktoren und Handlungsweisen zu analysieren und zu beurteilen sind. Einflussfaktoren und Handlungsweisen sind möglicherweise gar nicht so irrational, wie sie zunächst erscheinen mögen. Dies umschließt auch den Begriff der Rationalität. Deshalb sollten wir vorsichtig mit Begriffen wie „Rationalität“ und „Irrationalität“ umgehen.

Aber sie hatten mich auch nach meiner Universität gefragt: Viele Kollegen und Kolleginnen – nicht nur an Universität Paderborn – sind sehr engagiert dabei, wenn es darum geht ihre Wissenschaftserkenntnisse, die sie häufig ja bereits im Diskurs und in Zusammenarbeit mit außeruniversitären Akteuren gewonnen haben, wieder nach „außen“ und in den Anwendungskontext zu bringen, weil dies gleichzeitig verspricht, neue wissenschaftlich interessante und weiterführende Fragen zu generieren. In der Kooperation von wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Praxis profitiert die Wissenschaft von dem unschätzbaren detailreichen Wissen, was viele außeruniversitäre Akteure von ihrem jeweiligen Kontext haben. Diese wiederum profitieren sehr von den Modellen und Abstraktionen universitärer Akteure. So entsteht ein

äußerst fruchtbarer und für viele Fragen sehr spannender Diskurs. Auch die Grundlagenforschung profitiert sehr von diesem gegenseitigen Austausch.

Hans Das ist gut. Daran knüpft meine Frage an Frau Professor Ackermann an: Wie funktional muss Wissenschaft sein? Sie haben es ja gerade schon angedeutet. Und wie autonom darf sie auf der anderen Seite sein?

Ackermann Dazu würde ich direkt die Frage ergänzen, wie normativ Wissenschaft sein darf. Das betrifft natürlich insbesondere auch die Sozialwissenschaften, die Geistes- und Kulturwissenschaften. Wie politisch und politisiert dürfen diese Disziplinen sein? Wir beobachten in den letzten Jahren, auch ausgehend von den ganzen Entwicklungen aus Amerika kommend, Politisierungsprozesse, die durchaus zu großer Unruhe geführt haben. Sie haben dazu geführt, dass die Wissenschaftsfreiheit als angegriffen gesehen wurde. Letztes Jahr wurde das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit gegründet. Ich war daran beteiligt. Die Hochschullehrer, der Verband der Hochschullehrer oder die Medien haben sich schon mehrfach über die Probleme und die Einschränkung der Wissenschaft geäußert. Da gab es ja auch Beispiele hier in Hamburg, wo Redner oder Rednerinnen ausgeladen oder Einladungen wieder zurückgenommen wurden. Ich bin Sozialwissenschaftlerin und Politikwissenschaftlerin und habe in den letzten Jahren darüber geforscht, was in den Sozialwissenschaften, den Geistes- und Kulturwissenschaften passiert ist. Es gibt beunruhigende Veränderungen – und da greife ich gerne auf Herrn Voßkuhle zurück – weil der Bezugspunkt, um welche Rationalität es sich in dem Wissenschaftssystem selbst, aber auch in den einzelnen Disziplinen handelt, zum Teil überhaupt nicht mehr klar wird. Sie haben die Diskussion verfolgt, dass der weißen Vernunft eine schwarze Vernunft entgegengesetzt wird, der männlich-patriarchalen weißen Vernunft eine weibliche oder eine queere gegenübergestellt wird.

Wir haben es mit Veränderungsprozessen zu tun, einem „Cultural Turn“ in den Wissenschaften, einem „Racial Turn“, der doch Wissenschaft ziemlich durcheinanderwirbelt und die Frage aufs Tapet bringt, inwieweit dieser Transfer zwischen Gesellschaft und Wissenschaft, und wissenschaftlichen Institutionen, den Universitäten, in dieser Wechselwirkung zunehmend in politische Sogentwicklung gerät, die dieser Politisierung Vorschub leisten. Sie führen dazu, dass wissenschaftsfremde Anforderungen und Zumutungen in den ganzen akademischen Betrieb Eingang gefunden haben. Sie haben zu einer Moralisierung geführt, die zum Teil dazu geführt hat und so sehen das inzwischen viele, dass die Grenzen des Sagbaren enger gezogen werden, so dass die Pluralität der

Methoden, die Pluralität der Forschungsstrategien, das Forschungsdesign und anderes mehr in Gefahr sind.

Hans Von welchen Zumutungen sprechen Sie da, wenn Sie sagen, es werden Zumutungen in die Wissenschaft hineingetragen?

Ackermann Ein Beispiel, und darüber wird inzwischen auch kräftig gestritten, ist das Programm DEI Diversity, Equity, Inclusion – das kommt aus Amerika. Das ist eine Art Gesinnungstest, den alle, die an einer Hochschule lehren möchten, hinter sich bringen müssen. Es wird eine wertegebundene Forschung und Lehre verlangt. Und diese DEI-Prinzipien werden auch bei uns zunehmend übernommen, so hat die DFG beispielsweise in ihrem Forderungsprofil für Forschungsanträge die Berücksichtigung von Gender and Diversity zwingend vorgegeben. Es ist grundsätzlich nichts dagegen zu sagen, dass man beispielsweise gegen Diskriminierung vorgeht oder bestimmte Zustände und Entwicklungen an den Universitäten infrage stellt. Aber da wird eine politische Agenda verfolgt, die in die Fläche eindringt, und es stellt sich die Frage, inwieweit das der Wissenschaftlichkeit zuwider läuft.

Hans Herr Professor Voßkuhle, erleben Sie das auch, dass es diese Art von Durchlässigkeit gibt, die dann zu einer normativen Überhöhung führt?

Voßkuhle Ja, das ist ein wenig das, was ich versucht habe deutlich zu machen. Mir geht es darum, dass wir etwas demütig gegenüber unserer Rationalitätsvorstellung und unserem Wahrheitsanspruch sind. Wenn Wissenschaft – so lautet eine Formulierung des Bundesverfassungsgerichts – Wahrheitssuche ist, dann müssen wir uns überlegen: Was ist Wahrheit und wie können wir sie feststellen? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Deshalb wäre ich mit zu starken inhaltlichen Anforderungen auch vorsichtig, weil das radikale Infrage-Stellen, das Neugierig-Sein und das auch Gegen-den-Strich-Bürsten Teil der Reflexionsfähigkeit ist, für die die Universität der richtige Ort ist, weil man keine Konsequenzen zu befürchten hat und keine Entscheidungen über Krieg und Frieden treffen muss.

Was nun das Thema Transfer angeht, so sind mir zwei Punkte wichtig: Erstens Demut im Hinblick auf Rationalität und Wahrheit, das sagte ich bereits. Zweitens müssen wir immer in Rechnung stellen, dass diejenigen, die entscheiden, nicht unbedingt eins zu eins übernehmen, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler reflektiert haben, sondern sie womöglich mit anderen Präferenzen auch andere Entscheidungen treffen. Die Politiker müssen nämlich für Ihre Entscheidungen am Ende die Verantwortung übernehmen. Wir sehen in vielen Bereichen, in

denen wir wissenschaftliche Expertise in unterschiedlicher Art und Weise einbringen können, dass diese immer nur ein Teil der Entscheidung ist. Es bleibt dann immer noch viel zu entscheiden und dann muss jemand abschließend sagen: Ja, das machen wir jetzt so. Das betrifft selbst Bereiche, die determiniert sind. Wenn Sie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betrachten, die ich noch ein wenig in Erinnerung habe, dann sind das auch keine Entscheidungen, die vollständig vorprogrammiert sind, sondern es gibt Spielräume. Und die müssen diejenigen ausfüllen, die dort zu entscheiden haben. Sie werden sich um Rationalität bemühen, aber wir wissen, dass Rationalität Grenzen hat durch psychologische Zusammenhänge, bestimmte Vorverständnisse usw. Geisteswissenschaft ist eben auch ein hermeneutisches Geschäft. Was ich zur Rationalität gesagt habe, betrifft aber auch die Naturwissenschaften, wo mitunter mit den Vorstellungen von Wahrheit und Rationalität etwas zu optimistisch umgegangen wird. Auch innerhalb der Naturwissenschaft – und das zeigen sehr viele verdienstvolle soziologische Studien – befinden wir uns immer nur in einer Phase der Erkenntnis und es kann sich schnell etwas anderes auftun.

Hans Aber ist diese Demut nicht zugleich eine kommunikative Zumutung in einer ohnehin verunsicherten Gesellschaft, weil das Wissenschaftssystem dann auf Systeme trifft, die ganz andere Leitmedien, also ganz andere Währungen haben, wo es nicht um Wahrheitssuche geht, sondern vielleicht in der Politik um Macht, vielleicht im Journalismus um Aufmerksamkeit? Was passiert auf dem Weg dieses Transfers, selbst wenn er mit guten Absichten beginnt?

Voßkuhle Ja, die von mir geschilderte Situation ist für viele andere Systeme eine Zumutung, die mit dem Wissenschaftssystem strukturell gekoppelt sind, um einen Gedanken von Luhmann aufzugreifen. Wir wissen nicht genau, was im Rahmen des Transfers genau herauskommt. Die Politik oder die Verwaltung muss mit diesen vorläufigen Erkenntnissen in irgendeiner Weise umgehen. Man kann diesen Prozess nicht vollständig determinieren, das müssen wir akzeptieren, und mit diesem Risiko und mit diesen Zumutungen müssen Wissenschaft und Gesellschaft leben. Wissenschaft muss sich bemühen, sich verständlich zu machen. Das kann sie leisten. Aber sie kann nicht leisten, dass das, was sie denkt, eins zu eins in einem anderen System verarbeitet wird und dort sozusagen genau zu den Konsequenzen führt, die aus der wissenschaftlichen Perspektive vielleicht intendiert waren. Das funktioniert nicht.

Hans Frau Professor Riegraf, das klingt so, als sei der Transfer sehr anfällig für Missverständnisse, obwohl man vielleicht guten Willens ist, schlicht weil die Logiken und – das wurde ja eben auch schon angesprochen – die Zeitlichkeit eine sehr unterschiedliche ist. Wie erleben Sie das als Sozialwissenschaftlerin und was folgt daraus?

Riegraf Ich möchte zunächst auf die Überlegungen von Herrn Voßkuhle eingehen. Die von Ihnen angesprochene Demut sollte noch konkretisiert und erklärt werden. Sie hatten diesen Aspekt in Ihrem Vortrag angedeutet und es stellen sich die Fragen: Was wird Wissenschaft außerhalb des Wissenschaftssystem noch zugetraut? Und wie steht es überhaupt um das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse und den zu konstatierenden Vertrauensverlust?

Um das in den letzten Jahren verloren gegangene Vertrauen in die Wissenschaft wieder zurückzugewinnen sind wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefordert. Wichtig ist zum Beispiel eine sorgfältigere Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse. Kommunizieren wir als Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wissenschaftliche Erkenntnisse, sollte immer deutlich gemacht werden, dass wir den gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse wiedergeben, die nach bestem Wissen und Gewissen und auf nachvollziehbaren Methoden basieren. Dabei unterscheiden sich naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Methoden teilweise erheblich. Bei den Sozialwissenschaften ist die Transparenz der Methoden ganz besonders wichtig, wenn es um mit qualitativen Methoden gewonnene Erkenntnisse geht: Wie genau wurden die Erkenntnissen gewonnen?

Demut ist also wichtig mit Blick auf die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse, aber auch auf deren disziplinenspezifische Reichweite. Was ich damit meine, kann ich mit Blick auf die Entwicklung während der Pandemie genauer erläutern: In der ersten Phase der Pandemie wurden – durchaus zu Recht – vorwiegend Virologen daraufhin befragt, welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wirkungsvoll sind. Deren Erkenntnisse waren ohne Zweifel sehr wichtig, was dabei aber sehr häufig ebenfalls geschah, machte mich als Sozialwissenschaftlerin häufig ein wenig nervös. Virologen und Virologinnen haben bei der einen oder anderen Empfehlung, beim einen oder anderen Kommentar ihre Kompetenzen als Virologen weit überschritten: Ich verstehe nichts von Virologie und werde mich auch diesbezüglich nicht einmischen; aber umgekehrt sollten einige Virologen und Virologinnen auch die Grenzen ihrer Disziplin akzeptieren und sich zum Beispiel zurückhalten, wenn es um Fragen wie beispielsweise der gesellschaftlichen Auswirkun-

gen der Pandemie geht. An dieser Stelle wäre etwas Demut von Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gegenüber den anderen Disziplinen angebracht. Und Demut ist auch geboten, wenn es um Politikberatung geht. Was Wissenschaft leisten kann ist, wissenschaftliche Daten und Erkenntnisse als Grundlage für politische Entscheidungen weiterzugeben und mögliche Lösungsvorschläge ausarbeiten. Aber natürlich können und sollen wir keine politischen Entscheidungen treffen, denn dazu sind wir nicht demokratisch legitimiert. Zudem kennen wir das politische System, jedenfalls die meisten von uns, nicht im Detail. Auch diesbezüglich würde ich Demut von Seiten der Wissenschaft anmahnen. Ich würde gerne noch auf Frau Professor Ackermann und ihren Bezug auf die DFG kurz eingehen. Ich finde ihre Aussage schwierig und viel zu pauschal. Wir wissen aus vielen wissenschaftlichen Studien: Je heterogener zum Beispiel Gruppen zusammengesetzt sind – und das gilt auch für die Wissenschaft – umso eher werden Fragestellungen thematisiert, die vorher nicht in den Blick gekommen sind. Auch ein Beispiel aus der Zeit der Pandemie, um die Relevanz des Gesagten zu erläutern: In der Zeit der Pandemie wurden zunächst die Situation und die Perspektiven von Müttern nicht mit in die Überlegungen der Gegenmaßnahmen integriert. Mit der Dauer der Pandemie wurde klar, dass im Lockdown vor allem Wissenschaftlerinnen Kinderbetreuung zu leisten hatten; erst als diese laut auf ihre schwierige Situation aufmerksam machten, wurde dieser Missstand schließlich zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, öffentlicher Diskurse und politischer Maßnahmen. In wissenschaftliche Fragestellungen und politische Entscheidungsprozesse fließen immer auch die eigenen Erfahrungskontexte und Interessen ein; wissenschaftliche Fragestellungen, werden auch das Erkenntnisinteresse der Forschenden leiten, das wiederum häufig von eigenen Erfahrungen und Interessen geleitet ist. Und das ist auch meine Antwort auf Herrn Voßkuhle. Durch heterogene Kontexte verändern sich auch Fragestellungen und Erkenntnisprozesse. Wissenschaft ist eben auch nie unpolitisch, aber das zu diskutieren wäre ein anderes und weites Feld.

Hans Möchten Sie erwidern?

Ackermann Ja. Wenn es tatsächlich zur Erweiterung der zusammentreffenden Perspektiven führt und zudem ein konstruktiver Streit entsteht, dann ist das wunderbar. Aber wenn plötzlich irgendetwas umkippt, führt es zu Entwicklungen, die wir zum Teil in den Gender Studies oder in den Postcolonial Studies beobachten. Dort wird in Gruppen geforscht – von einer Standpunkttheorie ausgehend, die auch besagt, dass es keinen objektiven Zugang, Vernunft und so weiter gibt – und alles aus der

Perspektive der Opfer gesehen. Und wenn die ganze Entwicklungsgeschichte und unsere Gesellschaft nur noch unter dem Blickwinkel von Opferkollektiven wahrgenommen, gesehen und beforscht wird und auch in dieser Weise darüber debattiert wird, dann hat das Einfluss auf den Erkenntnisfortschritt, auf den Erkenntnisgewinn und natürlich den Diskurs und den Austausch von Argumenten. Das hat nichts mehr mit dem sokratischen Gespräch und dessen Tradition zu tun, sondern es sind dann Standpunkte, die dafür sorgen, dass sich Gruppenidentitäten verfestigen. Der Bezug zu einem Allgemeinen, auch zu einer allgemeinen Vernunft im Sinne des Universalismus der Aufklärung, geht dann verloren. Diese Entwicklungen beobachten wir und sie sind durchaus beunruhigend.

Ackermann Ja. Wenn es tatsächlich zur Erweiterung der zusammentreffenden Perspektiven führt und zudem ein konstruktiver Streit entsteht, dann ist das wunderbar. Aber wenn plötzlich irgendetwas umkippt, führt es zu Entwicklungen, die wir zum Teil in den Gender Studies oder in den Postcolonial Studies beobachten. Dort wird in Gruppen geforscht – von einer Standpunkttheorie ausgehend, die auch besagt, dass es keinen objektiven Zugang, Vernunft und so weiter gibt – und alles (mit gestr.) aus der Perspektive der Opfer gesehen. Und wenn die ganze Entwicklungsgeschichte und unsere Gesellschaft nur noch unter dem Blickwinkel von Opferkollektiven wahrgenommen, gesehen und beforscht wird und auch in dieser Weise darüber debattiert wird, dann hat das Einfluss auf den Erkenntnisfortschritt, auf den Erkenntnisgewinn und natürlich den Diskurs und den Austausch von Argumenten. Das hat nichts mehr mit dem sokratischen Gespräch und dessen Tradition zu tun, sondern es sind dann Standpunkte, die dafür sorgen, dass sich Gruppenidentitäten verfestigen. Der Bezug zu einem Allgemeinen, auch zu einer allgemeinen Vernunft im Sinne des Universalismus der Aufklärung, geht dann verloren. Diese Entwicklungen beobachten wir und sie sind durchaus beunruhigend.

Riegraf Soll ich noch was dazu sagen?

Hans Gerne.

Riegraf Aus meiner Perspektive ist die Debatte zur „Cancel Culture“, auf die Sie, Frau Ackermann, anspielen ein Scheindiskurs. Ich frage mich immer wieder, wo genau dieses canceln von anderen Standpunkten stattfindet. In meinen Kontexten und an meiner Universität gibt es kein Sprech- oder Denkverbot, aber durchaus heftige Debatte über unterschiedliche Perspektiven – und das ist gut so. Ich kann auch sonst im deutschen Wissenschaftssystem keine Denk- und Sprechverbote erken-

nen, wenn es darum geht, wissenschaftliche Debatten zu initiieren und den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess weiter voranzutreiben. Also wo genau findet das alles statt? Die einzelnen Beispiele, die in der Debatte immer wieder angeführt werden, sind nicht wirklich überzeugend. Sie sind jeweils sehr, sehr unterschiedlich gelagert, haben sehr unterschiedliche Hintergründe. Nochmals: Im deutschen Wissenschaftssystem kann ich keine Cancel Culture erkennen – im Gegenteil: Dass wir häufig über Cancel Culture anhand von einzelnen Fällen diskutieren, zeigt doch, wie sensibel das deutsche Wissenschaftssystem an dieser Stelle ist. Den Streit darüber, wie politisch Wissenschaft ist und sein sollte oder nicht, den gibt und gab es selbstverständlich schon immer. Und das ist auch gut so. Für mich ist Cancel Culture ein Scheindiskurs. Was die USA angeht, so kann ich dies nicht bewerten; in den USA mag es diese Tendenzen geben. Nochmals: Im deutschen System sehe ich nicht, dass wissenschaftlich begründete und am jeweiligen Stand der Debatte anknüpfende Positionen nicht vertreten werden können oder der wissenschaftliche Diskurs in diesem Sinne eingegrenzt wird.
Und erlauben Sie mir noch eine weitere Anmerkung: Die Debatte um die Standorttheorie ist ebenfalls genauer zu betrachten. Die hat eine sehr lange Tradition in den Wissenschafts- und Erkenntnistheorien. Dabei geht es um die wissenschafts- und erkenntnistheoretisch höchst relevante Frage nach der Objektivität von Erkenntnisprozessen. Das war und ist eine ausgesprochen wichtige und sehr fruchtbare Diskussion. Was soll dies nun wiederum mit einem Opferdiskurs zu tun haben? Tut mir leid, das verstehe ich nicht. Und von der Debatte der Standorttheorie zur heutigen Debatte über Gruppenidentitäten ist es ein weiter und verschlungener Weg. An dieser Stelle gilt es wirklich sehr sorgfältig und differenziert zu argumentieren.
Ich finde, das ist ein Scheindiskurs. Und ich frage mich, wo dieser stattfindet. Bei mir, in meinen Kontexten und an meiner Universität findet es nicht statt, und ich denke, die meisten würden es auch nicht zulassen. Also wo findet das statt? Dann kommen einzelne Beispiele und ich denke, dass jeder dieser Fälle unterschiedlich ist, aber ich sehe nicht, dass wir so etwas im deutschen Wissenschaftssystem haben. Deshalb ist es für mich ein Scheindiskurs und ich hätte gerne Konkreteres. Wir haben unglaublich offene Diskussionskontexte im deutschen System. Für die USA kann ich es nicht bewerten, da kann es ansatzweise zutreffen. Im deutschen System sehe ich das nicht. Aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren.

Hans Herr Gabriel, dazu ergänzend aus Ihrer Perspektive in Stanford und weil sich ja doch die Debatten stark unterscheiden.

Gabriel Das ist tatsächlich sehr interessant, weil Herr Voßkuhle in seinem Vortrag auch einiges über die USA gesagt hat, und nun kommt die Rolle der Identitätspolitik hinzu oder auch die Übernahme der Schablone „Rationalität gegen Religion" oder ähnliches. In meiner Wahrnehmung hier aus Stanford, trifft gar nichts davon auf die Diskussionslage zu. Stanford erlebe ich sozusagen als den Inbegriff der Universität, so wie sie auch von Herrn Voßkuhle skizziert wurde, also der 1810-Moment, eine reine wahrheitsorientierte Forschung. Politisch reicht das Spektrum dieser Universität natürlich von der konservativen Politik einer Condoleezza Rice bis zu einem sehr progressiven Ethnologie-Department. Aber die Debattenlage ist aus meiner Sicht tatsächlich völlig offen. Und die Diskussion über Standpunkt, Epistemologie und vieles mehr, die vor allen Dingen in der deutschen medialen Landschaft und weniger innerhalb der Universitäten geführt wird, ist in der Form, wie wir es aus medialen Diskursen kennen, wissenschaftlich gesehen weitestgehend Unsinn. Das sehe ich zu meiner Zufriedenheit in Stanford überhaupt nicht. Es ist ein Ort, der klar der Rationalität und auch der universalen Lehre verpflichtet ist. Ich selbst bin dort, wo man annehmen könnte, dass man auf eine bestimmte Form von postkolonialen oder sonstigen Diskursen trifft. Aber ich habe die Varianten, die man medial kennt, hier nicht gefunden. Ich möchte aber betonen, auch weil das im Vortrag von Herrn Voßkuhle eine Rolle spielte, dass wir aus geistes- und sozialwissenschaftlicher Perspektive den Begriff der Rationalität und der Aufklärung wieder ins Zentrum rücken sollten, was ein Teil des populären identitätspolitischen Diskurses, auch dort, wo er sich progressiv gebärdet, gegen Rationalität gerichtet ist, und sich damit wissenschaftlich disqualifiziert.

Natürlich müssen wir auch bedenken, dass die Aufklärung nicht ohne Dialektik war. Wir sind jetzt nicht in einem Zustand von Ideologie und Propaganda, nachdem wir über 200 Jahre (seit 1810) erfolgreiche Modernität erfahren haben. Vielmehr haben wir eine ganze Reihe von Katastrophen erlebt. Der wissenschaftliche Fortschritt, der der Rationalität zu verdanken ist, trifft auf soziale Systeme, die man wissenschaftlich untersuchen kann, die aber auch den wissenschaftlichen Fortschritt zur größten Gefahr der Menschheit machen können. Wir stehen möglicherweise gerade näher an einem thermonuklearen Austausch aufeinandertreffender imperialer Mächte und Weltanschauungen, als jemals zuvor

(vermutlich sicher seit der Kubakrise). Und das kann man wiederum wissenschaftlich untersuchen.

Wissenschaftliche Rationalität bedeutet auch, dass es ohne sie keine Überschallraketen gäbe und keine Gain-of-function-Forschung in der Virologie. Es gibt also Schattenseiten der modernen Rationalität und auf die kann man sich wiederum nur mit rationalen Methoden, die eine normative Kraft entfalten können, einlassen. Deswegen ist eine neue Aufklärung nötig. Das ist eine Diskussion, die ich in den letzten Wochen sehr intensiv geführt habe. Eine neue Aufklärung, die ein anderes Format hat, bei dem Naturwissenschaft und Technik nicht gegen irgendeine andere Form des Wissens wie Metaphysik, Religion oder anderes stehen, sondern dass die verschiedenen Teilsysteme der Gesellschaft, zu der die Künste, die Geistesformationen, die Kulturen oder auch eine sicher irrsinnige Geschichtsmetaphysik von Vladimir Putin gehören. Wir müssen bedenken, dass das Kräfte sind, die in allen Disziplinen zum Gegenstand unserer wissenschaftlichen Forschung werden müssen, damit wir so aus den Oppositionen, in denen wir denken, herauskommen können. „Rationalität gegen Irrationalität“ oder „Wissenschaft gegen Religion“ sind beispielsweise Oppositionen, die nicht mehr funktionieren. Als Lokalethnologe stelle ich hier in Standford zu meiner Freude fest, dass das nicht die Universitätslandschaft in den USA kennzeichnet, sondern eher die Vorstellung Europas von dieser Universitätslandschaft.

Hans Herr Voßkuhle, was muss denn passieren, damit Wissenschaft dieses Vertrauen wiedererlangt, dessen Mangel Sie beklagt haben, um dann auch die Freiheit zu haben, sich in eine Richtung zu entwickeln, die von Professor Gabriel gerade skizziert worden ist?

Voßkuhle Ich habe das nicht beklagt. Mir geht es darum, dass Wissenschaft immer auch die eigenen Grenzen reflektiert und kommuniziert. Das ist mein Petitum im vorliegenden Zusammenhang. Ferner sollte der Bereich des Politischen seinen Selbststand behalten. Was Wissenschaftler erforschen und wie sie es in den unterschiedlichen Disziplinen erforschen, ist mittlerweile relativ anspruchsvoll. Wir können nicht erwarten, dass die Welt jenseits der Wissenschaft diese Vorgänge ohne weiteres versteht. Und deshalb geht es nicht allein darum, Ergebnisse zu kommunizieren, sondern es geht immer auch darum, zu zeigen wie wir arbeiten, was Wissenschaft ausmacht, wie vielfältig Wissenschaft ist, mit welchen Problemen sie zu kämpfen hat, was Disziplinen sind und wie sie sich gegenseitig befruchten oder teilweise auch nicht gut verstehen. Insofern würde ich zum Beispiel auch immer für eine Ökonomie plädieren, die sich im Sinne der klassischen Institutionen-Ökonomie neben der

Mathematik einer Sprache bedient, mit der sie auch in den Austausch mit Nicht-Ökonomen treten kann. Wenn wir andere in den Maschinenraum der Wissenschaft blicken lassen, erhöht das ihre Fähigkeit, die Qualität einer wissenschaftlichen Aussage und ihre Grenzen einschätzen zu können.

Wenn Sie über ein Problem zwei Jahre nachdenken können, werden Sie zu anderen Ergebnissen kommen, als wenn Sie in 20 Minuten entscheiden müssen, wie das zu lösen ist. Sie werden vielleicht mehrere Umwege gegangen sein und sich vielleicht etwas besser auskennen. Das ist eine ganz banale Alltagsweisheit, die aber mit Wissenschaftlichkeit zu tun hat, weil Wissenschaftler eben für bestimmte Fragestellungen mehr Zeit haben als jemand, der unter den Constraints des politischen Alltags entscheiden muss. Das müssen wir deutlich machen, genauso wie die Qualität, die eine wissenschaftliche Aussage hat. Nehmen wir evidenzbasierte Medizin, über die im Augenblick viel gesprochen wird: Wenn wir verschiedene Versuchsreihen durchgeführt haben und die dazugehörigen Daten vorliegen, können wir bestimmte Aussagen treffen. Wenn unabhängige Wissenschaftler diese Aussagen treffen, haben sie eine besondere Qualität und Integrität.

Insofern hat die Wissenschaft sehr viel einzubringen in den allgemeinen politischen Diskurs. Es handelt sich nur nicht zwangsläufig um die Wahrheit. Deshalb sollte die Wissenschaft den Herstellungsprozess von wissenschaftlichen Erkenntnissen immer mitkommunizieren. Je besser und je eingängiger wir das machen, desto eher kann man auch auf Akzeptanz hoffen.

Hans Damit sind wir schon beim zweiten Punkt, nämlich bei den Erwartungen. Anknüpfend an Professor Voßkuhle und an das, was Frau Riegraf zuvor gesagt hat, geht es ja um eine Art Beipackzettel. Auf der einen Seite wird kommuniziert, dass die Ergebnisse vorläufig sind und viel Zeit gebraucht haben. Es wurde der Weg und nicht nur das Ergebnis geschildert und man hat einen Einblick in den Maschinenraum. Dann ist aber dieses System konfrontiert mit einem anderen System, das Öffentlichkeit herstellt, das immer weniger Zeit hat um das zu transportieren. Wo dann vielleicht jemand zwei Stunden oder nur 20 Minuten hat, im besten Fall vielleicht mal zwei Wochen. Wie kann man sicherstellen, dass die Wissenschaft für all diese Botschaften trotzdem Gehör findet?

Voßkuhle Das ist sehr schwierig und ich frage mich auch, wie wir es schaffen, dass die Medien im weitesten Sinne in der Lage sind, das zu verarbeiten und in eine angemessene Form zu bringen, was sie von der Wissenschaft präsentiert bekommen. Ein Ausweg ist die direkte Kom-

munikation und die beobachten wir auch in der Politik. Wissenschaftler erzählen nicht mehr Journalisten was sie tun, sondern gehen direkt in die Medien wie etwa Herr Drosten. Das kann gelingen, aber es macht schon Sinn, viele Vermittlungsinstanzen zu haben, denn sie schauen noch mal anders auf Sachverhalte, führen verschiedene Erkenntnisse zusammen und ermöglichen dadurch eine neue Reflexionsebene. Deshalb müssen wir den Qualitätsjournalismus stärken.

Das Problem der medialen Vermittlung komplexer Zusammenhänge findet sich auch im Recht. Deshalb gibt es in Karlsruhe die sogenannte Karlsruher Justizpressekonferenz. In ihr haben sich Journalisten zusammengeschlossen, die vor Ort ein Büro besitzen und gleichzeitig ein Jurastudium absolviert haben und deshalb besonders befähigt sind, über Entscheidungen des Bundesgerichtshofs, des Generalbundesanwalts und des Bundesverfassungsgerichts zu berichten. Das führt zu einer vergleichsweise sehr professionellen Berichterstattung über die Tätigkeiten der genannten Institutionen. Viele Gerichte in anderen Ländern sind neidisch auf dieses Arrangement, weil die Berichterstattung über die Rechtsprechung in ihrem Land einfach schlechter ist. Das erleben wir auch in Deutschland, wenn Journalisten ohne spezielle Rechtsexpertise über komplexe Urteile berichten; das geht häufig daneben. Ein Büro in Karlsruhe und qualifizierte Fachleute müssen aber bezahlt werden. Wie lange dies angesichts wegbrechender Werbeeinnahmen der Verlage noch geleistet werden kann, ist offen und macht mir große Sorgen.

Hans Meine Frage wäre noch einmal zurück: Was kann das Wissenschaftssystem selbst tun? Denn zu hoffen, dass sich das Mediensystem ändert, ist natürlich hehr und sowieso immer richtig, aber die Frage ist ja: Wie kann das Wissenschaftssystem initiativ werden? Frau Riegraf, mich würde interessieren, ob man in der oft komplexen sozialwissenschaftlichen Forschung, von außen den Weg zu einer Erkenntnis in all seiner Kleinteiligkeit überhaupt nachvollziehen kann?

Riegraf Nein – selbstverständlich sind diese Prozesse viel zu kompliziert, deshalb ist das Vertrauen in Wissenschaft ja so zentral. Wichtig sind gemeinsam Diskursräume, ich meine damit durchaus Räume im physischen Sinne, in denen unter anderem eine Verständigung darüber stattfinden, was Medien und Wissenschaft jeweils für eine Verantwortung tragen. Als Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind wir in einer Bringschuld. Wir müssen unsere Erkenntnisse, die wir im wissenschaftlichen System, im wissenschaftlichen Raum gewinnen, auf so eine Art vermitteln, dass sie für ein breites Publikum verständlich sind, aber gleichzeitig die Komplexität der Erkenntnisse und der dahinterliegenden

Prozesse nicht zu verschweigen. Das ist nicht selbstverständlich und eine hohe Kunst und es gibt an den Universitäten entsprechende Weiterbildungskonzepte, die es gilt weiter zu professionalisieren. Zum Beispiel bieten wir an der Uni Paderborn für Professoren und Professorinnen entsprechende Weiterbildungen und begleitende Veranstaltungen an. Aber gleichzeitig müssen wir über moralische und ethische Standards sprechen, die eben auch von Seiten der Medien eingehalten werden müssen. Wir haben während der Pandemie häufig erlebt, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler persönlich angegriffen worden sind. Ich erinnere an die Schlagzeilen der Bildzeitung vor wenigen Tagen, auf die die Hochschulrektorenkonferenz reagiert hat. Die Intervention der HRK führte dazu, dass sie sich mit Redakteuren der Bild Zeitung zusammengesetzt und in einer Veranstaltung öffentlich diskutiert hat, wie Wissenschaft und Medien gut und verantwortungsvoll zusammenarbeiten können. Also: Die Wissenschaft hat die Bringschuld, aber auch die Medien müssen an ihre Verantwortung erinnert werden.

Hans Sie sprechen das Beispiel vom 4. Dezember an. Da lautete der Titel der Bildzeitung „Die Lockdown-Macher" und drei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden sehr groß gezeigt und im Grunde für die damals anstehenden engeren Lockdown-Beschränkungen verantwortlich gemacht. Der Diskurs, der sich daran angeschlossen hat, war aus meiner Sicht einmalig, initiiert durch die HRK, zusammen mit dem Chefredakteur der Bildzeitung.

Herr Gabriel, mich würde dazu noch einmal interessieren, ob die Politik in der Pandemie den Beratungsbedarf noch in einer größeren Intensität gehabt hat als davor? Die Interessen der Politik daran sind sicherlich vielfältig. Also Legitimation der eigenen Entscheidung, Entscheidungsfindung, aber vielleicht auch so was wie eine Delegation von Verantwortung. Das ist etwas, womit sich die Wissenschaft häufig konfrontiert sieht, wenn sie zurate gezogen wird. Wie kann ein solcher Austausch gelingen?

Gabriel Ich glaube, dass wir den gewählten Vertreterinnen und Vertretern in der Politik, die den Willen der Bürgerinnen und Bürger artikulieren und in einer Demokratie in den Institutionen vertreten, dass wir diesen Menschen Wahrheitssuche zutrauen sollten.

Einer der Gründe, warum Karl Lauterbach während der Pandemie ein bestimmtes Profil in der Öffentlichkeit erlangte, ist sicherlich, dass er seine Linie auch jüngst in einem Buch vertreten hat. Neben seiner Public Health-Expertise ist er ein ausgebildeter Philosoph mit einer wichtigen Station in Harvard und damit ein Beispiel für die Nähe von Wissenschaft

zur Politik. Und das nicht nur in Form einer momentanen Politikberatung der virologischen Faktenlage oder um die ökonomische Risikoeinschätzung für die Konjunkturprognosen einzuholen. Das ist sicher eine Dimension des Transfers, die eine Rolle in der Politikberatung spielt. Gerade in einer Demokratie brauchen wir eine tiefere Vernetzung der Politik mit anderen Teilsystemen. Die Systeme, über die wir hier reden, Öffentlichkeit, Medien, Universitäten und Politik, sind faktisch durchlässiger und beeinflussen sich mehr, als es auf den ersten Blick den Eindruck macht. Dass die Wissenschaften über mediale Diskurse oder sozialaktivistische Interpretationen bestimmter sozialwissenschaftlicher oder philosophischer Ergebnisse aus der Gendertheorie und ähnlichem besorgt sind, gehört zu Kreisläufen. Die Politik ist von der Wissenschaft beunruhigt, die Wissenschaft ist von den Institutionen beunruhigt und so weiter. Diese Kreisläufe sind komplex, wir müssen sie aussteuern und damit leben, aber nicht davon ausgehen, dass sie ohnehin immer miteinander vernetzt sind. Das bedeutet für die Politik, dass die Wahrheitsfrage gestellt werden muss, so wie das häufig in der Pandemie war. Also das genaue Gegenteil der Post-Truth-Era. Es kommt darauf an, ob beispielsweise eine Virusvariante gefährlicher ist als eine vorherige. Da spielen Wahrheit und Tatsachen eine entscheidende Rolle. Ich erinnere an die Rede der Bundeskanzlerin, als sie im Bundestag äußerst besorg für Aufklärung und Wissenschaft eingetreten ist. Es gibt diverse Deutungsmuster und Ambiguitäten, und wir müssen so wie es Herr Voßkuhle auch skizziert hat, kommunizieren, dass Wissenschaften sehr viel mit Methoden (und zwar im Plural) zu tun haben. Das gehört zur Kommunikation. Aber Wissenschaften kommen auch zu Ergebnissen. Es gibt Spikeproteine und es gibt mRNA-Impfstoffe mit einer bestimmten Wirksamkeit – das sind Fakten. Und diese Fakten müssen auch angesichts der geopolitischen Lage eine zunehmende Rolle in der Politik spielen.

Wie unbequem das auch immer sein mag, ist es ist auch ein Faktum, dass es andere Weltanschauungen als den modernen westlichen Rationalismus auf dem Planeten Erde gibt. Das gehört auch zur Faktenlage, die wir in Diskussionen einbeziehen müssen, so wie in diesen Tagen über wertegebundene Außenpolitik. Ich befürchte nicht die Epistemisierung des Politischen, die viel kritisiert wurde, sondern denke, dass wir erheblich mehr davon brauchen. Das bedeutet, dass insbesondere auch die Geistes- und Sozialwissenschaften, die normative Ansprüche formulieren können, im politischen Diskurs prominent in der ersten Reihe stehen müssen, denn das war die Idee der Aufklärung.

Hans Das heißt auf der einen Seite größeren Mut zu diesen unterschiedlichen Erkenntnissen zu haben und auf der anderen Seite durchaus auch einen selbstbewussteren Umgang mit den unterschiedlichen Irritationen der Systeme?

Gabriel Absolut. Die bereits angesprochene Demut, das sokratische Erbe, die Rationalität, das sind natürlich alles wichtige Stichworte, aber sie sind unbequem. Ich verstehe das, denn ich bin ja selber Wissenschaftler und sehe den sogenannten Elfenbeinturm als eine bisweilen allzu bequeme Lebensform eines Wissenschaftlers. Es bedarf Zeit, Freiheit und Erkenntnisfreiheit, denn sonst erhalten wir nicht die Fakten, die wir zur politischen Orientierung brauchen. Aber wir haben als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Auftrag, an der vordersten Front der menschlichen Selbstbestimmung mitzuwirken, und nicht nur zu kommentieren oder von den Rändern zuzurufen. Die Wissenschaften gehören ins Zentrum der Selbstbestimmung der modernen Gesellschaft, denn Aufklärung gehört zur Idee des Deutschen Idealismus zur Grundlegung der Universitäten. Und davon sind wir im Moment sehr weit entfernt. Deswegen haben wir diese Irritationen, für die es gute Gründe gibt wie das Aufkommen der sozialen Medien, die eine Qualitätspresse, um die es uns ja hier geht, gefährden. Das spielt eine große Rolle. Man denke an die KI-Forschung, ohne die es die Fake News in der Form, wie wir sie heute kennen, gar nicht gäbe. Hier haben wir die Paradoxie, dass der wissenschaftliche Fortschritt in seiner höchsten Form (also etwa Stanfords Computer Science), mit zu einem der größten Angriffe auf die Vernunft im 21. Jahrhundert geführt hat. Und da sehen wir genau die Durchlässigkeit. Es gibt den unpolitischen Raum der Wissenschaft nicht.

Ackermann Wenn man offen mit Irritationen umgeht, sind sie auf keinen Fall bedrohlich. Aber in den Sozialwissenschaften, in den Kulturwissenschaften und in den Geisteswissenschaften haben wir über einen sehr langen Zeitraum eine linke Hegemonie. Nicht eine linksradikale Hegemonie, aber eine linke Hegemonie, die 1968 von dem berühmten Streit zwischen Adorno und Popper ausging. Alle haben in Erinnerung, welche Karriere die Frankfurter Schule an den Universitäten gemacht hat oder auch Adorno und Horkheimer mit ihrem Buch „Die Dialektik der Aufklärung“.

Sie haben Recht, Herr Gabriel, die Aufklärung ist immer dialektisch gewesen und hat auch ihre dunklen Seiten gehabt, aber es hat sich im Prinzip als Standard durchgesetzt. Liberale oder andere Positionen haben die Erfolgsgeschichte hin zur Freiheit in der westlichen Zivilisation ins Zentrum gestellt, die Demokratiegeschichte, die Marktwirtschaft und

anderes, aber auch die Generierung von Wissenschaftsfreiheit selber, die wir ohne diese demokratische Entwicklung zur Freiheit überhaupt nicht hätten. Die positive, affirmative Haltung zu diesen Entwicklungen haben Sie an den Hochschulen in den Sozialwissenschaften und in den Geistes- und Kulturwissenschaften nicht mehrheitlich, sondern wir haben die Gesellschaftskritik. Es ist überhaupt nichts gegen Gesellschaftskritik zu sagen, aber wenn diese so weit geht, dass die Grundfeste dieser aufklärerischen Prinzipien selber berührt werden – und so ist es in Teilen der Postcolonial Studies, die sich bei uns hier an den Hochschulen ebenso ausgebreitet haben wie längst in Amerika, in den Gender Studies, die Critical Race Theory und vielem mehr – dann muss man überlegen, wo die gemeinsame Grundlage ist. Und dann unterschiedliche Zugänge, Perspektiven und durchaus eine Vernunftkritik thematisieren. Was wir zum Teil beobachten geht, in eine vollkommen andere Richtung und hatte sogar Sprechverbote zur Folge. Wenn man dieser Critical Race Theory nicht folgt, kommt häufig der Vorwurf, rassistisch zu sein. Die Unterstellung, dass die ganze Gesellschaft hier von strukturellem und systemischem Rassismus geprägt ist und wir dominiert von einer weißen Tätergesellschaft nur in Opferkollektiven leben, das sind schlichte Weltbilder, die an den Universitäten immer mehr Raum gegriffen haben. Und zwar durchaus von Minderheiten, die aktivistisch aufgetreten sind und denen nicht mit Streit sondern eher mit Schweigen geantwortet wurde. Und es gibt weitere Gründe wie beispielsweise die Bologna-Reformen, warum in den Universitäten die Debatten und Diskursräume so eng geworden sind. Vor dem Hintergrund sind diese Tendenzen eher verständlich.

Hans Von welcher Art von Sprechverboten reden Sie?

Ackermann Wenn beispielsweise generell eingeführt wird, dass wir von einem systemischen Rassismus in unserer Gesellschaft sprechen, wenn das in Examensarbeiten verlangt und abgefragt wird, dann ist das eine Unterstellung, die nicht frei von Wertungen ist. Und der Begriff „systemischer Rassismus“ oder „struktureller Rassismus“ ist ein Begriff, der aus einer bestimmten ideengeschichtlichen Tradition kommt und zum Beispiel aufgegeben hat, dass der Begriff „Gesellschaft“ nicht mehr verwendet wird – das ist gerade in den Sozialwissenschaften zu beobachten – sondern sich immer mehr der Begriff der „Mehrheitsgesellschaft“ durchsetzt. Hier zeigen sich Verschiebungen und Paradigmenwechsel. Wenn man aber von „Mehrheitsgesellschaft“ spricht, steht dahinter ein Blick auf die Gesellschaft, der mit bestimmten politischen Implikationen und mit bestimmten theoretischen, ideengeschichtlichen Implikationen ver-

knüpft ist, die nicht direkt sichtbar werden. Das sind Veränderungen, die bis in die Alltagssprache hineingehen.

Hans Sie deuten an, dass in Examensarbeiten sozusagen vorgegeben wird, welche Sprache verwendet wird?

Ackermann Ja. Den Streit um die Sprachpolitik, wie gegendert werden soll oder nicht, ob es prüfungsrelevant ist und es dann möglicherweise Punktabzug gibt, gab es jetzt schon an mehreren Hochschulen. Das sind alles Debatten, die bereits laufen und an verschiedenen Universitäten geführt werden.

Hans Und was bedeutet das für unser Thema des Transfers?

Ackermann Es bedeutet Transfer in zwei Richtungen: Was wird aus den Universitäten in die Gesellschaft transferiert? Wie sind die Studienabgänger ausgebildet, die dann die zukünftige Funktions- und Leistungselite ausmachen? Und wie sind sie sozusagen intellektuell sozialisiert? Mit welcher Sprache kommen sie aus der Universität in die Gesellschaft? Und umgekehrt: Wie wird aus der Gesellschaft heraus durch Aktivisten und NGOs und so weiter auf die Forschung und auf die Lehre in den Universitäten Einfluss genommen? Ich rede auch von kleinen Minderheiten, die bestimmte Themen durchsetzen. Es ist ein Wechselspiel und man muss hinschauen, was, wo, und wie und mit welchen Inhalten und mit welchem Bild von Gesellschaft, transferiert wird.

Hans Aber ist nicht die Durchlässigkeit von der Gesellschaft in die Universität und umgekehrt genau das, was wir eigentlich weithin als konsensfähig und wünschenswert diskutieren?

Ackermann Ja, aber dann muss man schauen, inwieweit eine unverständliche Politisierung der Wissenschaft stattfindet. Es geht um Selbstreflexion. Ich gehe noch einmal auf Max Weber zurück. Diesen Werturteilsstreit haben wir in den Gründungsjahren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im letzten Jahrhundert gehabt, und der hat sich fortgesetzt zwischen Popper und Adorno, der sogenannte Positivismusstreit: Wie normativ darf Wissenschaft sein? Ist die Wissenschaft von der Gesellschaft automatisch immer Gesellschaftskritik oder muss sie dann auch ihre Kritik selber reflektieren: Wie weit gehe ich, was ist Analyse, was riskiere ich? Oder ist es direkt eine Transformationswissenschaft mit dem klaren Ziel, die Gesellschaft zu verändern? Darüber muss man sich im Klaren sein. Genauso wie über die normativen Grundlagen und möglicherweise auch über die latenten normativen Elemente dessen, was man wissenschaftlich betreibt, forscht und lehrt.

Hans Wir haben eben besprochen, dass Normativität durchaus gewünscht und per se gar nicht schlecht ist, gerade auch wenn es um die

wissenschaftliche Relevanz in den vielfältigen aktuellen Krisen geht. Herr Voßkuhle, mich würde noch mal interessieren: Wie verhält sich die Normativität zu der Kontingenz, die Sie in Ihrem Vortrag angesprochen haben? Sie haben in einem Interview einmal gesagt: Die Entscheidung, die ein Verfassungsgericht trifft, ist nur selten die einzig mögliche. Das heißt, auch da gibt es Kontingenz.

Voßkuhle Klar.

Hans Und wie transportiert man das, was Wissenschaft macht, ohne dass es gemeinhin dann beliebig erscheint?

Voßkuhle Noch einmal: Es geht darum, den Erkenntnisprozess offenzulegen. Nehmen wir das Beispiel mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Sehr viel Akzeptanz schafft hier das institutionelle Setting: Unabhängige Personen, die auf zwölf Jahre gewählt sind und nicht wiedergewählt werden können, treffen Entscheidungen, die ihre eigenen Interessen nicht berühren. Das ist der erste Punkt. Und dann haben diese Personen auch noch sehr viel Zeit für ihre Entscheidung und fast unbegrenzte Ressourcen an Büchern, Sachverständigen usw.

Hans So haben wir uns das vorgestellt.

Voßkuhle Sie nehmen sich die Zeit, die sie brauchen, um den Fall zu durchdringen, falls kein Eilfall vorliegt, bei dem die Gefahr besteht, dass sofort Fakten geschaffen werden. Ungefähr ein Jahr sitzt ein Berichterstatter an seinem Votum, das die Grundlage der Beratung bildet. Es hat häufig den Umfang einer Dissertation, mitunter über 1000 Seiten. Jeder kleine Stein am Wegesrand wird aufgehoben und verarbeitet. Vier Mitarbeiter – junge Spitzenjuristinnen, die für ca. drei Jahre an das Bundesverfassungsgericht abgeordnet sind – unterstützen die jeweiligen Richter bei der Erstellung der Voten und diskutieren mit ihnen die Ergebnisse. Anschließend findet die Beratung statt. Acht Richterinnen und Richter aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern, mit unterschiedlichem Vorverständnis und Erfahrungen versuchen eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Dann folgt in bestimmten Fällen eine mündliche Verhandlung, zu der alle Beteiligten sich einbringen können und häufig unterschiedliche Sachverständige gehört werden. Dann tritt der Senat wieder in die Beratung ein. Auf dieser Grundlage erstellt der Berichterstatter einen schriftlichen Urteilsentwurf. Jede und jeder der sieben anderen Richterinnen und Richter darf diesen Entwurf ändern und kommentieren. Sie dürfen auch einen völlig neuen Urteilsentwurf schreiben. In der anschließenden Leseberatung werden alle Änderungsvorschläge diskutiert und geprüft. Am Ende dieses langen Prozesses steht das Urteil. Es handelt sich immer noch nicht um die Wahrheit, vielleicht hätte man

den Fall auch anders entscheiden können. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass das Urteil vollkommener Mumpitz ist.

Hans Und das könnte übertragbar sein auf Wissenschaft?

Voßkuhle So würde ich das gerne auf die Wissenschaft übertragen. Natürlich gibt es Unterschiede und die Naturwissenschaft oder die evidenzbasierte Medizin kämpfen mit anderen Problemen als der Politikwissenschaftler oder die Philosophin. Es ist richtig, dass auch Philosophen normative Aussagen treffen. Es muss aber einen Raum geben, in dem ich auch eine klare normative Gegenposition vertreten kann, ohne dass es zu einem ideologischen Streit führt, der das Gespräch unmöglich macht. Wir müssen die Universität als Raum wahrnehmen, in dem Ansichten und Erkenntnisse gut begründet vorgetragen werden können, man sich aber immer Gegenansichten und Gegenentwürfen stellen muss. Insofern bin ich nicht ganz einverstanden damit, was gerade über die Situation in den Geisteswissenschaften an den Universitäten gesagt wird, vor allem dass wir alle unfrei seien. Ich erlebe es so, wie wir es hier gerade machen: Wir diskutieren darüber, was Gender Studies oder Colonial Studies einzubringen haben. Das ist ja nicht alles Quatsch, sondern vieles ist sehr vernünftig. Wer moralisch argumentiert, ist nah am Streit – eine alte Erkenntnis, auf die Luhmann gerne hinwies. Es muss einem klar sein, dass normative Aussagen, wenn sie ideologisch verfestigt sind, schnell Konflikte entfachen. Da tun wir als Wissenschaftler gut daran, dieser ideologischen Verfestigung entgegenzutreten und die Räume offen zu halten, damit wir im Gespräch bleiben und so die andere Position auf uns wirken lassen können. Das ist das Versprechen, was wir uns im Umgang miteinander geben.

Hans Das heißt, dass eine gewisse normative Flexibilität möglichen Unsinn noch mal unwahrscheinlicher macht?

Voßkuhle Ja. Diese Form von Deliberation, wie sie der Wissenschaft eigen ist, führt zu qualitativ besseren Ergebnissen. Ich würde nicht gerne den Begriff „Wahrheit“ benutzen, das mag der Philosoph anders sehen, ich würde gerne von „Anschlussfähigkeit“, „Plausibilität“, „Klugheit“ oder „innerer Klugheit“ sprechen. Das finde ich sinnvoller, wenn es darum geht, wissenschaftliche Erkentnisse in gesellschaftliche Bereiche zu transportieren. Aber wer gerne mit Wahrheit argumentiert, der soll sagen „Das ist wahr“ – solange er bereit ist, auch meine Wahrheit zu akzeptieren.

Hans Die eine andere sein kann.

Voßkuhle Die eben eine andere sein kann.

Gabriel Ja, genau. Sie haben ja über „Post-Truth“ gesprochen. Ich glaube nicht, dass es „meine Wahrheit, deine Wahrheit“ gibt, sondern die Pluralität ist klar. Aber eine Korrekturbedürftigkeit, die Sie zu Recht ansprechen, ist gegeben, weil Wissenschaften fallible Projekte sind. Das heißt, beinahe jede, aber nicht jede Aussage muss revidierbar sein. Offenheit für das Gespräch ist sicher konstitutiv, aber das Ziel des Gesprächs ist das Herausfinden der Wahrheit. Wenn wir das aber ausklammern, dann sind wir in dem Diskurs, den Sie zu Recht im Namen der Aufklärung ablehnen wollten, dem der alternativen Tatsachen, der Subjektivismen. Ich bin als Philosoph Realist in erkenntnistheoretischen Fragen und mir wird etwas schummerig, wenn am Begriff der Wahrheit gerüttelt wird. Das ist gerade das Problem, um das es hier auch geht. Was wir normativ ablehnen sollten, ist die Vorstellung, dass wir in einem postfaktischen Zeitalter sind, aber zugleich etwas, was Gegenstand einer weiteren Kontroverse sein kann.

Voßkuhle Da müssen Sie uns sagen, was Sie machen, wenn Wahrheitsansprüche aufeinanderprallen, denn das tun sie ja mit großer Heftigkeit in allen möglichen gesellschaftlichen Arenen. Wenn Sie dafür keinen guten Konfliktmechanismus haben, dann geben Sie den Leuten Steine statt Brot, deshalb wäre ich etwas zurückhaltender.

Gabriel Ja, genau da kommt jetzt die Methodenvielfalt der Wissenschaften. Sie haben die Hermeneutik selber angesprochen, aber auch Gadamers berühmter Satz: „Der andere könnte recht haben“ gilt. Weil die Wahrheitsansprüche aufeinanderprallen, ist es dann Sache der Wissenschaften über ihre Methoden Gesprächsführungen zu erzielen, deren Ergebnis dann in einer neuen Position zu finden ist. Oder aber zu zeigen, dass eine der vorhandenen Positionen doch richtig lag.

Hans Frau Riegraf.

Riegraf Ich freue mich, Herr Voßkuhle, zu hören, wie gründlich und verantwortungsvoll die Arbeit am Bundesverfassungsgericht geleistet wird, das beruhigt mich wirklich sehr. Aber Sie selber haben in Ihrem Vortrag Bezug auf Ludwig Fleck genommen. Dann wäre die erste Runde der wissenschaftlichen Erkenntnisse – und das lässt sich gut mit Fleck begründen – sie in der eigenen disziplinären Scientific Community zu diskutieren und nach dieser Debatte wäre der zweite Schritt innerhalb des Wissenschaftssystems in einen interdisziplinären Diskurs einzutreten. So werden die Erkenntnisse zunächst innerhalb der Wissenschaft geteilt und erhält in gewisser Weise eine Stabilität und Verlässlichkeit und keine Beliebigkeit.

Voßkuhle Nein, nein! Das ist wahr, das ist nicht vorläufig.

Riegraf Einen anderen Punkt, den Sie noch angesprochen haben, würde ich ebenfalls gerne aufgreifen und Ihnen einerseits widersprechen und andererseits zustimmen. Aus meiner Sicht ist Transfer immer auch auf Veränderungen in beide Richtungen angelegt, d.h. sowohl in Richtung der Wissenschaft als auch in Richtung der außerwissenschaftlichen, gesellschaftlichen Sphäre, letzteres kann die Politik, die Wirtschaft oder etwas Anderes sein. Aber die Intension ist immer Anwendung und damit auch Veränderung.

Und: In den Sozialwissenschaften – und nicht nur da – ist der kritische Diskurs und Gesellschaftskritik quasi eine Methode in der Disziplin. Es ist die immerwährende Kritik an den eigenen theoretischen Grundlagen; Kritik in dem Sinne, dass die Grundprämissen immer wieder neu auf den Prüfstand gestellt werden und immer wieder kontrolliert werden. Dabei wird abgewogen, was zum gesellschaftlichen Fortschritt beiträgt und was nicht. Gesellschaftskritik ist eine Richtung innerhalb der Wissenschaft, aber wir haben verschiedene Theorien in den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften. So hat der Positivismusstreit vieles vorangetrieben, die unterschiedlichen Positionen von Popper, der Frankfurter Schule, all das hat zur Dynamik im Wissenschaftsbetrieb beigetragen.

Ackermann Richtig. Aber die Frage ist, was dann dominant geworden ist?

Riegraf Ich sehe im Moment wenig Frankfurter Schule, was ich im Übrigen sehr bedauere. Also das wurde eher abgebaut.

Ackermann Ja, aber in Fortsetzung der Frankfurter Schule, was hat sich da angeschlossen? Die neuen Critical Social Justice Theorien!

Riegraf Ich habe aber noch einen anderen Punkt. Das Wissenschaftssystem als politikfreien Raum zu denken, das funktioniert in zweierlei Hinsicht nicht: zum einen setzt Politik wesentliche Rahmenbedingungen für das Wissenschaftssystem. Und umgekehrt, wenn beispielweise Sozialwissenschaften eine Analyse über die Sozialstruktur eines Landes oder über die Einkommensverteilung vorlegen, dann ist dies hoch politisch, denn alle diese Erkenntnisse finden niemals in einem politikfreien Raum statt. Wissenschaft und Politik befinden sich also immer in einer wechselseitigen Beziehung.

Ich stimme Ihnen in dem Punkt zu, dass wenn ich mich als Wissenschaftlerin engagiere, weil ich von der gesellschaftlichen Relevanz des Themas überzeugt bin, dann muss der Wertehorizont, vor dessen Hintergrund ich kommuniziere, vermittelt und transparent gemacht werden. Es muss für das Publikum nachvollziehbar sein, was mein Engagement leitet und wie ich zu meinen Erkenntnissen komme. Da sind natürlich wissenschaftliche Standards, die für alle Disziplinen gelten, und selbst-

verständlich eingehalten werden müssen. Es ist aber auch der weitere Rahmen zu vermitteln. In keinem Fall ist Wissenschaft ein politikfreier Raum.

Ackermann Nein, aber man muss begreifen, welche Grundannahmen eine Rolle spielen.

Riegraf Ja.

Ackermann Das ist auch in der Sozialwissenschaft so. Ob sie von der klassischen Ungleichheitsforschung ausgehen, das war früher eher die marxistisch orientierte Sozialwissenschaft, oder ob das jetzt überhaupt keine Rolle mehr spielt, sondern die kulturellen Differenzen wie bei der Critical Race Theory überwiegen. Die marxistisch orientierte Sozialwissenschaft war natürlich auch nicht wertfrei. Und dass Politik und der Blick auf die Gesellschaft immer mit reinspielen – ob als Unrechtsveranstaltung oder auf blühendem Wege in die Zukunft – das ist richtig. Aber es sind unterschiedliche Blickwinkel, die man auf politische Weise auf diese Gesellschaften hat.

Hans Herr Gabriel, bevor wir die Diskussion für das Publikum öffnen, eine abschließende Frage an Sie. Sie haben die Rolle der sozialen Medien eben schon angesprochen. Wir haben jetzt über Wahrheit gesprochen, wir haben über Diskurse gesprochen. Und wenn wir die sozialen Medien anschauen, geht es natürlich sehr stark um Verkürzung und um Emotionalität, aber auch von dort gibt es eine Durchdringung und eine Interdependenz mit der Wissenschaft. Was beobachten Sie da?

Gabriel Da beobachte ich ein fatales Eindringen, wie wir das auch aus dem ökonomischen Wettbewerb der klassischen Medien und jetzt vor allen Dingen der digitalen frei laufenden sozialen Netzwerke oder Plattformen erleben. Es gibt einen massiven ökonomischen Wettbewerb zu Ungunsten der klassischen Medien. Und vor allem während der Pandemie beobachte ich, dass die sozialen Netzwerke und da paradigmatisch Twitter, eine große Gefahr darstellen. Ich weise immer wieder darauf hin. Donald Trump wäre ohne das Instrument Twitter nie Präsident geworden, das ist ein wichtiger kausaler Faktor. Es ist eine spezifische Art von Erregungslogik, die natürlich algorithmengetrieben ist und abgeschöpft wird, weil es um Mehrwertproduktion geht. Sie führt dazu, dass Meinungen generiert werden, doch nicht mehr mit dem Ziel in den Diskurs einzutreten. Das besänftigende Ziel des gemeinsamen Redens, um herauszufinden, wer wir sind und wer wir sein wollen, ist also in sozialen Netzwerken strukturell unmöglich. Und das ist sicher eine empirisch gut gestützte Überlegung. Das heißt, dass auch viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – nehmen wir den Fall Christian Drosten gegen

die Bildzeitung – auf Twitter zurückschlagen, weil auf eine bestimmte Weise reagiert werden muss und das macht die Sache nicht unbedingt besser. Wir brauchen eine Twitter-Kritik und nicht eine Auseinandersetzung zwischen Twitter und der Bildzeitung. Das sind Konstellationen, die problematisch sind.

Die sozialen Netzwerke in ihrer derzeitigen Form halte ich für wissenschaftsfeindlich und unvereinbar mit den grundlegenden Spielregeln. Es täuscht leicht über die Gelegenheit hinweg, beispielsweise auf Twitter oder einem anderen Netzwerk, die nächste Konferenz anzukündigen und Mitteilungen zu machen. Es gibt also eine Dimension „Nachrichten, Kurznachrichtendienst", wie wir das nennen, aber im Wesentlichen ist Twitter eine Mehrwertproduktion, die daraus schöpft, dass gesellschaftliche Polarisierungen vorangetrieben und Erregungsmuster generiert werden. Deswegen ist es nicht mit Wissenschaft, so wie wir sie in diesem Panel verstehen, vereinbar.

Hans Und was dann den Diskursräumen noch mal widersprechen würde oder gar abträglich ist.

Gabriel Ja, völlig. Jeder, der es versucht hat, weiß: In sozialen Netzwerken können Sie keine auch nur ansatzweise wissenschaftliche Diskussion führen.

Voßkuhle Ja, insofern sind auch geschützte Räume sehr wichtig. Es ist etwas anderes, ob man eine Diskussion in den sozialen Medien oder im Blog führt oder ob man zum Beispiel tatsächlich an einem Ort sitzt und sich mit Menschen austauscht. Was man außerdem machen kann, aber heutzutage sehr unwahrscheinlich ist, wäre das Handy wegzulegen und nicht während des Gesprächs darauf zu schauen. Auch das führt zu einer anderen Form des Gesprächs. Das ist übrigens auch beim Bundesverfassungsgericht so. In die Beratung, die an einem Tag acht bis zehn Stunden dauern kann, darf kein Handy oder Computer mitgenommen werden. Das verändert die Kommunikation komplett, denn die Konzentration und Aufnahme des Gegenübers ist wesentlich intensiver. Wir wissen aus der Habermas'sche Diskursethik, dass erfolgreiche Diskurse von der Einhaltung bestimmter Bedingungen abhängen. Es reicht nicht aus, sich auf Twitter einfach irgendetwas zuzurufen. Es muss Raum und Zeit für Rede und Gegenrede sein. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diese Räume geschaffen werden. Dazu gehören auch Begegnungsräume zwischen Gesellschaft und Wissenschaft, um so miteinander ins Gespräch zu kommen. Aber nicht nur fünf Minuten oder auf einer Podiumsdiskussion, sondern indem man auch miteinander Zeit verbringt.

Das wird unter den heutigen Bedingungen immer schwieriger. Aber wir müssen es trotzdem versuchen.

Hans Nutzen wir den Reflexionsraum hier. Wenn Sie Fragen haben, melden Sie sich kurz und dann stehen im Gang jeweils Mikrofone. Möchten Sie starten? Wenn Sie zu Beginn vielleicht kurz Ihren Namen sagen?

Schmid Sie werden nicht überrascht sein, dass ich andere Betrachtungen zu Cyberspace und Cyber-Effizienz und -Effektivität habe als der Vorredner. Es ist ein fantastischer Abend und ich will mich auf Folgendes konzentrieren: Erstens: Verändert sich nicht Wissenschaft?
Sie, Herr Voßkuhle, haben die Aufklärung des modernen Staates gemeint und sein Rationalitätsversprechen. Verändert sich das nicht durch den Cyberspace und eine globale, vernetzte, und von Konkurrenz geprägte Welt? Sie haben diese technische Vernetzung mit „Offline"- und „Online-Identität" angesprochen. Ich hätte deswegen von Ihnen mit allem Respekt erwartet – in Zukunft vielleicht Herr Voßkuhle (?) –, dass Sie auch über Rationalitätsversprechen Künstlicher Intelligenzen für den „Cyber-State" und die „Cyber-Union" (eigene Terminologie) mit uns sprechen. Der nächste Punkt ist, dass ich mich – anders als Sie – als (R)Evolutionswissenschaftlerin (Stichwort: Industrie 4.0) begreife und mich mehr auf „Schaffen" konzentriere, denn auf „Wissen". Denn ich bin mir nicht so sicher, ob wir so viel von dieser neuen Welt, die durch den Cyberspace als fünfter Dimension des Seins (neben den drei Kategorien der m³ und der Zeit) ergänzt wird, wissen. Da brauchen wir vielleicht auch einmal Citizen Science, weil „wir" uns in der Scientific Community nicht einfach austauschen können. Kostprobe: Wenn ich über Drohnendetektion an deutschen Flughäfen etwas schreiben will (was ich übrigens gerade veröffentlicht habe), brauche ich vielleicht einen Ingenieur, der diese Drohnentests dort durchgeführt hat. Zu einem neuen Verständnis von Wissenschaft will ich mit den Worten von Herrn Lenzen und seiner Akronymologie der „VUCA-Welt" schließen. Muss sich Wissenschaft angesichts von

***Viola Schmid**, Staatsrechtslehrerin an der Technischen Universität Darmstadt*

„Volatility, Uncertainty, Complexity und Ambiguity“ nicht grundsätzlich ändern (siehe in der FAZ vom 17.03.2022)? Danke.

Hans Den nächsten Vortrag hält Herr Voßkuhle dann zur nächsten Dimension, es geht nicht alles auf einmal. Dort war noch eine Wortmeldung.

Fischer Nach Jahrzehnten in bundespolitischer Verantwortung habe ich eine Frage zur Debatte von Folgewirkungen politischer Entscheidungen, nicht nur eindimensional, sondern auch in Sekundär- und Tertiärbereiche hinein. Früher hat man gelegentlich Fehler gemacht und solche Dinge falsch eingeschätzt. Deswegen ist heute die schnelle transparente Entscheidung bei Politikern nicht so populär, sondern sie wollen erst mal sehen, wie die Gesamtauswirkung sein wird. Herr Professor Voßkuhle, dass Sie bei Ihren Entscheidungen diese Reflexionen anstellen, ist selbstverständlich. Gelegentlich sind politische Entscheidungsträger auch dankbar gewesen, wenn sie vom Bundesverfassungsgericht wieder eingefangen worden sind. Deswegen meine Frage zum Thema Transfer: Ist diese Dimension der Folgewirkung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Ergebnisse bei Ihnen ein stark ausgeprägtes Thema? Wenn ich wissenschaftliche Erkenntnisse in gesellschaftliche Bereiche, Wirtschaft oder wo auch immer transferiere, dann ist das natürlich ein Thema von erheblicher Bedeutung.

***Dirk Fischer**, Ehrenvorsitzender CDU Hamburg*

Voßkuhle Ja, es gibt einen großen Bereich der Folgenforschung. Und wir haben verschiedene Zentren, die sich damit beschäftigen. Auch im Bundestag gibt es ein Büro für Technikfolgenabschätzung. Das ist ein Teil von Wissenschaft und es werden dort viele Erkenntnisse produziert. Aber es gilt, was wir eingangs gesagt haben: Man muss mit diesen Erkenntnissen demütig sein. Die Dinge können sich auch ganz anders als erwartet entwickeln. Bei der Planungseuphorie, die wir in der Bundesrepublik Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre beobachten können, war das Vertrauen in die Prognostizierbarkeit der Entwicklung der Welt sehr groß. Wir sind heute skeptischer gegenüber Prognosen, viele erfüllen sich nicht, ohne sie kommen wir aber auch nicht aus.

Deshalb sage ich: Machen wir das so gut wir können weiter. Aber wir sollten immer damit rechnen, dass etwas Unvorhergesehenes passiert. Wie schnell sich die Weltsicht ändern kann, erleben wir im Augenblick bei der Beurteilung des Kriegs in der Ukraine. Aber das heißt nicht, dass es keinen Sinn macht, über Folgen nachzudenken. Mir selbst hat immer das Denken in alternativen Folgen und Szenarien eingeleuchtet. Der Vergleich hilft beim Treffen von Entscheidungen.

Riegraf Sie haben einen ganz wichtigen Punkt aufgegriffen, Herr Voßkuhle. Selbstverständlich gibt es viele Folgeabschätzungen, aber ein entscheidender Faktor ist der Zeitrahmen innerhalb dessen Entscheidungen stattfinden müssen. Was Herr Voßkuhle beschrieben hat, funktioniert unter der Bedingung „viel Zeit zu haben" und die Ressource Zeit unendlich ist. Aber ich erinnere an die ersten Phasen der Corona-Pandemie, als alles schnell gehen musste, oder an die Klimafragen, bei denen wir nicht endlos viel Zeit haben, um alles bis ins Detail durchdiskutieren zu können. Die Zeitfrage ist eine ganz zentrale. Zudem ist das Denken in Alternativszenarien zentral, was sowieso Teil des Wissenstransfers ist. Lösungswege sind nie alternativlos. Vielmehr gibt es in aller Regel ganz verschiedene Möglichkeiten und Lösungswege, die aufgezeigt werden müssen. Dann ist aber die Politik mit der Entscheidungsfindung an der Reihe. Aber, und das ist auch Teil der bereits eingeforderten Demut, es wird immer nicht intendierte Nebenfolgen geben, weil die Prozesse so komplex sind. In der Soziologie haben wir diesen Begriff der unbeabsichtigten Folgen, weil nicht alles planbar und überschaubar ist und die Umstände in einer sehr komplexen Art und Weise in konkreten Kontexten zusammenspielen.

Prof. em. Dr. Dr. ***Christiane Spiel****, Bildungspsychologie und Evaluation, Institut für Psychologie der Entwicklung und Bildung, Universität Berlin*

Spiel Ich möchte eine Facette des Transfers einbringen, die noch nicht genannt wurde. Wir haben immer darüber gesprochen, welche Aktivitäten und welche Maßnahmen einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unternehmen können. Aber Transfer kann ja auch als Aufgabe einer Universität aufgefasst werden. Das heißt, die Universität steht für Transfer, für Wissensaustausch mit der Gesellschaft, und dafür, gesellschaftliche Entwicklungen

mitgestalten zu wollen. Aber dafür braucht es dann auch entsprechende Rahmenbedingungen. Ich habe vier Jahre lang ein Third-Mission-Strategie-Projekt an der Universität Wien geleitet und weiß daher, wie schwer es ist, so etwas aufzubauen. Nehmen wir das Beispiel junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen: Sie kommen oft in die Forschung, weil sie auf der einen Seite nach Erkenntnis suchen, aber auf der anderen Seite dazu beitragen wollen, dass die Welt besser wird, sich ins Positive verändert. Und dann finden sie Rahmenbedingungen wie befristete Verträge und hohen Publikationsdruck vor. Für ihren nächsten Karriereschritt geht es nicht primär um die wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern bewertet werden die Publikationen in anerkannten Journalen, die Einwerbung von Drittmitteln, ihr h-Index und ähnliches. Viele fragen sich aber dann, wo sie die Zeit hernehmen sollen, die sie gerne zur Verbesserung der Welt investieren möchten. Das bedeutet, an den Universitäten und im Austausch mit der Politik – denn Politik muss das auch anerkennen – müssen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. D.h. zeitliche Freiräume für Transferaktivitäten und Unterstützung dieser, sowie die Anerkennung solcher Aktivitäten im Rahmen der wissenschaftlichen Karriere. Dieses Thema hat mir bisher ein wenig gefehlt. Danke.

Hans Möchten Sie aus Ihrer Erfahrung erwidern?

Riegraf Ich kann das nur unterstreichen. Transfer oder Transferaktivitäten haben lange Zeit nicht zum Reputationsgewinn im Wissenschaftssystem beigetragen. Deshalb müssen wir innerhalb der Anerkennungssysteme in der Wissenschaft noch weitere Veränderungen vornehmen, wenn Transfer an den Universitäten und Hochschulen als zentrale Aufgabe gewollt wird.

Ich kann das nur unterstreichen. Transfer oder Transferaktivitäten haben lange Zeit nicht zum Reputationsgewinn beigetragen und da müssen auch innerhalb der Anerkennungssysteme noch mal Veränderungen vorgenommen werden, wenn das als Universität oder als Hochschule gewollt ist.

Hans Denn von dort ist der Weg zu der Reflexion, die Sie beschrieben haben, wahnsinnig weit, zwischen dem prekären, zeitlich befristeten Vertrag und der mehrstündigen Debatte.

Hertwig Herr Professor Voßkuhle, ich war über das Thema Ihres Vortrags im Zusammenhang mit dem Thema „Wissenschaftstransfer“ überrascht. In Vorbereitung auf diese Tagung habe ich über politischen Einfluss auf die Wissenschaft und ähnliches nachgedacht und andere Themen erwartet. Aber Rationalitätsversprechen des Staates? Hat er mir

ein Rationalitätsversprechen gegeben? Ich nehme den Staat in den letzten Jahren überhaupt nicht als rational wahr, also jedenfalls nicht die Politik, sondern als außerordentlich irrational. Zum Beispiel hat der hier schon mehrfach geschmähte Donald Trump schon vor Jahren von Deutschland verlangt, 2 % seines Bruttosozialprodukts für die Verteidigung auszugeben, und gesagt, es gehe nicht an, dass die USA alleine die Lasten der Verteidigung schultern.

Meine Erfahrungen als Anwalt kommen nicht so sehr vom hohen Verfassungsgericht, sondern mehr von den normalen Verwaltungsgerichten. Da sagt man immer: Die Verwaltungsgerichte müssen die Verwaltung kontrollieren. Aber nein, die Verwaltung versucht eigentlich sehr rechtschaffend, einen wirklich rationalen Job zu machen. Aber die Verwaltungsgerichte sind dringend nötig, um die Politik zu kontrollieren. Die Politik regiert immer in eine Verwaltungsentscheidung hinein und das mit sehr irrationalen Argumenten. Wenn man als Anwalt die Politik berät, dann ist oftmals die erste Frage: Wie kann ich jetzt die rechtlich gebotene Situation umschiffen? Wie kann ich irgendeinen anderen Weg gehen, um das Ziel zu erreichen? Und dann ist es eine ganz wichtige Aufgabe der Verwaltungsgerichte, eine Rationalität herzustellen und zu sagen, dass das nicht geht. Insofern sollte der Staat rational handeln, wenn man alle drei Gewalten zusammennimmt, aber von der Politik habe ich lange kein Rationalitätsversprechen mehr gehört.

*Prof. Dr. **Stefan Hertwig**, Partner CBH Rechtsanwälte, Berlin*

Voßkuhle Ich habe es mit dem Wort „Versprechen“ schon ernst gemeint. Wenn Sie meinen, dass das Versprechen heute nicht mehr gilt, dann können wir mal den Versuch machen und Sie gehen in die Politik und sagen: Ich verspreche Ihnen, dass ich völlig irrational handle. Das wird vermutlich nicht sehr erfolgreich sein. Also das Rationalitätsversprechen bleibt. Alle staatlichen Akteure nehmen für sich in Anspruch, vernünftig zu handeln. Ob sie das dann tatsächlich tun und inwiefern sich da viele Irrationalitäten einschleichen, das ist eine andere Frage. Mir geht es um die Grundlage unserer Diskussion. Wenn wir über Wissenschaftstransfer, Wahrheit, Erkenntnis und Reliable Knowledge sprechen, dann müssen wir das Fundament klären und die Probleme, die mit unseren

rationalen Annahmen verbunden sind. Das war die Intention meines Vortrags.

Ich gebe Ihnen Recht, dass es viele Irrationalitäten gibt und sogar Verwaltungsgerichte entscheiden vielleicht manchmal irrational, aber das Versprechen bleibt. Wir können nicht immer einer Meinung sein und Mehrheitsentscheidungen in einer Demokratie führen dazu, dass auch mal Leute an der Macht sind, die man nicht gewählt hat und mit denen man inhaltlich nicht übereinstimmt. Aber was man von ihnen verlangen kann, ist Nachvollziehbarkeit, und dass ihre politischen Entscheidungen auf vernünftigen Gründen basieren, die die Bürger und Bürgerinnen verstehen.

Wenn das nicht mehr funktioniert, dann haben wir tatsächlich ein großes Problem. Das können wir zurzeit gut in den Vereinigten Staaten beobachten. Dort stehen sich zwei Lager gegenüber, die keine gemeinsamen Realitätsannahmen teilen und deshalb nicht mehr miteinander reden können. Rationalität ist insofern nicht nur ein hehres Ziel, sondern in gewisser Weise auch Voraussetzung jeder sinnvollen Kommunikation. Wir sollten den Rationalitätsanspruch daher nicht aufgeben, auch wenn die Welt von vielen Irrationalitäten geprägt ist. Das ist ähnlich mit dem Diskurs, der aus meiner Sicht nicht immer zur Wahrheit führt. Da liegen wir, lieber Herr Gabriel etwas auseinander. Es ist aber trotzdem wichtig, in den Diskurs einzutreten, weil wir auf diese Weise klüger werden und zu besseren Ergebnissen gelangen.

Hans Zwei sehr knappe Ergänzungen von Herrn Gabriel und Frau Riegraf und dann kommen wir zum Ende.

Riegraf Ich habe Sie so verstanden, dass es ein bestimmtes Rationalitätsversprechen gibt. Das heißt, der Staat macht aufgrund rationaler Überlegungen politische Programme und eine entsprechende Politik, die dann umgesetzt wird. Leider stellen wir fest, dass es so nicht funktioniert und die Dinge viel komplexer liegen. Sie haben Bezug genommen auf die 1960er, 1970er Jahre, in denen die Idee des planenden Staates vorherrschte. Die Vorstellung war, dass die Gesellschaft zentral gesteuert werden kann, um dann in den folgenden Jahren festzustellen, dass eine zentrale Planung und Steuerung nicht funktioniert. Im Umsetzungsprozess der politischen Programme kommen dann (mikro)politische Prozesse zur Geltung, zum Beispiel innerhalb der Verwaltungen, die ihre eigene Rationalität hat; Prozesse werden blockiert, andere wiederum forciert und am Ende des Prozesses kommt etwas heraus, was von niemandem und überhaupt nicht intendiert war. Im Umsetzungsprozesses

kommt die Rationalität der Akteure, der unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme, wie des politischen Systems, wesentlich dazu.

Gabriel Ich will nicht behaupten: „Führen wir einen Diskurs, kommen wir immer zur Wahrheit“, sondern das Ziel des Diskurses ist Wahrheit. Habermas glaubte zu einer bestimmten Phase, dass Diskurs Wahrheit garantiert, weil er eine bestimmte Wahrheitstheorie hatte, die das ergibt. Ich bin Realist, das heißt, es gibt Wahrheit, es gibt Tatsachen, Spikeproteine, Angriffswillen der russischen Regierung und vieles mehr.

Das ist keine naive oder gar dogmatische Auffassung von Diskurs. Nehmen wir die schwierige Situation, in der wir uns gerade im sogenannten Westen befinden. Es ist etwas geschehen, was vielleicht erheblich besser vorhersagbar gewesen wäre, hätten wir zum Beispiel die relevante Expertise herangezogen. Aber wie viele slawistische Lehrstühle gibt es denn in Deutschland, die wir aus politischer Warte anrufen können, um herauszufinden, wie die Sachlage ist? Und wie viele Menschen im sogenannten Westen können hinreichend gut Chinesisch, um etwa dem chinesischen Politdiskurs auch nur ansatzweise zu folgen?

Für die Expertise, die wir wissenschaftlich brauchen, um auch die historische Sachlage, in der wir uns gerade befinden, zu bewerten, da müssten wir mehr tun. Es wäre im Interesse der Politik und im Interesse der Wissenschaft, dass wir uns diesen Fragen unserer Zeit und den zukunftsorientierten Fragen widmen. Man hätte mehr wissen können über Russland und wir sind nicht in einer neuen Welt aufgewacht, sondern es kaschiert aus meiner Sicht eigentlich nur eine Naivität, dass wir so reden. Die Russisten, mit denen ich mich in letzter Zeit unterhalten habe, sagen mir alle, dass hätte man spätestens seit 2015 wissen können, und waren entsetzt über die politische Naivität. Aber das heißt ja gerade das Rationalitätsversprechen des Staates und das muss man dann eben kompensieren. Und da wir in Deutschland das Universitätssystem öffentlich finanzieren, folgt ein dringender Appell, dass wir die auch regionalwissenschaftliche Erforschung der gegenwärtigen Lage in China und Russland für die anstehende Zukunft sehr viel ernster betreiben, als wir das bisher getan haben. Und das bedeutet: Geld.

Voßkuhle Ein schönes Schlusswort.

Hans „Geld“ ist auf jeden Fall ein schönes Schlusswort. Wir könnten an der Stelle sicherlich lange weiterdiskutieren, aber das dürfen Sie noch beim Empfang tun.

Vorher aber ein ganz herzlicher Dank an Sie alle auf dem Podium für die angeregte Diskussion, an die Heinz Nixdorf Stiftung, an die Schleyer-

Stiftung und natürlich an die Universität Hamburg, dass wir hier zu Gast sein durften.
Ich glaube, wir haben einige erfüllbare Erwartungen besprochen, sicherlich manche unangemessene Ansprüche, aber auch den einen oder anderen konstruktiven Vorschlag, wie Transfer gelingen kann. Ich schließe mit dem Zitat eines Juristen, weil wir auch mit einem Juristen begonnen haben, und zwar mit Franz Kafka: „Alles Reden ist sinnlos, wenn das Vertrauen fehlt." In diesem Sinne einen schönen Abend und herzlichen Dank für Ihr Interesse auch an die Zuschauer im Livestream.

Barbara Frenz

Begrüßung zum zweiten Tag des Symposiums

Guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Freiheit verteidigen – dies gilt nicht nur aktuell für die hochdramatische Entwicklung in der Ukraine, dies gilt nicht nur unmittelbar auf politischer Ebene für Deutschland, für Europa und die westliche Welt, dies gilt auch für die Wissenschaft, wie wir auch gestern Abend hören konnten. Die Wissenschaft ist also, ob sie will oder nicht, involviert in der offensichtlichen Legitimationskrise, in die Politik geraten ist. Politische Entscheidungen werden aber nicht allein aufgrund rationaler Erwägungen getroffen. Sie sind vielmehr das Resultat politischer Wertsetzung in den einzelnen Parteien, wofür sie mit ihren Programmen um Stimmen der Bürger werben. Für die daraus resultierenden Entscheidungen muss die Politik und muss auch der einzelne Politiker die Verantwortung übernehmen. Politiker werden im Zweifel abgewählt. Das mit der Digitalisierung nochmals gestiegene Bedürfnis des Bürgers nach Transparenz, Nachvollziehbarkeit und zugleich klaren Entscheidungen ist zunächst legitim. Aber es ist nicht das Geschäft der Wissenschaft, und auch nicht das der Politik, mögen Sie einwenden. Das Wesen einer vitalen Demokratie ist oder sollte zumindest der Meinungsstreit sein,

basierend auf unterschiedlichen Wert- und Interessensetzungen und der mühsamen Suche nach Kompromissen. Es ist ja gerade die Langsamkeit dieses Prozesses, die – wie es Wolfgang Schäuble mit Karl Popper nicht müde wird zu betonen – Freiheit sichert. Die zweite Seite der Medaille ist Verantwortung. Und so, wie sich der Politiker seiner Verantwortung stellen muss, übernimmt auch Wissenschaft Verantwortung. Science Diplomacy ist hier zu nennen, der Blick fällt von China nun unweigerlich auch auf Russland. Zudem wird an den über die sogenannte Third Mission diskutiert. Mit dem Fall der Mauer und dem unter anderem von Fukuyama ausgerufenen sogenannten Ende der Geschichte haben wir geglaubt, dass freiheitliche Demokratien und unser wettbewerbliches und zugleich sozial austariertes Wirtschaften zum Wohle aller auf dem Vormarsch sind. Die weltweite Entwicklung zeigt derzeit allerdings etwas anderes, auch wenn Fukuyama wie jüngst in der NZZ nicht müde wird, seine Thesen des letztendlichen Sieges freiheitlicher Systeme zu betonen. Schon lange gibt es Zweifel daran, dass die Attraktivität unserer Gesellschaftsordnung Beschleuniger der Entwicklung ist. Es ist vielmehr so, dass autoritäre Systeme genau diese Attraktivität fürchten und längst begonnen haben, ihre autokratischen Systeme zu festigen und zu erweitern. Hierfür sind die Entwicklungen in Hongkong ein ebenso erschreckendes Beispiel. Nun ist die westliche Welt anscheinend aufgewacht und wird sich der Bedeutung, aber auch der Gefährdung der Werte von Freiheit und Demokratie bewusst. Sie sind kostbare Güter, die es zu schützen gilt. Und dies gilt auch für Wissenschaft, für Forschung und Lehre, deren Unabhängigkeit essenziell für die Innovationskraft und den Fortschritt in unserer Gesellschaft ist.

Professor Lenzen hat es gestern gesagt: Wir waren – auch in der Wissenschaft – nicht vorbereitet auf die Katastrophe, weder in der Politik, noch in der Gesellschaft, noch in der Wissenschaft, obwohl – möchte ich ergänzen – die entsprechenden, vor allem militärischen Sicherheitsbereiche schon lange gewarnt haben. So haben, nebenbei bemerkt, auch wir in der Schleyer-Stiftung nicht umsonst Anfang letzten Jahres mit der Wahl von Botschafter Ischinger als Preisträger des Hanns Martin Schleyer-Preises 2021 die Bedeutung der militärischen Stärke eines Landes als essenziell für dessen vitalen Fortbestand herausgestellt. Und das bringt mich zu einer weiteren Frage, die uns bei der Konzeption des Symposiums ebenfalls geleitet hat: Wie erreichen wir, dass die Erkenntnisse und Fortschritte der Wissenschaft, die sie zweifelsohne bietet, wie erreichen wir, dass die informierten und interessierten Bürgerinnen und Bürger wissenschaftlich fundiertes Wissen akzeptieren und bejahen und es sich zu eigen machen? Und hier kommt sicherlich auch die Verantwortung des Einzelnen ins Spiel, in der

Politik, in der Wirtschaft, aber auch in der Wissenschaft. Wie erreichen wir, dass der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Erkenntnis gerade in deren Vielfalt Vertrauen und Akzeptanz entgegengebracht wird? Oder sind wir, wie der Kulturwissenschaftler Thomas Bauer fragt, gegenüber der Ambiguität, der Mehrdeutigkeit und Vielfalt in den verschiedenen Bereichen unseres Lebens, eben auch in der Wissenschaft, intoleranter geworden? Halten wir die Zumutung, mit der Wissenschaft Komplexität erhöht – wir sprachen gestern davon – schlicht nicht mehr aus? In den letzten beiden Jahren verging kaum ein Tag, an dem Wissenschaft und Politik nicht versucht haben, dies dem Bürger nahezubringen. Die Corona-Leugner, Impfgegner und generell die Zahl derer, die unter Demokratie offenbar etwas anderes verstehen, haben in dieser Zeit zugenommen. Versagt hier die Wissenschaft, die Wissenschaftskommunikation? Versagt hier die Politikberatung? Wie muss diese zukünftig aussehen, um gerade in zeitkritischen Situationen Akzeptanz für klare Entscheidungen herbeizuführen? Auf der Suche nach Problemlösungen ist es zunächst das Verfahren von Trial and Error, das uns weiterbringt und das sich bewährt hat. Sich der Fehlbarkeit, dem Irrtum stellen, das ist die Stärke von Demokratien. Nur Autokraten irren nicht. Das Stichwort Spezialisierung ist gestern schon gefallen. Wo liegen nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Politik die Gefahren, wenn das große Ganze bei aller Notwendigkeit, partielle Interessen zu berücksichtigen, verloren geht? Wenn wir gleich auf dem ersten Podium über das ambivalente Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik sprechen werden, das sich vor allem mit der Pandemie, aber natürlich auch schon zuvor für alle wahrnehmbar verändert hat, bewegen wir uns im Spannungsfeld von Wissenschaftsfreiheit, staatlicher und auch rechtsstaatlicher Steuerung, von Wissenstechnologie sowie Ideentransfer und evidenzbasierter Politik, was Chancen, aber auch Risiken birgt. Dass die Bedeutung internationaler Wissenschaftskooperation zunimmt und nicht hoch genug geschätzt werden kann, steht außer Frage. Wir müssen uns in der westlichen Welt mit der Frage auseinandersetzen, wie dabei unsere freiheitlichen Rechtsstaatsprinzipien zu wahren sind, wie wir die Chancen nutzen, ohne dass wir die Risiken unterschätzen. Wie wappnen wir uns also künftig gegenüber den Risiken des offenen Dialogs und des Austauschs? Das Motto muss meines Erachtens lauten: Das Beste hoffen, mit dem Schlimmsten rechnen. Eine der jüngsten Meldungen lautet: Desy stoppt Wissenschaftskooperation mit Russland. Solche Maßnahmen, so wichtig sie auch als Zeichen sind, bedeuten für die Innovationskraft und den Fortschritt, den wir in der Gesellschaft angesichts drängender Fragen dringend benötigen – Stichwort globaler Klimaschutz – zugleich einen herben Rückschritt. Ohne Kooperation zwischen

den Hochschulen und der Industrie wären zahlreiche Forschungs- und damit auch Innovationsprojekte unterfinanziert und könnten gar nicht erst umgesetzt werden. Was kann hier die Digitalisierung ermöglichen? Ist sie ein Beschleuniger oder gar ein Innovationstreiber, nicht zuletzt auch für die Wirtschaft? Wo liegen die Gefahren? Stichwort Cyber Security wie gestern kurz angetippt.

Im Rahmen unseres dritten Panels wollen wir auch ausloten, wie dieser Prozess, dem sich die Hochschulen, auch intern, stellen müssen, kraftvoll gestaltet werden kann. Die Gefahren – Stichwort Fast Science – sind hier ebenso in den Blick zu nehmen. Die offene Gesellschaft, meine Damen und Herren, eine Wissenschaft in Freiheit und Vielfalt und eine Gesellschaft, die dem Fortschritt zur Ermöglichung von Wohlstand und persönlichem Glück aller in einer lebenswerten Umwelt verpflichtet ist – das sind die Herausforderungen, auf die wir stetig neue Antworten suchen müssen. Klar ist gerade in diesen Tagen geworden: Ein Leben in Frieden und Wohlstand ist nicht selbstverständlich. Es geht nicht ohne unser aller Einsatz. Sie sind also heute hier herzlich eingeladen, mit uns zu diskutieren. Und bevor wir nun unmittelbar auf das erste Podium kommen, darf ich den gestrigen Mitwirkenden noch einmal Dank sagen – ich denke, wir hatten einen starken Auftakt, eine diskussionsfreudige Runde – und natürlich auch den heutigen Mitwirkenden. Dank sage ich aber vor allen Dingen Ihnen, lieber Herr Professor Lenzen. Wir führen nun zum zweiten Mal nach Berlin Going Global – damals war es auch die Eröffnung des Henry Ford-Baus – zum zweiten Mal ein Symposium in der Hochschulreihe durch, und das hat wie immer viel Freude gemacht, vielen Dank dafür. Freude macht auch die Kooperation mit der Heinz Nixdorf-Stiftung und ich hoffe sehr, lieber Herr Dr. Nasko, dass wir noch viele weitere spannende und aktuelle Symposien durchführen werden. Liebe Heike Schmoll, Sie haben das Wort.

Transfer revisited: Wissenschaft und Politik in neuer Abhängigkeit?

Antje Boetius

Dirk Günnewig

Hans Hofmann

Sabine Maasen

Wolfgang Merkel

Heike Schmoll

Podiums- und Plenumsdiskussion

Prof. Dr. **Antje Boetius**
Dr. **Dirk Günnewig**
Prof. Dr. **Hans Hofmann**
Prof. Dr. **Sabine Maasen**
Prof. Dr. **Wolfgang Merkel**

Moderation
Dr. h.c. **Heike Schmoll**

Schmoll Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zu diesem zweiten Kongresstag. Ich begrüße auch diejenigen, die sich über den Livestream zugeschaltet haben. Wir freuen uns, dass sie die Diskussion auf diese Weise verfolgen. Besonders begrüße ich die Podiumsteilnehmer, die teilweise unter erschwerten Bedingungen angereist sind. Es ist gut, wenn wir das Thema, das gestern Abend schon diskutiert und durch den Vortrag von Herrn Prof. Voßkuhle fundiert eingeleitet wurde, noch einmal unter anderen Aspekten betrachten. Heute richten wir den Fokus auf Transfer unter dem kritischen Aspekt einer neuen Abhängigkeit.

Herr Hofmann, Sie kennen als Wissenschaftler und als einer, der sehr lange im Innenministerium tätig war, beide Seiten sehr gut. Würden Sie sagen, dass es angesichts der neuen Lage – Pandemie und Klimafolgenabschätzung – im Grunde eine neue Abhängigkeit gibt oder wie würden Sie das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft beschreiben?

Hofmann Es ist in gewisser Weise eine Symbiose und eine Abhängigkeit, aber natürlich sind es auch verschiedene Welten. Die Wissenschaft muss darauf achten, eine kritische Gegenposition und quasi eine kritische Gegenwelt zur Politik zu sein. Und die Politik muss darauf achten, sich abzugrenzen, zugleich aber Rat erfragen und politisch entscheiden. Das tut sie sicher. Politisch zu entscheiden heißt nicht zwangsläufig irrational zu entscheiden, aber auch nicht so rational, wie die Wissenschaft es raten würde. Ein Politiker entscheidet politisch, was immer das in der Definition sein mag und dazu gehört.

Die Krisen in den letzten 16-20 Jahren sind ja nicht die einzigen Themen. Das neue Thema, das wir auf dramatische Weise durch den Krieg bekommen haben und nun bewältigen müssen, ist ja nur eins von vielen. Davor waren es der Finanzmarkt, die Eurokrise oder die Migrationsprobleme und auch da haben Wissenschaftler eine wichtige Rolle

gespielt. Und die Politiker müssen aufpassen, dass sie gewisse selbst definierte Grenzen nicht überschreiten. Von Max Weber stammt meines Wissens sinngemäß die Aussage: „Ein Wissenschaftler darf beschreiben, wie die Welt ist oder wie sie war und wie sie sein könnte." Aber ob sie verändert wird, das muss der Politiker entscheiden. Entscheider entscheiden, und dazu zählen nicht nur Politiker, sondern auch Wirtschaftsentscheider. In allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen werden Entscheidungen getroffen, die die Welt verändern. Und es ist für beide Seiten schwer diese Abgrenzung immer neu zu definieren. Die Medien, die Gesellschaft oder NGOs spielen dabei auch ihre Rolle. So haben wir oft eine eher unglücklich Mischung von fachlichem Rat und politischer Umsetzung plus kritischer oder skeptischer Betrachtung durch die Öffentlichkeit.

Schmoll Frau Boetius, Sie sind seit Jahren in der politischen Klimaberatung tätig und haben da viel Zeit und Energie reingesteckt. Wenn Sie jetzt den Bundeswirtschaftsminister bei Katar-Autokraten einen Bückling machen sehen, um weitere fossile Brennstoffe zu bekommen, und sehen, wie sich auch im Umweltministerium die Agenda unter dem Druck der neuen Kriegssituation geändert hat, wie blicken Sie selbst auf die Wirkung Ihrer Politikberatung zurück? Natürlich erwarten Sie nicht, dass alles was Sie in den letzten Jahren geraten haben, jetzt in der Versenkung verschwunden ist. Und Sie haben sicher auch keine Eins-zu-eins-Umsetzung erwartet. Aber wie geht man jetzt damit um, gerade als Klimaforscherin?

Boetius Ich bin vor allen Dingen eher Systemforscherin und bestehe dabei auf das Wort System. Robert Habeck muss es jetzt schaffen – und wir können uns aus meiner Sicht glücklich schätzen, dass gerade er jetzt genau in dieser Position ist – mit der Realität umzugehen. Wir Klimaforschenden, die wir ja schon lange darauf hingewiesen haben, dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nicht nur die Atmosphäre bedroht, sondern die Menschheit, fühlen uns zum Teil durch das, was passiert, bestätigt und müssen nun das gesamte Wissen über die Reaktion zwischen Mensch und Natur weiter einbringen. Wir haben uns mit der Nationalakademie getroffen und sofort ein Beratungspapier geschrieben, in dem die Frage erläutert wird, wie es doch gelingen kann, aus der Abhängigkeit von russischem Erdgas auszusteigen. Die Klimaforschenden haben sogar zugestimmt, dass in dieser Situation eventuell mehr deutsche oder andere Kohle verbrannt werden muss. Dieser Realismus ist also durchaus in der Klimaforschung vorhanden. Es ist kein eindimensionales Denken. Und gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass

ohne Wissenschaft und Fakten, ohne die schnelle Fähigkeit zu simulieren was auf uns zukommt, die Politik sich weiter irren wird.

Boetius Ich bin vor allen Dingen Erdsystemforscherin und bestehe dabei auf das Wort System. Robert Habeck muss jetzt schaffen – und wir können uns aus meiner Sicht glücklich schätzen, dass gerade er jetzt genau in dieser Position ist – mit der Realität umzugehen. Wir Klimaforschenden, haben schon lange darauf hingewiesen, dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nicht nur die Atmosphäre bedroht, sondern die Menschheit aus vielen Gründen. Wir müssen das gesamte komplexe Wissen über die Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur einbringen, um Wirkung zu erzielen. Ein Beispiel: Mitglieder der Nationalakademie haben sich getroffen und ein Beratungspapier geschrieben, in dem die Frage erläutert wird, wie es doch gelingen kann, aus der Abhängigkeit von russischem Erdgas auszusteigen. Die Klimaforschenden haben sogar zugestimmt, dass in dieser Situation eventuell mehr deutsche oder andere Kohle verbrannt werden muss, solange CO2 im Emissionshandel wieder eingespart wird. Dieser Realismus ist also durchaus auch in der Forschung vorhanden. Es ist kein eindimensionales Denken.

Schmoll Frau Maasen, Sie haben das Ganze eher theoretisch betrachtet. Wie würden Sie das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft nicht idealiter sondern realiter beschreiben?

Maasen Ich denke, beide Bereiche sind äußerst resonant füreinander geworden und beobachten laufend gegenseitig, was sie miteinander, füreinander oder gegeneinander tun. Wir haben es in jedem Fall mit einem Kollektivsingular zu tun. Es gibt ja nicht *die* Politik, sondern verschiedene Ebenen, Instanzen, Akteure und ähnliches mehr. Das Gleiche gilt für die Wissenschaft. Auch hier haben wir es mit verschiedenen Fachkulturen, Universitätstypen, etc. zu tun. Und beide, Wissenschaft und Politik, beobachten, wie sie einander beraten und ringen um Aufmerksamkeit im Beratungsgeschäft. Das ist ein hoch komplexes, nicht besonders effizientes Geschäft, und wahrscheinlich kommen wir in einer demokratischen Massengesellschaft nicht darum herum, auch noch die Medialisierung hinzuzunehmen. Die hat sich ja ebenfalls vervielfältigt und viele Kanäle geschaffen, die untereinander auch nicht friktionsfrei laufen. Und das ist wirklich eine Gemengelage, die immer wieder zu neuen Strömungen, Tendenzen, Polen führen kann, oder zu Entweder-oder-Situationen. Es ist nicht so, dass sich keine Muster und Schwerpunkte ergeben, aber es gibt auch immer wieder Engführungen oder Ambivalenzen, die dann durch dritte und vierte Ereignisse auseinandergebrochen werden. Über Klima beispielsweise sprechen wir seit Mitte der 80er-

Jahre, doch das Thema kommt immer wieder in neue Fahrwasser. Mit den Flüchtlingsströmen, mit der Energiewende oder mit anderen Themen kann es unverhofft zu völlig neuen Iterationen kommen. Ich fürchte, wir müssen uns daran gewöhnen, in hoch resonanten Systemen zu arbeiten. Wir müssen immer schon mitdenken, wie die einzelnen Elemente darauf und aufeinander reagieren.

Schmoll Herr Merkel, Frau Maasen hat es eben schon gesagt, man kann nicht von *der* Politik reden. Man kann auch nicht von *der* Wissenschaft reden. Ein Versuch, so die Vielstimmigkeit der Wissenschaftler – sie wurde sogar Kakophonie genannt – zu bannen, war ja die Etablierung des Expertenrats im vergangenen Jahr. Es ist erstaunlich, dass sich dafür 19 Wissenschaftler haben einbinden lassen und es klappt eigentlich auch ganz gut. Der Dissens unter den Virologen ist durch dieses Gremium doch durchaus gebremst worden. Wie betrachten Sie von außen so etwas und warum lassen Wissenschaftler sich eigentlich auf so eine Konstruktion ein, die doch ihre Redefreiheit auch begrenzt?

Merkel Es gibt *die* Politik nicht und es gibt *die* Wissenschaft nicht. Es gibt aber auch nicht das Verhältnis von Politik zur Wissenschaft. Wir müssen zwischen Normalzeiten und Krisenzeiten unterscheiden. Klimakrise und Pandemie sind Themen intensiver Krisenzeiten und die machen das Tempo der jeweiligen Aktionen der beiden Teilsysteme kontingent und dazu noch sehr viel schneller. Gleichzeitig tritt die Politik tatsächlich als ein Nachfrager auf und wir sehen auf einmal auch nicht institutionalisierte Kanäle der Politikberatung geöffnet und genutzt durch unterschiedliche wissenschaftliche Gremien. Das sind nicht mehr die langweiligen Räte in den Ministerien, die relativ wenig zu sagen und häufig eine Art von Alibifunktion haben und dann in fertige Strategien hineingepasst werden. In Krisenzeiten ist es anders. Da sind die Ministeriumsräte eher im Hintergrund und es gibt neue spezifische Räte. Es treten die Akademien auf, so etwa die Leopoldina, und tun so, als könnten sie interdisziplinär und konsensuell Ratschläge direkt in die Politik geben. Das ist nicht unproblematisch. Aber das sind Extremzeiten in der Politikberatung durch Wissenschaft. Die Wissenschaften müssen nur aufpassen, dass sie nicht zu sehr in den Kommunikationscode der Politik hineinschlüpfen und sich anmaßen, Entscheidungen zu treffen. Denn wenn beispielsweise eine Akademie wie die Leopoldina sagt: „Lockdown jetzt und schnell“, dann ist das schon fast eine Entscheidung, vor allem weil die Politik ein sehr viel größeres Legitimationsproblem als die Wissenschaft gegenüber der Öffentlichkeit hat. Und wenn die Politik dann nicht diesen wissenschaftlichen Empfehlungen folgt, geht sie das Risiko der

Delegitimation ein. Also sollten wir zwischen Normalzeiten und Krisenzeiten unterscheiden, aber sonst erleben wir wie in Krisen nicht selten Hochzeiten für die Wissenschaft. Und das meine ich nicht zynisch.

Boetius Damit wir mit den Worten auch hier klar sind: Diese sogenannte Kakophonie entsteht dadurch, dass bei Corona einzelne Wissenschaftler befragt werden und direkt von der Labor-Bench schallen. Andere Methoden sind, wenn ein Rat geschaffen wird, wir Panel beauftragen und eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zusammenstellen. Sobald Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konsensual zusammenarbeiten müssen, entsteht integriertes Wissen und eine andere Sprache. Und das muss man von der Kommunikation des einzelnen unterscheiden. Dieselben Expertinnen und Experten im Expertenrat würden – einzeln gebeten – doch ganz Verschiedenes aus ihrer Forschung und Wissen berichten. Aber durch Synthese – und da weise ich noch mal auf die Bedeutung des Weltklimarates oder Weltbiodiversitätsrates hin – entstehen konsensuale Prozesse, die ein gesamtgesellschaftliches Wissen erzeugen.

Maasen Beratungsgremien haben natürlich ihren eigenen kommunikativen Charme. Oft gibt es ja Verständigungsarenen, in denen man sich für eine gewisse Zeit trifft, miteinander redet und allmählich ein Verständnis für sein Gegenüber entwickelt. Dann hat man zwar Verständigungen erreicht, sich aber nicht zwangsläufig verstanden. Und es ist oft schwierig, dieses gewonnene Wissen in die Politik, in die Wissenschaft oder in die Öffentlichkeit zurückzugeben. Da ist etwas in dem Prozess der Verständigung passiert, was schwer mitkommuniziert werden kann. Deswegen stoßen die Ergebnisse solcher Verständigungen dann auch auf Vorbehalte bei denen, die sie beraten wollten. Insbesondere die Orientierung der Zivilgesellschaft scheitert zudem zuweilen daran, dass sie den Prozess nicht mitmachen konnte und die Schritte, das wechselseitige Lernen, die Aushandlungen nicht nachvollziehen kann, die zu den Beratungsergebnissen geführt haben.

Schmoll Herr Günnewig, Sie als Vertreter der Politik, als Staatssekretär aus NRW, was sind Ihre Erwartungen? Sehen Sie auch die Tendenz, die von Herrn Merkel angedeutet wurde, dass man sich als politisch verantwortliches Ministerium Wissenschaftler sucht, von denen man erwartet, dass sie einem eher die Maßnahmen vorschlagen, die man ohnehin anstrebte? Sucht man also Legitimationsmöglichkeiten?

Günnewig Zunächst einmal vielen Dank auch für das breite Spektrum, das die Diskussion bisher schon gebracht hat. Natürlich gibt es *die* Politik nicht. Es gibt auch beispielsweise nicht *die* Förderung durch Politik, denn Abhängigkeiten entstehen ja – allgemein gesprochen – auch oft durch

finanzielle Bedürfnisse oder Bedarfe. Deswegen gibt es sehr starke Unterscheidungsnotwendigkeiten beispielsweise zwischen dem Bereich der Wissenschaftsministerien, die eine Finanzierung sicherstellen sollten, um auch eine freie Wissenschaft zu ermöglichen. In Nordrhein-Westfalen haben wir den Ansatz gewählt, dass wir im Hochschulgesetz die Autonomie gestärkt haben. Bei der „Offenen Forschungsförderung" gehen 85 Prozent unserer Mittel in ein offenes Peer-Review-Verfahren, sodass wir dabei auch die Abhängigkeit von *der* Politik abbauen.
Ich glaube, dass die Wissenschaft aus der Unabhängigkeit die Kraft schöpft, die sie für Innovationen, für Ideen, für Erfindergeist und unabhängige Beratung braucht. Auf diese Weise kann sie tatsächlich unterschiedliche Impulse geben. Das ist die Stärke dieser Vielstimmigkeit, die gerade beschrieben worden ist, die natürlich auch für die Politik wichtig ist. Man kann es böse deuten und überspitzt sagen, dass man sich einfach die passende Meinung für seine eigene Legitimation heraussuchen könnte. Oder man nutzt die verschiedenen Meinungen, um zu einem Gesamtbild zu kommen. Und das ist für das positive Bild von Politik, das ich habe: Wir kommen durch unterschiedliche Impulse zu guten Entscheidungen.
Wenn ich nun zu den Expertenräten komme, dann sind es für mich keine unabhängigen Einrichtungen im Sinne von Wissenschaft. Ein Expertenrat berät zielorientiert mit – je nach seiner Zusammensetzung – unterschiedlichen Interessen und gewinnt irgendwann eine gewisse Akteursqualität. Ein solcher Rat wird mitunter zum Akteur neben Verbänden, Unternehmen und weiteren. Die Politik muss mit verschiedenen Akteuren umgehen. Deswegen war gerade auch die Aussage, dass die Politik entscheidet, so wichtig. Politik entscheidet zwischen verschiedenen Alternativen. Also ist es ein starkes Plädoyer dafür, eine freie Forschung zu ermöglichen, um damit eine unabhängige Beratung zu forcieren und zu gewährleisten. Denn unabhängige Beratung ist die Grundlage für politische Entscheidungen. In der Politik müssen wir tatsächlich auch mit Problemfällen umgehen. So habe ich beispielsweise mal ein Gutachten beauftragt und das Gutachten genutzt, um damit für meine Position zu werben. Natürlich kam sofort der Einwand, dass man einem Gutachten nur glaubt, wenn es selbst beauftragt wurde. Mit dem Problem muss man umgehen, damit dieser Vorwurf verloren geht. Das ist wichtig, um die Beratungsfunktion von Wissenschaft tatsächlich *der* Politik nutzen zu können.

Schmoll Herr Hofmann, gestern Abend sagte Herr Voßkuhle, wichtig sei es, nicht nur Erkenntnisse, sondern Erkenntnisprozesse zu kommuni-

zieren. Der Gesellschaft sozusagen Einblick in den Maschinenraum der Wissenschaft zu geben, so war die Formulierung. Frau Boetius und Herr Hofmann, wie kann so was wirklich gelingen? Reicht dafür die Geduld von Medienkonsumenten, um so was tatsächlich zu verfolgen? Gibt es Wissenschaftler, die dafür so viel Zeit haben? Sie wissen selbst, dass es genug Kollegen gibt, die sich fragen, ob sie Informationen an Zeitungen geben oder sich doch lieber ihrem Forschungsauftrag widmen. Das ist für immer mehr, vor allem junge Wissenschaftler, eine Frage.

Hofmann Der Maschinenraum ist ganz wichtig, der Maschinenraum der Wissenschaft, aber auch der Maschinenraum der Politik. Er könnte der Bevölkerung, also denjenigen, denen Entscheidungen oktroyiert werden oder die damit umgehen müssen, offengestellt werden. Die Rolle der Wissenschaft ist im Gesetzgebungsprozess sehr stark institutionalisiert. Die Bundesregierung, die ja die meisten Gesetzentwürfe auf den Weg bringt und die meisten Initiativen startet, hat einen Pflichtenkatalog in der eigenen Geschäftsordnung. Darin steht auch alles was zu einem Gesetzentwurf dazugehört und was die Gesetzesfolgenabschätzung angeht. Die prospektive Gesetzesfolgenabschätzung ist ein absolutes Muss bei jedem Gesetzentwurf, den die Bundesregierung produziert. Das machen Ministerialräte nicht alleine, sondern wenn sie schlau sind, lassen sie sich dabei von Wissenschaftlern beraten. Und Wissenschaftler machen das natürlich auch gerne, denn sie haben an der Quelle eines Gesetzgebungsprozesses eine sehr wichtige und entscheidende Funktion. Aber in einer gewissen Weise kann man sie natürlich auch instrumentalisieren und bestimmte Dinge sozusagen bestellen. Wenn man ein Gutachten in Auftrag gibt, fragt man den Wissenschaftler vielleicht schon vorher, wie er denn das Problem grundsätzlich sieht und entscheidet dann, ob er zu Rate gezogen wird oder nicht. Und diese prospektive Gesetzesfolgenabschätzung wird genauso flankiert von einer retrospektiven Gesetzesevaluierung, die auch wissenschaftlich untermauert und unterfüttert sein sollte und sein kann. Das ist alles letztlich sehr transparent einsehbar. Es gibt inzwischen für jeden Bürger digital die Möglichkeit, im Portal des Bundestages oder der Bundesregierung solche Stationen eines Gesetzgebungsprozesses zu verfolgen und zu beobachten. Selbstverständlich muss man aufpassen, dass die Rolle der Wissenschaft und damit auch die Evaluierung nicht instrumentalisiert werden. Es darf nicht so sein, sondern soll tatsächlich dazu führen, dass ein Gesetz den steuerungswirkenden Impact, den es verfolgt hat, tatsächlich erreicht. Dabei spielt Wissenschaft eine große Rolle. Und da brauchen wir unbedingt mehr Wissenschaft, starke, gute Wissenschaft.

Boetius Der Blick in den Maschinenraum der Wissenschaft, das stellt man sich oft so komplex vor, aber in Wirklichkeit ist es ja das Schönste an der Forschung – und auch so einfach – Wissen zu Menschen zu transportieren, zu allen Altersgruppen und in allen Formen und Farben. Der Forschungs- und Erkenntnisprozess kann als etwas uns Eigenes, als den Beruf, den wir haben sehr einfach vermittelt werden. Vielleicht haben Sie die Fotoausstellung von Frau Herlinde Koelbl zum besonderen Blick der Wissenschaft gesehen. Diese Begeisterung oder das Brennen, was man auf den Fotos der Wissenschaftler sehen kann, wenn sie erzählen: „Ich habe etwas verstanden, was niemand vor mir verstanden hat", das ist einzigartig. Dieser besondere Moment lässt sich übertragen aus allen Disziplinen. Es gibt also viele Möglichkeiten, über Wissenschaft und wie sie funktioniert zu kommunizieren. Für Forschende ist es sicherlich dann auch mit das schönste, wenn sie dazu direktes Feedback bekommen.

Schmoll Aber Sie geben schon zu, dass Sie es als Naturwissenschaftlerin da ein bisschen leichter haben?

Boetius Nein. Ich habe sehr viel mit Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler zu tun, und wenn mir beispielsweise jemand aus Forschung zu Lyrik, oder aus dem Prozess, etwas Neues im Zusammenhang von Sprachen zu finden berichtet, dann kann das genauso Brennen erzeugen.

Maasen Ich möchte die Begeisterung schon qua Amt nicht bremsen, aber doch ein bisschen kontextualisieren, denn es ist schon eine gewaltige Herausforderung: Gerade wenn es um akute Krisen geht, kommen Beratungsanfragen gefühlt immer zu früh. Wenn wir als Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen als Experten und Expertinnen gefragt werden, haben wir es überdies mit transgressiven Problemen zu tun. Die passen üblicherweise nicht genau in die Expertise, die eine einzelne oder auch eine Ansammlung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat. Besonderes in Krisen müssen Expertinnen und Experten sich dann schnell finden und in Gespräche kommen, die sie vorher so noch nicht geführt haben. Wir müssen neue Förderprogramme lancieren, damit wir hoffentlich irgendwann zu Problemlösungen kommen. Die sind dann gefühlt immer zu spät und sollen außerdem integrieren, indem sie entweder das Gespräch mit der Gesellschaft suchen oder – was man ja auch tun kann – die Gesellschaft einbeziehen, beispielsweise durch Citizen Science oder andere Instrumente. Das ist alles machbar, kostet aber Zeit, ist arbeitsaufwendig und hat verschiedene Rollen oder Logiken. Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen. Und es prallt ein hoher

Erwartungsdruck auf die Wissenschaft. Es gibt auch noch keine routinierten Formen und Standards, wie man dem begegnen kann. Wahrscheinlich sollte man das auch nicht individuell tun – da hat Frau Boetius vielleicht andere Möglichkeiten – sondern hochschulisch und in größeren Einheiten. Es müssen ja nicht alle alles machen, aber wir müssen uns als Universitäten, Communities oder Fachgesellschaften überlegen, wo wir etwas tun müssen, damit es eine Routine der akademischen Tätigkeit wird, in Krisenzeiten überlegt zu beraten.

Schmoll Herr Günnewig, Sie wollten was dazu sagen?

Günnewig Ja, ich möchte zu dem Gesetzgebungsprozess mit der Gesetzgebungsfolgenabschätzung etwas sagen und dann noch einen Schlenker in Richtung Beratung im Gesetzgebungsverfahren in Form von Verbändeanhörungen machen. Da haben wir eine sehr unterschiedliche Art der Beteiligung der Wissenschaft. Zum Teil sind es einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit einem politischen Vorhaben im Gesetzesbereich auseinandersetzen, zum Teil sind es Institutionen wie beispielsweise Forschungsinstitute, die durch einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin vertreten werden. Die Aggregationsfunktion, die beispielsweise ein Akteur wir der Wissenschaftsrat vollzieht, ist wichtig für die Verdichtung der Vielstimmigkeit, so dass Politik damit leichter umgehen kann.

Ich nenne ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen: Als politisches Ziel wollten wir ein Promotionskolleg an Hochschulen für angewandte Wissenschaften umsetzen. Wir haben den Wissenschaftsrat damit beauftragt, dieses Projekt zu evaluieren. Diese aktuell laufende Beratung ist ein wichtiger Input für die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens. Wir nutzen damit bewusst die Beratungsfunktion der Wissenschaft, um ein tragfähiges Promotionskolleg umzusetzen.

Die Aggregation von Wissen ist immer wichtig, damit Politik damit leichter umgehen kann. Wir gute Referentinnen und Referenten und weitere Mitarbeiter, die sich mit der Vielstimmigkeit intensiv beschäftigen und Entscheidungsvorlagen unter anderem auf dieser Grundlage erarbeiten. Aber auch wenn Wissenschaft gewisse Dinge verdichtet, kann das hilfreich sein, wenngleich auch einzelne Stimmen aus der Wissenschaft einen wichtigen Wert haben.

Hofmann Darf ich kurz ergänzen oder ein bisschen entgegenhalten? Parlamentarische Hearings sind immer wunderbare Veranstaltungen, bei denen natürlich jede politische Fraktion in einem Parlament einen mitnimmt. Aber wenn man Journalisten oder Beobachter fragt, dann lautet ihre Analyse oft: Ja, aber die Mehrheit der Sachverständigen hat doch

dazu votiert, dass das Gesetz so gut und richtig ist, wie es dort beraten worden ist. Das ist meistens so und das ist auch kein Zufall, denn die Zahl der Sachverständigen richtet sich nach der Größe der Fraktion. Jede Fraktion darf eine bestimmte Zahl von Sachverständigen benennen. Große Fraktionen, die im Zweifel im Parlament die Mehrheit bilden, dürfen eben mehr Sachverständige benennen. Nehmen wir zum Beispiel die Impfpflicht. Da kann man gerade wunderbar an diesem Knotenpunkt des Gesetzgebungsprozesses, im Entscheidungsprozess analysieren, wie die Politik die Wissenschaft instrumentalisiert, politisiert und dann mit diesen Argumenten bewaffnet, die man natürlich vorher abgecheckt hat. Man hat die Wissenschaftler, bevor man sie geladen und nominiert hat, befragt: Wie sehen Sie die Impfpflicht für einrichtungsbezogene bestimmte Branchen oder Lebensbereiche? Und dann kommt das Ergebnis heraus, was man vorher letztlich mathematisch prognostizieren konnte.

Schmoll Bei der Diskussion um die Bundesnotbremse konnte man auch wunderbar sehen, welche Rechtswissenschaftler zu welchem Punkt eingeladen wurden. Bitte, Herr Merkel.

Merkel Ich würde gerne neben der exekutiven Verwaltungspolitik in den Maschinenraum der demokratischen Politik blicken. Da sind Krisen aufschlussreicher als Normalzeiten, weil sich innerhalb von Krisen das Verhältnis von Wissenschaft und Politik häufig verschiebt. Wir haben gestern von der Kollegin gehört: Der Ausbruch von Krisen ist gekennzeichnet von VUKA, volatil, unsicher, komplex und ambivalent. Und in einer solchen Situation lechzen Politiker oder Entscheidungseliten geradezu danach, wissenschaftliche Einsichten zu bekommen, denn sie haben insbesondere bei „neuen Krisen“ häufig relativ wenig Wissen. In Normalzeiten ist das Wechselspiel routiniert und eingespielt. Am Anfang hat man unter dem Druck der Krise tatsächlich einen relativ hohen politischen Konsens beobachtet. Konsens heißt in der demokratischen Politik auch eine relativ hohe Folgebereitschaft der Gesellschaft gegenüber politischen Entscheidungen. Das ist eigentlich eine durchaus günstige Situation. Dann zeigte sich aber: Je länger eine solche Krise andauert, desto mehr vermindert sich die Folgebereitschaft. Der Dissens spielt dann eine größere Rolle und wächst mit dem Gewinn von mehr Wissen. Auch das gehört zur Demokratie.

Auf der Ebene der Werte gibt es normativ unterscheidbare Positionen. Die einen argumentieren, man solle unbedingt Leib und Leben retten, gegenüber einem solchen Supergrundrecht werden Freiheitsrechte sekundär. Mit dem Fortschreiten der Krise verschoben sich die Präferen-

zen und Freiheitsrechte wurden wieder verstärkt eingefordert. Auf der politischen Ebene tritt neben den Akteuren, die in der Regierung sitzen, nun die Opposition wieder auf. Die Opposition schaltet sich in akuten Krisen oft selbst aus. Da gibt es einen Imperativ der Notwendigkeit zu folgen: Wir müssen die Krise gemeinsam lösen. Für Demokratien keine besonders guten Momente. Deshalb hat auch der umstrittene Staatsrechtler Carl Schmitt Krisen geradezu als die Inkarnation des Politischen gesehen. Und dann meldeten sich unzufriedene Teile der Gesellschaft und es regte sich Protest. Da gab es die sogenannten Corona-Leugner – ein aus meiner Sicht problematischer Begriff. Auch wenn ich überhaupt nichts mit ihnen zu tun habe, exkludiert man sie mit dem Begriff Leugner: Mit denen muss man nicht mehr reden, die sind sozusagen auf der Seite – wie wir das gestern gesehen haben – von fake and beyond truth. Auch innerhalb der Wissenschaften verstärkten sich Pluaralismus und Dissens. Wir sollten die Verlaufsdynamik solcher Krisen miteinbeziehen.

Boetius Wenn man Ihnen zuhört, Herr Merkel, dann finde ich es interessant, noch mal auf die Ausgangsfrage unseres Panels zu schauen: Ist denn das, was wir erleben, überhaupt neu? Ist die Rolle vom Erkenntnisprozess in Krisen nicht einfach schon immer so gewesen? Schon bei Sokrates findet man ganz ähnliche Dialoge. Es ist einfach ein Phänomen des Menschseins, des Gesellschaftlichen, der sozialen Organisation, dass wir mit Krisen umgehen und alle darin eine Rolle spielen. Die Forschenden erzeugen einen Teil des Erkenntnisgewinns der Gesellschaft und haben dabei andere Perspektiven im Sinne von Zeit- und Reaktionsräumen. Ist das neu?

Merkel Bei den Krisen, die wir jetzt diskutieren, gibt es anders als bei Wirtschaftskrisen, in denen die wissenschaftliche Beratung relativ gut institutionalisiert ist, einen neuen Aspekt zu beobachten: das ist die Verquickung von Wissenschaft mit Moralismus. Bestimmte wissenschaftliche Positionen wie in der Klimapolitik werden mit moralisch und unmoralisch verknüpft. Wenn etwa der FDP Vorsitzende die Lösung des Klimaproblems auf das zu erwartende exponentielle Wachstum neuer technologischer Möglichkeiten schiebt, wird dies als etwas Unmoralisches angesehen, weil er gleichsam die Existenz der Menschheit – und so hören wir es auch von Scientists for Future – mit einer vagen Technologiehoffnung aufs Spiel setzt. Wenn jemand sagt, dass er sich nicht impfen lassen will, was ja etwa 25 Prozent der Bevölkerung tun, erklären wir, dass der Impfverweigerer unsere Freiheit einschränkt, und dafür verantwortlich ist, wenn mehr Menschen sterben. Es wird also unmittelbar ein ausgrenzender Moralismus mit eingebracht. Ich sage übrigens Mora-

lismus und nicht Moral. Moral brauchen wir als eine normative Orientierung, aber Moralismus bedeutet immer die Überhöhung der eigenen Position. Damit unterdrückt Moralismus, was wir in der Wissenschaft brauchen, nämlich Dissens, Herausforderung und auch originäre, abweichende Positionen.

Hofmann Wenn ich darf, würde ich da gerne anknüpfen. Sie sagen gerade 25 Prozent oder 20 Prozent der Menschen sind nicht geimpft und lassen sich augenscheinlich auch nicht durch Argumente, durch Kampagnen oder durch drohende Pflichten, gesetzlich verordnete Pflichten mit Berufsausübungsverboten und mehr dazu überreden. Das ist doch auch ein Thema, das den Transfer von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik manifest betrifft. Welche Werte haben diese Mitbürger und Mitbewohner? Wurden da womöglich die richtigen Werte von der Wissenschaft unzureichend vermittelt?

Ich war neulich bei einer Veranstaltung in Heidelberg. Dort ging es darum, ob eine wertegebundene Erziehung an den Schulen rechtlich möglich ist. Das Erziehungsrecht nach Artikel 6 steht den Eltern zu, das natürliche Recht der Eltern – so steht das da wörtlich – also nicht durch Gesetz, durch Verfassung verliehen, sondern von der Natur verliehen. Eltern erziehen ihre Kinder und bestimmen damit auch, welche Werte sie angeboten und beigebracht bekommen. Dann geben Eltern aber ihre Kinder in Schulen und manche Eltern denken – der Trend scheint zunehmend zu sein – dass sie die dort mit sechs Jahren abgeben und mit 18 als am besten erzogen, gut ausgebildet und sportlich ertüchtigt zurück bekommen. Dann heißt es, die Eltern geben dieses natürliche Recht partiell ab, sie delegieren es an den Staat. Und der Staat muss entscheiden: Welche Erziehungsziele sind denn in unseren Schulgesetzen vorgesehen? In allen 16 Bundesländern sind in den Verfassungen und den Schulgesetzen eine Menge Ziele wie Nächstenliebe, Klimabewusstsein und alles Mögliche festgelegt. Ich habe es mal gezählt und bin auf 40 bis 50 Begriffe gekommen, Termini, welche Werte vermittelt werden dürfen. Solidarität gehört auch dazu und das ist ja einer der Werte, der vielleicht bei der Impffrage eine entscheidende Rolle spielt.

Wir kamen irgendwann bei dieser Tagung zu der Überlegung, ob sich diese Menschen, wenn ihnen andere Werte angeboten oder beigebracht worden wären, vielleicht heute anders verhalten würden und wir vielleicht ein Problem weniger hätten. Deswegen sollte das Ergebnis dieser Tagung vielleicht auch sein, dass man drüber nachdenkt, welcher Content bei dem Transfer der Wissenschaft an die Studierenden, an die Gesellschaft, an die Politik, an die Bevölkerung eigentlich der richtige ist?

Müssen wir womöglich neue Inhalte definieren und uns selbst erneuern und Dinge, die alt sind, die immer wieder vorgekommen sind, jetzt neu denken und definieren? Was sind die entscheidenden Inhalte, die im Transfer übermittelt werden sollen?

Schmoll Herr Hofmann, ich fange jetzt nicht an, zu fragen, ob Werte eigentlich vermittelt werden können. Dann haben wir eine neue Diskussion auf einem Nebenschauplatz und das würde ich jetzt gern vermeiden. Sie haben gerade selbst gesagt, dass die Impfgegner eigentlich mit den Mitteln von Wissenschaft, nämlich mit Argumenten, nicht mehr erreichbar sind, und das macht es doch sehr schwierig. Ich glaube auch nicht, dass man da mit einer Wertedebatte weiterkommt. Herr Merkel, wie könnte man denn versuchen, diese wieder einzuschließen, anstatt sie auszugrenzen. Das ist eigentlich keine Methode. Wir haben neulich den Leiter des Krisenstabes im Kanzleramt gefragt: Was machen Sie denn mit denen? Und die Antwort war: Da kann ich nichts machen. Wenn die Informationskampagnen nichts helfen und sie sich nicht impfen lassen wollen, muss ich das akzeptieren.

Merkel Ein Gesetz zur Impfpflicht impliziert immer auch einen gewissen Zwang. Die Gegner werden zwar nicht eingefangen und dann festgebunden und geimpft, aber sie werden mit Sanktionen belegt. Ob diese wirksam sind, ist dann eine andere Frage. Aber was wünschen wir uns denn eigentlich? Wir sind stolz darauf, dass wir heute gerade in Abgrenzung zu autokratischen Regimen und Gesellschaften, pluralistisch sind. Aber wieso glauben wir, dass wir eine homogene und vernünftige Gesellschaft mit möglichst – wie wir früher gesagt hätten bulgarischen Mehrheiten – 99 Prozent sind? Das haben wir zum Glück nicht und damit müssen wir auch in Krisenzeiten leben. Und wenn jemand sagt: „Ich will mich nicht impfen lassen“ – was die meisten von uns als einen kleinen Piks empfinden – weil diese Person glaubt, ihr wird intravenös sozusagen Gift zugeführt, dann müssen wir das im gewissen Sinne auch akzeptieren. Da sind wir sehr schnell ungeduldig und beginnen mit der Ausgrenzung: Das sind dann die Leugner, das sind dann die Anderen. In gewissen Grenzen gibt es, sofern es nicht Dritte beschädigt, so etwas wie ein Recht auf Unvernunft in der Gesellschaft. Sonst würden wir uns am besten einen platonischen Philosophenkönig wünschen, relativ aufgeklärt, modern, innovativ, wenig repressiv, und dann hätten wir jemanden, der kognitiv und ethisch auf der Höhe der Probleme ist. Das gibt es in unserer pluralistischen Demokratie nicht, wir müssen mit Dissens leben. Da ist übrigens eine Parallele zur Wissenschaft; auch dort ist Behauptung, Widerspruch und Zurückweisung die Dynamik, die den Wissensfort-

schritt generiert.Das haben wir unter anderem auch von K.R. Popper gelernt. Die Sehnsucht, dass wir 90 oder gar 99 Prozent unter einen politischen und epistemologischen Hut bekommen, ist also eigentlich eine falsche Hoffnung und an eine andere Gesellschaft adressiert.

Boetius Aber wissenschaftlich entstehen sofort Forschungsaufträge. Wenn man in die Nachbarländer guckt – und die haben ganz andere Impfquoten und auch keine Impfpflicht – fragt man sich: Warum ist Deutschland so und nicht anders? Oder auch: Liegt unsere Situation an einer nicht kommunizierenden oder an einer ungenügend kommunizierenden Wissenschaft? Diese Debatten hatten wir bereits.

Ich möchte auch noch zum Thema „Transfer revisited" ergänzen: In letzter Zeit stand tatsächlich in manchen Aufträgen der regierenden Politik an die Wissenschaft, man solle die Bürger technologiefreundlich stimmen, das Wissen dort, wo Wissenschaft gar nicht willkommen ist, in die Breite tragen. Wir haben also auch neue Aufträge, über die man immer reden sollte: Kann das die Wissenschaft leisten? Ist sie dafür ausgestattet? Sind wir dazu trainiert, solche Dinge zu tun? Der letzte Höhepunkt von dem, was die Wissenschaft noch können soll, kommt gerade aus der europäischen Forschungspolitik im Zusammenhang mit dem Missionsgedanken, also Forschung als Mission. Da habe ich zum Beispiel als Auftrag für die Meeresforschung gelesen, Empathie bei Bürgern in Bezug auf Meere und die Meereslebewesen zu wecken. Das sollen wir also auch noch. Daran schließt folgende fundamental interessante Frage: Was bedeutet das für das Lernen, das Lehren, den Forschungsprozess, wenn all das berücksichtigt werden muss, um den Bürger demokratiefähig, mündig, freundlich gestimmt und jetzt auch noch Meeresungeheuer liebend zu machen. Das ist ein neuer Auftrag, der diskutiert werden muss.

Schmoll Ja, sie wollten ja auch nicht Missionarin, sondern Wissenschaftlerin werden.

Günnewig Vielleicht ist ein Teil der Antwort, auch ein gutes Netzwerk zu bilden. Ich glaube nicht, dass wir dann den Universalgelehrten der Wissenschaft brauchen, der dieses ganze Spektrum von Beratungsaufgaben erfüllen kann, sondern dass sich ein gutes Netzwerk so bildet, dass auch bezogen auf die Kommunikation dann Profis am Werk sind. Das ist entscheidend: Wie bricht man Information so herunter, dass diese dann beispielsweise in Citizen Science oder in der Wissenschaftskommunikation auch ankommt? Wir haben das bei unserer themenoffenen Forschungsförderung genau so angelegt und fordern das auch. Wir sagen aber nicht, dass „missionsorientiert vermittelt" werden soll, sondern dass überhaupt vermittelt werden soll. Das ist auch noch ein wichtiger Unterschied.

Netzwerke sollen sich zusammenfinden damit dann diese Vielstimmigkeit im Projekt deutlich wird. Also ein großes Plädoyer für Wissenschaftskommunikation durch Profis.

Schmoll Ja, aber Herr Günnewig, auch damit setzen Sie einen Rahmen, der Wissenschaft oder Wissenschaftlerinnen in bestimmter Weise festlegt. Wäre die Rahmensetzung denn: Es ist besser, ein Netzwerk zu bilden, als alleine zu forschen? Die zweite Rahmensetzung wäre dann: Ich kann keinen Forschungsantrag mehr durchkriegen ohne einen wissenschaftskommunikativen Ansatz. Wenn mir das aber nicht liegt, habe ich dann Pech gehabt, kriege ich den Auftrag nicht? Meine Frage an Sie, Frau Maasen: Ist das nicht schon eine Engführung, die eigentlich zu weit geht?

Maasen Ich antworte gleich drauf. Einen Schritt zuvor möchte ich aber sagen, dass in der Wissenschaftsforschung eigentlich ziemlich gut belegt ist, dass dies Konzepte sind, die etwa Mitte der 80er-Jahre sehr en vogue waren. Die Idee, durch wissenschaftliche Aufklärung Vernunft in die Gesellschaft zu bringen, das hat noch nie geklappt und ist vielfach belegt. Worin man sich deshalb jetzt bewegt, ist in Richtung Engagement, PES statt PUSH, also Public Engagement in Science statt Public Understanding of Science and Humanities. Aber auch da muss man eine gewisse Bescheidenheit pflegen. Das sind immer nur einzelne Events im Meer des Ganzen unserer akademischen Tätigkeit. Wir machen es auf verschiedene Weise und an diversen Stellen und können nur hoffen, dass sie Ihren Freunden und Bekannten davon erzählen, dass das eine interessante Erfahrung war. Aber viel weiter kommen wir auch mit der tollsten Citizen Science-Kampagne oder mit interaktiven Ausstellungen und vielen anderen Möglichkeiten nicht, selbst wenn sie gut gelingen. Wir können, wenn wir alle etwas tun, sicherlich viel erreichen. Dann müssen wir aber noch genau einen Schritt dazwischenschieben.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht, dass es deswegen wichtig ist, auf der Ebene des Fachs, des Clusters, der Fakultät oder der Hochschule zu überlegen, welches Profil wir uns geben wollen. Das wird an einer Technischen Universität anders sein als an einer Voll-Universität oder an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften, und das ist auch gut so. Da können wir doch wieder orchestrieren und das Lied der Vielstimmigkeit erneut spielen: nicht jeder macht alles, aber manche einiges mit einem guten Profil, mit einer guten Strategie. Eine zusätzliche Komplexität ist: Neben Wissensfragen kommen auch erhebliche Wertefragen in dieses Spiel von Engagement und Auseinandersetzung hinzu.

Schmoll Gestern Abend hat Herr Gabriel gefordert, die Geisteswissenschaftler müssten eigentlich bei diesen ganzen Politikberatungsgremien in der ersten Reihe stehen. Herr Hofmann, das ist weder im Expertenrat noch in der Leopoldina so, dort sind einige Sozialwissenschaftler, aber Philosophen eher nicht, obwohl sie in Sachen Ethik manchmal als Medizinethiker vielleicht mehr zu sagen hätten. Andere Wissenschaftszweige kommen da überhaupt nicht vor. Wie kommt es, dass man auch von Seiten der Politik doch im Grunde eine Disziplinvorauswahl trifft, die aber unter Umständen den Erkenntnisgewinn einengt?

Boetius Darf ich frech sein und sagen, dass Peter Strohschneider, ein Mediävist, die Kommission zur Zukunft der Landwirtschaft geleitet hat, ein sehr erfolgreicher Expertenrat.

Schmoll Er hat es aber nur geleitet, war gewissermaßen ein neutraler Moderator, er war nicht Mitglied des Expertenrats.

Hofmann Als Jurist frage ich mich jetzt gerade: Was halte ich von dieser Forderung, die Geisteswissenschaftler zu priorisieren? Manche sagen, Jura sei eine Geisteswissenschaft, manche sagen, sie sei eine Sozialwissenschaft, und manche sagen, es sei gar keine Wissenschaft. Aber es ist egal, denn es kommt auf die wichtigen Fachleute an, die etwas vom Thema verstehen, welcher Fakultät sie dann angehören, ist ja sekundär. Auch ein guter Mediävist kann augenscheinlich gut kommunizieren und koordinieren oder eine Kommission leiten.

Und da komme ich auf ein weiteres Thema, das ich ansprechen wollte: Wir haben eine Zeit von sehr vielen Eilgesetzgebungsverfahren. Das sind Gesetzgebungsverfahren, die manchmal in ein, zwei Wochen ein gesamtes Gesetzgebungsverfahren abhandeln, das sonst ein halbes Jahr dauert. Ein anständiges Gesetz, sagten wir bei der Bundesregierung, braucht ein halbes Jahr nachdem es ins Parlament eingebracht ist. Zuerst dauert das Schreiben des Entwurfs und wenn es ordentlich mit Gesetzesfolgeabschätzung und anderem mehr gemacht wird, auch noch mal ein halbes Jahr. Wir haben Krisenzeiten gehabt, in denen wir wegen der Flüchtlingssituation, wegen der Lehman Brothers-Pleite, der Eurorettung und auch jetzt wieder wegen der Pandemie, Eilgesetzgebungsverfahren oder wie es manche Krisengesetzgebungsverfahren nennen, machen mussten. Da ist es viel schwerer die Wissenschaft ausreichend einzubeziehen, denn es gibt jeweils nur wenig Informationen in diesen Zeiten. Wir hatten oft Berichterstattergespräche mit Abgeordneten in dem zuständigen Fachausschuss des Bundestages, die nachts um zwei begonnen haben. Zum Glück waren die digital, denn dann schafft man es irgendwie. Aber es ist unter Hochdruck gearbeitet worden. Und wenn man so arbeiten muss,

weil es die Situation gerade gebietet, dann passieren natürlich auch die berühmten handwerklichen Fehler, die mehr als nur handwerkliche Fehler sind. Da sind Evidenz, Wissenschaftlichkeit oder Fachkundigkeit umso mehr gefordert und gefragt.

Als die Regierung Schröder damals die Hartz-IV-Reformen gemacht hat (die wurden ja so genannt, weil eine Kommission unter der Leitung von Peter Hartz gebildet wurde, der Personalvorstand von VW war), da wurden in kurzer Zeit vier Gesetzentwürfe geschrieben. In dieser Kommission waren Wissenschaftler, Politiker und Verbände, also alle Stakeholder und alle beteiligten Gruppen, Vertreter der Adressaten und sachkundige unabhängige Wissenschaftler. Sie hat man alle mehr oder weniger klausurartig zusammengebracht und in kürzester Zeit die Gesetze machen lassen. Danach sind diese Gesetze in den Bundestag eingebracht worden und die Regierung (der Bundeskanzler hat damals die Einführungsrede gehalten) hat die Gesetzentwürfe vorgestellt und gesagt, dass er die Gesetze eins zu eins umgesetzt haben möchte. Und so ist es gekommen. Vier Gesetze waren es, große Pakete, die Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, ein fundamentaler, manche sagen sozialer Tiefschlag, manche sagen Befreiung des Arbeitsmarkts. Aber es war jedenfalls eine revolutionäre Methode und eine zeitangemessene, situationsangemessene Methode und vielleicht ist das auch ein Instrument. Allerdings müssten die Wissenschaftler dann bereit sein, auch Verantwortung zu übernehmen und mit dafür geradezustehen, dass sie an der Kommission beteiligt und das Gesetz mit formuliert haben. Viele Wissenschaftler haben sicher diese Bereitschaft und wollen Verantwortung mittragen.

Merkel Ich sehe das etwas gelassener und sage das als Sozialwissenschaftler, die hier sicherlich unterrepräsentiert sind. Wahrscheinlich fühlt sich jede wissenschaftliche Disziplin in ihrer ungeheuren Bedeutung zu wenig repräsentiert. Wenn ich eine Krise wie die Corona-Krise habe, dann frage ich natürlich nicht erst einen Mediävisten, auch keinen Lyrikexperten und nicht einmal einen Transformationsexperten, sondern da frage ich Virologen und Virologinnen und andere Experten, die mit ihrem Wissen schnelle politische Entscheidungen informieren können, denn darum geht es ja. Deshalb waren es in der Corona-Krise Epidemiologinnen und Virologen die ersten und wichtigsten Berater. Aber danach entwickelte sich eine Debatte in der Wissenschaft, in der Gesellschaft und im Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft, die feststellte, dass das Problem der Eidemie umfassender ist. Es kamen Bildungsfragen, psychologische Probleme, Probleme des Arbeitsmarktes und der

Beschäftigung hinzu. Es enstand eine eine Wissens-Öffentlichkeit, die lebendig war und in der sich auch v.a. die Wissenschaften als wichtige-pluralistische Stimmen äußerten. Es waren vor allen Dingen bestimmte Wissenschaftler:innen, die die Diskurse stark geprägt haben. Aber wenn ich heute im momentanen Abflauen der Krise einen Rat institutionalisiere, wie das im Bundesministerium für Gesundheit jetzt geschehen ist, dann spielt nicht mehr die Zeitfrage die entscheidende Rolle wie in der akuten Krise. Da sollte man erwarten, dass ein etwas weiterer und facettenreicherer Blick auf die Epidemie und ihre Folgen gerichtet wird. Das würde der Legitimität von Wissenschaft und Politik guttun.

Schmoll Ich würde gerne an der Stelle die Diskussion eröffnen und alle Teilnehmenden bitten, Fragen zu stellen.

Tanner Zu Transfer revisited sagte Frau Boetius, so neu ist das alles gar nicht. Wenn wir uns hier die Teilnehmerliste anschauen, dann finden sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sogenannte Transferabteilungen. Soziologisch gesehen ist das ein neues Phänomen. Und das heißt, wir haben an den Universitäten, auch an den Wissenschaftseinrichtungen, einen enormen Aufwuchs an Personal, die nichts anderes machen als Marketing für Wissenschaft. Meine Frage lautet: Verändert das nicht die gesamte Kommunikationskultur? In Heidelberg zum Beispiel haben wir in der Krebsforschung mehrere Öffentlichkeitsreferentinnen und –referenten, die sich um alle Forschungsneuigkeiten und Nachrichten kümmern. So führte ein Durchbruch in der Krebsforschung durch ein Mausmodel zur Headline „Wir haben eine neue Krebstherapie“. Es war das Ergebnis der Kooperation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit den Öffentlichkeits- oder Transferabteilungen. Da hat es seit 25 bis 30 Jahren eine enorme Verschiebung gegeben. Die Max-Planck-Gesellschaft hat 1972 noch eine Diskussion geführt, ob man einen Öffentlichkeitsreferenten braucht.

Professor em. Dr. ***Klaus Tanner****, Ordinarius für Systematische Theologie und Ethik, Theologisches Seminar, Universität Heidelberg*

Boetius Da muss man noch mal auf die Begriffe aufpassen. Es gibt zwar jetzt diesen Trend, dass die komplexen Aufgaben von PR-Abteilungen begriffen und diese aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Wis-

senstransfer mit anderen zusammengelegt werden. Aber eigentlich haben wir ja diesen Begriff „Transfer“ seit den 1970er-Jahren eher mit der Frage Kooperation mit Wirtschaft belegt als „Technologietransfer“ – und diese Abteilungen waren immer völlig separat. Die meisten Hochschulen, die ich kenne, haben Leute für Technologietransfer, und die sind nicht in der PR-Abteilung und umgekehrt. Sie sprechen natürlich genau das an, was vielleicht wirklich neu ist, dass im Streben ums Marketing erkannt wird, dass die Marke Hochschule zunehmend von der Präsenz in den vielfältigen Medien abhängt, und von der Botschaft, die übermittelt wird. Da ist oft das Wissen, was herübergebracht wird, überspitzt gesagt: die Weltrettung, die eine Hochschule oder eine Institution leistet, in den Vordergrund tritt. Das muss man beobachten und genau dafür braucht es eine gewisse Professionalisierung. Wir haben das alle jetzt schon in verschiedener Weise angesprochen. Ob das aber die Forschung an sich verändert, sehe ich noch nicht so klar. Man kann sagen, dass Professionalisierung des Wissenstransfers die Wissenschaft entlasten kann, sodass man mithilfe professioneller Unterstützung eigentlich auch weiter und breiter in Experimentierräume von Kommunikation gehen kann. Ich sehe es eher positiv, dass es solche Abteilungen gibt. Es braucht dann aber natürlich eine Governance und eine Strategie der Institutionen dafür, was sie übermitteln will, das ist ganz klar. Aber auch dafür haben wir eigentlich ganz gute Prozesse.

Maasen Ich fühle mich gedrängt, dafür zu werben, Wissenschaftskommunikation nicht mit Transfer gleichzusetzen. Ich darf daran erinnern: Transfer ist Vieles. Bildung ist die erste Form des Transfers und das leisten die Universitäten, einen Transfer über Köpfe. Zu denke ist aber auch an Innovation und Gründung, an gesellschaftliches Engagement, an kokreative Forschung. Transfer ist ganz viel Verschiedenes und das ist auch gut so. Als Hochschule muss man überlegen, wo unterstützt werden kann. Das alles ist nicht identisch, aber sicherlich überlappend mit Wissenschaftskommunikation, und auch hier wird heutzutage nochmals unterschieden zwischen interner Wissenschaftskommunikation und institutionalisierter, externer Wissenschaftskommunikation, die die Universität auch aus Eigenwerbungsgründen aktiv betreibt. Die Verhältnisse sind also ein bisschen komplexer.

Spiel Ich würde gerne zu drei Punkten, die vorher schon angesprochen wurden, eine neue Perspektive einbringen. Der eine Punkt betrifft die öffentliche Kommunikation und die Beratung von Politik durch Wissenschaft. Wenn jetzt in der Krise sehr viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen von Medien und der Politik angesprochen werden, sind

natürlich auch viele darunter, die bisher noch nicht mit der Politik gearbeitet haben und daher die „andere Seite“ und deren Rahmenbedingungen noch nicht kennen. Das führt dazu, dass manchen überhaupt nicht bewusst ist, was Politik überhaupt machen kann. Das gilt im Umkehrschluss natürlich auch für die Politik.

Ich will das an einem einfachen Beispiel erläutern: Ich arbeite und forsche im Bildungsbereich. Viele denken darüber nach, warum die Politik nichts unternimmt, damit Lehrerinnen und Lehrer in der Schule besser unterrichten. Ein Gesetz, das besseren Unterricht fordert, kann es aber wohl nicht geben, bzw. hätte es keine Effekte. Denn wie soll ein Gesetz nach „besserem Unterricht“ befolgt werden. Ich glaube deshalb, dass es sehr wichtig wäre, die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik kontinuierlich verstärkt zu pflegen, auch in Nicht-Krisenzeiten. Denn dann ist man für Krisenzeiten gerüstet und Entscheidungen können dann auch leichter getroffen werden.

Der zweite Punkt ist die Rolle der Medien. Diese wurde zwar angesprochen, aber meinem Eindruck nach ist der Einfluss der Medien noch stärker und zum Teil auch negativ. Medien wollen polarisieren, Medien wollen Widersprüche aufzeigen. Daher haben sie gerade jetzt in der Pandemie sehr viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu gedrängt, Ergebnisse, die noch nicht in der Scientific Community diskutiert und publiziert sind, früher preiszugeben. Diese sind zum Teil widersprüchlich was u.a. an Unterschieden bei der Datenerhebung, den Stichproben oder Methoden liegt. Aber wenn die Ergebnisse präsentiert werden, geben die Medien selten die Gelegenheit, auch den Prozess darzustellen. Und das hat aus meiner Sicht dazu geführt, dass man auf der einen Seite sieht, wie wichtig Wissenschaft ist, aber auf der anderen Seite sich die Öffentlichkeit fragt, ob sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überhaupt vertrauen kann, wenn diese einander so häufig widersprechen.

Der dritte Punkt ist die Gesetzesfolgenabschätzung. Diese wird meistens so gemacht, dass man von der idealen Situation der Implementierung ausgeht, das heißt, dass Gesetze genauso implementiert werden, wie es geplant ist. Das ist aber meistens nicht der Fall. Denn nachdem Gesetze beschlossen wurden, sind die Beteiligten i.A. froh und erschöpft und denken, jetzt haben sie es geschafft. Dass die Herausforderungen aber erst jetzt beginnen, weil nun alles für die Implementierung durchdekliniert werden muss – und zwar von den Zielgruppen her gedacht, bedenken sie nicht. Die Pandemie hat nicht nur in Österreich sondern auch in Deutschland gezeigt, dass die Umsetzung vieler beschlossener Maßnah-

men nicht geklappt hat. Die Gelder sind nicht richtig angekommen, das Testen hat nicht optimal funktioniert, das Impfen und vieles andere. In den USA hat sich seit ungefähr 25 Jahren die Implementationsforschung etabliert. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten zeigen, dass die Large Scale Implementationen von Maßnahmen dadurch von ungefähr 15 Prozent in ganzen US-Bundesstaaten bis auf 85 Prozent erhöht werden konnte. Da haben wir in Deutschland und Österreich, aber auch in anderen Ländern, noch etwas Nachholungsbedarf.

Nassehi Transfer findet ohnehin statt und Sabine Maasen hat gerade darauf hingewiesen, dass es auf ganz unterschiedlichen Ebenen passiert. Ich würde gerne eine Transferform ansprechen, von der schon die Rede war, nämlich gremiengestützte Politikberatung. Dabei wäre es sinnvoll, auch die Art der Fragen von außen zu betrachten. Auf welche Fragen sollen eigentlich aus der Wissenschaft heraus reagiert und was für Antworten sollen eigentlich gegeben werden? Ich sage bewusst aus der Wissenschaft und nicht aus der Forschung, weil in Krisensituationen ganz wenig Forschung möglich ist, um damit etwas machen zu können.

Professor Dr. ***Armin Nassehi****, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und Gesellschaftstheorie, Institut für Soziologie, Universität München*

Es gibt zwei Typen: Am Anfang der Krise will man von Virologinnen und Virologen erfahren, was das eigentlich für ein komisches Virus ist, das uns gerade durcheinanderbringt? Sie können dazu relativ klare Antworten geben, selbst wenn diese manchmal nicht eindeutig sind. Aber dann folgen Fragen zu einem Gesamtkonzept. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern setzen sich in interdisziplinären Gruppen, die auch die Differenzierungsform der Gesellschaft abbilden, zusammen. Es sind Ökonomen, Juristen, Natur- und Bildungswissenschaftler und andere Spezialisten auf einem bestimmten Gebiet. Interessanterweise ist die Nichteinheitlichkeit von Wissenschaft gar kein wissenschaftliches Problem. Sie zeigt, dass die Gesellschaft nicht wie aus einem Guss reagieren kann und deshalb können es wissenschaftliche Gremien auch nicht. Dann müssen sie entscheiden, ob sie ein Papier schreiben, in dem diese Differenzen vorkommen oder nicht. Ich saß in den letzten zwei Jahren in diversen von solchen Räten und es war hoch

interessant. Fast das Einzige, was ich beitragen konnte, war, den Leuten zu erklären, dass es Zielkonflikte in der Gesellschaft gibt und diese nicht am Unwissen der beteiligten Personen liegen. Das ist eine interessante Perspektive, die dazu führt, dass wir die Grenzen wissenschaftlicher Beratung als ein wissenschaftliches Thema womöglich mitdiskutieren müssten. Und da würde mich Ihre Position dazu interessieren.

Schmoll Darauf kommen wir nachher zurück. Jetzt noch zwei weitere Fragen, aber dann gehen wir auf diesen Punkt ein.

Kurzenhäuser-Carstens Ich bin Psychologin, komme aus der Risikokommunikationsforschung und muss jetzt einfach etwas zu diesem Satz sagen, den Sie vorhin zitiert haben. Wenn wir hören, dass die Informationskampagnen quasi nicht ausreichen und sich nicht alle impfen lassen wollen, dann muss man das akzeptieren. Ich verstehe was gemeint ist und natürlich kann man keinen zwingen. Für Jemanden der Risikokommunikationsforschung kennt, ist es allerdings erschütternd, dass wir immer noch diesen Standpunkt (der über 30 Jahre alt ist) haben. Wir müssen kommunizieren, obwohl wir eigentlich schon deutlich weiter sind und wissen, dass wir mehr machen müssen, als nur zu kommunizieren.

Professorin Dr. ***Stephanie Kurzenhäuser-Carstens****, Gesundheitspsychologie & Methoden, FOM Hochschule für Ökonomie & Management, Hamburg.*

Einen Gedanken würde ich gerne noch teilen: Was ist nötig, um auch die Lernfähigkeit in der Politik zu erhöhen? Wir verlangen von der Bevölkerung, dass sie sich fortbildet, Risiken versteht, flexibel ist, neue Maßnahmen versteht und annimmt. Wir wollen, dass sie sich anpassen, gute Entscheidungen treffen und mitmachen. Für jemanden, der weiß, dass die Politikberatung seit über 20 Jahren versucht, auch Rationalitätskonzepte einzubringen oder eben Basics der Risikokommunikationsforschung, ist es erstaunlich, dass man auf Meetings wie heute immer noch die gleichen Positionen hört. Als Risikokommunikationsforscher können wir sagen: Wir haben es kommuniziert, doch wenn es nicht angenommen wird, dann ist es eben so. Aber das würde uns alle unzufrieden zurücklassen. Ich frage mich, ob man nicht auch das thematisieren müsste. Und nicht nur, wie wir die Bevölkerung besser aufklären. Überlegen wir, woran es in der Politik und auch

in den Institutionen liegt, dass es so schwer ist, so ein paar Basiskonzepte aus der Risikokommunikationsforschung überhaupt noch mal zu verteilen und Common Sense herzustellen.

Simon Ich leite seit kurzem die Transferstelle der Uni Köln und erlebe in meiner Berufspraxis, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sehr dankbar sind, wenn man ihnen professionellen Rat zum Beispiel in den Bereichen Patente, Lizenzen, Industriekooperationen zur Seite stellt. Jetzt ist der Begriff Transfer stark erweitert worden. Es wird immer mehr erwartet, es steht zum Teil in den EU-Programmen und einige Einrichtungen machen großartige Arbeit. Ich erinnere mich an die mediale Verwertung der Polarexpedition, die wir alle verfolgen konnten. An anderen Stellen erreichen wir vielleicht nur eine Handvoll Leute. Was wünschen Sie sich – und die Frage geht hauptsächlich an die Wissenschaftlerinnen in der Runde – um diese anderen Transferbereiche besser unterstützen zu können. Was müssen die Hochschulen dafür tun und wo genau fehlen die Incentives und die Anerkennung im System? Selbst Patente werden heute noch nicht auf dem h-Index gezählt. Und genauso ist es eben auch mit den anderen Transferaktivitäten, die oft nebenher erwartet werden, die aber aufwendig sind, aber auch professionell gemacht werden müssen, damit sie ihre Wirkung wirklich entfalten können.

*Dr. **Bernadett Simon**, Leiterin Abteilung Transfer, Dezernat Forschungsmanagement, Universität zu Köln*

Nasko Ich möchte auf ein Thema zurückkommen, das bisher nur kurz gestreift wurde. Und zwar die länderspezifischen Unterschiede bei verschiedenen Grundsatzthemen wie beispielsweise Kernenergie oder Impfungen. Ich war früher in der Kernenergie tätig. Es stellt sich mehr denn je als Beeinträchtigung heraus, dass in Deutschland die Kernkraftwerke nicht weiterentwickelt und schließlich abgeschaltet wurden. In Frankreich verhält es sich anders, denn dort stehen noch einige Kernkraftwerke und die Franzosen sehen das Thema Kernenergie nach meinem Empfinden entspannter und positiver. Das zeigt sich dann auch in der CO_2-Bilanz. Wir produzieren weiterhin Strom aus Kohle und das geht einher mit wachsendem CO_2-Emissionen und großem Schaden für die Umwelt. Ebenso haben wir in Deutschland Probleme mit Impfgegnern,

Dr.-Ing. ***Horst Nasko***

während es in anderen Ländern weniger problematisch ist. Deshalb frage ich mich, ob es sinnvoll wäre, in der Wissenschaft präzise zu untersuchen, worin diese grundsätzlichen Unterschiede bestehen und ob man daraus für unsere Politik etwas lernen kann?

Schmoll Frau Boetius hat das vorhin auch schon mit der Generierung neuer Forschungsaufträge angerissen. Nun zu der Frage nach mehr Anerkennung und Reputation. Der Wissenschaftsrat hat gerade in seinem jüngsten Papier über die Politikberatung in der Pandemie festgestellt, dass Politikberatung und Forschung in der Pandemie eigentlich die beiden Tätigkeiten mit der geringsten Reputation sind. Das muss einen nachdenklich machen. Die Entwicklung der mRNA-Impfstoffe hatte dagegen mit Abstand die höchste Reputation.

Boetius Wir haben zuletzt mit dem BMBF grundsätzlich an der Frage der Wissenschaftskommunikation und des Public Engagements gearbeitet. Sie haben völlig Recht, die Grenzen verfließen mittlerweile und die Begriffe sind nicht mehr sauber zu trennen. Die ganze Bandbreite des Engagements von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und ihren Institutionen ist auch nicht mehr adäquat nach unseren oft nach quantitativer Indikatorik organisierten Zielvereinbarungen und Entwicklungsstrategien abgebildet. Das ist ein großes Thema im Wissenschaftssystem: Wie geht die nächste Exzellenzinitiative? Was ist mit den angekündigten „Leuchtturmprojekten“? Wofür steht eine Region? Wie wir aus dieser Falle, uns quantitativ messbar machen zu müssen, wieder rauskommen, ist vielleicht eines der wichtigsten wissenschaftspolitischen Themen der nächsten Zeit. Die Anerkennung, die Reputation in der Wissenschaft, die funktioniert auch ohne das. Das müssen wir in der Wissenschaft wieder neu bedenken: Wie funktioniert Reputation, wie machen wir sie sichtbar und wie schaffen wir damit eigentlich neue Chancen?

Ich komme auf das Thema Risikoabschätzung, das mir sehr wichtig ist, zurück. Und es fehlte noch als Antwort zum Thema „Werte“. Es ist eine Aufgabe der Wissenschaft, Risikoabschätzungen zu liefern. Und zur Risikoabschätzung gehört in gewissem Maße eine Einordnung. Es darf nicht alles als „moralisierend“ beschimpft werden, was diese Einordnung

leistet. Risikoeinschätzung bis hin zur Warnung wird derzeit und wurde auch über lange Zeit in der Klimaforschung und in der Umweltforschung mit „Moralisierung“ verwechselt. Das darf nicht sein. Unser originärer Auftrag als Wissenschaftler ist, Risiken für die Menschheit aufzuzeigen, und diese sind groß.

Maasen Die Anerkennungskultur muss die Wissenschaft auch selber in ihre Hände nehmen und erklären, wofür sie sich engagieren und woran sie sich messen lassen möchten. Deswegen ist auf der Ebene der Wissenschaften, der verschiedenen Fächer, der Hochschulen usw. wichtig, zu klären: Was wollen wir eigentlich? Was können wir? Was können wir anbieten? Und welche Gespräche können wir führen? Und dann tatsächlich die Deutungshoheit einzunehmen. Sobald die Forschung vorliegt, können wir Fragen beantworten und forschungsorientiert erklären. Und dass wir in dieser Wechselwirkung von Forschung und Transfer bleiben, dafür würde ich mich auf jeden Fall noch mal starkmachen wollen.

Rauser Als Vizepräsident vom Bundesamt für Strahlenschutz, bin ich für ein Resort Forschungseinrichtung ein bisschen das „Und“ zwischen Wissenschaft und Politik, auch wenn ich vorher zehn Jahre am Max-Planck-Institut Klimaforschung betrieben habe und den Wissenschaftsteil gut nachvollziehen kann. Meine Frage geht an die beiden Herren aus der Politik. Ich möchte noch einmal den Punkt der Überforderung der Wissenschaft aufgreifen. Bei den europäischen Projekten ist beispielsweise dann, wenn wir eine Mission gegen Krebs und gleichzeitig einen Aktionsplan gegen Krebs haben, einer vom Gesundheitsministeriumsäquivalent, der andere vom Forschungsministeriumsäquivalent, und alle wollen aus der Politik heraus der Wissenschaft die gesellschaftstransformierende Aufgabe zuweisen. Man sagt sozusagen: Ihr müsst Erkenntnis schaffen, aber ihr müsst es auch den Menschen erklären und sie begeistern, um sich zu verändern. Und ihr müsst das Schutzregime erhöhen, damit am Ende weniger Leute sterben. Ist das nicht eine Überforderung von Wissenschaft, die in der Politik besser gesteuert werden sollte?

*Dr. **Florian Rauser**, Vizepräsident des Bundesamts für Strahlenschutz, Salzgitter*

Hofmann Natürlich muss das besser gesteuert werden. Ich würde die Rolle von Beratungsgremien aufteilen. Vielleicht sollte man aktuell, wenn es darum geht, eine krisenhafte Situation schnell durch exekutivische oder legislative Maßnahmen zu lösen, operative Gremien schaffen. Dann könnte man an Kommissionen denken, die heterogen optimiert zusammengesetzt sind. Das spielt bei der Auswahl der Personen auch eine Rolle. Das andere, was Sie angesprochen hatten, sind diese ständigen Gremien, die perpetuiert Gesetzespolitikberatung machen sollten. Die sind eigentlich eher Camouflage. Fast jedes Ministerium, auch Behörden der Bundesregierung oder des Bundes, haben Berater und Beiräte.

Ich kenne Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die auf keinen Fall in diese Beiräte wollen, weil sie da limitiert sind und sowieso niemand auf sie hört. Und wenn die Ratschläge, die zum Beispiel die fünf Wirtschaftsweisen geben, dem zuständigen Minister nicht so richtig gefallen, dann wird der Vorsitzende einfach ausgewechselt. Das passiert, aber es ist nicht das, was man wollen darf, sondern man müsste es ernsthafter betreiben. Denn die Lage ist ernst, die Themen sind ernsthafter denn je, und gerade jetzt ist es in der Sicherheitspolitik bitterernst. Umso bestimmter muss man es verfolgen.

Ich würde dafür werben, dass wir da alle offener sind, gerade heraus reden und auch die Politik beim Wort nehmen und fragen: Wollt ihr wirklich Beratung aus der Wissenschaft?

Ich habe lange bei der Bundesregierung gearbeitet und nebenbei immer auch versucht, mich wissenschaftlich zu betätigen. So konnte ich beide Seiten betrachten und besser begreifen. Außerdem kann ich Wissenschaftler gut verstehen, die sagen, dass sie nicht legitimiert sind zu entscheiden. Aber es ist wichtig zu wissen, der Politiker ist legitimiert und ich bin als Wissenschaftler bereit, Verantwortung zu übernehmen. Vielleicht nicht jeder, aber gute Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in Europa sind bereit, auch Verantwortung zu tragen. Das muss man zusammenbringen und die Rolle der Gremien neu definieren.

Günnewig Vielleicht noch der Aspekt der divergierenden Programme von unterschiedlichen Resorts, den Sie auch angesprochen hatten. Ich lese daraus den Vorwurf der mangelnden Abstimmung zwischen den Resorts. Auf Bundesebene kann ich nicht sagen, wie gut die Abstimmung läuft. Aus Nordrhein-Westfalen kann ich es aber mit zwei Beispielen deutlich machen. Ich war zuvor im Verkehrsministerium zuständig für den Aufbau einer neuen Fachabteilung, die sich um Digitalisierung

der Mobilität gekümmert hat. Wir hatten dort beispielsweise das Thema „Automatisiertes Fahren“. Das ist wirtschaftspolitisch spannend, weil es beispielsweise Perspektiven für die Zuliefererindustrie in Nordrhein-Westfalen bietet und deshalb das Wirtschaftsministerium beteiligt ist. Dann hat es die Perspektive, die Mobilität zu verändern, so dass mein Ministerium für Verkehr dazugehört. Wir haben uns zusammengeschlossen und genau diese Abgrenzung vorgenommen, die jeweiligen Rollen herausgearbeitet, um Doppelungen zu vermeiden und sind letztlich dazu zu kommen, dass man gemeinsam fördert.
Ein anderes Beispiel aus der aktuellen Tätigkeit ist der Bereich Quantencomputing. Da kam der Impuls aus der Wissenschaft. Wir haben uns dann innerhalb der Landesregierung zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Wissenschaftsministerium abgesprochen und haben nun eine Förderung zusammengestellt, wo Instrumentarien beider Ressorts so miteinander verbunden werden, dass Wirtschaft und Wissenschaft zusammenwirken, um dieses Kompetenzzentrum Quantencomputing mit Leben zu füllen. Es geht immer darum, dass die einzelnen Resorts innerhalb einer Landesregierung oder einer Bundesregierung gut zusammenarbeiten und nicht kleine Herzogtümer sind, die nicht miteinander sprechen. Ziel ist, gemeinsam über die Grenzen von Ressorts solche Dinge zu entwickelen. Das funktioniert in Nordrhein-Westfalen sehr gut.

Schmoll Sie sind im Landtagswahlkampf.

Günnewig Ja, aber der Punkt ist: Man muss gut zusammenarbeiten – in der Politik und mit der Wissenschaft.,

Merkel Ich habe noch eine Anmerkung zu Armin Nassehis Beobachtung, dass Beratungsgremien versuchen, einen Konsens herzustellen. Das ist häufig mühselig und liegt möglicherweise nicht auf der Höhe des Problems, sondern es wird eben ein gemeinsamer Nenner formuliert. Wenn es einen herbeiverhandelten Konsens in der Wissenschaft gibt, verwischt das in gewissem Sinne die Grenze zur Politik. Solche wissenschaftlichen Räte sagen dann: Wir haben eine Mehrheits- und eine Minderheitsoption, ihr Politiker und Politikerinnen müsst das nach euren Kriterien bearbeiten. Wenn aber eine Entscheidung mehrheitlich und öffentlich von der Wissenschaft getroffen wird, hat die Politik in Krisenzeiten relativ geringe Chancen, davon abzuweichen.

Schmoll Aber wenn man sich die Leopoldina-Stellungnahmen aus dem letzten Jahr ansieht, da gab es die Bemerkung eines Virologen, dass sie die Schulöffnung nicht befürwortet hätten, denn da waren zu viele Pädagogen in der Kommission. Das ist dann nicht das Abbild der Diskussionslage – und ich glaube, das meint Herr Nassehi – sondern das ist

eine redaktionelle Arbeit, die die Leopoldina Pressereferentinnen leisten, indem sie versuchen, einen Mehrheitstext aus einem ganz unterschiedlichen Konvolut von verschiedenen Stellungnahmen von Wissenschaftlern zu basteln. Wäre es nicht sinnvoller, solche Kontroversen und unterschiedlichen Diskussionsprozesse, die ja in der Tat nur gesellschaftliche Diskussionsprozesse abbilden, auch in den Stellungnahmen abzubilden?

Maasen Unbedingt. Informierter Dissens ist das Stichwort. Wenn ich Herrn Nassehi richtig verstanden habe, hat er informierte Beziehungspflege betrieben. Aber was geschieht dann eigentlich? Es wird immer diejenigen geben, die sich dieser Aufgabe annehmen, nicht nur über das Thema zu sprechen, sondern auch noch eine reflexive Schleife einzubauen und Handlungskorridore aufzumachen oder Empfehlungen zu geben. Aber es ist wichtig, das immer noch mal in eine Reflexionsschleife zu bringen. So kann man heute auch gut Unsicherheiten, Nichtwissen kommunizieren, unterschiedliche Wissensperspektiven usw., ohne dass es die Kommunikation überlastet.

Für mich ist Transfer eigentlich ein Fanal. Es regt uns an, über all diese Verhältnisse noch einmal neu nachzudenken. Ich nehme Transfer als eine Reflexionskategorie und nicht so sehr als ein bürokratisch evaluatives Tool. Das wird es manchmal zwar leider sein, aber im Prinzip der Selbstreflexion von Wissenschaft selbst, müssen wir fragen: Was gehört zu ihren Kernaufgaben, wenn Transfer zu Forschung und Lehre hinzukommt? Bildung gehört schon lange zu unseren Kernaufgaben und ist gewissermaßen auch schon Transfer. Aber wo stehen wir heute? Das müssen wir neu überdenken – und die Beziehung zur Politik und zur Zivilgesellschaft in allen ihren vielfältigen Formaten nochmals reflektieren und dafür auch Methoden und Formen erfinden, in denen dies sichtbar und für alle erkennbar und nachvollziehbar geschieht.

Boetius Das bringt mich zu der Frage, was ein Transferbüro braucht und was dort eigentlich alles anzusiedeln ist? Wir haben vorhin schon gesagt, dass die Aufgabe des klassischen Technologietransfers unbedingt durch Wissenstransfer ergänzt wird. Das wissen wir auch aus der Meeres- und Klimaforschung. Unsere Leute aus dem Technologietransfer sind rund um die Uhr von der Industrie und Verbänden gebucht, die wissen wollen, was beim Klimawandel passiert. Wir sind plötzlich Kommunikatoren eines Wissensschatzes geworden, der alle Formen von Technologie betrifft. Deshalb müssen sich Transferbüros zunehmend um Wissenskomponenten des Transformationsgeschäftes erweitern.

Zur Antwort auf die andere Frage: Warum hinken wir bei der Pandemie hinterher in unserer Einigkeit oder was ist mit Handlung gegen die Kli-

makrise? Engagement im Dialog mit der Öffentlichkeit ist dabei entscheidend. Was die Transferbüros wahrscheinlich noch mehr leisten müssen, ist die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Öffentlichkeit. Wie können Hochschulen den Austausch und den direkten Dialog unterstützen?

Die Idee der offenen Hochschule ist dabei weiter umstritten. Er bedeutet, Bürger und Diskutanten einzubeziehen und Hochschule als Streitort auszubauen. Dafür braucht es Unterstützung, denn es ist personenintensiv. Im Koalitionsvertrag stehen auch für die Politik Dialog- und Querschnittsaufgaben für die Ministerien geschrieben: Wir brauchen eine Art Blockadelöser, wir brauchen die Fähigkeit zur Partizipation. Jeder, der mal dafür Formate versucht hat, weiß, wie viel Kraft es kostet. Dafür sind das Wissenschaftssystem und die Hochschulen, aber auch die Außeruniversitären nicht ausreichend ausgestattet. Das wissen wir. Und am Ende geht es da auch um die Unterstützung von Wissenschaftlern, denn wenn die sogenannten Experten nicht mehr im Kontakt mit den Menschen sind, fehlt ihre Begeisterung und das Brennen, Wissen zu transportieren, das durchaus direkt aus der Forschung kommen muss.

Hofmann Ich habe noch einen Punkt: Die Reaktionsnotwendigkeit der Gesellschaft, des Staates und der Politik auf Fehlverhalten oder Freiheitspraktiken von Teilen der Bevölkerung, die zum Schaden, zum Nachteil des Rests der Bevölkerung sind. Sie wissen sicher, was ich meine. Ich beobachte, dass der deutsche Staat, der deutsche Gesetzgeber und der Deutsche Bundestag, das höchste Verfassungsorgan, welches wir haben, sich sehr wohl als Praeceptor Hominis verhält und den Menschen Dinge vorgibt, die sie machen sollen, weil sie evidenzbasiert und wissenschaftlich untermauert richtig sind.

Denken wir an die Nichtraucherschutzgesetze, die vor 15 Jahren gemacht worden sind. Es gab damals Studien, die eindeutig besagten, dass Rauchen tötet. Seitdem steht es nicht nur auf Zigarettenschachteln, sondern alle 16 Länder haben Gesetze gemacht, die den Menschen das Rauchen schwerer machen sollen. Also nicht verbieten, aber sektoral oder verhaltensorientiert erschweren. Das ist eine eindeutige Steuerungswirkung aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das Gleiche, aber noch viel drastischer ist, dass jeder, der in Deutschland in einem Auto sitzt und fahren will, einen Führerschein braucht. Das ist eine eindeutige Verhaltenssteuerung. Und auch, dass der Fahrer angegurtet sein muss, ist eine Verhaltenssteuerung. Das greift in Freiheitsrechte ein, gilt für alle und wird letztlich auch durchgesetzt. Und genauso verhält es sich mit Impfgesetzen, die gemacht worden sind oder noch weiter gemacht

werden oder auch nicht. Als in Österreich das Impfgesetz verkündet worden ist, habe ich einige Kommentare gehört, weil sie früher als die Deutschen waren. Kluge Journalisten haben gesagt, dass es nur als Drohung gedacht ist. Und nun wird in der Politik so lange von Impfgesetzen geredet, dass sie schließlich nicht mehr gemacht werden müssen, weil es ein harter Eingriff ist. Das ist ja im Grunde ein viel härterer Eingriff in die Freiheits- und Grundrechte, es ist ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Der Piks selbst ist eine Lappalie, aber die Folgen wie beispielsweise Herzmuskelentzündung oder auch nur drei Tage Fieber können handfest sein. Es ist ein manifester Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und dennoch wurden solche Gesetze in Deutschland auch gemacht und in Österreich ein generelles Impfpflichtgesetz eingeführt und dann nach vier Wochen ausgesetzt. Ich ahne, dass viele Politiker in Deutschland genau das gehofft haben, was diese Kommentatoren analysiert hatten, dass man diese Gesetze in einem Sektor für den Gesundheitsbereich in Deutschland beginnt und dann vielleicht für den Rest der Gesellschaft, nicht wird machen müssen, weil die Menschen durch diese Incentives oder Nudging (oder wie man es immer bezeichnen will) verstehen, zur Vernunft zu kommen oder sich jedenfalls vernünftiger, gemeinwohlorientierter, solidarischer zu verhalten, als sie es bis dahin getan haben. Diese Steuerungswirkung darf unser Staat demokratisch legitimiert tatsächlich versuchen.

Schmoll Herr Merkel, ich würde gerne noch mal an eine Bemerkung anknüpfen, die Sie eben gemacht haben: Sie haben gesagt, wenn es eine Empfehlung gibt, dann hat die Politik Probleme, anders zu entscheiden. Ein Beispiel, dass sie es sehr wohl anders macht und sich nicht mal daran stört, war eigentlich die Debatte im Bundestag über die Änderung des Infektionsschutzgesetzes letzte Woche. Obwohl alle 19 im Expertenrat einstimmig dafür votiert hatten, zumindest bei der Maskenpflicht zu bleiben, und zwar flächendeckend, hat der Bundestag anders entschieden. Und die Gegner dieser Entscheidung haben den Expertenrat zur Legitimierung der eigenen Oppositionsauffassung herangezogen. Ist das nicht doch auch eine Überschätzung von Wissenschaft?

Merkel Man muss es betonen, die Wissenschaften genießen in der Bevölkerung eine höhere Legitimität als die Politik. Das wissen Politikerinnen und Politiker und das schwingt bei ihren Entscheidungen immer mit. Nun muss man „die“ Politik ausdifferenzieren. „Die“ Politik ist kein homogener Akteur, der die Entscheidungen trifft. Es gibt nun eine Ampelkoalition, die hat eine Mehrheit im Parlament, aber es gibt keinen einzelnen Akteur in der Ampelkoalition, der die Entscheidungen dominiert. In

politischen Koalitionen gibt es immer wieder innerkoalitionäre Verhandlungen und Rücksichten. Bei der Impfpflicht hat die FDP gesagt, dass sie ein solches Gesetz mit ihnen nicht gibt. Und so haben die anderen ihren weichen Widerstand aufgegeben und sind dem gefolgt. Das ist den innerkoalitionären Machtauseinandersetzungen geschuldet. In dem Fall sagte die Regierungsmehrheit: Das geben wir denen, denn wir wollen bei den nächsten politischen Entscheidungen dann auch deren Zustimmung. Politik ist – anders als die Wissenschaft – immer wieder ein Tauschverhältnis.

Schmoll Ich danke Ihnen auf dem Podium, ich danke Ihnen an dem Livestream und Ihnen, die Sie aus dem Saal heraus mitdiskutiert haben.

Risiken und verlorene Chancen internationaler Wissenschaftskooperation – was jetzt?

Peter-André Alt

Kurt Deketelaere

Jan-Werner Müller

Ulrich Wandschneider

Jeanne Rubner

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. **Peter-André Alt**
Prof. Dr. **Kurt Deketelaere** (digital zugeschaltet)
Prof. Dr. **Jan-Werner Müller** (digital zugeschaltet)
Dr. **Ulrich Wandschneider**

Moderation
Dr. **Jeanne Rubner**

Rubner Sehr verehrte Damen und Herren, liebes Publikum, nach den angeregten Pausengesprächen und dem interessantem Podium, machen wir mit dem spannenden Thema „Risiken und Chancen internationaler Wissenschaftskooperationen“ und der damit verbundenen Frage „was jetzt?“ weiter. Wir machen eine Analyse, ziehen Bilanz und blicken dann auch in die Zukunft. Ich freue mich sehr, dass Sie im Livestream wieder mit dabei sind.

Eine Teilnehmerin hat aus Gesundheitsgründen leider abgesagt, doch wir haben hier geballten Sachverstand. Auf dem Podium sitzt Professor Dr. Peter-André Alt. Er ist Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, er ist Literaturwissenschaftler und war lange Präsident der Freien Universität Berlin.

Neben ihm sitzt Dr. Ulrich Wandschneider, der im Gesundheitsmanagement verschiedene Posten hatte, wie bei MediClin AG, Asklepios, aber nicht zuletzt Aufsichtsrat von Biontech SE, der Firma, die wirklich jeder in dieser Republik kennt. Jetzt hat er eine eigene Risikokapitalfirma namens beebusy capital hier in Hamburg. Dann heiße ich die Herren auf den Bildschirmen willkommen.

Zugeschaltet ist aus den USA Herr Professor Dr. Jan-Werner Müller, der an der Princeton University forscht und Politikwissenschaftler, Spezialist für politische Theorien, aber auch Experte für Populismus ist.

Außerdem ist Professor Dr. Kurt Deketelaere aus Leuven in Belgien zugeschaltet. Er ist Generalsekretär der Liga der Europäischen Forschungsuniversitäten. Sie sind Jurist, Spezialist für Umweltrecht, aber hier natürlich auch die Stimme der forschungsstarken europäischen Universitäten.

Als ich vor vielen Monaten mit der Hanns Martin Schleyer-Stiftung über dieses Podium gesprochen habe, dachte ich, was gibt es denn über Forschungskooperationen zu diskutieren. Wissenschaft ist international, wir kooperieren und mehren dadurch Wissen, wir stärken die Verbindungen

und schaffen Wohlstand. Warum müssen wir also diskutieren? Die aktuellen Ereignisse stellen Kooperationen in Frage und es zeigt sich zunehmend ein Clash von politischen Systemen, es gibt Bruchstellen und die Probleme werden deutlich. Plötzlich sind Wissenschaftskooperationen nicht mehr nur positiv, sondern auch umstritten, wenn sie benutzt oder missbraucht werden. Es stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen, welche Regeln wir uns in Zukunft geben und welche Methoden oder Regeln es in der Wissenschaft gibt, um das in den Griff zu bekommen? Herr Alt, ich würde gerne die erste Frage an Sie richten: Die Hochschulrektorenkonferenz hat ihre Mitglieder aufgefordert, alle Kooperationen mit russischen Universitäten zu stoppen, weil sich die russischen Universitäten offiziell zu Putin und dem Angriffskrieg – der in Russland natürlich nicht so heißen darf – bekannt haben. Was genau beabsichtigt die HRK damit, und welche Folgen hat es für die russische Wissenschaft und für den einzelnen Wissenschaftler, die einzelne Wissenschaftlerin?

Alt Wir besitzen keine Weisungsbefugnis gegenüber unseren 268 Mitgliedseinrichtungen. Aber wir haben eine sehr deutliche Empfehlung ausgesprochen, die auch umgesetzt worden ist. Genau das war der Wille der Hochschulen und ich habe das selten mit so großer Einmütigkeit wahrgenommen. Dabei schließe ich das gesamte deutsche Wissenschaftssystem ein. Selten wurde so geschlossen entschieden, etwas auf den Weg zu bringen, was ja nicht unkompliziert ist.

Das war im Grunde eine Nachteilsabwägung. Zu berücksichtigen waren die Nachteile, die dadurch entstehen, dass man Kooperationen auf Eis legt und damit unter Umständen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Russland, die sich in offener oder versteckter Opposition zum Regime Putin bewegen zu schädigen, oder zumindest doch in eine schwierige Position zu bringen riskiert. Womöglich aber auch Projekte zu unterbrechen, die dann aufwendig neu aufgesetzt werden müssen, weil sie einen wichtigen Beitrag auch zur Völkerverständigung, also zum friedlichen Miteinander leisten. Auf der anderen Seite waren die Nachteile zu bedenken, die darin liegen würden, wenn bei fortgesetzter Kooperation der Eindruck entstünde, als ob alles im Lot sei. Wenn man also in einer Welt im Krieg, wissenschaftliche Kooperation im Sinne von Science Diplomacy zulässt und die Augen vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine verschließt. Aus unserer Sicht ist das der größere Nachteil gewesen und deswegen haben wir uns für den Weg des vorläufigen Abbruchs entschieden. Das schließt auch gewichtige Implikationen problematischer Art ein. Wir haben immer gesagt, dass wir damit nicht den individuellen Kontakt unterbinden wollen, und wir zerstören auch

keine Brücken. Die einzigen Brücken, die im Augenblick destruiert werden, das sind die Brücken, die die russische Armee sprengt. Wir begehen die Brücken nur nicht, weil wir im Augenblick sehen, dass der Weg über sie in ein Land führt, das momentan einen Unrechtskrieg führt und deswegen offiziell nicht unterstützt werden darf. Das ist die Position des gesamten Wissenschaftssystems, nicht nur der Hochschulen, sondern auch der Max-Planck-Gesellschaft oder der Helmholtz-Gemeinschaft. Wir haben einen guten individuellen Kontakt zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und bemerken, dass unsere russischen Kolleginnen und Kollegen den Sinn dieser Entscheidung nachvollzogen haben und sie mittragen, genauso wie übrigens das sonstige Wissenschaftssystem. Ich hatte eigentlich erwartet, dass es kritische Interventionen gibt und ich auch eine Reihe von Protestnoten bekomme, aber das ist ausgeblieben. Es scheint momentan einfach ein großer Konsens zu bestehen, dass diese Entscheidung richtig ist. Sie ist singulär und wirft die Frage auf, warum man in anderen Situationen – ich erinnere an den Balkankrieg oder an den Kosovo-Konflikt – nicht genauso reagiert hat. Das ist eine Frage, die wir hier vielleicht auch im allgemeineren Kontext noch erörtern werden.

Wir haben uns sicherlich auch an neuen Realitäten zu orientieren, wir müssen unsere Strategien der Wissenschaftsdiplomatie kritisch reflektieren, wir müssen die Sicherheitsfragen ganz anders, als das in der Vergangenheit der Fall war – darauf hat ja Dieter Lenzen auch richtigerweise öffentlich hingewiesen –, neu in den Blick nehmen. Wir müssen vielleicht auch Illusionen, in denen wir uns alle in den letzten 20 Jahren bewegt haben, hinter uns lassen. Mit großem Optimismus haben wir mit den so genannten schwierigen Partnern unsere wissenschaftlichen Kooperationen in der Erwartung betrieben, dass sie Brücken zwischen unterschiedlich organisierten Welten, herstellen könnten.

Rubner Nun zum Stichwort schwierige Partner. Es gab sicher auch vorher schon Situationen, in denen wir vielleicht ein wissenschaftspolitisches Signal hätten setzen können oder müssen. Ein Beispiel ist Ungarn, ein EU-Staat mit einer extremen und teilweise aggressiven Haltung gegenüber seiner Wissenschaft. Da hat eine Beschneidung von Wissenschaftsfreiheit stattgefunden, denn die Universitäten und Akademien stehen unter der Aufsicht der Regierung. Die private Central European University ist deswegen von Budapest nach Wien umgezogen. Herr Müller, Sie kennen diese Szene. Welche Folgen hat dieser Clash mit Ungarn und der damit verbundene Umzug einer Institution nach Wien? Haben wir und auch die anderen EU-Staaten ausreichend auf diese Beschneidung von

Wissenschaftsfreiheit zum Beispiel durch Stopp von Kooperationen reagiert?

Müller Ich würde erst mal sehr pedantisch darauf hinweisen, dass es nicht um einen Clash mit Ungarn geht, sondern eher um einen Clash mit der Regierung von Viktor Orbán, der wie eigentlich alle Rechtspopulisten, wenn ich das mal so pauschal sagen darf, behauptet, als Einziger das wahre Volk oder das wahre Ungarn zu repräsentieren. Das stimmt natürlich nicht, führt aber dazu, dass er wie auch andere Rechtspopulisten versucht, eine gewisse Form von kultureller Hegemonie zu etablieren. Kunst, Kultur, aber natürlich auch die Wissenschaft spielen dabei eine wichtige Rolle. Deswegen ist es kein Zufall, dass derartige Akteure daran interessiert sind, unabhängige Institutionen, die es noch in der Gesellschaft gibt, unterzuordnen. Konkret heißt das, dass man Institutionen wie beispielsweise die Akademie der Wissenschaften völlig umgestaltet und dass man Universitäten auf dem Papier privatisiert und in Stiftungen umgewandelt hat, aber de facto unter die Kontrolle von denjenigen bringt, die auch dem derzeitigen Regime gegenüber loyal sind. Vielleicht hat sich in der Wissenschaft allmählich eine Art Parallelwelt versucht zu etablieren und sich zum Teil mehr nach China und Russland orientiert, gleichzeitig können die Verteidiger des Regimes in Budapest aber auch sagen, dass das, was wir machen, nichts anderes ist, als das was anderswo in der EU passiert. Dieser bibliometrische Imperativ wie „The measure becomes the target“, wo immer gesagt wird, wir machen das doch alles objektiv und haben viele Publikationen, die zwar nicht unbedingt alle in den berühmten First Rate English Journals sind, das ist alles genauso meritokratisch. Das haben wir auch in anderen Bereichen als Taktik und als Strategie gesehen, bei der die Akteure sagen, kritisiert uns nicht, denn es gibt doch auch bei euch solche Institutionen und Praktiken. Erinnern wir uns an Polen, wo lange gesagt wurde, hört auf, uns mit dem Verfassungsgericht zu kritisieren und schaut wie zum Teil auch in Deutschland Richter ausgewählt werden. Das wäre doch noch subjektiver oder viel politischer. Bei diesen selektiven Vergleichen dauert es immer sehr lange, bis man wirklich bemerkt, dass das Ganze holistischer betrachtet ganz anders aussieht und es eben nicht so leicht vergleichbar ist. Aber die entsprechenden Akteure gewinnen damit erst mal Zeit, Institutionen umzugestalten und Fakten zu schaffen.

Der zweite Punkt ist, dass mit dem Anfang der Traktierung der CEU und dann letztendlich der Vertreibung aus dem Land, viel von Sanktionen die Rede war. Es war nicht so, dass es keiner bemerkt oder thematisiert hat, nur hat man nichts gemacht. Wenn ich es direkt sagen darf, dann hat der

seinerzeitige Vorsitzende bei der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, immer wieder erklärt: Jetzt kommen die roten Linien, und wenn ihr die überschreitet, dann ist wirklich Schluss. Aber es war nicht wirklich Schluss. Es hat noch Jahre gedauert, bis sich Orban von der EVP entfernt hat beziehungsweise quasi rausgeworfen wurde. Im Grunde hatte man es mit den Sanktionen nicht wirklich ernst gemeint. Das ist vielleicht auch noch eine Lektion für den heutigen Tag.

Rubner Wir werden darauf zurückkommen. Jetzt sind wir gerade dabei, einige Pain Points der internationalen Kooperationen beziehungsweise der Kooperationslandschaft zu benennen. Herr Deketelaere, wir haben ja auch Pain Points, die vielleicht nicht so extrem sind wie ein Krieg in Europa oder eben Populismus und die Reaktion auf Populismus in Ungarn. Aber wir haben den Brexit, wir haben eine starke Wissenschaftsnation, Großbritannien, die aus der EU ausgetreten ist, und wir haben im Moment noch das Problem mit der Schweiz. Die Schweiz als starke Forschungsnation ist nicht Teil des europäischen Forschungsraums, weil das Assoziierungsabkommen nicht – oder vielleicht noch nicht – verlängert ist. Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für Europas Forschung? Wo kommen Brüche in das Forschungsnetz in Europa?

Müller Ich würde erst mal sehr pedantisch darauf hinweisen, dass es nicht um einen Clash mit Ungarn geht, sondern eher um einen Clash mit der Regierung von Victor Orban, der wie eigentlich alle Rechtspopulisten, wenn ich das mal so pauschal sagen darf, behauptet, als Einziger das wahre Volk oder das wahre Ungarn zu repräsentieren. Das stimmt natürlich nicht, führt aber dazu, dass er wie auch andere Rechtspopulisten versucht, eine gewisse Form von kultureller Hegemonie zu etablieren. Kunst, Kultur, aber natürlich auch die Wissenschaft spielen dabei eine wichtige Rolle. Deswegen ist es kein Zufall, dass derartige Akteure daran interessiert sind, unabhängige Institutionen, die es noch in der Gesellschaft gibt, unterzuordnen. Konkret heißt das, dass man Institutionen wie beispielsweise die Akademie der Wissenschaften völlig umgestaltet und dass man Universitäten auf dem Papier privatisiert und in Stiftungen umgewandelt hat, aber de facto unter die Kontrolle von denjenigen bringt, die auch dem derzeitigen Regime gegenüber loyal sind. Vielleicht hat sich in der Wissenschaft allmählich eine Art Parallelwelt versucht zu etablieren und sich zum Teil mehr nach China und Russland orientiert, gleichzeitig kann man aber auch immer wieder sagen, dass das, was wir machen, nichts anderes ist, als das was anderswo in der EU passiert. Dieser bibliometrische Imperativ wie „The measure becomes the target“, wo immer gesagt wird, wir machen das doch alles objektiv

und haben viele Publikationen, die zwar nicht unbedingt alle in den berühmten oder berüchtigten First Rate English Journals sind, das ist alles genauso meritokratisch. Das haben wir auch in anderen Bereichen als Taktik und als Strategie gesehen, bei der die Akteure sagen, kritisiert uns nicht, denn es gibt doch auch bei euch solche Beispiele. Erinnern wir uns an Polen, wo lange gesagt wurde, hört auf, uns mit dem Verfassungsgericht zu kritisieren und schaut wie zum Teil auch in Deutschland Richter ausgewählt werden. Das ist unter Umständen noch subjektiver oder viel politischer. Bei diesen selektiven Vergleichen dauert es immer sehr lange, bis man wirklich bemerkt, dass das Ganze holistischer betrachtet ganz anders aussieht und es eben nicht so leicht vergleichbar ist. Aber die entsprechenden Akteure gewinnen damit erst mal Zeit.
Der zweite Punkt ist, dass mit dem Anfang der Traktierung der CEU und dann letztendlich der Vertreibung aus dem Land, viel von Sanktionen die Rede war. Es war nicht so, dass es keiner bemerkt oder thematisiert hat, nur hat man nichts gemacht. Wenn ich es direkt sagen darf, dann hat der seinerzeitige Vorsitzende bei der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, immer wieder erklärt: Jetzt kommen die roten Linien, und wenn ihr die überschreitet, dann ist wirklich Schluss. Aber es war nicht wirklich Schluss. Es hat noch Jahre gedauert, bis sich Orban von der EVP entfernt hat beziehungsweise quasi rausgeworfen wurde. Im Grunde hatte man es mit den Sanktionen nicht wirklich ernst gemeint. Das ist vielleicht auch noch eine Lektion für den heutigen Tag.

Rubner Wir werden darauf zurückkommen. Jetzt sind wir gerade dabei, einige Pain Points der internationalen Kooperationen beziehungsweise der Kooperationslandschaft zu benennen. Herr Deketelaere, wir haben ja auch Pain Points, die vielleicht nicht so extrem sind wie ein Krieg in Europa oder eben Populismus und die Reaktion auf Populismus in Ungarn. Aber wir haben den Brexit, wir haben eine starke Wissenschaftsnation, Großbritannien, die aus der EU ausgetreten ist, und wir haben im Moment noch das Problem mit der Schweiz. Die Schweiz als ebenfalls starke Forschungsnation ist nicht Teil des europäischen Forschungsraums, weil das Assoziierungsabkommen nicht – oder vielleicht noch nicht – verlängert wurde. Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für Europas Forschung? Wo kommen Brüche in das Forschungsnetz in Europa?

Deketelaere Thank you very much and good morning everybody. Apologies not being in Hamburg, but happy to be here and happy to intervene in this panel. Indeed, obviously all cases are not very comparable. The UK, Switzerland on one hand, Hungary on the other Hand, Russia, Ukraine on other case, so I think that we have to approach all those cases

from their own specific context that cannot generalize with regard to all those cases in a similar way. But if I stick with first of all the UK and Switzerland, then it is clear from a research innovation education point of view that this is a very regretful situation. The UK and Switzerland over the past decades have proven to be very strong partners in research, innovation and education, and it is really regretful, also speaking for my group, the League of European Research Universities, it is really regretful that we are now in this political situation where at the end of the day I think that all Governments which are involved are to blame for the situation in which we are. As well the UK Government and the Swiss Government obviously have their own political agenda not to give in to all kinds of demands from the side of the EU, but also the EU is not without any blame in this case. The EU is also mixing different political files to push UK and to push Switzerland to sign a new cooperation agreement in the case of Switzerland for example or to push the UK to comply with for example the Northern Ireland Protocol. Because, of course, from a research community perspective, we want to continue to collaborate with our Swiss and UK colleagues as we have been doing for many decades. We have been calling upon the involved authorities and the involved communities several weeks ago to a specific campaign which was called "stick to science" in a sense that we say, don't politicize research policy, don't politicize research collaboration. Let us keep those things really distinguished, and we see that the academic community as well in Switzerland as in the UK wants to continue its collaboration with their colleagues in the EU 27, and those colleagues in the EU 27 just want to do the same, continue collaboration. We still hope that under the French presidency of the EU, which is taking place now, we nonetheless can come to an agreement so that Switzerland and the UK can join as soon as possible. Nonetheless we see from a political point of view that also the French presidency at this point in time is not really making a priority of the UK and Swiss association to Horizon Europe which we regret very much. A few weeks ago under the French presidency we got this so-called Marseille Declaration on international collaboration in the field of research innovation and education and which was one of those very nice texts, political governments and the European Commission can produce together as they very often do. In which all the benefits and advantages of international collaboration were nicely described. But at the end of the day, if we can compare this Marseille Declaration on international collaboration with all this happening indeed in the UK and in Switzerland, the political negotiations with those two countries, we can only say that this Marseille

Declaration is just words. From the side of LERU (League of European Research Universtities) we have said, we are going to take this Marseille Declaration on international collaboration seriously from the day that the UK and Switzerland have been able to associate to Horizon Europe. This is a very regretful situation which is going to be really damaging for research in Europe if this is not coming to a solution very fast, we now already see in the UK and in Switzerland that a kind of exodus is going on of ERC Europäischer Forschungsrat: European Research Council which are based at UK or Swiss Universities and of course which sooner or later will be confronted with this demand from the ERC that they have to spend X numbers of months per year in an EU member state or associate member state. It is clear that as well the EU 27 as Switzerland as the UK will be damaged by this potential non-association of both countries to Horizon Europe. Allow me to say a few words of the other situations that we are confronted now or in the past, the case of the Central European University in Hungary for example, which is today again an actual case because we talk a lot about academic freedom. And this is again high on the agenda of the European Commission, because the case of the Central European University in Budapest has learned us that in fact the European Union and the European Commission in particular has in fact no legal tools to deal with a government, a government of an EU member state when this government is the violating the academic freedom and the institutional autonomy of a university which is based in his country. We have seen that the acts of Orban vis a vis the Central European University were clear violations of their academic freedom and institutional autonomy. But nonetheless, when the European Commission wanted to take legal action against Hungary, that was much more difficult than everybody ever thought. In fact, at the end of the day when the case, which was brought against Hungary, because of the Central European University, was decided by the European Court of Justice, the European Court of Justice had to make use of the world trade organisation general agreement on the trade in services to come to a condemnation of the member state Hungary for violation of academic freedom of the Central European University. And that is again very relevant, because as well in the European Parliament as in the European Commission, people are looking into the possibility and the necessity to see if we need to create in the EU treaties a specific treaty basis to deal with violations of academic freedom by EU member state governments or authorities. Let me say one word about the situation vis à vis the Russian universities, and that in my own personal name, not speaking for my 23 rectors within LERU. First I

must say that I have been a bit surprised by the speed and the kind of general approach which was taken in Germany to go for an immediate stop of the collaboration by all universities or cooperation with Russian institutions, but I am thinking primarily about the future. If we say we continue collaboration at the level of individual academics, then of course that is all fine and very good to be supported. But the question is, how in the long run we ever are going to establish again cooperation with the Russian academic community with regard to their institutions, and that is in my opinion going to be quite a difficult thing. When I see that more and more voices are raised in this direction to quit cooperation. I ask myself if it should be considered a way forward, in the framework of academic diplomacy, to see in which way we do relations and which collaboration institutions we are able to re-establish. Or do we just want to have an academic community in Western Europe? Are we just going to say, we give up on Russia? We are not going to collaborate any more? Is that the purpose in a certain part of Europe or not?

I am a little bit afraid that the speed and the outspokenness of specific measures will be quite damaging more than we want. I also was not very happy with the decision of the European Commission to say, we immediately block any kind of participation of Russian institutions in Horizon Europe. The symbolic action of not paying three or four Russian universities for the work that they are doing in Horizon Europe is a little bit cynical, if you see that on a daily basis, we as a European Union, continue to buy Russian oil and gas for a value of almost 700 Million Euros a day. I was wondering what is going to be the importance of three or four Horizon Europe contracts with a number of Russian institutions, also implying very often that Western European universities are acting or working together with all kinds of dodgy institutions in difficult countries worldwide. It is clear that certainly in my group, but I think also for the absolute majority of German universities, universities themselves at the end of the day are clever enough to decide and to evaluate, with whom they do cooperate and with whom we don't cooperate? I see in my group, for example, nobody who is working together with institutions with a doubtful reputation or with doubtful practices or with doubtful use of initiatives or actions vis a vis human rights and things like that.

I think that as an academic community we will have to draw some lessons from the actions which have been taken over the past few weeks in the framework of this discussion about collaboration with Russia. And if I see that even in a number of member states in the European Union, governments at the end of the day in fact have forced their universities to

take that decision, you know that governments can advice their universities, but if that advise is coming with a very big capital A, we all know as university leaders what that advice is meaning for us. So I was a little bit surprised to see that even EU member states swept from the table in something like minutes the value of academic freedom and institutional autonomy, in deciding with whom we collaborate as universities at the end of the day, because the minister was saying or advising with the capital A that we had to stop collaboration with Russia.

Rubner Wir werden auf diesen Punkt und was wir daraus lernen, zurückkommen, aber wir sollten noch konkreter über diesen Gegensatz, also der harten Position, die auch die HRK vertreten hat und dem was Kurt Deketelaere gesagt hat, sprechen. Müssen wir hier zwar ein Signal setzen und alle offiziellen Kooperationen stoppen oder sollten wir vielleicht eine etwas softere Position einnehmen, damit wir nichts zerstören, was sich unter Umständen nicht so leicht reparieren lässt.

Alt Das sehe ich anders, als es eben dargestellt wurde. Ich hatte eine ganze Menge Einsprüche auch gegen die Einschätzungen des Prozesses der gescheiterten Integration oder Assoziation von Großbritannien und der Schweiz. Aber ich möchte vor allen Dingen noch einmal meine Position zur Frage der Geschwindigkeit darstellen, denn das besaß eine besondere Qualität. Seitens der deutschen Öffentlichkeit gab es zu diesem Thema einen Kommentar von Jürgen Kaube in der FAZ. In einem etwas vergifteten Artikel kommentierte er die Linie der DFG und schlug mehr oder weniger vor, man solle doch nach Projekten differenzieren, die der zivilgesellschaftlichen Weiterentwicklung und Versöhnung, dem Frieden und wechselseitigen Verständnis dienen. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, eine Art Ethikkommission einzusetzen, die zunächst prüft, welche Projekte weitergeführt und welche unterbrochen werden. Ich hätte diesen Auftrag für fatal gehalten, weil ich bezweifle, dass solche Kommissionen wirklich einwandfreie Entscheidungen fällen können. Sie werden zwangsläufig immer Interpretationsspielraum lassen müssen. So wie es auch bei einer Zivilklausel im Blick auf kriegsrelevante Forschung immer Streit gibt, wo sie greift und wo nicht. Die Grenzen zwischen der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf friedliche und nicht friedliche Zwecke sind häufig fließend. Wir haben so entschieden, weil wir schnell ein Statement setzen wollten, aber nicht nach außen vermitteln wollten, dass wir noch prüfen und erst anschließend weitersehen. Diese exzeptionelle Kriegssituation hat aus meiner Sicht eine solche Entscheidung erfordert.

Ich sehe aber die Frage, wie wir weiter vorgehen, wenn eine neue Situation da ist. Das hat mit vielen Indikatoren zu tun und ist abhängig davon, welchen Frieden es für die Ukraine geben wird und welche Situation in Russland entsteht. Derzeit sind dort die demokratischen Grundrechte vollumfänglich eingeschränkt. Wird das wieder zurückgenommen? Und wie geht es weiter mit der Meinungs- oder auch mit der Wissenschaftsfreiheit? Das wären harte Indikatoren, die uns veranlassen, zunächst abzuwarten. Wir werden unsere Entscheidung über ein Ende der Sanktionen im Hinblick auf die politische Situation treffen müssen. Und das ist auch ein Beispiel dafür, dass die Situation eben exzeptionell ist. Die Wissenschaftsautonomie alleine reicht als Maßstab und Wertinstanz nicht mehr aus, sondern wir müssen das politische Umfeld reflektieren und mitberücksichtigen.

Rubner Herr Müller, vielleicht kurz zur aktuellen Situation? Ich will nicht abfragen, ob die Entscheidung der HRK richtig oder falsch war, aber vielleicht möchten Sie noch kommentieren.

Müller Ich würde noch einen pedantischen Einwand bringen. Natürlich ist es völlig richtig, dass die Europäische Union nicht dafür da war oder ist, Wissenschaftsfreiheit zu sichern. Es hat sich auch lange kein Mensch vorstellen können, dass eines Tages wieder innerhalb der Europäischen Union eine Universität gezwungen wird, das Land zu verlassen. Da brauchte man viel Fantasie, um zu erkennen, dass wir vorsorgen und rechtliche Mechanismen oder Instrumente einführen müssen. Andererseits besteht immer die Gefahr, sich hinter dem Argument mangelnder Befugnisse, Mechanismen, Instrumente etc. zu verstecken. Brüssel betont ja oft gerne etwas tun zu würden, aber es fehlen dann halt die Instrumente und Mechanismen (nur ale Nebenbemerkung: diese ausgesprochen technokratische Sprache ist verräterisch). Das stimmt natürlich nicht ganz. Es gibt seit Jahrzehnten eine spezifische quasi politische Klausel. Der berühmte Artikel 7 der Verträge, der besagt, dass wenn ein Land oder genauer gesagt eine Regierung nicht mehr mit den Grundwerten der Europäischen Union übereinstimmt und Dinge passieren, die mit unseren Vorstellungen von Demokratie, Grundrechten et cetera nicht übereinstimmen, dann können wir diese Regierung auf eine nicht gerade triviale Weise erst einmal ausschließen. Ob das letztendlich die gewünschten Effekte hat, da kann man sich weiterhin streiten – wie immer bei Sanktionen. Aber man hätte auch in Brüssel längst reagieren können, denn dafür braucht es keine speziellen rechtlichen Grundlagen oder Mechanismen spezifischer Wissenschaftsfreiheit. Deutlich gesagt, hat es da am politischen Willen gefehlt. Die Europäische Union ist vom

Ansatz eine Kompromiss- und Konsensmaschine. Die Idee, systematisch Akteure auszuschließen, passt nicht zu diesem Ansatz, aber das Befolgen konventioneller EU-Normen hat fatalerweise dazu geführt, dass de facto nichts getan wurde. Weniger offensichtlich hat es auch dazu geführt, dass man am Anfang sagen konnte, da gibt es gerade einen bösen Buben, oder in dem einen Land ist etwas schiefgelaufen, aber das wird sich schon wieder von alleine richten, und wir machen besser nicht zu viel Aufhebens darum. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten und es gab einen Präzedenzfall. Erst war es Orbán, dann *Kaczyński*, jetzt gibt es *Janša* in Slowenien. De facto hat sich ein Modell etabliert, wie man die EU lange an der Nase herumführen kann, wie man es lange schafft, auf Zeit zu spielen und wie man de facto genau wie im Fall der CEU letztendlich Fakten schafft.

Müller Ich würde noch einen pedantischen Einwand bringen. Natürlich ist es völlig richtig, dass die Europäische Union nicht dafür da war oder ist, Wissenschaftsfreiheit zu sichern. Es hat sich auch lange kein Mensch vorstellen können, dass eines Tages wieder innerhalb der Europäischen Union eine Universität gezwungen wird, das Land zu verlassen. Da brauchte man viel Fantasie, um zu erkennen, dass wir vorsorgen und rechtliche Mechanismen oder Instrumente einführen müssen. Andererseits hat man dazu immer die Gefahr, Befugnisse auf EU-Ebene auszudehnen. Brüssel betont gerne etwas tun zu würden, aber es fehlen dann die Instrumente und Mechanismen. Das stimmt natürlich nicht ganz. Es gibt seit Jahrzehnten eine spezifische quasi politische Klausel. Der berühmte Artikel 7 der Verträge, der besagt, dass wenn ein Land oder genauer gesagt eine Regierung nicht mehr mit den Grundwerten der Europäischen Union übereinstimmt und Dinge passieren, die mit unseren Vorstellungen von Demokratie, Grundrechten et cetera nicht übereinstimmen, dann können wir diese Regierung auf eine nicht gerade triviale Weise erst einmal ausschließen. Ob das letztendlich die gewünschten Effekte hat, da kann man sich weiterhin streiten – wie immer bei Sanktionen. Aber man könnte auch in Brüssel längst reagieren können, denn dafür braucht es keine speziellen rechtlichen Grundlagen oder Mechanismen spezifischer Wissenschaftsfreiheit. Deutlich gesagt, hat es da am politischen Willen gefehlt. Die Europäische Union ist vom Ansatz immer eine Kompromiss- und Konsensmaschine. Die Idee, systematisch Akteure auszuschließen, passt nicht zu diesem Ansatz, aber es hat fatalerweise dazu geführt, dass de facto nichts getan wurde. Weniger offensichtlich hat es auch dazu geführt, dass man am Anfang sagen konnte, da gibt es gerade einen bösen Buben, oder in dem

einen Land ist etwas schiefgelaufen, aber das wird sich schon wieder von alleine richten, und wir machen besser nicht zu viel Aufhebens darum. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten und es gab einen Präzedenzfall. Erst war es Orban, dann Kaczynski, jetzt gibt es Jansa in Slowenien. Es gibt genug Leute, die sagen, dass man ein Modell wie man die EU lange an der Nase herumführen kann, wie man es lange schafft, auf Zeit zu spielen und wie man de facto genau wie im Fall der CEU letztendlich Fakten schafft, etabliert hat. Natürlich ist auch völlig klar, dass selbst wenn gewisse Gerichtsprozesse nach vielen Jahren anders ausgehen, eine Universität nicht plötzlich sagen kann, dass jetzt der Campus wieder geschlossen wird, sie sich zurückziehen und etwas anderes machen. Da bestimmt der Lernbedarf und vor allem besteht auch die Wichtigkeit, politische Möglichkeiten zu nutzen.

Rubner Wir kommen darauf zurück, wie wir in Zukunft die Forschungs- und internationalen Wissenschaftskooperationen gestalten sollen. Ich würde aber gerne einen anderen Aspekt von Kooperation mit ins Spiel bringen und Ulrich Wandschneider in die Diskussion holen. Wenn wir von Kooperation sprechen, reden wir nicht nur von Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen wie beispielsweise zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und der chinesischen Akademie der Wissenschaft, sondern wir reden auch von Kooperationen zwischen Forschungsinstitutionen und der Wirtschaft. Der Impfstoff Biontech ist, wie wir eben gelernt haben, ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft. Gäbe es diese ohne privates Kapital? Und nutzen wir dieses freie Kapital, die Macht und das Wissen der Wirtschaft für solche Kooperationen?

Wandschneider Eine klare Antwort: Ohne privates Kapital hätte es keinen Impfstoff von Biontech gegeben und ohne privates Kapital hätte es auch keinen Impfstoff von Moderna gegeben. Das private Kapital unterstützt das Wissen vieler Jahre in der Forschung im Bereich mRNA und RNA. Es ist eine echte Kooperation zwischen Wissenschaftlern, wie ein Bindemittel zwischen Menschen und Ländern. Das Kapital waren im Fall Biontech die Menschen, die auf Uğur Şahin, Özlem Türeci und Christoph Huber und deren Idee gehört haben. Das waren vor allem die Strüngmann Zwillinge, die sofort bereit waren, initial viel Geld zur Verfügung zu stellen und zu sagen, legt los. Inzwischen ist Biontech börsennotiert und die Aktie wird an der US Nasdaq gehandelt – die Finanzierungsmöglichkeiten sind dadurch breiter geworden. Aber es waren die Menschen, die das Unternehmen zum Erfolg geführt haben. Sie hatten schon vorher Erfahrung im Zusammenhang mit Ganymed Pharmaceuticals AG – man

vertraute sich. Aber der Gedanke, RNA, mRNA-basierte Therapien zu entwickeln war 2008 neu.
Es sind nicht nur das Team der Investoren oder die Initialzünder Şahin, Türeci und Huber gewesen, sondern es gab weitere Beteiligte aus dem Venture Capital Bereich. Beispielsweise die MIG AG aus München hatte großes Interesse und ist auf dem Gebiet der Biotechnologie sehr aktiv. Man hat verstanden, dass Kooperationen nicht nur mit Geldgebern, sondern vor allem auch mit Universitäten sehr sinnvoll und zielführend sind. Schon frühzeitig erkannte man, dass es sinnvoller ist Kooperationen einzugehen, anstatt den Versuch zu unternehmen, alles alleine zu entwickeln.
Daher wurden in den letzten Jahren weltweit mit Firmen wie Pfizer (Pfizer war schon Kooperationspartner vor der Entwicklung von Comirnaty), Genevent Sciences oder Novartis Kooperationsverträge abgeschlossen. Das heißt, man kannte sich.
Wenn man über Kooperationen und die Fragestellung der beteiligten Systeme spricht, sind der Kern und der Kitt in der Wissenschaft schlicht und ergreifend die Menschen, die sich persönlich kennen und vertrauen – denn darauf baut alles auf. In diesem Kontext ist auch ein Stopp mit Russland angebracht gewesen, denn etwas Radikaleres als einen Krieg gibt es nicht, und da muss man mit aller Deutlichkeit und Härte die Ultima Ratio ziehen. Das geht nicht schrittweise, sondern es kann nur einen solchen klaren Stopp geben.
Wissenschaftler sind weltweit sehr gut vernetzt und wissen über die Aktivitäten der anderen gut Bescheid. Sie forschen individuell, aber auch zum Teil auf der Basis von vertraglich geregelten Kooperationen, sie tauschen sich aus und arbeiten zusammen. So ist es auch bei dem Impfstoff Comirnaty gewesen. Mitte Januar 2020 sind letztendlich die relevanten Informationen aus China bekannt geworden. Das chinesische Wissen um das Virus wurde verbreitet und mit anderen Wissenschaftlern geteilt. Gerade in den ersten vier Wochen hat man weltweit versucht, zu verstehen, was das bedeutet. Es gab dann verschiedene Ansätze, auch wenn wir heute nur noch von zwei, drei Firmen hören. Viele Firmen und Institute haben sich bemüht, eine Antwort auf das Thema Covid zu finden. Sie haben sich in den unterschiedlichsten Kombinationen zusammengetan, doch fehlte schlicht und ergreifend das Geld und dadurch die Power. Viele hatten vermutlich auch vor Augen, dass es tatsächlich eine schnelle hervorragende Lösung geben könnte.
Uğur Şahin und Özlem Türeci haben über diese Entwicklung ein Buch geschrieben und auch den Zeitablauf transparent dargestellt. Und der

war wirklich phänomenal: Ende Januar wurde das Thema Covid erörtert. Es war klar, dass man dafür auch sehr viel Geld und Know How braucht. Vorher hatte es einen IPO in New York an der Nasdaq gegeben. Der Fokus des Unternehmens war auf Onkologie gerichtet. Was rechtfertigt eine Anpassung der inhaltlichen Ausrichtung? Möglicherweise hätten sich Aktionäre in der nächsten Hauptversammlung entrüstet – aber das war hier nicht der Fall. Im Februar stellte man fest, dass die Herstellung eines Impfstoffes und der spätere Vertrieb alleine nicht zu schaffen sein würde und es wurde nach Kooperationsmöglichkeiten gesucht. Aufgrund der Nähe zu Pfitzer durch bereits bestehende Kooperationen, war es naheliegend, mit Albert Bourla, dem CEO von Pfizer, zu sprechen und Pfizer hat damals sofort zugesagt. Mit Pfizer und später mit Fosun Pharma für Asien wurden sehr zügig Verträge geschlossen, sodass diese Kooperationen bereits Mitte März standen.
Aber es geht nicht nur um Geld – unter Zeitdruck zeigt sich, was alles möglich ist. Da funktionieren die Netzwerke von Personen hervorragend, genauso die Fähigkeiten der Wissenschaftler und der Wille, dass sie alle vereint etwas erreichen wollen. Es ist die Power, die dahintersteckt, und das macht mir derzeit auch Mut im Hinblick auf die Russlandthematik. Wenn eine andere Zeit wieder anbricht, können Verbindungen wieder aufgegriffen werden, weil die Menschen es wollen.
Bei Corminaty war es so, dass man frühzeitig allen Behörden Schritte und Erfolge offengelegt hat. Man wusste, dass man es nicht alleine machen kann und hatte mit Pfizer einen Partner, der in der Lage war, die notwendigen Studien durchzuführen, denn für ein kleineres Unternehmen (Biontech hatte zu dem Zeitpunkt vielleicht 800 Mitarbeiter) wäre es schwierig gewesen kurzfristig globale Studien durchzuführen.
Privates Kapital ist in Deutschland, aber auch in der EU letztendlich, viel zu knapp. Aber die Chance, dafür zu werben, wächst langsam. HTGF (High-Tech Gründerfonds) oder eben die MIG sind beispielsweise Unternehmen, die auch kleinere Projekte unterstützen. Die vier großen Forschungsinstitute sind im Sinne von Public Private Partnership auch dabei, Firmen zusammenzuschließen. Aber es besteht noch ein erheblicher Nachholbedarf, um Universitäten zu ermöglichen, auch ökonomisch relevante Kooperationen zu schließen, von denen nicht nur einzelne Firmen profitieren. Auch die Universitäten müssen eine Chance haben, aus so einem Kreis Kapital zu bekommen, um nicht nur befristete Stellen von einem halben Jahr oder einem Jahr anzuwerben, sondern langfristige Industrie- und Forschungspolitik aufzubauen, wie das in Martinsried in München gemacht worden ist. European XFEL und

BESX hier in Hamburg sind weitere Beispiele. Aus meiner Sicht kann man noch deutlich mehr machen. Risikokapital muss in die Hand genommen werden, um es zu investieren. Die entsprechenden Rahmenbedingungen sind aufzubauen.

Rubner Eine Sache würde ich gerne nachfragen. Sie haben deutlich gemacht, welche Rolle für diesen großartigen Erfolg auch das persönliche Netzwerk von Menschen gespielt hat. Kann man das möglicherweise stärker institutionalisieren, wenn wir gerade in Deutschland die Notwendigkeit sehen, diese Kooperationen zwischen Universitäten, Wirtschaftsunternehmen und privatem Kapital zu verstärken? Oder ist es doch am Ende eine Frage der persönlichen Netzwerke?

Wandschneider Also hier waren es aus meiner Sicht einfach geniale Typen, die zusammengekommen waren. Es sind aber nicht nur die zwei, drei oder vier Personen, sondern ein gesamtes Team, dazu gehörte auch Sean Marett, der aus der Pharmaindustrie kam und wusste, wie man Kooperationsverträge macht und verhandelt, oder Dr. Sierk Poetting, der schon bei einer großen Pharmaunternehmung in den USA tätig war. Diese Personen hatten selber ein enormes Netzwerk und waren zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle, und sie haben alle Chancen genutzt. Sonst wäre die Entwicklung und Markteinführung in dieser Form und Schnelligkeit gar nicht möglich gewesen. Man hätte wahrscheinlich viel mehr Zeit gebraucht, um die Richtung zu finden. Das lässt sich zwar nicht einfach kopieren, aber ich denke, wenn die Notwendigkeit da ist und der Druck steigt, dann können wir in Deutschland vieles erreichen. Für mich stellt sich die Frage, was wir von diesem Druck lernen und nutzen können. Ökonomisch müssen wir uns fragen, warum wir es eigentlich nicht frühzeitig schaffen, erfolgreiche Strukturen aufzubauen. Zudem sollte auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse mehr Investitionen in die Wissenschaft und in die Ausbildung für den Nachwuchs geben. Es heißt immer, die Mittel sind zu knapp. Ich verstehe das Problem der Mittelknappheit nicht und frage mich, was es wichtigeres gibt als Nachwuchsentwicklung an den Schulen und Universitäten. Es dauert ohnehin immer Jahre bis etwas umgesetzt ist – umso „früher“ muss man anfangen.

Kooperationen und Netzwerke müssen quasi von der Wiege an aufgebaut und gelebt werden, dann geht es weiter über die Schulen, Universitäten und über die Erasmus-Programme weiter. Der internationale Austausch von Individuen bietet eine enorme Chance für die Wissenschaft. Viele Erfolge in der Wissenschaft basieren auf Genialität und Fleiß, aber vieles obliegt auch dem Zufall. Und damit der Zufall eine Chance bekommt,

braucht es Geld, Mut und vor allem Menschen, die zusammengebracht werden um diese Ideen entwickeln zu können. Im Start-up Bereich ist offensichtlich viel Geld in der Welt unterwegs. Viele Nachwuchsökonomen, Kaufleute wagen heute ein Start-up und hoffen von ihrer Entwicklung leben zu können. Aber das ist häufig nicht der Fall, denn der durchschlagende Erfolg stellt sich nur in sehr wenigen Fällen ein. Warum kann man so etwas nicht in der Naturwissenschaft noch viel mehr prägen, stützen und fördern? Denn dann hätte man vielleicht eine bessere Grundlage, so dass bei solchen Ereignissen wie Covid 19 entsprechend schnell reagiert werden kann. Das wäre mein Credo. Es ist zwar langfristig zu sehen und dauert sicherlich 30 Jahre bis sich ein neuer Weg durchsetzt, aber es wäre der richtige Weg. Und wenn wir nicht irgendwann damit anfangen, wird es nichts. Geld ist verfügbar und hilft selbst eine Situation wie Covid 19 zu stemmen. Auch im Hinblick auf die enormen Mittel anlässlich der Pandemie und des Überfalls von Russland, die für die Entgegnung auf die Probleme freigegeben wurden, stellt sich die Frage warum der Ausbau im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Wissenschaft nicht in einer ähnlichen Radikalität möglich ist. Wenn wir nicht bald anfangen, werden wir in Deutschland und Europa wirklich hinten dran sein.

Rubner Gut, Ihr Apell geht sozusagen an die Politiker im Publikum. Ich würde gerne, bevor wir überlegen, wie wir Wissenschaftskooperationen in Zukunft gestalten sollten, noch ein spezielles Beispiel aufgreifen, nämlich China. Wir hätten normalerweise Frau Wietholtz-Eisert, die sich da gut auskennt, hier auf dem Podium gehabt, aber wir haben ja hier weiteren Sachverstand und das Publikum kann auch mitreden.

China ist massiv dabei sein Forschungssystem aufzubauen und das deutet auf einen gewissen Pain Point in den internationalen Forschungskooperationen hin. China gilt inzwischen nach bestimmten Kennziffern als forschungsmächtiger als die USA. Ein Teil dieses Know-hows, das in China verwertet wird, stammt durchaus auch aus Europa. Ein Beispiel ist ein Projektleiter für Quantenphysik an der chinesischen Akademie der Wissenschaften, der sein Know-how bei dem bekannten österreichischen Quantenphysiker Anton Zeilinger erworben hat und damit – verkürzt dargestellt – dazu beigetragen hat, dass China jetzt Vorreiter bei der Quantenkommunikation im All ist. Die ersten Satelliten, die mit Quantentechnik funktionieren oder kommunizieren, sind bereits hochgeschickt.

Herr Deketelaere, hat da der Westen gutgläubig Technologietransfer geleistet? Haben wir da einfach unser Know-how bereitgestellt für ein

Land, von dem wir bekanntlich wissen, dass da nicht immer unsere Werte erfüllt werden?

Deketelaere Well, indeed certainly many countries worldwide and universities in those countries have been too naïve for a too long time. We see more and more cases coming up, where we register that interference by the Chinese government and by Chinese institutions. This is not only a Chinese development. Within LERU we very often say, of course China is an issue, is something that we have to discuss, but we have also to discuss interference or dependencies that we are creating ourselves, for example vis à vis the leading American big tech companies. The situation there is as problematic as theme we are speaking about today, namely Chinese foreign interference in our institutions. The naivety of many institutions or many universities is reducing at high speed. Speaking with my colleagues in Australia, in Canada, in the United States, in the UK, I hear their stories that they have about this issue, that their rectors or their presidents today are in contact with much more national security services than with any other government organization. So it is clear that awareness is growing fast in many countries worldwide, and I would say that perhaps in Western Europe, in continental Europe and in EU 27, we probably have to speed up, because I think that the awareness in many of our universities vis à vis foreign interference, vis à vis foreign interference of China in particular, what we discussed today, is still not high enough. That is why it was important, and why LERU has supported to a great extent the recent initiative or the European Commission, to develop a kind of tool kit, a kind of set of guidelines, of instruments to deal with foreign interference in higher education institutions and research performing organizations.

For those of you who are interested, you can easily find them on the website of the Directorate-General for Research and Innovation. First of all, do we have institutions which share the same values as ours? How are we going to organize the governance of the collaboration that we are going to set up, how are we going to frame the partnership between a, for example, European university and Chinese university. And finally, of course, the very specific issue of cyber security which in the framework of this foreign interference is always a very tricky issue. Many countries, many institutions in the past have been too naïve, but that doesn't mean that we have to say as a kind of counterreaction, we have to stop collaboration. No, certainly not. My group of universities has the very explicit position that we say, we want to continue collaboration with Chinese universities, we don't want to stop that, but indeed, we will be less naïve to the

extent that we were naïve in the past. We will increase the measures that we take with regard to values, with regard to governance, with regard to partnerships, with regard to cyber security. But as I said, and I want to repeat that very clearly also today, the dependence that we create as universities vis a vis, for example, the American big tech companies, is as worrying as what we see with regard to foreign interference of countries which we normally then would mention, countries like China. With LERU we have been publishing earlier this year a statement in which we have said that in fact through the use of all kinds of platforms, of tools that the Googles of this world sell to us as universities, we are becoming in such a way dependant on those companies that even a number of my rectors have been saying that also academic freedom is in danger there because of our dependency. Also the whole data legislation that we see developing now at EU level, which is trying to limit the activities of those big tech companies worldwide and in the EU in particular is problematic. We also have to have a clear look on that, because those proposals of legislation also have a very clear impact on us, the universities.

Rubner Kooperation schafft natürlich immer Abhängigkeiten. Ich habe verstanden, wir waren naiv, wir denken jetzt sozusagen um. Ich habe gleich eine Frage an Sie, Herr Alt, aber Herr Wandschneider, wenn Sie das sofort erklären wollen.

Wandschneider Ja, gerne. Ich empfinde es nicht als eine Frage von Naivität, sondern als Frage des Fokus. Wenn ich den Anspruch habe, international Wissenschaft zu betreiben und mit anderen Universitäten zu kooperieren, und ich habe in einem europäischen Land oder in USA etwas entwickelt, dann schützt mich ein Patent. Im Hinblick auf Industriespionage ist das ein Stück weit obsolet. Wenn man in Europa oder in den USA oder an einer Universität eines dritten Landes etwas Bahnbrechendes entwickelt habe, dann muss ich einen Weg finden, um in der Realisierung schneller zu sein als andere. Ich halte sehr viel davon, diesen Wettbewerb aufrechtzuerhalten. Geschwindigkeit bei der Umsetzung, Fokussieren auf Themenfälle, die für unsere Zukunft relevant sind. Wir müssen schnell sein. Die Chinesen sind fix und sie bekommen das Geld für wirklich wichtige Themen zusammen. Hier habe ich das Gefühl läuft bei uns irgend etwas in die falsche Richtung.

Rubner Ja. Bei der Quantenkommunikation ist es angeblich so gewesen, dass man es der ESA vorgeschlagen hat, aber sie hat nicht schnell genug reagiert oder fand es nicht interessant. Ich würde jetzt gerne noch mal das Beispiel China und das, was Herr Deketelaere gesagt hat, aufgreifen. Herr Alt, die Hochschulrektorenkonferenz bemüht sich seit einigen

Jahren darum einen Rahmen für Wissenschaftskooperationen auch insbesondere mit China zu setzen. Was haben Sie vorgeschlagen, was steht in den Papieren, wie muss eine kluge Wissenschaftskooperation mit China aussehen?

Alt Wir brauchen einen operativen Rahmen und vor allen Dingen konkrete Maßnahmen und Indikatoren, nach denen wir die Qualität von Kooperationen generell – nicht nur mit China – bewerten. Es beginnt damit, dass man bei jeder Art von Vertragsverhandlung dringend raten muss, die wesentlichen Werte und Handlungsfelder sicherzustellen, also die Datenschutzfrage, die Frage der Publikationsfreiheit, des Zugriffs auf die Ergebnisse von Forschungsprojekten oder die Sicherung der Autonomie des Projekts. Das sind Dinge, die häufig beiseitegelassen wurden, um ganz diplomatisch die heiklen Punkte beiseite zu lassen, damit das Gespräch nicht gefährdet wird. Das ist falsch gewesen. Das war nicht naiv, sondern schlichtweg falsch. Es war in einer mächtigen Aufbruchsstimmung getrieben von der Erwartung, dass wir bei den großen wissenschaftlichen Fragen in einem globalen Problemlösungszusammenhang stehen und nationale Interessen zurückstehen mussten. Wir sind also auch hinsichtlich des Verhältnisses zu China davon ausgegangen, dass es um die globale Vernetzung geht. Leider jedoch steht oftmals nur das nationale Interesse im Zentrum. Das ist vielleicht das Einzige, was man naiv nennen kann. Wir brauchen in Zukunft mehr China-Kompetenz. Doch China-Kompetenz haben nicht diejenigen, die über viele Jahre mit chinesischen Partnern kooperieren, sondern primär diejenigen, die als China-Historikerinnen und -Historiker auch die Sprache kennen, mit der Kultur vertraut sind, die sich also in das chinesische System und dessen Nuancen hineindenken und auch die aktuelle Situation politisch genau beschreiben können. Zu schaffen sind Clearingstellen, es geht um die Abwägung von Vorteilen und Risiken, aber letztendlich auch darum, Exit-Strategien zu haben. Bei vielen Verträgen die ich kenne, sind in der Vergangenheit solche Überlegungen häufig unzureichend berücksichtigt worden. Ich schließe mich da ein. Heute sind wir kritischer und gewillt, Differenzen frühzeitig anzusprechen. Es muss nicht dazu führen, dass die Verträge scheitern, wenn man potentielle Dissenspunkte auf den Tisch legt. Eine gewisse Offenheit ist am Anfang sehr sinnvoll. Ich habe erlebt, dass es klug ist, so etwas zu tun, so lange es noch nicht zu spät ist und man feststellt, dass Dinge schieflaufen. Ein anderer Punkt ist ein Leitfaden für operative Maßnahmen, den wir bei der Interaktion mit diesem Partner brauchen. Wenn rote Linien überschritten worden sind, kann man nicht einfach nur darauf vertrauen, dass die Wissenschaft das

selber behebt, sondern dann muss hierzulande tatsächlich die Zusammenarbeit mit den Diensten, mit den Ministerien, mit der Politik stattfinden. Wenn Fehlgriffe passieren, wenn Manipulation erfolgt, Daten gestohlen werden oder andere Verstöße gegen die Wissenschaftsseite eintreten, dann darf sich die Wissenschaft nicht scheuen, notwendige Hilfe von außen anzunehmen.

Es gehört zum Risikomanagement, dass im Fall des Scheiterns oder der Überschreitung von roten Linien die richtigen operativen Maßnahmen getroffen werden und man nicht glaubt, die Probleme auf der Ebene der Wissenschaftsdiplomatie beheben zu können. Entscheidend ist ein klarer Katalog, der auch die heiklen Punkte gleich am Anfang adressiert. Das haben wir in unserem Papier von 2020, das übersetzt und international breit rezipiert worden ist, sehr deutlich als Empfehlungskatalog aufgelistet. Zu unseren Maßnahmen gehört auch der regelmäßige Austausch im Hinblick auf Kooperationen mit China. Mit dem BMBF haben wir eine Informationsplattform, auf der Hochschulleitungen und internationale Offices sich bereits regelmäßig austauschen. Ein ähnliches Modell haben wir auch seitens der HRK gerade realisiert. Es war sehr hilfreich und wir werden das mit dem Thema Konfuzius-Institute fortsetzen. Wie stark die chinesische Kulturpolitik im Sinne eines hoheitlichen Denkens und eines imperialen Anspruchs ins deutsche Wissenschaftssystem einzugreifen sucht, ohne dass wir das wirklich so reflektiert haben, dazu wird nun auch eine öffentliche Diskussion geführt. Gibt es Nuancen oder gibt es vielleicht auch standortbezogene Unterschiede? Auch da gilt es, sich auszutauschen und zu zeigen, wo es schwierige Kooperationsfelder in diesem Themenfeld gibt oder wo es vielleicht etwas entspannter zugegangen ist. Das ist entscheidend.

Rubner Also nicht gutgläubig nach dem Motto „Wandel durch Wissenschaft“, sondern klare Regeln sind notwendig. Herr Müller, sollten wir Kooperationen lieber nur mit den Staaten machen, mit denen wir einen gemeinsamen Wertekanon haben, oder reicht es aus, dass wir bestimmte Regeln haben, Exit-Strategien et cetera und im Zweifel muss die Politik einschreiten?

Müller Zwei Antworten, die vielleicht auch etwas naiv klingen können. Die erste ist schlicht, dass es natürlich per se sehr wünschenswert ist, dass man mehr Bewusstsein für mögliche Abhängigkeiten hat und vorsichtiger wird. Was den Inhalt bestimmter Verträge angeht, sollte man nicht gutgläubig an Ideale internationaler Wissenschaftskooperationen glauben ohne die möglichen negativen Seiten zu sehen. Andererseits, wenn ich noch einmal ein Beispiel aus USA anführen darf, ist diese

inzwischen ja geradezu berüchtigte China Initiative unter der Trump-Regierung sicherlich auch nicht der richtige Weg. Dabei hat man sehr viele Leute quasi unter eine Art Pauschalverdacht gestellt und auch einem gewissen, wenn ich das so deutlich sagen darf, Denunziantentum Tür und Tor geöffnet. Das passte sehr gut zum Generalansatz der Trump-Regierung, wenn gewisse Minderheiten erst mal unter Verdacht gestellt wurden und suggeriert wurde, mit denen stimmt irgendetwas nicht, die gehören gar nicht richtig zum Volk. Aber da haben viele Kolleginnen und Kollegen an Universitäten, die generell in Bezug auf China nicht naiv sind, deutlich gemacht, dass es so sicher nicht geht. Das sind dann Eigentore, wo bei vielen Leuten sehr, sehr viel zerstört wird, und man im Extremfall wird dann auch der Wissenschaftsstandort USA geschwächt. Es ist auch kein Zufall, dass nachdem das Justizministerium die jetzige Regierung gewarnt hat, die Biden-Administration Abstand davon genommen hat, denn sie ist sich der Gefahren eines solchen Vergehens bewusst. Keiner ist naiv, aber von vorne herein zu sagen, da ist eine bestimmte Gruppe von Leuten, die vielleicht zu uns kommen und permanent hier leben wollen, und mit denen ist potenziell etwas nicht in Ordnung. Das war sicherlich der falsche Weg.

Die zweite Antwort ist, dass man sich natürlich vieles im Hinblick auf einen relativ abstrakten Wertekanon, ausdenken kann. Das Problem ist nur, dass viele Länder heute nicht offiziell sagen, dass sie andere Werte haben. Um die üblichen Verdächtigen wie beispielsweise Kasachstan oder Aserbaidschan zu nennen, sagen sie ja nicht, wir sind gegen Demokratie und Menschenrechte, wie sich das auch im Vorfeld des Demokratiegipfels von Präsident Biden letztes Jahr herausgestellt hat. Sogar die Regierung in Peking ist inzwischen bereit zu sagen, wir sind eigentlich auch eine Demokratie und können es auch mit vielen gewundenen Formulierungen und interessanten neuen Begriffen beweisen, dass wir viel demokratischer sind als die USA. Da würde ich Herrn Alt zustimmen, dass wir auf dieser abstrakten Ebene nicht weiterkommen und die Frage eigentlich sofort an Spezialistinnen und Spezialisten weitergereicht werden müsste, die erklären, wo die wirklich gefährlichen Bereiche liegen, wo man vielleicht unwillentlich Institutionen unterstützt, die in gewissen Praktiken wie Unterdrückung oder Schlimmeres involviert sind. Aber das sind sehr spezifische Fragen, die man mit relativ abstrakten Wertekanondebatten nicht sinnvoll beantworten kann.

Müller Zwei Antworten, die vielleicht auch naiv sind. Die erste ist einfach, dass es natürlich per se sehr wünschenswert ist, dass man mehr Bewusstsein für mögliche Abhängigkeiten hat und vorsichtiger wird.

Was den Inhalt bestimmter Verträge angeht, sollte man nicht gutgläubig an Ideale internationaler Wissenschaftskooperationen glauben ohne die möglichen negativen Seiten zu sehen. Andererseits, wenn ich noch einmal ein Beispiel aus USA anführen darf, ist diese inzwischen ja geradezu berüchtigte China Initiative unter der Trump-Regierung sicherlich auch nicht der richtige Weg. Dabei hat man sehr viele Leute quasi unter eine Art Pauschalverdacht bestellt und auch einem gewissen, wenn ich das so deutlich sagen darf, Denunziantentum Tür und Tor geöffnet. Das passte sehr gut zum Generalansatz der Trump-Regierung, wenn gewisse Minderheiten erst mal unter Verdacht gestellt sind und suggeriert wurde, mit denen stimmt irgendetwas nicht, die gehören gar nicht richtig dazu. Aber da haben viele Kolleginnen und Kollegen an Universitäten, die generell in Bezug auf China nicht naiv sind, deutlich gemacht, dass es so sicher nicht geht. Das sind dann Eigentore, wo bei vielen Leuten sehr, sehr viel zerstört wird, und im Extremfall wird dann auch der Wissenschaftsstandort USA geschwächt. Es ist auch kein Zufall, dass nachdem das Justizministerium die jetzige Regierung gewarnt hat, Abstand davon genommen hat, denn sie ist sich der Gefahren eines solchen Vergehens bewusst. Keiner ist naiv, aber von vorne herein zu sagen, da ist eine bestimmte Gruppe von Leuten, die vielleicht zu uns kommen und permanent hier leben wollen, und mit denen ist potenziell etwas nicht in Ordnung. Das war sicherlich der falsche Weg.

Die zweite Antwort ist, dass man sich natürlich vieles im Hinblick auf einen relativ abstrakten Wertekanon, ausdenken kann. Das Problem ist nur, dass viele Länder heute nicht offiziell sagen, dass sie andere Werte haben. Um die üblichen Verdächtigen wie beispielsweise Kasachstan oder Aserbaidschan zu nennen, sagen sie ja nicht, wir sind gegen Demokratie und Menschenrechte, wie sich das auch im Vorfeld des Demokratiegipfels von Präsident Biden letztes Jahr herausgestellt hat. Sogar die Regierung in Peking ist inzwischen bereit zu sagen, wir sind eigentlich auch eine Demokratie und können es auch mit vielen gewundenen Formulierungen und interessanten neuen Begriffen beweisen, dass wir viel demokratischer sind als die USA. Da würde ich Herrn Alt zustimmen, dass wir auf dieser abstrakten Ebene nicht weiterkommen und die Frage eigentlich sofort an Spezialistinnen und Spezialisten weitergereicht werden müsste, die erklären, wo die wirklich gefährlichen Bereiche liegen, wo man vielleicht unwillentlich Institutionen unterstützt, die in gewissen Praktiken wie Unterdrückung oder Schlimmeres involviert sind. Aber das sind sehr spezifische Fragen, die man mit relativ abstrakten Wertekanondebatten nicht sinnvoll beantworten kann.

Rubner Jetzt weiß ich, dass die Teilnehmer im Saal schon darauf brennen, mit in die Diskussion einzusteigen.

Kuglarz Pawel Kuglarz, Stiftung deutsch-polnische Versöhnung. Ich arbeite auch an der Universität Krakau im Zentrum für ausländisches Recht. Ich habe zwei Anmerkungen und eine Frage. Eine erste Anmerkung zu der Kontroverse über die Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz (Aussetzung der Kontakte und Projekte mit Russland): Ich halte sie für absolut richtig, nachdem 700 Rektoren der Universität in Russland eine Stellungnahme zum Krieg abgegeben haben, die eine Unterstützung von Putin ist. Das war der einzig richtige Weg. Professor Alt hat verstanden, was es heißt der perfekte Politiker zu sein. Churchill hat dazu gesagt: Der perfekte Politiker kann vorhersehen, was nächste Woche, in einem Jahr, in fünf Jahren passiert und dann erklären, warum das nicht passierte.

*RA **Pawel Kuglarz**, Direktor der Österreichischen Rechtsschule, Jagiellonische Universität Krakow, Rechtsanwalt in Krakau und Warschau*

Meine zweite Anmerkung geht an Professor Müller, weil Sie auch Polen erwähnt haben. Die Mechanismen greifen hier und ich nenne ein Beispiel: Die einstweilige Verfügung des Europäischen Gerichtshofs im Hinblick auf die Braunkohlewerke in Polen und die Strafe von 500.000 Euro täglich hat dazu geführt, dass die polnische Regierung mit der tschechischen Regierung einen Vergleich abgeschlossen hat und dieses Verfahren dann eingestellt wurde.

Aber die Frage, die ich an Sie, Herr Professor Alt und Herr Professor Deketelaere, stellen wollte: Sehen Sie die Möglichkeit eines sogenannten neuen Marshallplans für die Wissenschaft in der Ukraine? Die Ablehnung der Assoziierungsabkommen war 2014 der Anfang der so genannten Orangenen Revolution in der Ukraine, weil der ehemalige Präsident der Ukraine Janukowitsch diese Assoziierung verweigert hat. Jetzt könnte man überlegen, wie man den ukrainischen Wissenschaftlern hilft, die Wissenschaft in der Ukraine aufzubauen. Wir haben an der Universität Krakau darüber diskutiert, und ich denke, eine internationale Stiftung wäre vielleicht eine Lösung. Sehen Sie auch diese Möglichkeit und was sollte getan werden? Jetzt muss man Menschenleben schützen, aber in der langfristigen, mittelfristigen Perspektive ist es wichtig, dass die

Ukraine mit unserer Unterstützung das Justizsystem oder das Wissenschaftssystem aufbaut.

Alt Vielen Dank, das ist eine gute Anregung, aber auch eine wichtige Frage. Ich sehe das als eine Chance sowohl im Rahmen der europäischen Fördermöglichkeiten aber auch in der Ausrichtung unserer nationalen Hilfen. Wir müssen tatsächlich Menschen helfen, die in Not sind, aber wir haben auch alle deutlich vor Augen, dass es nicht um eine dauerhafte Integration geht, sondern im besseren Fall darum, diese Menschen wieder in die Lage zu versetzen, ihrem Land in einer dann hoffentlich friedlichen Situation zu helfen, was zerstört worden ist, aufzubauen und auch das Wissenschaftssystem zu erneuern. Das wäre gerade auch vor dem Hintergrund der europäischen Idee absolut richtig. Wir wollen uns ja hier nicht in einer nationalen Konkurrenz zueinander definieren, sondern wir müssen diese Gemeinschaft schaffen, die gerade jetzt auf dem Prüfstand steht. Insofern wäre das etwas, was ich sehr begrüßen würde. Gerade gestern hatten wir dazu im Rahmen der Senatssitzung der Hochschulrektorenkonferenz einen Austausch über die Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern, die im Augenblick laufen. Da gibt es vieles, was sehr wertvoll ist und den Studierenden hilft. Im Fokus stehen derzeit weniger die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine, denn die haben derzeit ganz andere Probleme. Wir haben interessanterweise eher Anfragen aus Russland. Viele, die momentan sagen, wir wollen das Land verlassen und nach einer Möglichkeit suchen, bei uns ihre Karriere fortzusetzen. Das ist auffällig. Aber ich halte es für einen guten Gedanken, einen solchen Plan europäisch zu projektieren und umzusetzen.

Rubner Ich glaube, da würden Sie jetzt alle zustimmen.

Merkel Ich möchte gar nicht über die Entscheidung selbst reden. Ich frage mich nur: Wann wollen Sie mit welchen Kriterien den Exit vom Exit vollziehen? Soll das heißen, warten Sie bis Putin und sein Regime fällt, warten Sie auf einen Waffenstillstand? Auf was warten Sie eigentlich, und mit welchen Kriterien wollen Sie das entscheiden?

Alt Als Literaturhistoriker bin ich ein rückwärtsgewandter Prophet und keiner, der in die Zukunft schaut. Prognosen sind tatsächlich schwierig. Wir können im Grunde nur Indikatoren benennen, und Sie haben mit der Frage deutlich gemacht, dass wir uns da in einem Interpretationsspielraum bewegen. Wollen wir eine Rückkehr Russlands zu einem demokratischen System, wollen wir ein anderes Regierungssystem, wollen wir eine andere demokratische Kultur, oder beginnen wir, wenn ein wie immer gearteter Frieden geschlossen worden ist, sogleich auch

unter den Bedingungen des Kompromisses wieder die Brücken zu begehen?

Sie haben vorhin etwas gesagt, was ich sehr unterstütze. Zum Glück ist es keine Entscheidung, die eine übergeordnete Institution – weder die Politik, noch wir als HRK, noch die Allianz der Wissenschaftseinrichtungen – treffen, dass wir vom heutigen Tage an wieder die Brücke der Wissenschaftsdiplomatie beschreiten. Das sind Prozesse, die ganz informell laufen und die sich nach den Projekten und nach den individuellen Kontakten ergeben. Es ist gut, dass man nicht einen offiziellen Start definieren muss. Man kann auch kein starres Gerüst an Werten vorgeben, sondern muss eine gewisse Flexibilität haben, gerade auch in einer Phase, wo es dann darum geht, langfristig zu erreichen, dass sich dieses Land ändert. So optimistisch sind wir alle nicht, dass das jetzt kurzfristig möglich sein wird. Da ist das Konzept Wissenschaftsdiplomatie durchaus wirksam.

Sie haben außerdem zurecht darauf hingewiesen, dass wir auf der einen Seite eine nicht geringe Zahl von Wissenschaftlern im russischen System haben, die das System Putin stützen. Diejenigen, mit denen ich kooperiere, tun das alle. Das sind nämlich Direktoren und Präsidenten und die sind weitgehend auf Linie. Daneben gibt es in der Akademie, aber auch an Universitäten eine beeindruckend große Zahl von denjenigen, die sich mit hohen Risiken öffentlich gegen dieses Regime positioniert haben. Wir haben also auch da eine zerrissene Situation und wir wollen und müssen natürlich durch die Aktivierung von Projekten helfen, dies in die richtige Richtung zu lenken. Aber wie gesagt wird es dafür keinen Zeitpunkt X geben, wo der Exit vom Exit als politische Linie verfolgt wird. Ich würde es für gefährlich halten, wenn man das zu einem offiziellen Programm macht, um gerade auch die informellen und auch mikrostrukturell wichtigen Schritte nicht zu gefährden, die notwendig sind. Die Wissenschaftsdiplomatie funktioniert wie jede Diplomatie dann am besten, wenn sie nicht über das redet, was sie tut, sondern die kleinen auch informellen Schritte bevorzugt.

Schnapp Ich habe zwei kurze Anmerkungen. Die eine dreht sich noch einmal um Russland, die andere behandelt die Ebene „Transfer und Geld“. Herr Alt, Sie haben um Widerspruch gebeten, und ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin nicht im Reinen mit der Entscheidung der HRK, weil ich glaube, dass zumindest eine Ebene zu wenig berücksichtigt wurde, und das ist die Signalwirkung, die ein Narrativ Putins, das ohnehin in Russland stark ist, unterstützt. Natürlich können wir auf der individuellen Ebene mit einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-

lern kooperieren, aber das Signal, das wir auf breiter Front setzen, und dem haben wir uns als Wissenschaft angeschlossen, ist, dass wir mit der Wissenschaft in Russland, und eben nicht nur mit Putin nicht mehr kooperieren wollen. Das möchte ich zumindest als Gedanken einbringen. Damit sage ich nicht, dass ich in verantwortlicher Stelle möglicherweise trotzdem nicht auch so entschieden hätte. Aber ich glaube, dass wir auf der Ebene des Kommunikationsabbruches auf unterschiedlichen Ebenen Schaden angerichtet haben.

Prof. Dr. ***Kai-Uwe Schnapp****, Professor für Politikwissenschaft, Universität Hamburg*

Meine zweite Anmerkung gilt dem Thema Transfer und zum eben erklungenen Hohelied des Venture Kapitals. Ich möchte eine kurze Geschichte dagegenhalten: Marianna Mazzucato, Ökonomin an der London School of Economics hat vor ein paar Jahren das Buch „Entrepreneurial State“ geschrieben, und da hat sie für mehrere große technische Innovationen, die am Ende mit Venture Kapital umgesetzt wurden, gezeigt, dass das Venture Kapital einsteigt, wenn staatliche Wissenschaftsfinanzierung bereits 80 % bis 90 % des Weges gegangen ist. Natürlich brauchen wir das Venture Kapital, um am Ende den Impfstoff zu erzeugen, aber man darf in einer Zeit, in der wir vielleicht mitunter die Leistung des Staates und die Leistung der Gesellschaft unterschätzen, nicht vergessen, dass große Vorinvestitionen gemacht wurden. Zu einem Zeitpunkt, wenn abzusehen ist, dass einigermaßen sichere Gewinnoptionen zu erwarten sind, steigt natürlich auch privates Kapital ein. Ich bin sehr dankbar für die Impfstoffe, die wir haben, und Pfizer und Biontech haben ja auch wirklich mit eigenem Kapital gearbeitet. Wenn wir über Moderna nachdenken, dann sind wir bei Operation Warp Speed, wo am Ende noch viel staatliches Geld hinzugekommen ist. Das sollte man einfach mit bedenken, wenn man die Rolle von venture capital lobt.

Wandschneider Da haben Sie mich missverstanden. Ich bin eher Ihrer Meinung. Ich bin sehr überzeugt, dass es viel mehr Möglichkeiten geben muss, auch aus den Universitäten oder den großen Forschungszentren heraus, Entwicklungen weiter zu treiben, sowohl mit Unterstützung vom Staat als auch mit privatem Kapital. Man muss die Forschung nur so weit treiben und entwickeln lassen, dass die, die es nach vorne gebracht

haben, auch davon profitieren können. Erst dann kommt eine Dynamik rein, denn dieses hungrige Kapital, was Sie mit Venture ansprechen, ist in der Tat ein Risikokapital. Es geht mal dahin, mal dorthin, aber in der Summe funktioniert es, weil die Vertreter verstehen die Mittel fokussiert einzusetzen.

Wenn die Wissenschaft glaubt, die Schlüsselthemen dieser Welt identifiziert zu haben, dann muss sie diese sehr konsequent vorantreiben. Als Staat, als Land oder als EU darf dies nicht den Zufällen überlassen werden.

Rubner Der zweite Punkt, Kritik an der Haltung?

Alt Ja, da gibt es nur einen Satz. Wäre diese Entscheidung nicht gefällt worden, würden wir ein anderes Narrativ bestätigen, das da lautet: „Wir können tun, was wir wollen, die wollen uns immer." Das ist im Zweifelsfall der größere Schaden.

Müller Völlig richtig, aber ich denke, wir können unsere Entscheidung nicht daran ausrichten, wie gut diese in eine mögliche Propaganda dieser Regime passt. Es gab ja schon eine gewisse Illusion nach dem Ende des Kalten Krieges, dass diese autoritären Regime alle irgendwelche systematische, epistemische Defizite haben. Das wird im Moment in gewisser Weise wieder bestätigt. Man sagt, das zeige doch wieder, dass Putin seine eigene Gesellschaft vielleicht nicht richtig verstanden habe oder dass er nicht über die richtigen Informationen verfüge. Man spricht von riesigen Fehlkalkulationen in vieler Hinsicht. Gleichzeitig gibt es aber die Vorstellung, dass nur Demokratien lernfähig sind und autoritäre Regime könnten beispielsweise nicht auch im Hinblick auf Propaganda oder auch bei der Kontrolle ihrer eigenen Universitäten cleverer werden. Erstaunlicherweise war es in der Politikwissenschaft lange Zeit fast eine Banalität zu sagen, dass Universitäten für autoritäre Regime immer gefährlich sind. Denn dort radikalisieren sich Intellektuelle, da radikalisieren sich Studierende und so weiter. Wir haben seit Jahrzehnten (mit Ausnahme von Hongkong) sehr wenig von solchen Prozessen in autoritären Regimen gehört. Damit will ich ganz und gar nicht sagen, dass sie unverwundbar sind oder man nichts machen kann. Aber die Tendenz ist vielleicht immer noch, diese autoritären Figuren im Zweifelsfalle zu unterschätzen und immer noch davon auszugehen, dass das alles so enden wird wie die Sowjetunion 1991. Es ist, mit anderen Worten, eine problematische Annahme zu glauben, dass nur Demokratien lernen, Lektionen aus ihrer Geschichte ziehen, oder auch aus Fehlern lernen. Da sollten wir etwas nüchterner rangehen.

Rubner Jetzt würde ich als letzte Frage Herrn Nassehi drannehmen, und dann gibt es auch noch mal die Möglichkeit, sich hier auf dem Podium kurz zu äußern.

Nassehi Was wir jetzt über die Wissenschaft diskutieren, findet in der Gesellschaft statt, in der auch in anderen Bereichen die Frage der Symmetrisierung und Asymmetrisierung in der globalen Welt eine besondere Rolle spielt und mit diesem Krieg natürlich ein besonderes Bild bekommt. Wir haben fast 40 Jahre hinter uns, in denen wir eine Symmetrieunterstellung hatten, mit der wir sozusagen alles gleich gesehen haben. Nun stellt sich heraus, dass es schlicht und ergreifend nicht so ist. Wissenschaft ist da besonders auffällig, denn sie geht durchaus mit einer Art universalem Wahrheitsanspruch einher. Der ist zwar nicht in dem Sinne, dass wir Wahrheiten produzieren, aber wahrheitsförmige Sätze sagen können. Die Schwierigkeiten auch mit Ihrer Stellungnahme, Herr Alt, rühren natürlich daher, dass diese Gleichheitsunterstellung eine Unterstellung ist und jetzt deutlich wird. Aber das ist nicht naiv, sondern es ist eigentlich in allen Bereichen der Gesellschaft so gelaufen. Wir haben gedacht, dass das internationale Recht mehr regulieren kann, wir haben gedacht, dass Handel und Wandel zusammen gehen. Wir kennen diese wunderbare Formel inzwischen genau. Und wir haben auch gedacht, dass es so etwas wie eine Weltkultur oder globale Kultur gibt. Die gibt es natürlich, aber die Asymmetrien werden jetzt durchaus sichtbarer. Ich bin trotzdem ein wenig optimistischer als Herr Müller, dass die Demokratien womöglich ein bisschen kreativer sind, aber das „Womöglich“ muss man sehr, sehr großschreiben.

Rubner Kurze Schlussrunde. Unser Titel war „Risiken und Chancen internationaler Wissenschaftskooperationen“. Die Frage an Sie mit der Bitte um eine kurze Antwort: Was ist die größte Chance, was ist das größte Risiko? Herr Alt, Sie stehen schon in den Startlöchern.

Alt Ja, weil mich Herr Nassehi, wie immer, nochmals zum Nachdenken angeregt hat. Ich finde diesen Begriff der Symmetrieanmutung oder -vermutung sehr wichtig. Am Anfang des Prozesses stand bekanntlich die Formel „Wandel durch Annäherung“, „Wandel durch Handel“ und „Wandel durch Wissenschaft“ kamen später. „Wandel durch Annäherung“ war das Programm von Egon Bahr. Er hat vor einigen Jahren in einem Interview kurz vor seinem Tod noch einmal mit großer Klarheit gesagt, was dies Konzept in einer Welt der Asymmetrien für ihn bedeutete. Und zwar die Politik der kleinen Schritte zu realisieren, dabei aber die großen Unterschiede nicht zu thematisieren, also auch nicht die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion, sondern das einfach

wegzuschweigen und sich auf das zu konzentrieren, was pragmatisch machbar war. Wie wir wissen, war das nicht unumstritten und hat die Republik fast zerrissen, aber es war bis zu einem bestimmten Punkt erfolgreich.

Jetzt haben wir 30 Jahre der Symmetrieanmutung, wo wir genau das Gegenteil gemacht haben. Wir sind von allgemeinen Übereinstimmungen ausgegangen und haben Menschenrechtsverletzungen demokratischer Strukturen explizit thematisiert, ohne deshalb vom Kurs der Zusammenarbeit abzuweichen. Das würde ich gerne als die beiden Grundmuster einer Auseinandersetzung, bei der wir alle noch nicht wissen, welches der Systeme oder welches Modell in Zukunft das für uns beherrschende wird, noch einmal festhalten wollen. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich schwer, Ihre Frage, worin die Chance der wissenschaftlichen Kooperation besteht, zu beantworten. Man muss dazu sagen, dass es solche Kooperation auch in Zeiten der Systemdifferenz gab. Im Kalten Krieg wurde wissenschaftlich kooperiert, mehr als man manchmal vermutet hat. Deswegen würde ich sagen, die wissenschaftliche Kooperation wird es weiter geben und auch geben müssen. Die große Frage ist, in welchen Systemdifferenzen oder Symmetrien sie sich bewegt, in welchen Fiktionen, Zumutungen und Verwerfungen wir uns bewegen. Das kann ich nicht beantworten, aber es ist ganz klar, dass es auch hier eine Politik der kleinen Schritte sein muss.

Wandschneider Bildung, Kultur, Wissenschaft sind der Kitt verschiedenster Gemeinschaften, verschiedener Länder und Systeme, und daran wird sich auch nichts ändern. Wir haben weltweit andersartig gestalteten Lebensweisen – in China oder in Russland und auch in den USA. Das sind sehr unterschiedliche kulturelle Entwicklungen, aber letztendlich gibt es viele Themenfelder, die alle betreffen und wo Zusammenhalt geboten ist. Und ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das auch in Zukunft wieder so sein wird. Bei der Betrachtung von Grenzen und Risiken muss der Schwerpunkt des eigenen Handelns genau abgewogen werden. Man muss dabei auf die fehlende Symmetrie in der globalen Waagschale achten. Innerhalb der EU sollte es einen starken Fokus auf die Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung inklusive Realisierung von erfolgversprechenden Ansätzen geben.

Ich bin grundsätzlich ein positiver Mensch und glaube auch in diesem Fall, dass die Welt sich wieder zum guten ändern wird. Aber bei der aktuellen Verlagerung von Know How, Patenten etc. hat man sich gewissermaßen kräftig die Finger verbrannt und wird neue Spielregeln aufsetzen

müssen. Das wird eine Hauptaufgabe im Anschluss an die akuellen Krisen werden.

Deketelaere We have to continue our policy of being as open as possible and as close as necessary. We can apply this to many fields within research policy, but what worries me the most in fact at this point in time as a thread to international collaboration is the development that we see within the European Union concerning this so-called strategic autonomy. You know that the French presidency of the EU at this point in time through the Versailles Declaration of two weeks ago has re-emphasized this autonomy that the EU has to regain in the field of energy, technologies, minerals, pharmaceuticals and things like that. So we will have to see as research-intensive universities as well in Germany as in Europa as a whole, what the consequence of this strategic autonomy is going to be for the research innovation, education, collaboration. There are good reasons for this strategy but it limit our scope of action.

I just mentioned two examples, the European Microchips Act, which is now on the table, the European Artificial Intelligence Act, which is now on the table too, is already leading to a number of limitations of activities in the field of research, innovation and education for European research-intensive universities like ours. So, this is certainly something that we have to keep a close eye on together with this mixture, which is coming up, of research funding in the field of space, military and civil purposes. We as LERU, we certainly don't want to see that a bigger share of for example Horizon Europe going to go to military research and this being a kind of driver for international collaboration.

Müller Wenn Sie schon jemanden aus USA zuschalten, ist natürlich die Erwartung legitim, dass jetzt etwas Positives kommt oder irgendetwas, was im weitesten Sinne als uplifting durchgehen darf. Deswegen stimme ich Herrn Nassehi einerseits natürlich zu, dass Demokratien immer noch enorme Vorteile haben. Der Punkt war nicht, dass wir jetzt akzeptieren müssen, wenn die Autokratien cleverer geworden sind. Überhaupt nicht. Es ging nur darum, zu sagen, dass es immer noch eine Inzidenz gibt, diese Akteure im Zweifelsfalle in gewisser Hinsicht zu unterschätzen.

Zweitens: Kein Schlusswort ohne die Forderung nach mehr Geld für die Wissenschaft. Hier ist sie: Ich denke, es ist kein Zufall, dass ein Land wie Großbritannien jetzt ständig als eine Art Paradies für russische Oligarchen im Gespräch ist und vielleicht auch gewisse Skandale in der Wissenschaft systematisch produziert hat, weil man die Chance beziehungsweise besser gesagt das Risiko, für institutionelle Abhängigkeiten

vergrößert hat und indem Forschungsetats radikal gekürzt wurden. Wenn ich die Zahl noch richtig im Kopf habe, mehr als 10 % über die letzte Dekade. Gleichzeitig heisst es dann, alle müssten als Entrepreneurial Universities auftreten. Es gibt ja nicht nur einen Entrepreneurial State, sondern auch immer diese Suggestion, macht doch selber etwas, take the lead, raise your own money. Dass man sich dann in systematische Abhängigkeiten begeben oder irgendwann mit dem Sohn von Gaddafi kooperiert hat, ist kein Zufall. Wenn man diese Risiken vermeiden will, dann kann und sollte das auch was kosten.

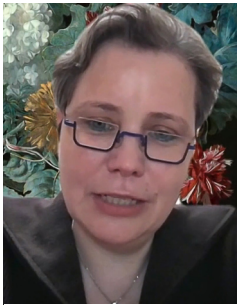
Müller Wenn Sie schon jemanden aus USA zuschalten, ist natürlich die Erwartung legitim, dass jetzt etwas Positives kommt oder irgendetwas, was im weitesten Sinne als Uplifting durchgehen darf. Deswegen stimme ich Herrn Nassehi einerseits natürlich zu, dass Demokratien immer noch enorme Vorteile haben. Der Punkt war nicht, dass wir jetzt akzeptieren müssen, wenn die Autokratien cleverer geworden sind. Überhaupt nicht. Es ging nur darum, zu sagen, dass es immer noch eine Inzidenz gibt, diese Akteure im Zweifelsfalle in gewisser Hinsicht zu unterschätzen.

Zweitens: Kein Schlusswort ohne die Forderung nach mehr Geld für die Wissenschaft. Hier ist sie: Ich denke, es ist kein Zufall, dass ein Land wie Großbritannien jetzt ständig als eine Art Paradies für russische Oligarchen im Gespräch ist und vielleicht auch gewisse Skandale in der Wissenschaft systematisch produziert hat, weil man die Chance beziehungsweise besser gesagt das Risiko, für institutionelle Abhängigkeiten vergrößert hat und indem Forschungsetats radikal gekürzt wurden. Wenn ich die Zahl noch richtig im Kopf habe, mehr als 10 % über die letzte Dekade. Gleichzeitig müssen wir aber auch Entrepreneurial Universities sein. Es gibt ja nicht nur einen Entrepreneurial State, sondern auch immer diese Suggestion, macht doch selber etwas, take the lead. Dass man sich dann in systematische Abhängigkeiten begeben oder irgendwann mit dem Sohn von Gaddafi kooperiert hat, ist natürlich kein Zufall. Wenn man diese Risiken vermeiden will, dann kann und sollte das auch was kosten.

Rubner Auf diesen Appell und dieses Schlusswort hin möchte ich das Podium schließen. Ich danke Ihnen ganz herzlich für diese engagierte, sehr interessante Diskussion, die natürlich jetzt auch Ihnen vermutlich viel Stoff zum Weiterdiskutieren in der Mittagspause gibt. Herzlichen Dank für Ihr Interesse im Livestream und bleiben Sie über die Pause hinweg zum letzten Podium der Veranstaltung hier. Herzlichen Dank, großen Applaus für Sie alle.

Digitalisierung und Transfer – Neue Risiken, neue Chancen

Heinrich Arnold



Barbara Diehl

Uwe Elsholz

Armin Nassehi

Marc Beise

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. **Heinrich Arnold**
Barbara Diehl (digital zugeschaltet)
Prof. Dr. **Uwe Elsholz**
Prof. Dr. **Armin Nassehi**

Moderation
Dr. **Marc Beise**

Beise In der vierten Podiumsrunde reden wir über Digitalisierung und die Transferleistung in der Digitalisierung. Das ist ein Thema, das uns schon seit Jahren begleitet und bewegt. Das Spannende heute wird sein, zu schauen, ob auch im Lichte der vorherigen Debatten und in Anbetracht der neuen Krisen von Pandemie bis Krieg das Thema anders beleuchtet werden muss und wir vielleicht zu anderen Ergebnissen kommen, als wir noch vor drei Jahren gekommen wären.
Dafür haben wir eine passende Runde: Direkt neben mir den Vertreter der Wirtschaft, den Manager. Dann haben wir einen Hochschulmanager, der sich mit Bildung und Weiterbildung beschäftigt, mit lebenslanger Bildung als Forschungsschwerpunkt in der eigenen Professur. Wir haben den Soziologen, der alles weiß und uns deshalb auch alles erklären kann. Und wir haben Frau Diehl von der Agentur für Sprunginnovationen dabei, eine Frau, die sich seit vielen Jahren mit dieser Frage beschäftigt: Wie funktioniert die Transferleistung, über die wir reden, in der Digitalisierung?
Frau Diehl, ich habe über Sie gelesen, Sie seien ein bunter Hund. Das fand ich jetzt ein bisschen despektierlich. Aber richtig ist daran, dass Sie sich seit vielen Jahren mit Innovation und mit dem Transfer von Innovation beschäftigen. Sie haben lange in England und in Irland gelebt, dann an der Uni Oxford große Programme aufgebaut und geleitet. Und jetzt sind Sie die Transferchefin der Bundesagentur für Sprunginnovationen. Unser Thema heißt „Transfer – Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und Erwartungsdruck“. Wie steht es um diese Transferbeziehung? Und würden Sie uns zuerst kurz sagen, was Sie in der Bundesagentur für Sprunginnovationen machen?

Diehl Ja, vielen Dank. Es freut mich dabei sein zu können, trotz Quarantäne und trotz der Corona-Situation. Ich finde es fantastisch, dass das Team hier so agil umswitchen konnte, nachdem ich letzte Woche leider

alles Persönliche absagen musste. Eine große Leistung des Teams – vielen Dank.

Ich bin jetzt seit etwas weniger als 1,5 Jahren bei der Bundesagentur für Sprunginnovationen und darf mich um das Thema Partnerschaften – sowohl national als auch international – kümmern. Es ist nicht so, dass wir in diesem unserem Lande nicht genug Player haben, die im Innovationsgeschehen mitmischen, sondern es geht darum, dass man sich als neue Entität und als neuer Teil dieser Community bekannter macht. Es gilt sich einzubringen und darzustellen, was einen auszeichnet oder auch von den anderen unterscheidet. Das ist eine versatile Aufgabe. Wir setzen uns mit den Wissenschaftseinrichtungen auseinander und versuchen an die Leute mit den großen Ideen heranzukommen. Wir suchen sie und möchten sie gerne unterstützen. Es ist also ein ganz gemischtes Portfolio.

Und so empfinde ich die Bezeichnung „bunter Hund" gar nicht despektierlich, denn es kommt dem sehr nahe, was wir heute tun, man weiß nie was einen erwartet, wenn man morgens aufsteht.

Beise Bei Ihnen habe ich das Zitat gefunden Partner und Netzwerke seien die halbe Miete in Ihrem Themengebiet. Ich frage mich, ob partnern und netzwerken nicht eigentlich das ist, was die Deutschen am wenigsten können? Sie können Prozesse gut, sie erfinden vielleicht auch gut, aber können sie partnern und netzwerken?

Diehl Da würde ich Ihnen ein Stück weit beipflichten. Es ist tatsächlich so, dass dieses Partner- und Netzwerkthema auch immer etwas damit zu tun hat, sich ein Stück weit aus seiner Komfortzone herauszubewegen. Man muss sich genau überlegen, mit wem man sich verpartnern möchte und mit welchen Netzwerken verbinden. Dabei muss man immer auch aufeinander zugehen und erkennen, worum es geht. Selbst wenn man nicht alles über Personen oder über Netzwerke weiß. In einem Umfeld wie dem unsrigen, das sehr auf Wissenschaft und Forschung ausgerichtet ist und das Expertentum sehr hoch hängt, ist manchmal die Bereitschaft, aus der Komfortzone herauszukommen und sozusagen diesen Beginners Mind zu haben, nicht einfach.

Beise Ich gehe weiter zu Professor Heinrich Arnold, ein Mann aus der Wirtschaft und auch der Wissenschaft. Sie kommen aus dem Management und aus der Unternehmensführung, sie haben lange Jahre für die Telekom die F & E-Aktivitäten gesteuert – im Silicon Valley, in Israel, in Deutschland und anderswo – und haben dann die Technologie-Beratungsfirma Detecon geleitet. Aber Ihr Meisterstück ist die Berliner Start-up-Community, die Sie in den letzten zehn Jahren maßgeblich mitgestal-

tet haben. Das ist definitiv ein Thema von Partnern und Netzwerken, oder?

Arnold Absolut. 2004, als die Telekominitiative begann, Innovation neu aufzusetzen, war Open Innovation eine Sünde, das heißt, wirklich schwierige interne Probleme mit Dritten zu diskutieren war ein absolutes No-Go. Das hat sich mittlerweile ins Gegenteil gewandelt, so dass man tatsächlich erst einmal mit Partnern die Lösung sucht. Da hat sich einiges im Positiven getan. Im Gegensatz dazu stelle ich leider fest, dass viele Unternehmen jetzt in der Tat eine Transformation durchlaufen haben, die aber in die komplett gegensätzliche Richtung führt, nämlich einer weiteren Über-Optimierung der bereits existierenden Geschäfte: Viele Unternehmen nutzen Digitalisierung nur um das, was es schon gibt, noch effizienter und noch profitabler zu machen. 2019 wurde dieses Dilemma, als man noch ohne Corona-Effekte messen konnte, sichtbar. – Es war zwar das profitabelste Jahr in der deutschen Wirtschaft, aber wenn man auf die Inhalte schaut, nach meiner Beobachtung auch das innovationsärmste in Europa. Die Fähigkeit der etablierten Unternehmen aus sich heraus zu diversifizieren, war so niedrig wie nie zuvor. Die Quittung kommt direkt am Aktienmarkt: der gesamte Frankfurter Börsenindex ist in Summe nur so viel Wert, wie eine der großen Internetplattformen in den USA. Investoren rechnen Geschäftsmodellen mit starkem Zukunftspotenzial das 10 bis 20 fache an Wert zu. Und das ist eigentlich der Fluch der reinen effizienzorientierten Transformation, die wir bis jetzt in Deutschland hatten. Das Start-Up Ökosystem ist in Deutschland trotz einer eindrucksvollen Entwicklung noch nicht so weit, dass sie das Innovationsdefizit der etablierten Unternehmen ausgleichen könnte.

Beise Ich hatte schon immer den Eindruck, dass, wenn deutsche Unternehmensvertreter von Digitalisierung sprechen, sie eigentlich in der Regel nicht begriffen haben, was das ist und schon gar nicht die Form von Digitalisierung meinten, die ich im Silicon Valley gesehen habe und die Sie da auch erlebt haben. Viele denken, es geht vor allen Dingen erst einmal darum, eine gute IT zu haben. Dann denken sie vielleicht noch daran, ihre Prozesse zu optimieren. Disruption heißt aber, sich völlig neu aufzustellen, die Firmenkultur und Geschäftsfelder zu verändern. Trotzdem höre ich aus Unternehmen, besonders Industrieunternehmen, dass sie digitalisieren können und die Wissenschaft nicht zur Unterstützung brauchen. Dem widersprechen Sie?

Arnold Genau da liegt schon der Fehler. Es gibt wenig Unterschiede zwischen den etablierten Firmen, wenn es um die Frage der „Zuständigen“

geht. IT-Verantwortliche würden sich natürlich niemals sagen lassen, dass sie die digitale Transformation nicht im Griff haben. Die am Markt befindlichen Tools werden über Einkaufsprozesse gescreent und eingesetzt, um Kosteneffizienzen zu erreichen. Relativ sicher ist auch, dass die Chance zur Diversifizierung der Geschäftsmodelle und der eigentliche Wandel vom Produktgeschäft hin zum Plattformgeschäft nur selten stattgefunden haben.

Wenn man wie ich zuerst im Großkonzern Innovation macht und dann mit Start-ups in Beiratstätigkeit beziehungsweise eher mit outgesourcten Innovationseinheiten arbeitet, merkt man, dass die etablierten Unternehmen gar nicht mehr dazu in der Lage sind, diese Diversifikation aus eigener Kraft zu stemmen. Sie haben noch das Geld und es ist zu hoffen, dass dieses Geld dann richtig investiert wird. Und zwar auch in die Zukunftsdiversifikation, wo Eigentümer und Aufsichtsräte in der Verantwortung sind. Doch kompetente Leute fehlen mittlerweile in der Regel in den etablierten Unternehmen.

Beise Wozu man die Wissenschaft dann braucht, darüber reden wir in der nächsten Runde. Jetzt kommt Professor Dr. Uwe Elsholz, Prorektor für Weiterbildung, Transfer und Internationalisierung der Universität Hagen. Was haben diese drei Begriffe Weiterbildung, Transfer und Internationalisierung miteinander zu tun?

Elsholz Tatsächlich haben diese Felder fast unintendiert ganz viel miteinander zu tun. Aber ich will ein bisschen anders anfangen. Die Tatsache, dass es mittlerweile einen Prorektor für Transfer nicht nur an der Fernuni, sondern auch an vielen anderen Hochschulen gibt, ist schon eine Form der Modernisierung von Hochschulen und von Universitäten. Was mich beschäftigt, weil Sie eingangs ja auch auf den Titel des Symposiums hingewiesen hatten, ist die Wahrnehmung, die hin und wieder in manchen Äußerungen im Subtext durchkommt: Die Humboldt'sche Universität ist eigentlich das, wohin wir zurückmüssen, doch die ist gefährdet durch Transfer oder Digitalisierung. Ich halte es für ein unzutreffendes und gefährliches Bild, wieder zurückzuwollen und das zu verklären. Und ich fürchte, Sie werden mir hier sicherlich widersprechen, Herr Nassehi, dass viele der Professorinnen und Professoren auch genau dieses Bild haben.

Beise Nochmal zu Weiterbildung, Transfer und Internationalisierung?

Elsholz Beim Transfer und gerade bei Transfer und Digitalisierung stellen wir fest, dass wir plötzlich nicht nur Transfer in der Region Hagen machen können, sondern Studierende beispielsweise aus Australien und Japan dabei sind, so dass es viel intensiver als das früher der Fall war,

stattfindet. Digitalisierung ist also nicht als Disruption aufzufassen, sondern eher als Mittel, schneller zu agieren und inklusiver sein zu können. Das ist auch beim Thema Transfer und bei Angeboten der Weiterbildung zu sehen.

Beise Jetzt nehmen wir noch Professor Nassehi mit in die Runde, der bekannteste, vielleicht der einflussreichste Soziologe dieser Tage, ich freue mich, dass Sie da sind. Ihre Bemerkungen zum Thema Transfer, bitte!

Nassehi Interessanterweise sind wir ja von diesem Humboldt'schen Bildungsideal, von dem viele reden, noch nie weiter entfernt gewesen. Und das ist auch gut so. Nicht gut ist allerdings, dass Wissenschaft den Transfer oftmals nicht selbst zum wissenschaftlichen Thema macht. Transfer ist aber nicht nur etwas für die Sozialwissenschaften, sondern auch für die Technikwissenschaften, für die Naturwissenschaften oder für die Bildungswissenschaften ohnehin. Wir machen uns bisweilen zu wenig Gedanken darüber, dass wir als Wissenschaftler die Einzigen sind, die wissenschaftliche Probleme lösen müssen. Das ist unsere Aufgabe. Das müssen andere nicht. Dafür müssen sie mit den wissenschaftlichen Ergebnissen eigene Probleme lösen. An diesen Schnittstellen muss man arbeiten. Das neue universitäre Bildungsideal, das zum Berufsbild des Hochschullehrers in Zukunft noch viel mehr dazugehören wird, ist, nicht andere Aufgaben zu übernehmen, sondern kompetent zu sein, um an dieser Schnittstelle künftig zu arbeiten. Das nennt man jetzt Transfer. Der Transferbegriff ist ein gefährlicher Begriff, weil es so aussieht, als würde man einen Inhalt von A nach B versetzen. Spätestens seit den 1940er Jahren wissen wir, dass Kommunikationskonzepte nicht umzusetzen sind, wenn man nicht auch die Rezeption berücksichtigt. Die Rezeption ist mindestens so voraussetzungsreich wie das Senden oder eine Kommunikationsofferte. Wenn Sie von Vernetzung sprechen oder überlegen, wie man Leute zusammenbringt, dann gehört dazu Kompetenz auf beiden Seiten. Und das muss sich meines Erachtens sehr stark auf das Selbstverständnis von Wissenschaft auswirken. Das heißt nicht, dass alles unter einem – Linke würden kritisieren – Verwertungsaspekt steht. Viel spannender ist es, ob wir eigentlich wissen und was es bedeutet, dass Wissenschaftstransfer ohnehin immer stattfindet, und ob wir den mitgestalten können.

Beise Das meines Wissens drittletzte Buch von Ihnen beschäftigt sich mit der Theorie der digitalen Gesellschaft, also das, was heute hier einschlägig für unser Thema ist. Es heißt: „Muster: Theorie der digitalen

Gesellschaft“. Hätte es auch „Transfer: Theorie der digitalen Gesellschaft“ heißen können?

Nassehi Nein, das wäre eine Verengung gewesen. Aber es ist interessant, wenn man sich Podien oder auch Schriften anguckt, bei denen Digitalisierung im Titel steht. Oft weiß man gar nicht so genau, wovon die Rede ist. Manchmal ist es etwas völlig Banales und passiert auf dem Rechner. Das ist aber noch keine Digitalisierung. Auch wenn ich jetzt nicht mehr vom analogen Telefon sondern vom iPhone anrufe, handelt es sich nicht um Digitalisierung. Digitalisierung ist viel mehr. Sie ändert Geschäftsmodelle, wobei „ändert“ nicht bedeutet, dass sie effizienter werden, sondern dass das Geschäftsmodell selbst nur durch die Digitalität möglich ist. Sie ändert Kommunikationsformen. Das haben wir in den Verlagshäusern gesehen. Sie sind an der Digitalisierung gescheitert, wenn sie einfach die bestehenden (gedruckten) Zeitungen, ins Netz gestellt haben. Dafür braucht man andere Strategien. Die Süddeutsche war eine der Ersten, die das gemacht haben – Sie sind ja vom Fach, Herr Beise. Man kann sehr schön beobachten, wie sich die Form durch digitale Inhalte verändert hat, dadurch, dass die Dinge in der digitalen Welt stattfinden. Das wirkt auch auf das Blatt zurück und ich weiß nicht, ob es sich immer positiv auswirkt. Das sind eben zwei unterschiedliche Welten.

Dann ist Digitalisierung natürlich auch ein Erkenntnismittel, und das ist dann das „Muster“.

Die meisten Geschäftsmodelle – wenn wir das jetzt einmal nur auf Geschäftsmodelle beziehen, das bezieht sich aber auch auf Erkenntnisformen innerhalb der Wissenschaft – funktionieren wie Mustererkennungstechniken. In der Wissenschaft benutzen wir Statistiken und versuchen, in den Daten Muster zu erkennen, die man nicht ohne weiteres sieht. Wir sehen uns Phänomene an und versuchen, Vergleichsaspekte herauszubekommen und fragen, ob man aus dem einen Phänomen etwas über das andere lernen kann. Das kann man mit digitalen Mitteln viel besser als mit dem hermeneutischen Zirkel, den wir immer direkt im Kopf haben. Und dann kann man erkenntnistheoretisch weiterarbeiten und erkennen, dass es auch hermeneutische Zirkel in digitalen Formen gibt. Aber das verändert die Dinge dann tatsächlich auch sehr stark.

Mich würde von Frau Diehl noch etwas zum Thema Sprunginnovation interessieren: Wenn man empirisch darauf schaut, reagieren Sprunginnovationen auch in diesen Bereichen oftmals auf lange evolutionäre Veränderungen, die schon lange zuvor da sein müssen, ehe auf sie

reagiert werden kann. Solche Entwicklungen könnte man mit digitalen Mitteln doch besser sichtbar machen.
Ihnen Herr Arnold, würde ich völlig Recht geben und sagen, dass wir die Digitalisierungsdiskussion immer noch so führen, als sei das nur ein weiteres Tool, das man dazu nimmt und nicht etwas, das tatsächlich die Dinge selbst deutlich verändert.

Beise Hier darf jeder alles sagen und auch alles fragen und auch jeden fragen. Deswegen die Frage von Herrn Nassehi an Sie, Frau Diehl bitte!

Diehl Ja, ich stimme Ihnen völlig zu. Wir gehen mit dem Terminus Sprunginnovation innerhalb der Organisation und auch in unserer Darstellung nach außen sehr kritisch um. Es wird immer ein bisschen der Eindruck erweckt, als ob das noch nie da war und plötzlich – vielleicht aufgrund von Magie – eine disruptive Wirkung entfaltet. Aber so ist es natürlich nicht. Es sind nicht immer Technologien, sondern es ist ein Zusammenspiel aus unterschiedlichen Entwicklungen, die gesellschaftlich, sozial, natürlich auch technologisch, aber auch durch Ereignisse sehr stark beeinflusst werden. Ob dann tatsächlich ein Projekt erfolgreich wird, ist völlig offen. Wenn wir Potenzial sehen, unterstützen wir und schauen, ob sich ein Projekt in zehn, 15 oder 20 Jahren so entfaltet, wie wir es denken, aber das wissen wir alle nicht. Deswegen sage ich auch immer etwas salopp: Wenn wir wüssten, wo die Sprunginnovationen in 25 Jahren sind, dann würden wir nicht für eine staatliche Organisation arbeiten, sondern dann wären wir garantiert woanders.

Beise Vielleicht können wir da noch konkreter werden: Wo stehen wir in dieser Transferdebatte? Wie viel Transfer gibt es schon, wo findet er statt und wo liegen die Chancen und Risiken? Was muss sich noch verändern? Am Ende würde ich gerne in die Disziplinen der Podiumsteilnehmer – also Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik – schauen und erfahren, wo sich diese noch ändern müssen. Wenn wir jetzt einmal mit konkreten Beispielen anfangen: Bei Ihnen, Frau Diehl, reden wir über Sprunginnovationen. Wie viel Transfer ist dort schon und wie viel Transfer erleben Sie in Ihrer Arbeit? Findet das wirklich schon in großem Umfang statt oder stehen wir noch ganz am Anfang der Debatte? Gerne auch mit Beispielen aus Ihrer täglichen Praxis.

Diehl Bei uns ist es tatsächlich so, dass der Transfer noch in den Köpfen der Innovatoren und Innovatorinnen steckt. Wir nehmen die Projekte zu einem Zeitpunkt an, wo es vielleicht ein paar vielversprechende Ergebnisse aus dem Labor oder aus irgendwelchen prototypischen Versuchen gibt. Wenn wir Potential erkennen, sagen wir, wenn man weiter validiert, wenn man das Ganze weiterhin in Richtung Marktreife und in Richtung

Anwendung entwickelt, dann kann daraus etwas wirklich Großes entstehen. Aber zu dem Zeitpunkt, wenn wir uns entscheiden, dass wir es spannend finden und unterstützen möchten, ist noch ganz viel ungeschrieben oder nicht vorhersagbar. Es ist getrieben von der Ambition, von der Motivation und auch von der Vision der Leute, die dahinterstehen. Deswegen sagen wir auch, dass wir weniger die Technologien, sondern mehr die Menschen, die dahinterstehen und ein Problem lösen möchten, unterstützen. Das geschieht zu einem Zeitpunkt, wenn die Anwendung per se zwar mitgedacht wird, aber teilweise noch sehr weit von der Realisierung entfernt ist.

Beise Das passt zu einem Satz, den ich von Ihnen, Herr Elsholz, gefunden und mir aufgeschrieben habe: „Transfer ist mehr als Start-ups und Patente." Davon hat Frau Diehl nicht gesprochen, sondern eher von der Kreativität im Vorfeld.

Elsholz Frau Maasen hat ja heute Vormittag auch schon darauf hingewiesen, dass sich das Verständnis von Transfer in den letzten Jahrzehnten durchaus geweitet und verändert hat und Lehre beispielsweise ein Teil des Transfers ist. An unserer Fernuniversität sind fast 80.000 Studierende jeden Tag berufstätig und damit haben wir quasi über die Köpfe eine tägliche Transfermöglichkeit. Frau Diehl spricht natürlich auch an, wie man über Transfer die Bereitschaft und Haltung verändern kann, um innovativ tätig sein zu können. Dafür habe ich auch noch keine Antwort gefunden.

Nassehi Das ist eine ziemlich gute Problembeschreibung. Ich bin jetzt wieder bei dem Transferbegriff, der sich immer so anhört, als wäre das ein Transportbegriff, als würde man etwas von hier nach da transportieren. Ich würde statt Transfer lieber Übersetzer oder Übersetzung sagen. Die Übersetzung würde ja das Gleiche in eine andere Form bringen. Politikberatung heißt nicht, die wichtigsten neuen Publikationen international aufzählen zu können und seinem Gegenüber dann zu erklären, dass das der aktuelle Forschungsstand ist. Das wird man auf einer Tagung machen. Aber da viele Teilnehmer den Forschungsstand schon kennen, hilft es wenig. Vielmehr würde man versuchen, zu übersetzen und eine Hypothese aufstellen, welches Problem der andere eigentlich lösen will. Meistens stimmt die Hypothese nicht, aber dafür gibt es dann kommunikative Räume, in denen man das spiegeln kann und überlegt, was man mit seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen beitragen kann. In dem ersten Podium heute Morgen war sehr oft von Wissenschaft oder Forschung die Rede. Als Wissenschaftler sind wir diejenigen, die ziemlich lange Sätze über Forschung sagen können, über unsere eigene For-

schung und über Forschung, die wir kennen. Wir sind in der Lage, es zu systematisieren, so dass wir gewissermaßen auch in einem role-taking dem anderen gegenüber zu lernen, wie wir diese Sätze anwenden können.

Sie haben vorhin das Berufsbild des Hochschullehrers angesprochen. In den USA gehört es viel stärker als hier zum Berufsbild des Hochschullehrers, die Dinge auch einem größeren Publikum klarzumachen – einem nicht-akademischen Publikum, einem Publikum gegenüber, das keine wissenschaftlichen Probleme lösen muss, aber womöglich von wissenschaftlichem Wissen profitiert. Ich bin ein Differenzierungstheoretiker, Herr Lenzen, da haben wir durchaus Parallelen.

Für den Soziologen ist es meistens eine positive Erfahrung, dass wir Leuten oftmals Dinge beibringen, die sie schon wissen, aber nicht erkannten, dass sie es bereits wussten. Das gibt es in vielen Wissenschaftsbereichen, in denen das eine Rolle spielt. Ich habe selber über Transfer beispielsweise über Psychiatriereformen und wie psychiatrisches Wissen in Policy-Papiere kommt, geforscht. Es ist hochinteressant, dass in den Ministerien Leute sitzen, die das alles kennen, aber nicht in der Lage sind, mit dieser Kenntnis umzugehen. Sie brauchen die Wissenschaftler eigentlich nicht, um die schwierigen Texte zu lesen, sondern sie brauchen sie, um die Texte in eine Form für ein Policy-Paper zu bringen. Und dann muss es noch in eine Form für die beteiligten Politiker gebracht werden, um dann eine Vorlage für ein Parlament machen zu können. Das ist ein unglaublich spannender Transfer. Der Sozialwissenschaftler hat dabei den Vorteil, dass er sich für den gesamten Transfer interessiert. Die meisten anderen Disziplinen müssen nur diesen ersten Schritt vom Forschungsstand oder von einer bestimmten Problemstellung hin zu einem Problem machen, das dann ein anderer lösen muss.

Arnold Ich kann dazu noch ergänzen. Bisher haben wir tatsächlich Formulierungen gehört, die von einem grundsätzlichen Wohlwollen und Verständnis ausgehen. In der Praxis – und ich mache gleich ein paar Beispiele – ist es tatsächlich eine ziemlich brutale Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Richtungen. Anhand eines Beispiels will ich dies verdeutlichen: Eine Technologie, die sich auf der Infrastrukturebene durchgesetzt hat, ist Software-Defined Networking. Ein Thema, von dem Unternehmen und auch bestimmte Wissenschaftler lange Zeit sagten, dass es in der Praxis nicht funktioniert. Es bedeutet, auf Standardkomponenten tatsächlich bestimmte Netzwerkgeräte zu emulieren. Der Kostenvorteil liegt ungefähr bei 100, das heißt, man bekommt die gleiche Funktion für ein Prozent der Kosten zur Situation vorher. Da kann man davon

ausgehen, dass eine solche Technologie den Markt revolutioniert und dass etablierte Anbieter massive Interessen dagegen haben.
Unternehmen wie Siemens haben zum Beispiel versucht, so etwas tatsächlich nicht nur komplett zu ignorieren, sondern auch zu verhindern. Auch Cisco und Huawai sahen das ähnlich. Auch die Technologiestrategie der Telekom war anfangs dagegen, weil sie die technologische Disruption als Büchse der Pandora einschätzte und dachte, wenn wir damit anfangen, dann wird die Supplier-Situation chaotisch. An der Stanford University wurden unter Beteiligung der Deutschen wesentliche Fortschritte gemacht, doch die Deutschen sind aufgrund der Angst vor Veränderung in der Umsetzung zurückgefallen. Wissenschaftler oder Technikwissenschaftler sind in ihrem missionarischen Antrieb und unternehmerischem Eifer aber einen Schritt weitergegangen und haben es tatsächlich durchgeboxt. Mittlerweile ist Software-Defined Networking Standard der Industrie. Viele Unternehmen haben es inzwischen aufgegriffen, während vor circa zwölf Jahren wahrscheinlich 90 Prozent der etablierten Industrieunternehmen dagegen waren, aber heute nicht mehr.
Ich möchte noch ein anderes Thema ansprechen: Die Telekom hat mittlerweile ein Sicherheitsservicegeschäft von ein paar tausend Leuten, obwohl der Sicherheitschef der Telekom vor fünfzehn Jahren dagegen war, Sicherheitslösungen extern anzubieten, vor allem weil er befürchtete, dass es Hacker anziehen würde. Deswegen gab es eine intensive Zusammenarbeit mit der TU Berlin, aber auch mit Be'er Scheva, die massiv Neuansätze und externe Partnerschaften aufgebaut haben. Es entstanden so einige Start-Ups, die später durch die Telekom integriert wurden. Ohne diese Ansätze wäre bis heute viel weniger möglich geworden. Lustigerweise sind viele Verantwortliche von damals, die gegen das externe Geschäft waren heute in der Verantwortung genau dafür. Und wenn man sie heute fragen würde, dann waren sie natürlich schon immer dafür. Fakt ist aber, dass es ein harter Kampf war, welche Richtung sich durchsetzen würden.

Nassehi Ich finde das sehr interessant, was Sie sagen, denn es geht ja auch um Gestaltung. Übersetzungsleistung ist – worauf Sie gerade hinweisen – gewissermaßen der unmittelbare Transfer. Das ist auch etwas, was einen Soziologen eigentlich nicht richtig erstaunt. Wir kennen die Trägheit der Systeme. Es ist eine Art Trägheit da, die einerseits sehr funktional ist, andererseits natürlich in vielen Bereichen existenzgefährdend werden kann. Wenn ich etwa an die Psychiatriereformgeschichte denke, ist das sehr interessant. In diesem EU-Projekt wurden mehrere

Länder verglichen. Äußerst spannend war dabei, dass weder die Länder, die die Reform schnell umgesetzt haben, erfolgreich waren, noch die, die das ganz langsam gemacht haben, sondern die Länder, die die Trägheit der Systeme selbst noch mal zum Thema gemacht haben. Sie haben auch von „harten Kämpfen“ gesprochen und hierbei ging es zum Teil um ideologische Kämpfe. Das gibt es in allen Feldern, und das ist genau ein Teil dieser Übersetzungsleistung. Wir tun ja immer so, als müssten alle anderen so rede wie Wissenschaftler, und dadurch wäre die Welt dann besser, doch das ist definitiv nicht der Fall. Wenn ich nachher mit der Lufthansa zurückfliege, hoffe ich, dass da vorne kein Soziologe sitzt, sondern ein Pilot. Wenn wir tatsächlich etwas erreichen wollen, geht es nicht nur um die wissenschaftliche Rationalität, sondern um konkretes Handeln in anderen, nicht-wissenschaftlichen Feldern.

Diehl Wichtig ist die Erkenntnis, dass sich in dieser Transferleistung die Dinge auch ständig verändern. Mich amüsiert es immer ein wenig, wenn man Begriffe wie Innovationsmanagement oder ähnliche in Google eingibt und welche Darstellungen dann für diese Prozesse gewählt wurden. In der Regel ist es immer eine Art Trichter, wo oben etwas reinkommt und unten Wertschöpfung rausfällt. Aber was passiert tatsächlich beim Durchgang durch diesen Trichter? Die Vorstellung, dass irgendeine Idee im Protostadium oben reinkommt und dann sozusagen unverändert durch diesen Trichter gleitet und unten fix und fertig rauskommt, ist falsch. Eine Idee verändert sich im Prozess des Transfers und der damit einhergehenden Verhandlungsprozesse. Das muss man fortwährend mitbedenken, aber es wird von uns und unserem doch sehr technologisch-orientiertem Verständnis von Innovation und Transfer dann vielleicht auch manchmal etwas zu simpel betrachtet.

Elsholz Was mir in der Debatte um das Transferthema noch zu kurz kommt, sind die Methoden. Es geht um Wissensvermittlung und vielleicht haben Technische Universitäten einen etwas einfacheren Stand als Universitäten und können auch Übersetzungsleistungen erbringen. So ähnlich wie der Soziologe, der die Veränderung der Gesellschaft beobachtet. Doch wie die Veränderungen in der Gesellschaft in die Hochschulen kommen, ist oft nicht ersichtlich. Da nehme ich viele Hochschulen noch als sehr geschlossene Systeme wahr.

Nassehi Dem würde ich völlig zustimmen, was wiederum vielleicht mit dem Milieu zu tun hat, in dem man sich bewegt. Sie haben vorhin angedeutet, dass es dort auch sehr unterschiedliche Typen gibt. Das meinte ich mit der Trägheit der Systeme. Die Trägheit kann etwas mit Geschwindigkeit zu tun haben, was in der Unternehmenswelt ja durchaus der Fall

ist. Bei uns in den Sozialwissenschaften redet man manchmal noch über eine Gesellschaft, die es schon lange nicht mehr gibt. Die Orientierung an einer Empirie, die einen selber verunsichert, ist ein Teil genau dieser Transfer- oder Übersetzungsleistung. Ich meine tatsächlich nicht explizit, dass wir die großen Erklärer sind und die anderen hören auf uns. Der Response muss natürlich stattfinden. Das ist für viele Wissenschaftler eine Herausforderung, weil es eigentlich nicht zum Berufsbild gehört.

Beise Jetzt würde ich gerne einen Exkurs machen. Herr Arnold, die Berliner Start-up-digital-Innovationsszene hat sich in den letzten zehn Jahren stark entwickelt. Anfang der 2000er-Jahre war sie eigentlich tot, doch jetzt sagen manche, es ist die führende Innovationsszene in Deutschland. Können Sie erklären, was bezogen auf unser Thema Transferleistungen dort passiert ist?

Arnold Ich habe in dem Artikel Das Innovationswunder von Berlin – das Berliner Software-Innovationsökosystem (d.Red.: aus dem Buch „Digitale Ökosysteme“, Hg. D. Knörrer, M.W. Mosen, J. Moormann, D. Schmidt, ranfurt School Verlag, 2021) darüber als „Wunder“ geschrieben, weil es außergewöhnlich und in seinem positiven Effekt so unerwartet mächtig war. Doch das „Wunder“ folgt natürlich einem Muster. Und dieses Erfolgsmuster haben die Beteiligten wahrscheinlich eher zufällig voll getroffen.

Die Situation war folgendermaßen: 2004, zwei Jahre nach dem Internet Bubble Burst, haben sich Internetagenturen, die bis dahin gerne in Berlin ansässig waren aufgelöst, so dass der Leerstand in Berlin immens war. Zu dem Zeitpunkt wurde null Venture Capital in Berlin investiert. Viele Unternehmen haben sich zudem aus dem Thema Internet zurückgezogen bzw. as scheinbaren Kostenvorteilen das gemacht, wofür sie heute die Quittung bekommen, nämlich ihre Forschung und Innovation nach China verlagert. Ich war damals bei einem deutsch-chinesischen Start-up und bekam den Anruf der Telekom: Wir wollen in Berlin etwas machen. Ein quixotinisches Unterfangen gegen den Strom, was sofort meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, und ich war mit Begeisterung dabei. Auf weiter Flur gehörte die Telekom gemeinsam mit Hasso Plattner in Potsdam und den existierenden Universitäten mehr oder weniger zu den Einzigen, die in Berlin etwas begonnen haben. Was passiert ist, war tatsächlich das Zusammenspiel aus einer Universität – etwas böse gesagt – die vielleicht eher aus der knappen Mittellage heraus smart Dinge gemacht hat, zu der Universitäten wie München, Darmstadt, Aachen und andere nicht bereit waren, nämlich ein Innovationskonstrukt in einer Public Private Partnership aufzusetzen. So wurde zum

ersten Mal umfassend mit der TU Berlin ausgearbeitet wie man beispielsweise mit IPRs (International Property Rights) umgeht. Bei der Telekom ist unter dem Namen T-Labs eine große Organisation entstanden mit 800 Leuten, die sowohl als Wissenschaftler tätig waren, aber auch von der Wirtschaft geprägt waren. Wir hatten Zugriff auf intellektuelle und infrastrukturelle Ressourcen in der Kombination von Wissenschaft und Wirtschaft, von denen man normalerweise nur träumen kann. Im Nachhinein ist auch erklärbar, warum im Umfeld ein großes Ökosystem entstanden ist. Zusammen mit dem notorischen Investieren von Hasso Plattner, den man zu Beginn noch für fehlgeleitet erklärte, weil er Geld in Potsdam und eben nicht in München, Hamburg, London oder Paris ausgeben wollte, zog er die Aufmerksamkeit anderer Investoren auf sich. In dieser Gemengelage aus intelligentem Output von Leuten der Universität, durch die Zusammenarbeit mit etablierten Unternehmen und den ersten Investitionserfolgen entstand die Basis für den „Goldrausch" ab 2007: Als dann Christophe Maire sein erstes Start-up „Gate 5" für einen zweistelligen Millionenbetrag an Nokia verkaufen konnte, war es ein Selbstläufer.

Retrospektiv bin ich mir sicher, dass es genau so funktioniert, solche „Wunder" tatsächlich gezielt zu etablieren. Dazu gehören drei Zutaten: Universitäten, Public Private Partnership mit etablierten Unternehmen und eben diese notorischen standortbezogenen Investoren, die an eine Idee glauben. Mittlerweile ist die Bedeutung dieser Ankerinstitutionen für das Innovationssystem in Berlin relativ gesehen geringer. Doch für die frühe Phasen waren sie absolut entscheidend: De facto ist etwas passiert, was ich selbst nicht für möglich gehalten hätte. 2016 – trotz einer mehr oder weniger agnostisch sich verhaltenden Berliner Politik – wurde Berlin mit sechs Milliarden auf einmal Spitzenreiter bei den Start-Up Investitionen in Europa. München lag da bei zwei Milliarden. (Was seit 2016 passiert, ist eine andere Geschichte für eine künftige Diskussionsrunde). 2004 bis 2016 ist in gewisser Weise ein Blueprint für den Aufbau und das Entstehen von neuen Innovationsökosystemen, die deswegen den Begriff Blueprint verdient, weil er in Be'er Scheva noch mal passiert ist, also das gleiche Konstrukt aus Anker Investor, Public Private Partnerships mit Unternehmen und einer Universität, der es gelingt, diese Partnerschaften zu multiplizieren. Es kommt dort zu „notorischen" standortbezogenen Investitionen und es entsteht bis heute quasi das Cybersecurity Center der westlichen Welt, was niemand für möglich gehalten hätte und die Bedeutung dieser Ben-Gurion-Universität katapul-

tiert im positiven Sinne im unvorstellbaren Maße. Diesen Aufbau von Ökosystemen halte ich tatsächlich für vielfach multiplizierbar.

Beise Könnten Sie noch mal die drei Elemente, die Sie gerade genannt haben, wiederholen?

Arnold Universitäten, „notorische" Standort-Investoren und die Public Private Partnerships mit etablierten Unternehmen, die das Ganze anstoßen.

Beise Bei Kooperationen wäre dann vielleicht auch der Transfergedanke dabei?

Arnold Absolut.

Beise Frau Diehl, sind das die drei Elemente, mit denen man dieses Wunder von Berlin, wie Herr Arnold das nennt, überall hinsetzen kann?

Diehl Natürlich sind die drei Zutaten sehr wichtig. Ich würde es vielleicht ein bisschen erweitern. Solche Innovationsdurchbrüche entstehen immer dann, wenn Ideen, Geld, Mindset, Partnerschaften und Netzwerke zusammenkommen. Das sind die Zutaten, die es braucht. Wir sehen, dass es mit einer guten Idee und selbst mit der ambitioniertesten Vision alleine nichts werden wird. Es geht darum, mit dieser Idee irgendetwas verändern oder ein bestimmtes Problem lösen zu wollen, natürlich eingebettet in eine Struktur des Ermöglichens. Wir sehen uns bei der Agentur als diejenigen, die es ermöglichen. Teilweise auch durch finanzielle Unterstützung, aber über finanzielle Mittel wie ein Hasso Plattner verfügen wir nicht. Wir wollen die Projekte und das Umfeld ebnen, quasi die Bäume von den Gleisen holen, damit die Ideen und ihre Macher erfolgreich sind. Und das ist eine besondere Art des Denkens. Das ist eine ermöglichende Art des Denkens, die sich nicht an den Problemen orientiert, sondern wir wollen, dass diese Projekte und die Menschen, die dahinterstehen, erfolgreich sind. Daraus ergibt sich die Frage: Was müssen wir tun, damit sie erfolgreich sind?

Elsholz Braucht es dazu noch den Ort? Wir sind jetzt im Jahr 2022. Wir sind Corona-erfahren. Müsste man das nicht neu definieren, Ihre drei Erfolgsbedingungen?

Arnold Ich gebe mir selbst große Mühe, das so zu tun und habe als Business Angel in drei Unternehmen investiert, obwohl ich die Personen nie physisch getroffen habe.

Spiel *Prof. em. Dr. Dr. Christiane Spiel, Bildungspsychologie und Evaluation, Institut für Psychologie der Entwicklung und Bildung, Universität Wien*
Vielen Dank, ich möchte ein anderes Thema ansprechen. Die ganze Zeit ist von Transfer gesprochen worden, was ich sehr gut finde, doch die Digitalisierung ist dabei etwas in den Hintergrund geraten. Ich möchte

dabei auf einen Punkt kommen, den Sie am Anfang genannt haben, nämlich, dass sehr viele Unternehmen die Digitalisierung verwenden, um ihre traditionellen Geschäftsprozesse zu optimieren, aber nicht wirklich, um einen Wandel herbeizuführen. Da stellt sich für mich die Frage: Müssen wir das nicht über das Bildungsthema tun?
In vorigen Sessions wurde bereits angesprochen, dass Investitionen in die Bildung sehr wichtig wären. Fast alle Studien zeigen hierbei den höchsten return on investment. Jedoch hat die Politik zumeist nur die nächsten Wahlen im Blick? Und danach lohnen sich Investitionen in Bildung nicht; denn bis diese ihre Wirkung zeigen, dauert es länger als eine Regierungsperiode. Aber gerade mit Blick auf die Digitalisierung, den schnellen Wandel und Fortschritt in diesem Bereich und die vielen künftigen Herausforderungen, müßte wohl viel mehr und früher in den Bildungsbereich investiert werden, in die Ausbildung von Lehrpersonen und den Einsatz von Informatikern, damit Kinder nicht nur lernen Medien zu verwenden, sondern auch lernen, diese zu verstehen.

Arnold Sie sprechen mir aus dem Herzen. Wenn sich Unternehmen schon schwertun, mit dem Unbekannten umzugehen, dann trifft das auf öffentliche Institutionen leider noch viel mehr zu. Ich möchte noch einmal formulieren, was tatsächlich erforderlich ist, um Digitalisierung mit ihrer gesamten Mächtigkeit und Möglichkeit aufzugreifen, wirtschaftlich und in der Gesellschaft, denn dann ist es eine unglaubliche Motivation und eine Bereitschaft mit dem Unbekannten umzugehen. Innovation ist eben nicht standardisiert. In allen Bereichen versuchen wir Standards zu folgen und Standards zu definieren, um sie dann abzuarbeiten. Aber so werden wir nie im Sinne der Diversifikation, im Sinne der Formung von Menschen, die eine hohe Motivation verspüren, eine Lösung finden. Ja, die Gesellschaft hat Fortschritte gemacht.
Ich kann mich noch gut an meinen Doktorvater Prof. Dietmar Harhoff erinnern. Er war seinerzeit frustriert, dass Entrepreneurship in Deutschland nicht geschätzt sei. Das stimmt 20 Jahre später aber im positiven Sinne nicht mehr, sondern ist anders geworden. Eine der attraktivsten Tätigkeiten für junge Leute ist es unternehmerisch tätig zu werden.
In der Gesellschaft haben wir tatsächlich Fortschritte gemacht. Aber als Vater von zwei Söhnen habe ich auch erfahren, wie zu wenig Wert nicht nur auf die technischen Fähigkeiten, sondern auch auf die motivatorischen Aspekte gelegt wird, und wie ich mit dem Unbekannten umgehe. Das ist genau der Punkt, wo Universitäten tatsächlich eine der letzten Hoffnungsträger sind, dieses Unbekannte ins System zurückzubringen. Eben nicht Standards, die ohnehin klar sind, einfach zu erlernen. Das

trifft leider auf alle Bereiche zu. Doch wie bekomme ich die Bereitschaft und den Freiraum in Unternehmen hinein, Dinge zu explorieren? Wie kann man dreimal den Plan ändern, damit es beim vierten Mal passt? Wie Frau Diehl sagt, ist es nicht einfach so, einen Plan zu machen und zu erwarten, dass dieser genau so abläuft. Vielmehr startet man, ändert den Plan fünfmal, und wenn man Glück hat, führt die zehnte Wendung zum Erfolg. Wie man Leute technisch dafür ausstattet, ist eines. Aber wie ich denen die Motivation mitgebe, diesen Antrieb und diesen Drang, auf jeden Fall mit einer Lösung da herauszukommen, ist etwas anderes. Wenn es irgendwann auch noch in der öffentlichen Verwaltung ankäme, dann haben wir wirklich was geschafft.

Nassehi Ich glaube, man muss tatsächlich über Kultur reden, und zwar über die Kultur, wie wir eigentlich mit diesen Dingen umgehen. Sie haben das gerade sehr schön beschrieben und wir können uns jetzt schon ungefähr vorstellen, wie die Technologien dann funktionieren. Ich meine jetzt nicht die Tablets, sondern die Innovationstechnologien.
Es ist viel von Problemlösungen die Rede gewesen, doch ich glaube, wir müssen Probleme erfinden. Und genau das ist die Rolle von Universitäten gewesen, seit sie Forschungseinrichtungen sind. Die Welt, die wir jetzt gerade überwinden wollen, nämlich die klassische nationalstaatliche Industriegesellschaft, das war unter anderem eine Erfindung der Universitäten. Über die Volkswirtschaftslehre haben wir erst so etwas wie eine ökonomische Rechnung auf Nationalstaatsebene machen können. Man hat über die pädagogische Forschung den Nationalstaat miterfunden und natürlich über die entsprechenden Philologien. Die ganze Infrastruktur, die diese Gesellschaft ausgemacht hat, waren innovative Bereiche und moderne Universitäten. Die alte Universität Europas hat letztlich nur die Tradition der Welt verwaltet und die Überlieferung in immer neue Formen gebracht. Erst spät, ab dem 19. Jahrhundert wurde geforscht und neue Probleme erfunden. Und das muss man jetzt wieder machen. Die Frage lautet also: Haben wir eigentlich genug Probleme? Ich glaube tatsächlich, wir haben sie nicht.
Herr Arnold hat am Anfang wunderbar den Unterschied zwischen den USA, Israel und einem Land wie Deutschland dargestellt: Wir lösen nur die Probleme, an die wir uns gewöhnt haben, anstatt neue Probleme zu schätzen. Die Zukunft von Universitäten liegt auf jeden Fall darin, Agenturen zu werden, die Probleme erfinden. Wie gehen wir mit neuen Wertschöpfungsketten um, die andere Formen des Einkommens in einer Gesellschaft produzieren, in denen alle Modelle, die wir für die Daseinsvorsorge, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, erfunden haben, nicht

mehr funktionieren werden. Und zwar nicht, weil nicht genug Geld da ist, sondern weil der Verteilungsmodus in der Form nicht mehr funktioniert und die Akteure nicht mehr da sind. Man muss diese Probleme erst einmal erkennen, um sie zu lösen. Wir machen immer noch die gleichen Transfergeschichten, die sich am Ende totlaufen, weil sie nicht die Wirkung entfalten können, die man eigentlich braucht. Das hat mit Digitalisierung zu tun und dass die Dinge ohnehin kommen – ob wir wollen oder nicht.

Für Universitätsleitungen ist es deshalb sinnvoll, dass es einen Rektor oder Vizepräsident für Transfer und diese Dinge gibt, und die müssen die Rolle der Universität in der Gesellschaft wahrscheinlich neu denken. So ähnlich, wie man es im 19. Jahrhundert auch gemacht hat. In der bürgerlichen Gesellschaft gab es einen starken Widerstand des klassischen Bildungsideals gegen empirische Forschung; dann ging es darum, Probleme zu lösen, die man ohne sie gar nicht gehabt hätte. So etwas Ähnliches braucht man wahrscheinlich wieder. Aber wir sind mittlerweile zu große Tanker. Wir haben uns an unsere Erfolge gewöhnt. Das ist eigentlich das Problem. Ein Start-up ist eine Sozialform, bei der es keine Katastrophe ist, wenn man scheitert. Ich denke, dass ist die Funktion von Start-ups. Wir versuchen immer Apparate zu haben, die nicht scheitern dürfen und deshalb eine Struktur zu besitzen, die eigentlich nicht für die Erfindung neuer Probleme da ist. Aber es ist gar nicht so schwierig, sich die Sozialformen auszudenken, es ist schwierig sie zu implementieren und zu finanzieren.

Elsholz Ich antworte jetzt noch einmal als Professor für Lebenslanges Lernen, der ich nebenbei auch bin. Frau Spiel, was Sie adressieren, ist ja bekannt. Für mich als Forscher ist das nicht mehr so interessant, führt aber zu der Frage: Wo ist dann noch die Aufgabe? Herr Lenzen hat das gestern in seiner Einführung gesagt und die Frage gestellt, was legitime Anforderungen Richtung Transfer an Hochschulen und Universitäten sind und was nicht. Wenn es Forschungsfragen gäbe, ginge es darum, warum der Transfer nicht funktioniert und was noch die Aufgabe von Hochschulen ist und was nicht?

Nassehi Vielleicht hapert es aber doch an den Erkenntnissen? Wenn ein Transfer nicht richtig klappt, stimmt womöglich manches nicht. Wenn ich noch einmal das Beispiel der Psychiatriereform betrachte, hat es auf die psychiatrische Forschung zurückgewirkt. Das, was eigentlich normativ und medizinisch gewollt war, funktionierte institutionell nicht und die Vorlagen mussten geändert werden. Das hat interessanterweise oftmals

nicht im klassischen wissenschaftlichen Diskurs stattgefunden, weil da die Grenzen zwischen den Akteuren fließend sind. Wissenschaftliche Karrieren gibt es in der empirischen Forschung auch ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt. Und in der Kultur und in der Politik ist das auch möglich. Die Innovationen finden eigentlich da statt, wo man gar nicht weiß, wo es hinführt. Ich nenne das „Ergebnisoffenheit". Agenturen für Ergebnisoffenheit, in die man reingeht und nicht weiß, was dabei rauskommt, wären denkbar. Demokratie sollte eigentlich so sein, doch wir haben jetzt zu starke Parteien, die genau wissen, was sie machen. So ist die FDP beispielsweise gegen die Impfpflicht selbst während der Pandemie, weil sie als Liberale immer gegen die Impfpflicht sind. Doch eigentlich müsste es andersherum sein und dafür kann man etwas tun.

Diehl Ich habe noch eine Frage an Herrn Arnold: Wie steht Deutschland in Bezug auf lebenslanges Lernen im internationalen Vergleich dar? Und welche Einstellung haben wir dazu? Ich habe das Gefühl, dass wir immer noch ein sehr traditionelles Verständnis von Ausbildung haben. Man geht irgendwann in den Kindergarten und dann in die Schule, danach macht man eine Ausbildung, Studium oder ähnliches und ist mit Mitte oder Anfang 20 quasi mit dem Lernen fertig und tritt in die Arbeitswelt ein. Lernen findet dann nur noch auf das Umfeld und auf den Beruf bezogen statt. Ist das in anderen Ländern anders? Gibt es dort andere Einstellungen zum Lernen? Ich habe eine Statistik gesehen, in der Deutschland mit der Fähigkeit und Bereitschaft zum lebenslangen Lernen ziemlich abgeschlagen war.

Arnold Ein paar Aspekte, die diese Thematik erhellen, würde ich gerne einbringen. Ein Aspekt ist das durchschnittliche Lebensalter von Unternehmen, das in Europa bei einem etablierten Unternehmen im Durchschnitt bei 128 Jahren liegt und dadurch auch unsere Lebenserfahrung prägt. Allerdings heißt das nicht, dass es Dinge, die es schon vor unserer Geburt gab, auch noch nach unserem Tod geben wird. Aber viele wirtschaftliche Institutionen wird es längerfristig geben und das ist prägend für unsere Erwerbstätigkeit. Jedes Jahr entsteht ein Prozent aller Arbeitsplätze neu, so dass sich die deutsche Wirtschaft innerhalb von 100 Jahren einmal erneuert. In den USA ist das anders. Da entstehen jedes Jahr zehn Prozent aller Arbeitsplätze neu und deshalb erneuert sich die amerikanische Wirtschaft innerhalb eines Jahrzehnts, mit der Konsequenz, dass eine amerikanische Erwerbshistorie anders aussieht. Dort wechselt man natürlich zwangsläufig häufig, wenn ein etabliertes Unternehmen in den USA tatsächlich im Durchschnitt nur 20 Jahre alt wird. Das heißt, es gehört einfach dazu, sich diesem ständigen Wechsel anpas-

sen zu müssen, also Neues zu lernen, sich attraktiv halten, im Lebenslauf das Geburtsdatum zu verschweigen oder auch kein Foto einzufügen. Das hat natürlich ein bisschen damit zu tun, dass man mit allen Vor- und Nachteilen versucht, lange interessant zu bleiben.

Und dann gibt es noch das chinesische Modell, was ich auch kenne. Dort wechselt man einfach für 300 Euro mehr im Monat, um „nichts Falsches" zu machen. Das würde dem europäischen Loyalitätsprinzip widersprechen, denn da ist irgendetwas, das aufgrund innerer Überzeugung hält, meistens stärker. Deswegen ist in China auch die Situation mit Unternehmensgeheimnissen unglaublich schwer, denn die Leute wechseln, sobald ihnen ein paar Renminbi mehr angeboten werden.

Was mich tatsächlich ärgert, ist eine andere Sache. Und zwar, wenn Unternehmen, bei denen Mitarbeiter lange Zeit sind, ihnen Ausbildungsprogramme anbieten, die nicht zu ihnen passen. Da wird man quasi zwangsgeschult und dann stellt die Personalabteilung irgendwann fest, dass sie die falschen Leute haben. Das ist tatsächlich unfair, erklärt sich aber aus der Situation, dass europäische Arbeitnehmer gerne loyal sind und europäische Unternehmen sehr lange existieren. Sie schulen und merken erst hinterher, dass sie eigentlich falsch geschult andere Kompetenzen brauchen. Das spricht nicht für die Verantwortung der Führungskräfte bei den etablierten Unternehmen. Das sind ein paar Beobachtungen zu dem Thema.

Zepf Zunächst muss ich sagen: Ich bin begeistert, dass es eine Bundesagentur für Sprunginnovationen gibt. Dies verleitet mich aber auch zu der Frage mit welchen Rahmenbedingungen Hochschulen die Verwaltung konfrontieren? Und mit welchen Rahmenbedingungen wir Hochschulen konfrontieren? Aus meinem Alltag habe ich den Eindruck, dass Hochschulen in ihrem Verwaltungshandeln mit ganz vielen Erwartungen konfrontiert sind und das macht natürlich jede Entscheidung zäh und aufwendig und zudem in der Dokumentation schwerfällig. Wenn wir Transfer als Aufgabe von Hochschulen definieren, müssten wir doch an diesen Verwaltungsoverhead herangehen, um dort mehr Agilität zu ermöglichen?

Prof. Dr. ***Robert Zepf****, Leitender Direktor der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg*

Diehl Wir sehen die Verwaltung durchaus und das ist ein ganz zentraler Aspekt unserer Arbeit. Ich denke, wir sind unfreiwilligermaßen alle ein Stück weit Verwaltungsexperten geworden, nachdem einem als Einrichtung und Institution Steuerzahlergeld anvertraut wird und man dann erst merkt, mit welchen Regeln und Regularien dieses Steuerzahlergeld verbunden ist. Das ist natürlich nicht die Art und Weise, wie wir das gerne schnell, agil und unbürokratisch an die Projekte bringen möchten, um auch Wirkung erzielen zu können. Intern erzählen wir immer den etwas trockenen Witz, dass die erste Sprunginnovation der Agentur für Sprunginnovationen die Agentur für Sprunginnovation ist. Denn es geht viel damit einher, wie wir es innerhalb von Verwaltungsstrukturen schaffen, tatsächlich das zu tun, womit wir angetreten sind und was unsere Grundaufgabe ist, nämlich diese Sprunginnovation oder diese Ideen mit Sprunginnovationspotenzial zu identifizieren, zu unterstützen und zu entwickeln. Da gibt es ganz viel Reibung und viele Aspekte, die dem entgegenstehen. Deshalb sagen wir auch, dass eine andere Form des Denkens auch in den Verwaltungen nützlich wäre. Damit man sich aufeinander zubewegt und nicht direkt am Anfang das Kind mit dem Bade ausschüttet und sagt: Nein, wir müssen hier jetzt Tabula rasa und alles anders machen. Sondern aufeinander zugehen und sagen und verstehen, warum Dinge so sind. Und dann gibt es die Spielräume, die es auch in jeder Verwaltungsordnung gibt, zu identifizieren und zu nutzen.

Beise Ich frage mich, ob Sie an der Verwaltung nur leiden oder Sie auch ein wenig schätzen?

Diehl Ohne die Verwaltung geht einfach nichts. Aber wir brauchen Leute in Verwaltungen, die ermöglichend denken und die uns nicht nur sagen, was man alles nicht machen kann, sondern zuhören und unterstützen im Sinne von „da wollt ihr hin, wie können wir euch im Rahmen der Vorschriften, die es zu beachten gibt, helfen dahinzukommen“.

Nassehi Ich habe mir als Wissenschaftler abgewöhnt, etwas Negatives über die Verwaltung zu sagen, denn Äußerungen darüber sind wie ein eingeführtes Muster nach dem Schema: Wenn die Verwaltung richtig wäre, dann würden wir auch die Dinge fachgemäß machen können. Das ist aber oftmals nicht der Fall.

Ich will das Beispiel mit dem lebenslangen Lernen aufnehmen. Wenn man sich ansieht, wie in der Soziologie über solche Fragen geredet wird, und zwar nicht durch die Verwaltung eingeschränkt, sondern aus völlig freien Stücken, dann gibt es ganze Bücher und Traditionen, dies als das unternehmerische Selbst zu diskreditieren. Wenn man in einer neoliberalen Gesellschaft sozusagen dazu gezwungen wird, sich doch tatsächlich

– ich polemisiere jetzt – auch nach dem 25. Lebensjahr noch zu verändern. Es ist spannend, dass diese Diskurse einen unglaublichen Impact auf Lehrpläne haben, auf die Verwaltung von Ideen, auf so etwas wie ein kulturelles Selbstverständnis eines bestimmten Milieus. Und daraus ergibt sich die spannende Frage, wie man eigentlich Erkenntnisse übersetzt, wenn die Erkenntnisse womöglich unsinnig sind. Natürlich muss man darüber nachdenken, ob bestimmte konjunkturelle Krisen auf Individuen abgeladen werden und soziale Ungleichheitseffekte entstehen. Aber von vornherein zu sagen, dass das nicht durch eine kollektive Struktur abgesichert ist, weil sich diese kollektive Struktur stark verändert und wir uns in dieser auch immer verändern müssen – und das sage ich als Beamter, als Lebenszeitbeamter – das ist eine interessante Frage, bei der gar nicht die Verwaltung, die ja diese Kontinuität in die Sache hereinbringt, das Problem ist, sondern womöglich die Denkungsart. Mich würde dann interessieren, wie sich die Organisationsstruktur zur Denkungsart verhält. Start-ups haben vielleicht auch die Funktion zu zeigen, dass Scheitern keine Katastrophe ist. Aber was würde es dann für größere Organisationen bedeuten, wenn man tatsächlich diese Räume hat, in denen Veränderungen keine Katastrophe sind? Das scheint in großen Organisationen schwierig zu sein. Ich selbst habe mich durch die Verwaltung an der LMU noch nie eingeschränkt gefühlt, aber vielleicht bin ich nicht innovativ genug.

Elsholz Zum Thema Verwaltung habe ich meinem Team Weiterbildung, Transfer und Internationalisierung zuerst empfohlen: Lest Luhmann und dann versteht ihr viel von Verwaltung und warum Verwaltung so funktioniert, wie sie funktioniert. Aber wir brauchen einen anderen Modus in der Hochschule als die klassische Verwaltung. Der ist zwar noch nicht ausdefiniert und meines Wissens hat auch Luhmann nichts dazu geschrieben, aber zwischen dem Akademischen und der Verwaltung entsteht ein neuer Bereich, der anders agieren muss. Und das mit Übersetzungsleistung von der Verwaltung zu gestalten, ist letztlich auch immer meine Aufgabe. Ich muss verstehen, warum sie so agiert, wie sie agiert und zum Teil agieren muss. Aber man wünscht sich natürlich immer eine Verwaltung, die auch ermöglichend agiert.

Gazlig Sie sprachen von den „notorischen Investoren“ und ich möchte zu Barbara Diehl und was sie über kreative Räume sagte, etwas anmerken. Ich glaube, wir haben in der Wissenschaft auch ein strukturelles Problem aufgrund des kurzfristigen Denkens von Drittmittelantrag zu Drittmittelantrag und von Meilensteinerfüllung innerhalb eines Drittmittelantrags, um die nächste Verlängerung zu bekommen. Wenn ich mir die

Charité ansehe, dann haben wir mittlerweile ein Verhältnis von institutionellen Mitteln und Drittmitteln in ähnlicher Höhe. Forschung findet eigentlich nur noch im Drittelbereich statt und unter der Agenda der Zuwendungs- bzw. Drittmittelgeber. Die Wissenschaftsfreiheit besteht somit vor allem in der Freiheit der Drittmitteleinwerbung. Das ist ein Umfeld, in dem disruptive Innovationen eher nicht unbedingt entstehen. Und genau diese braucht es aber. Notorische Investoren können hier einen Freiraum geben, um mit langem Atem an einem Thema zu arbeiten. Deshalb müssen wir zu Wegen kommen, wie wir innerhalb der Wissenschaft über einen längeren Zeitraum arbeiten können.
Das ist wichtig und da spielt auch Mindset eine Rolle. Sie sagten, Entrepreneurship sei angesehen. Das mag sein, aber es ist noch nicht als wissenschaftliche Währung in der Wissenschaft akzeptiert. Da geht es weiterhin fast ausschließlich um Publikationen und Drittmittel. Das führt zu einem anderen Effekt. Im Life-Sciences-Bereich, wenn es um klinische Studien bis zur Zulassung von Medikamenten geht, sind Patente unverzichtbar, weil kein Unternehmen sonst den Entwicklungsaufwand bis zur Zulassung und Vertrieb übernimmt. Wenn aber für die eigene Karriere nur Publikationen und Drittmittel relevant sind und Transfererfolge keine Bedeutung haben dann führt das dazu, dass im Forschungssprozess niemals ein Gedanke an den Schutz von Arbeitsergebnissen verschwendet wird. In der Konsequenz werden so wichtige Erkenntnisse zwar hochrangig publiziert, aber kommen als Medikamente nie beim Patienten an. Da müssen wir gemeinsam an einem neuen Verständnis arbeiten. Und man muss sehr kritisch hinterfragen, ob wir mit der sehr starken Orientierung unserer Forschung auf kurzfristige Drittmittel Deutschland als Innovationsstandort stärken. Ich schließe bei dieser Kritik den ERC hier explizit aus. Mich würden die Meinungen dazu interessieren und wie man das auf den Weg bringen kann.

Arnold Das ist meine Chance, noch mal konkrete Beispiele zum Thema Verwaltungsbashing zu nennen. Die Vergabe von Fördermitteln ist in der Tat überstrukturiert über Key Performance Indicators und stark überbürokratisiert. Eigentlich will man vermutlich aus einer guten Absicht ergebnisorientiert sein, damit etwas rauskommt. Dann muss der Antragsteller ein Ziel festlegen, das aber auf einer Detailtiefe passiert, die einschränkt und kontraproduktiv ist. Danach müssen zum Beispiel zehn Workshops durchgeführt werden, fünf Onlinetrainings, drei Onboardings und Diverses anderes, was dem Forschungsfortschritt und dem Explorationsspirit vielleicht nicht im Wege steht, aber höchstwahrschein-

lich auch nicht besonders förderlich ist. Das ist in dem Sinne fehlgeleitet, weil es nicht unternehmerisch ist. Das heißt, es ist zwar hoffentlich in der Absicht ergebnisorientiert zu sein entstanden, aber es muss soweit wie möglich reduziert werden, denn diese Art der Ergebniskontrolle hilft niemandem.

In der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft als Drittmittelgeber und Universitäten gibt es zwei Ausprägungen und die liegen sozusagen zwischen Himmel und Hölle. „Heaven" ist, wenn ein Wirtschaftsunternehmen erkannt hat, dass es eigentlich zu wenig Impulse aus dem Unbekannten hat und die Überraschung im Sinne von „Sagt mir etwas, was ich noch nicht weiß" sucht und deswegen entweder Juniorprofessuren mit einer kompletten Freiheit ausstattet, um sich mit einem Thema, was vorher noch nicht da war, zu beschäftigen, und um dann mit einem Ergebnis überrascht zu werden, wie es vorher so noch nicht verfügbar war. Das ist großartig.

„Hell" aber ist, wenn die Unternehmen die Ausarbeitung der Partnerschaft an die Rechtsabteilung übergeben und die Juristen aus guter Absicht sagen: Wir zahlen, also gehören uns die Ergebnisse. Wir haben die Hand darauf, und niemand anderes darf sie nutzen. Das heißt, durch den zuerst einmal logischen Schritt schneidet man alle möglichen Entwicklungsperspektiven ab. Und dann gibt es Hochschulen, die tolle Themen bearbeiten, aber keiner darf darüber reden oder man muss vorher Rücksprache halten. So wird Partnering, Austausch et cetera unterbunden, obwohl es einen Fundus an wirklich großartigen Themen gibt. Wenn ich länger darüber nachdenke, bekomme ich schlaflose Nächte, was damit eigentlich aufgrund dieser falsch ausgeprägten Zusammenarbeit ungenutzt überbleibt. Wenn es zu solchen Wirtschafts- und Universitätszusammenarbeiten kommt, dann sollte es aus den Universitäten und aus den Forschungseinrichtungen bitte in einem Modus kommen, der positive Überraschungen zulässt. Wir brauchen diese, weil die Impulse in der Wirtschaft und in der Gesellschaft fehlen, aber auch um zu explorieren oder das Unbekannte reinzuholen. Doch es ist nicht sinnvoll, die Ergebnisse im Kleinteiligen zu kontrollieren und zu dominieren, weil es dann kaum noch Raum gibt, um sich dazwischen zu bewegen. Aber es gibt tolle Beispiele von allen Instituten. Auch Einstein-Professuren bewerte ich im Großen und Ganzen positiv, denn die zeigen, dass man Freiraum lassen kann.

Elsholz Ich glaube, es gibt wenig Dissens bei dem, was Sie angesprochen haben. Wenn man einen Wunsch an die Mittelgeber formulieren darf, wäre es für mich wichtig, dass sie zulassen, wenn Wissenschaft auch mal

scheitert, denn das gehört dazu. Und tatsächlich den Antrag zu bewerten und nicht, ob das Ergebnis dann möglicherweise genau den Erwartungen entspricht. Das wäre ein Wunsch an die Politik, hier mehr Offenheit und damit mehr Innovationen zuzulassen. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass alle meine 20 bis 30 Projekte, die ich gemacht habe, zumindest laut Projektbericht erfolgreich waren.

Schmid Und ich übe mich als „Contrarian". Zunächst waren beim ersten Podium alle unwidersprochen dabei, die Metapher vom „Maschinenraum" zu teilen. Ich bin aber Professorin geworden, damit ich nicht im Maschinenraum stehe und arbeite. Ich komme aus Darmstadt, der Maschinenbau ist dort berühmt und ich unterrichte dort auch seine Studierenden. Diese Feststellung ist also nicht mit fehlender Wertschätzung verbunden.

Zweiter Punkt: Ich komme von einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und ich weiß es schon einzuschätzen, dass Sie „Sprunginnovation" nennen, statt „disruptive Innovation" zu propagieren. Ich bin dagegen so zu agieren – sondern eher dafür, dass wir die Gesellschaft und die Wirtschaft auf Innovation vorbereiten, damit diese nicht disruptiv ist. Aus der Idee des Wettbewerbs habe ich etwa wenig Verständnis für Unternehmen wie Kodak, wenn sie digitale Foto- und Videografie „verschlafen" haben. Ich begrüße also „disruptive Innovation", aber eben verbunden mit der Idee auf die mögliche Disruption transparent vorzubereiten, um das Disruptionspotenzial gering zu halten. Wie groß und disruptiv das Potenzial sein wird, ist daran zu erkennen, dass Sie „nur" von Digitalisierung sprechen und damit selbstverständlich Digitalisierung, Automatisierung und Autonomisierung meinen. Das bedeutet, Sie enden in der „Künstlichen Intelligenz" und in der Konkurrenz mit humaner Kapazität und Kompetenz. Die Frage ist also: "AI (Artificial Intelligence) versus Humanity at the End of the Day?" Das Disruptionspotenzial auch für die Universitäten scheint übrigens beträchtlich: Zum einen die universitären Start-ups, die sofort wieder verkauft werden und deren „Benefit" wirtschaftswissenschaftlich aber auch kartellrechtlich noch umstritten ist, und zum anderen Menschen wie ich, die in der gleichen Universität thematisieren müssten, wie mit der Menschenwürde in Konkurrenz zu „Künstlicher Intelligenz" verfassungs- und europarechtskonform zu agieren wäre. Ich will das nicht noch lange ausführen, aber universitäre Mensch-Maschine-Interaktion ist doch jüngere Vergangenheit: „Wir" haben mit Zoomkacheln Distanzlehre gemacht – und die Zoomkacheln mit dem Laptop haben keine Hochschulbefähigung gehabt. Wenn wir nicht mit Bild- und Identifizierungsstrategien die Men-

schen mit dem informationstechnischen System verbunden hätten – wäre das bereits eine neue Form der Universität? Also, „AI versus Humanity“ ist gar nicht soweit. Und jetzt mein letzter Punkt, der mich sehr bewegt: Ich habe auch die Lehrbefugnis im (Kern-)Energierecht und erkläre den „Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg“ – „A³“ (und jetzt haben wir eine neue Aktivierung der Debatte durch die Taxonomie im EU-Recht). Was ich mitgenommen habe aus dieser langjährigen Beschäftigung (1998 Buch zum Energiesparmarketing) ist die Endlagerfrage – die bei uns nicht gelöst ist. Das hat dann zum Ausstieg geführt. Wie sieht es denn jetzt mit Ihren Digitalisierungsideen – ich finde jetzt das „Problem“ für Herrn Nassehi – in der Langzeitbetrachtung aus? Wenn ich zum einen weiß, dass Quantentechnologie kommt und sämtliche Verschlüsselungsalgorithmen (so wie wir jetzt IT-Security betreiben) langhaltig nicht sicher sein werden und wir zum anderen die digitalisierten Datenvolumen haben – ist das dann eine Parallele zur ungelösten Endlagerungsfrage in der Kernenergiediskussion? Wie lange können wir die Sicherheit digitalisierter Geschichte leben und wie lange können wir die Wirtschaft sichern?

Vielen Dank, das sind die Fragen, die mich sehr bewegen.

Beise Das geht an Sie, Herr Arnold. Sie sind der Spezialist.

Arnold Ja, vielleicht machen wir die nächste Tagung zu den Themen, die Sie aufgerufen haben. Um jetzt ein paar Ausschnitte herauszunehmen, zeigt das Umfeld der letzten drei Wochen wie auch schon Corona-Defizite in der Gesellschaft, wo wir tatsächlich Transformationsmöglichkeiten nicht genutzt haben. Zum Energiewandel würde es gehören, dass wir endlich eine Starkstromtrasse von Nord nach Süden gebaut bekommen. Das wäre ein Beispiel, wo man pragmatisch und ohne vorgeschobene Abwägungen und Prüfung auf allen Ebenen arbeiten soll, das heißt, die Genehmigungsverfahren sind proforma beschleunigt. Aber drei beschleunigte Verfahren nacheinander dauern auch sechs Jahre, während das unbeschleunigte Verfahren fünf Jahre dauert, also hat man eigentlich nichts gewonnen. Im Grunde geht es darum, es möglichst vielen Parteien recht zu machen und das schreit nach Transparenztools. Die Brücken, die anfangen in Deutschland zu zerbröseln, sind keine Überraschung. Etwas mehr Transparenz wäre, über wie viele wir sprechen, wann welche fällig sind oder wie man das Ganze ausgestalten kann. Auch die Baustellen auf den Autobahnen und wie lange sie dauern oder wo sie sich befinden, ist ein absoluter Fall von Intransparenz. Und das sind eigentlich Dinge, mit denen wir täglich zu tun haben und wo es bislang schon irgendwie ging.

Aber wir sehen, dass die Nachteile einer Nichtdigitalisierung den Vorteilen wenn es um smarte Infrastrukturen oder fundamentalte Fragen des Wandels geht, überwiegen. Ob jetzt die AI die menschliche Intelligenz an irgendeiner Stelle ablöst, würde ich überall da sehen, wo standardisiert gearbeitet wird. Aber da hoffe ich, dass diese Art der Arbeit nicht zu viele vermissen. Überall dort, wo es darum geht, das Unbekannte tatsächlich zu explorieren und bei allen Themen, wo wir die Hochschule sehr stark im Zentrum sehen, da würde es mich wundern, wenn das tatsächlich maschinell anders gelöst werden könnte. Es gibt natürlich Zufallsgeneratoren und ähnliches, aber das zu formen und zu prägen, wird niemals durch andere Konstellationen passieren als durch Menschen. Also die Sorge teile ich an der Stelle nicht.

Elsholz Da kann ich mich direkt anschließen und würde auch unsere Aufgabe als Universitäten eher darin sehen, die Studierenden zu befähigen mit Digitalisierung und mit KI umzugehen, nicht nur technologisch, sondern auch um Reflexionskompetenzen zu entwickeln: Was bedeutet der Einsatz? Welche Folgen hat das? Wie kann ich das für Transfer nutzen? Das ist eher die Aufgabe. Aber die Sorge, dass KI den Menschen ersetzt, teile ich auch nicht.

Beise Wir sind jetzt in der Schlussrunde. Frau Diehl, zuerst Sie und danach Herrn Nassehi. Wir haben jetzt natürlich über Verwaltung gesprochen, über Politik, über Wirtschaft. Und das gehört ja zu unserem Thema „Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck“. Sie haben gesagt, dass Unternehmen die Wissenschaft brauchen. Ich komme am Ende zur Wissenschaft zurück, um die es uns hier in erster Linie geht. Wie lauten die für heute letzten Forderungen einer Sprunginnovationenmanagerin an die Wissenschaft?

Diehl Reden Sie mit uns. Wir wollen von der Wissenschaft lernen. Wir wollen gerne mit den tatsächlichen Innovatoren und Innovatorinnen, die an wirklich spannenden Sachen arbeiten und davon getrieben und motiviert sind, hören, damit ihre Forschung jenseits der akademischen Fachcommunity Wirkung entfalten kann. Ich denke, wir sind noch nicht sehr gut darin, die Botschaft tatsächlich an die Innovationstreibenden direkt heranzutragen, aber wir sind auf der Ebene der Transfercommunity und anderes mehr gut verankert. Bei den Innovatoren und Innovatorinnen ist aber durchaus noch Luft nach oben. „Come in and find out“, also neugierig sein, auf uns zugehen und mit uns reden.

Beise Das war Ihr Wunsch und Ihre Forderung. Ganz herzlichen Dank nach Berlin. Herr Nassehi, Sie haben das Schlusswort. Was nehmen Sie von dieser Runde, von der ganzen Tagung mit nach München?

Nassehi Ich nehme tatsächlich die schöne Metapher vom Maschinenraum mit, mit der Sie begonnen haben. Denn ich bin Professor geworden, um im Maschinenraum zu arbeiten, und zwar im Maschinenraum der Wissenschaft. Es ist ein anderer Maschinenraum, und das kann man an dem eigentlichen banalen Beispiel der Trasse sehr schön deutlich machen: Eigentlich ist es simpel, eine Trasse zu bauen. Dann stoßen wir aber auf ein Gesellschaftssystem, in dem es fast nichts Komplizierteres gibt, als so eine Trasse zu bauen. Das ist eine unfassbar schwierige, nicht politische, nicht technische, wissenschaftliche, sozialwissenschaftliche oder soziologische Frage.

Ich habe darüber gerade ein Buch geschrieben. Wir wissen gar nicht, wer das Subjekt „Wir" eigentlich ist, weil wir uns das immer imaginieren, um leichtere Sätze sagen zu können. Dann stellen wir fest: Obwohl wir es wissen, ist es offensichtlich nicht so einfach umsetzbar. Und da liegt die Herausforderung. Dafür braucht man Wissenschaft, die das Problem kontrolliert aufgreift. Dann kann man eine Erklärung anbieten, die aber nicht einfach heißt „Das geht nicht und ich weiß auch warum". Sondern die Erklärung kann die Strukturen beschreiben, unter denen dann doch etwas möglich ist. Es liegt dann vielleicht nicht an schlechten Politikern, einer falschen Kultur, falschen Konzepten oder zu viel oder zu wenig Verwaltung, sondern es hat strukturelle Gründe, warum das eigentlich nicht geht.

Wir machen immer den Witz, dass, wenn die Eisenbahn noch nicht erfunden wäre, man sie in Deutschland wahrscheinlich nicht bauen könnte. Da ist was dran, aber spannend ist das Warum. Und deshalb ärgere ich mich auch über mein eigenes Fach, dass wir oftmals zu feige sind, diese einfachen Fragen zu stellen und dann zu sagen, wir haben methodisch kontrollierte Mittel, mit denen man das aufgreifen kann, und zwar sowohl theoretisch als auch empirisch. Das Interessante wäre doch, wenn man diesen Transfer wirklich ernst meint, dann müsste er schon in der Wissenschaft sein. Das ähnelt der Frage von Frau Spiel zur Bildung vorhin. Bildung lässt sich nicht einfach über Lehrpläne regeln, sondern es lässt sich über Denkungsarten regeln. Und dafür sind Leute wie wir da. Ob KI uns einmal ersetzen wird, das wissen wir nicht. Wenn wir aber historisch schauen und an die Revolution des Buchdrucks denken, stellen wir fest, dass Autoren von Büchern ersetzt wurden. Diskurse finden zwischen den Köpfen und nicht in den Köpfen statt, aber wir haben uns bis heute nicht daran gewöhnt. Wir rechnen immer noch Einzelnen zu, statt die Frage zu stellen, in welchen Netzen eigentlich ein Gedanke entsteht. Und in der digitalisierten Welt potenziert sich das

sogar noch. Wir werden mit ganz neuen Zurechnungsfragen zu tun haben. Und die spannende Frage ist: Wie geht man dann damit um?

Beise Ich erweise Ihnen meine Ehrerbietung dahin gehend, dass ich einen Satz von Ihnen noch mal als allerletzten Satz wiederhole, den Sie vorhin an die Wissenschaft gerichtet haben: „Wir müssen endlich wieder anfangen, Probleme zu erfinden." Das fand ich einen wunderschönen Satz und es ist ein guter Schlusssatz, mit dem ich diese Runde beende. Ich danke Ihnen sehr und übergebe, so wie es angefangen hat, noch einmal an Professor Lenzen.

Dieter Lenzen

Schlusswort

Ich habe mir gedacht, von den vier Blöcken, die wir erlebt haben, den mir jeweils wichtigsten Satz anzumerken und mit einer Frage zu verbinden.

Den gestrigen Abend fand ich großartig. Der für mich erste wichtigste Satz kam von Herrn Voßkuhle, und den hat er ja mehrfach wiederholt: Demut gegenüber den Termini Wahrheit und Rationalität zu haben. Die anschließende Diskussion hat bei der Frage, was Wahrheit ist und ob wir uns da etwas zurücknehmen sollten, ein wenig Turbulenzen bekommen. Vielleicht hilft – und das ist die Frage – eine eindeutigere Differenzierung zwischen Gewissheit und Wahrheit weiter. Wahrheit ist nämlich oft ein emphatisch vorgetragener Begriff. Gewissheit bezieht sich auf das, was tatsächlich der Fall ist und Wahrheit auf das, was die Substanz des Gesagten ist. Die Zehn Gebote sind mit großer Gewissheit nicht von Moses in Tafeln gemeißelt worden. Warum sollte er auch bei einem Gespräch mit Gott einen Meißel oder Hammer mitnehmen? Das ist unwahrscheinlich, es ist nicht gewiss. Aber normativ wahr sind die Zehn Gebote trotzdem, jedenfalls für eine bestimmte Community.

Heute Morgen haben wir, zweitens, uns im Grunde mit dem Verhältnis der Abhängigkeit von Wissenschaft und Politik zueinander und der

Frage, ob diese Sphären klar getrennt bleiben müssen, befasst. Ich würde sagen, sie waren noch nie getrennt, sondern es ist vielleicht eine Realfiktion gewesen. Herr Merkel hat betont, dass Politik mit Wissenschaft aber nicht verheiratet werden kann.

Wir sprachen gestern über Herrn Lauterbach, der in der eigenen Person so eine Verbindung repräsentiert. Ich würde eher die Frage stellen: Wer kann es am besten? Und genau der soll es dann machen. Es ist mir egal, ob es ein Politiker oder ein Wissenschaftler ist, oder vielleicht eine Mischung aus beiden oder auch ein Team, in dem alles enthalten ist. Alles verbindet sich, und das ist auch mit der Frage der Verantwortung gemeint. Ich hätte nichts dagegen, wenn Wissenschaftler an Entscheidungen beteiligt sind, im Sinne von „Wir machen es jetzt so" und nicht „Ich rate". Allerdings muss dann Transparenz herrschen. Diese Transparenz haben wir jetzt noch nicht, aber faktisch sind Wissenschaftler natürlich daran beteiligt, und das schon seit langem.

Ich habe 1971 als junger Assistent im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen angefangen. Da sollten wir – das war die Bitte des Ministers, auch durchaus charmant vorgetragen – beweisen, dass die Zusammenführung der gymnasialen Oberstufe mit der Vollzeitberufsschule der einzig richtige Weg ist. Das war ein sozialdemokratisches Programm. Das heißt, der Auftrag war genau das zu beweisen. So platt macht das heute keiner mehr, aber faktisch findet es natürlich immer wieder statt.

Der dritte Block hat sich mit Internationalisierung beschäftigt und natürlich auch der Frage: Wie gehen wir eigentlich mit der Situation in der Ukraine um? Ich möchte nachdrücklich meine Meinung äußern, dass die Entscheidung der Hochschulrektorenkonferenz zu einem Moratorium absolut richtig war. Ich würde sogar noch weitergehen und auch individuelle Kontakte nur noch under cover stattfinden lassen. Wir wollen doch erzielen, dass die Führung in Russland sagt: Oh, wir verlieren etwas. Wenn wir aber so halbherzig herangehen und sagen: Ein bisschen Gas hätten wir schon noch ganz gerne, aber im Übrigen machen wir die Sanktionen mit, ist das meines Erachtens gar nichts. Man muss unter Umständen Verzicht üben, und zwar nicht nur auf Gas, sondern dann auch eine zeitlang auf Erkenntnisse. Was im Hinblick auf Kooperation fehlt, wäre die Frage, ob wir eigentlich eine Kooperationsstrategie haben. Und diese Frage muss gestellt werden. Doch wir handeln immer nur von Fall zu Fall. China ist der nächste Fall – und das ist inzwischen ein „Riesenfall". Was uns fehlt, ist eine Gesamtstrategie für Kooperationen im internationalen Raum.

Hervorragend fand ich den Vorschlag des Kollegen aus Warschau, der uns ja noch einmal deutlich gemacht hat, dass wir uns schon jetzt damit be-

schäftigen müssen, wie es denn weitergeht, wenn der Krieg zu Ende ist oder aber eben nicht zu Ende geht. Ich glaube, wir brauchen eine Doppelstrategie, nämlich eine solche, die für den Fall A, das ukrainische wissenschaftliche Personal kehrt zurück, die Möglichkeit ventiliert und bei der Umsetzung unterstützt. Doch wir brauchen auch eine Strategie für den anderen, ja nicht völlig unwahrscheinlichen Fall, dass sie nie wieder zurückkehren können. Wie verhalten wir uns dann hier in unserem Wissenschaftssystem?

Das vierte Ereignis war das Panel, dass sich mit Digitalisierung beschäftigte. Ich sage das jetzt in aller Freundlichkeit, denn ich finde, es war produktiv: Es sollte sich mit Digitalisierung beschäftigen, hat es aber nicht getan. Dafür hat es aber, und das ist genauso wichtig, noch einmal ventiliert, was eigentlich Transfer sein kann. Ich finde den Hinweis von Herrn Nassehi richtig, Transfer durch den Begriff Übersetzung auszutauschen. Es handelt sich in der Tat nicht um einen Warentransfer, sondern wir haben doch das Phänomen, dass die beiden Beteiligten – Wissenschaft auf der einen und Wirtschaft auf der anderen Seite – häufig nicht voneinander wissen, was sie miteinander machen könnten. Das heißt, die Wirtschaft weiß zuweilen nicht, welche Forschungen es gibt, die man gebrauchen könnte. Und umgekehrt ist im wissenschaftlichen Bereich häufig bekannt, was eigentlich gesucht wird.

Ich nenne ein Beispiel: Wir haben in Berlin an der Universität einen „BioClub“ (so nannte sich das) etabliert. Da hat jemand vorgetragen, der sich mit der Beschichtung von Lilien beziehungsweise Wasserlilien beschäftigt hat und der Frage, wie das Wasser davon abperlt. Das sehen Sie eigentlich nicht, wenn Sie sich so etwas anschauen. Zufällig saß dort aber jemand, der Stents für Herzen herstellte und sofort erkannte: Diese Beschichtung brauche ich, damit das Blut sich nicht festsetzt und dann wieder gerinnt. Und in der Tat ist daraus eine große Firma geworden. „Übersetzung“ fand in diesem Fall durch den Club statt. Und anschließend muss der Transfer folgen.

Es gibt übrigens, was diese Arten von Arbeiten ins Ungewisse hinein angeht, ein sehr interessantes Buch von der Ökonomin Saras D. Sarasvathy über Entrepreneurship (Effectuation: Elements of Entrepreneurial Expertise). Sie sagt: Hört auf mit Businessplänen. Ihr braucht Effectuation. Das heißt, ihr müsst eine Chance aufgreifen, die sich ergibt und dann keinen Businessplan machen, sondern erst mal einfach reingehen. Und wenn man ein Stückchen weiter ist, dann kann man sich auch mit Businessplänen beschäftigten. Aber wenn man sich vornimmt, ich will dies und das produzieren und mache einen Businessplan, dann ist es schon schwierig ihn überhaupt umzusetzen, weil alle Unbekannten, die dann irgendwann auftauchen, nicht eingeplant sind und womöglich abschrecken.

Am Ende richte ich meinen Dank an alle. Ich kann Sie nicht alle einzeln aufzählen. Für mich war es eine großartige Tagung und Sie wären wahrscheinlich auch nicht aus Höflichkeit geblieben, wenn Sie nichts davon gehabt hätten. Alles Gute, kommen Sie gut nach Hause. Und ich freue mich, wenn ich Sie hier oder da wiedersehen kann.

Anhang

Verzeichnis der Referenten und Diskussionsteilnehmer

Prof. Dr. **Ulrike Ackermann**, 1. Vorsitzende des John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e.V., Bad Homburg

Prof. Dr**. Peter-André Alt**, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn

Prof. Dr. **Heinrich Arnold**, Geschäftsführer Deutsche Digital, Berlin

Dr. **Marc Beise**, Leiter Ressort Wirtschaft, Süddeutsche Zeitung, München

Prof. Dr**. Antje Boetius**, Direktorin Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, Bremerhaven

Prof. Dr. **Kurt Deketaleare**, Secretary-General, League of European Research Universities, Leuven

Barbara Diehl, Chief Partnership Officer, Bundesagentur für Sprunginnovationen, Leipzig

Prof. Dr. **Uwe Elsholz**, Lehrgebiet Lebenslanges Lernen, Prorektor für Weiterbildung, Transfer und Internationalisierung,
Fern-Universität Hagen

Dirk Fischer, Ehrenvorsitzender CDU Hamburg

Barbara Frenz, Geschäftsführerin der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Prof. Dr. **Markus Gabriel**, Lehrstuhl für Erkenntnistheorie, Philosophie der Neuzeit und Gegenwart, Internationales Zentrum für Philosophie NRW, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Thomas Gazlig, Managing Director, Business Division, Charité BIH Innovation, Charité-Universitätsmedizin Berlin

Staatssekretär Dr. **Dirk Günnewig**, Ministerium der Finanzen, Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. **Barbara Hans**, Coaching, Beratung, Moderation, Hamburg

Prof. Dr. **Hauke Heekeren**, Präsident der Universität Hamburg

Prof. Dr. **Stefan Hertwig**, Partner CBH Rechtsanwälte

Prof. Dr. **Hans Hofmann**, Ministerialdirektor a.D., ehem. Leiter der Abteilung Staatsrecht, Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Bundesministerium des Innern und für Heimat; Honorarprofessor Juristische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin

Pawel Kuglarz, Rechtsanwalt, Direktor der Österreichischen Rechtsschule, Jagiellonische Universität, Krakow

Prof. Dr. **Stephanie Kurzenhäuser-Carstens**, Gesundheitspsychologie & Methoden, FOM Hochschule für Ökonomie & Management, Essen

Prof. Dr. Dr. h.c. **Dieter Lenzen**, Präsident a.D., Universität Hamburg

Prof. Dr. **Sabine Maasen**, Professur für Wirtschafts- und Innovationsforschung, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Hamburg

Prof. Dr. **Wolfgang Merkel**, Direktor Abteilung Demokratie und Demokratisierung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH, Berlin

Prof. Dr. **Jan-Werner Müller**, Department of Politics, Princeton University

Dr.-Ing. **Horst Nasko**, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes, Heinz Nixdorf Stiftung, München

Prof. Dr. **Armin Nassehi**, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie und Gesellschaftstheorie, Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. **Florian Rauser**, Vizepräsident Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter

Dr. **Birgitt Riegraf**, Präsidentin der Universität Paderborn

Dr. **Jeanne Rubner**, Redaktionsleiterin, Wissen und Bildung aktuell, Bayerischer Rundfunk, München

Prof. Dr. **Viola Schmid**, Fachgebiet Öffentliches Recht, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität Darmstadt

Dr. h.c. **Heike Schmoll**, Verantwortliche Redakteurin für Wissenschaft und Bildung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berlin

Prof. Dr. **Kai-Uwe Schnapp**, Professor für Politikwissenschaft, Universität Hamburg

Dr. **Bernadett Simon**, Leiterin Abteilung Transfer, Dezernat Forschungsmanagement, Universität Köln

Prof. em. Dr. Dr. **Christiane Spiel**, Bildungspsychologie und Evaluation, Institut für Psychologie der Entwicklung und Bildung, Universität Wien

Prof. Dr. **Klaus Tanner**, Ordinarius für Systematische Theologie und Ethik, Theologisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. **Andreas Voßkuhle**, Direktor Institut für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Dr. **Ulrich Wandschneider**, Geschäftsführer beebusy capital GmbH Hamburg; Mitglied des Kuratoriums der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Prof. Dr. **Robert Zepf**, Leitender Direktor der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

Redaktionelle Nachbemerkung

Die Hanns Martin Schleyer-Stiftung und die Heinz Nixdorf Stiftung veranstalteten gemeinsam mit der Universität Hamburg vom 22.-23. März 2022 das XVI. Hochschulsymposium „Transfer total? Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck“ im Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg. Mehr als 150 Teilnehmende aus Wissenschaft und Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sowie den Medien waren anwesend.
Die hier veröffentlichten Referate und Diskussionsbeiträge entsprechen der Transkription eines Audiomitschnitts, die von den Verfassern zum Teil leicht überarbeitet wurden, oder den Textfassungen der Vorträge.
Soweit persönliche Daten bzw. Funktionen aufgeführt sind, beziehen sie sich auf den Veranstaltungszeitpunkt.

Fotografien: Axel Joerss, Leichlingen
Redaktion: Dorothee Fleischmann, Nicole Mende
Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Schriftleitung: Barbara Frenz,
Geschäftsführerin Hanns Martin Schleyer-Stiftung

HANNS MARTIN
SCHLEYER-STIFTUNG
FREIHEIT DEMOKRATIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Albrechtstraße 22
10117 Berlin
Telefon: +49 30 2790 7164
Fax: +49 30 2790 8743
E-Mail: info@schleyer-stiftung.de
Internet: www.schleyer-stiftung.de

Bankverbindung
Deutsche Bank Köln,
IBAN DE35370700240110999000
BIC DEUTDEDBKOE

Veröffentlichungen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Eberhard von Brauchitsch
Karl Carstens
Wirtschaft und Staat: Antworten auf Herausforderungen
Köln 1979 – vergriffen –

Walter Kannengießer (Hrsg.)
Vermögensbildung – Kapitalbildung – Krisenvorbeugung
Forum Bonn 1979 – vergriffen – Band 1

Diether Stolze (Hrsg.)
Erneuerungskräfte freiheitlicher Ordnung
Kongress Innsbruck 1980 – vergriffen – Band 2

Kurt Reumann (Hrsg.)
Jugend heute: Aufbruch oder Aufstand?
Essener Universitäts-Symposium 1981 – vergriffen – Band 3

Günther von Lojewski (Hrsg.)
Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer?
Probleme und Antworten auf eine Herausforderung
Forum Berlin 1981 – vergriffen – Band 4

Werner Gumpel (Hrsg.)
Alltag im Sozialismus
Symposium München 1981 – vergriffen – Band 5

Henning Günther
Die verwöhnte Generation?
Lebensstile und Weltbilder 14–19-Jähriger
Köln 1982 – vergriffen – Band 6

Erich E. Geißler (Hrsg.)
Bildung und Erziehung – notwendige Korrekturen im Schulverständnis?
Symposium Bonn 1982 – vergriffen – Band 7

Clemens-August Andreae (Hrsg.)
Kunst und Wirtschaft
Symposium Mainz 1982 – vergriffen – Band 8

Franz Thoma (Hrsg.)
Mehr Markt oder mehr Dirigismus?
Ökonomisches Denken im Umgang mit knappen Gütern
Kongress Innsbruck 1982 – vergriffen – Band 9

Nikolaus Lobkowicz (Hrsg.)
Irrwege der Angst – Chancen der Vernunft. Mut zur offenen Gesellschaft
Kongress München 1983 – vergriffen – Band 10

Lothar Wegehenkel (Hrsg.)
Umweltprobleme als Herausforderung der Marktwirtschaft –
Neue Ideen jenseits des Dirigismus
Symposium Stuttgart 1983 – vergriffen – Band 11

Rupert Scholz (Hrsg.)
Kreativität und Verantwortung –
Mitbestimmung in Wissenschaft, Medien und Kunst
Forum Berlin 1983 – vergriffen – Band 12

Rudolf Walter Leonhardt (Hrsg.)
Die Lebensalter in einer neuen Kultur?
Zum Verhältnis von Jugend, Erwerbsleben und Alter
Kongress Essen 1983 – vergriffen – Band 13

Werner Gumpel (Hrsg.)
Das Leben in den kommunistischen Staaten –
zum alltäglichen Sozialismus
Symposium München 1984 – vergriffen – Band 14

Clemens-August Andreae und Engelbert Theurl (Hrsg.)
Marktsteuerung im Gesundheitswesen
Symposium Mainz 1984 – vergriffen – Band 15

Nikolaus Lobkowicz (Hrsg.)
Das europäische Erbe und seine christliche Zukunft
Kongress München 1984 – vergriffen – Band 16

Clemens-August Andreae (Hrsg.)
Quellen des Wachstums
Kongress Innsbruck 1984 – vergriffen – Band 17

Rupert Scholz (Hrsg.)
Wandlungen in Technik und Wirtschaft als Herausforderung des Rechts
Kongress Berlin 1984 – vergriffen – Band 18

Friedrich August von Hayek
Die Überheblichkeit der Vernunft
Ernst Nolte
Über den historischen Begriff des „Liberalen Systems"
Hanns Martin Schleyer-Preise 1984 und 1985, Stuttgart – vergriffen – Band 19

Konrad Adam (Hrsg.)
Kreativität und Leistung –
Wege und Irrwege der Selbstverwirklichung
Kongress Essen 1985 – vergriffen – Band 20

Gerhard Prosi (Hrsg.)
Weltwirtschaft – Pazifische Herausforderung und europäische Antwort
Kongress Innsbruck 1986 – vergriffen – Band 21

Klaus Hildebrand (Hrsg.)
Wem gehört die deutsche Geschichte?
Deutschlands Weg vom alten Europa in die europäische Moderne
Symposium Berlin 1986 – vergriffen – Band 22

Jürgen Mittelstraß (Hrsg.)
Wissenschaftlich-technischer Fortschritt als Aufgabe
in einer freiheitlichen Kultur
Symposium München 1986 – vergriffen – Band 23

Karl Carstens
Gesetzesgehorsam in der freiheitlichen Demokratie
Hans-Georg Gadamer
Die anthropologischen Grundlagen der Freiheit des Menschen
Hanns Martin Schleyer-Preise 1986 und 1987, Stuttgart – vergriffen – Band 24

Rupert Scholz (Hrsg.)
Wandel der Arbeitswelt als Herausforderung des Rechts
Kongress Berlin 1987 – vergriffen – Band 25

Michael Zöller (Hrsg.)
Der Preis der Freiheit – Grundlagen, aktuelle Gefährdungen und Chancen der offenen Gesellschaft
Symposium Köln 1987 – vergriffen – Band 26

Werner Gumpel (Hrsg.)
Die Zukunft der sozialistischen Staaten
Symposium München 1988 – vergriffen – Band 27

Jürgen Mittelstraß (Hrsg.)
Wohin geht die Sprache? Wirklichkeit – Kommunikation – Kompetenz
Kongress Essen 1988 – vergriffen – Band 28

Golo Mann
Gedanken über den Terrorismus in unserer Zeit
Otto Schulmeister
Österreichs „Deutsche Frage"
Hanns Martin Schleyer-Preise 1988 und 1989, Stuttgart – vergriffen – Band 29

Joachim Starbatty (Hrsg.)
Europäische Integration: Wieviel Wettbewerb – Wieviel Bürokratie?
Kongress Innsbruck 1989 – vergriffen – Band 30

Günter Nötzold (Hrsg.)
Die Stunde der Ökonomen – Prioritäten nach der Wahl in der DDR und die Zukunft der europäischen Wirtschaftsbeziehungen
Symposium Leipzig 1990 – vergriffen – Band 31

Klaus J. Hopt (Hrsg.)
Europäische Integration als Herausforderung des Rechts: Mehr Marktrecht – weniger Einzelgesetze
Kongress Berlin 1990 – vergriffen – Band 32

Werner Gumpel (Hrsg.)
Sowjetunion – was nun? Zwischenbilanz und Perspektiven einer neuen politischen Ordnung in Ost- und Südosteuropa
Symposium München 1991 – vergriffen – Band 33

Reiner Kunze
Das unersetzbare Gedicht. Eine Anthologie, herausgegeben in Form eines Vortrags
Kurt Masur
Mensch und Musik
Hanns Martin Schleyer-Preise 1990 und 1991, Dresden – vergriffen – Band 34

Michael Zöller (Hrsg.)
Europäische Integration als Herausforderung der Kultur: Pluralismus der Kulturen oder Einheit der Bürokratien?
Kongress Erfurt 1991 – vergriffen – Band 35

Eine neue deutsche Interessenlage?
Vortrag und Diskussionsbeiträge v. Arnulf Baring u. a.
Forum Stuttgart 1992 – vergriffen – Band 36

Gerhard Prosi und Christian Watrin (Hrsg.)
Dynamik des Weltmarktes – Schlankheitskur für den Staat?
Kongress Innsbruck 1992 – vergriffen – Band 37

Friedhelm Hilterhaus und Michael Zöller (Hrsg.)
Kirche als Heilsgemeinschaft – Staat als Rechtsgemeinschaft: Welche Bindungen akzeptiert das moderne Bewußtsein?
Symposium Weimar 1992 – vergriffen – Band 38

Birgit Breuel
Aus persönlicher Erfahrung erwächst Zuversicht – Privatisierung in Ostdeutschland
Franz König
Christentum und Islam
Hanns Martin Schleyer-Preise 1992 und 1993, Stuttgart – vergriffen – Band 39

Rupert Scholz (Hrsg.)
Deutschland auf dem Weg in die Europäische Union:
Wieviel Eurozentralismus – Wieviel Subsidiarität?
Kongress Essen 1993 – vergriffen – Band 40

Arnulf Baring und Rupert Scholz (Hrsg.)
Eine neue deutsche Interessenlage?
Koordinaten deutscher Politik jenseits von Nationalismus und Moralismus
Symposium Berlin 1993 – vergriffen – Band 41

Friedhelm Hilterhaus und Werner Kaltefleiter (Hrsg.)
Deutschland: Zwischen Reformbedürftigkeit und Reformfähigkeit.
Neue Soliditätsbasis, neue Wettbewerbsstärke – Prioritätenwechsel
in der Politik: Wo ansetzen, wie umsetzen?
Symposium 1994 – vergriffen – Band 42

Andrej Gurkow und Valentin Zapevalov (Hrsg.)
Rußland auf dem Weg zur Neuformierung von Interessen, Macht und
Strukturen – Lage und Perspektiven aus der Sicht „neuer" Russen
Symposium Berlin 1994 – vergriffen – Band 43

Hermann Lübbe
Die Freiheit, die Wohlfahrt und die Moral
Bernd Rüthers
Sprache und Recht
Hanns Martin Schleyer-Preise 1994 und 1995, Stuttgart – vergriffen – Band 44

Gerhard Prosi und Christian Watrin (Hrsg.)
Gesundung der Staatsfinanzen –
Wege aus der blockierten Gesellschaft
Kongress Innsbruck 1995 – vergriffen – Band 45

Friedhelm Hilterhaus und Rupert Scholz (Hrsg.)
Medienentwicklung: Von der Selektion der Anbieter zur Selektion der Bürger –
Individualisierung der Nachfrage als Gefährdung der kulturellen Integration?
Symposium Berlin 1995 – vergriffen – Band 46

Rupert Scholz (Hrsg.)
Europäische Integration – schon eine „Union des Rechts“?
Zwischen Erfolgsbilanz und Balanceverlust
Kongress Essen 1996 – vergriffen – Band 47

Hermann Rappe
Soziale Marktwirtschaft –
unsere gemeinsame Grundlage
Ernst Joachim Mestmäcker
Risse im europäischen Contrat Social
Hanns Martin Schleyer-Preise 1996 und 1997, Stuttgart – vergriffen – Band 48

Michael Zöller (Hrsg.)
Informationsgesellschaft – von der
organisierten Geborgenheit zur unerwarteten Selbständigkeit?
Kongress Essen 1997 – vergriffen – Band 49

GEDENKVERANSTALTUNG
Aus Anlass der 20. Wiederkehr des Todestages von Hanns Martin Schleyer
Stuttgart 1997 – vergriffen – Band 50

Friedhelm Hilterhaus und Rupert Scholz (Hrsg.)
Rechtsstaat – Finanzverfassung – Globalisierung
Neue Balance zwischen Staat und Bürger
Symposium Berlin 1997 – vergriffen – Band 51

Christian Smekal und Joachim Starbatty (Hrsg.)
Der Aufbruch ist möglich: Standorte und Arbeitswelten zwischen
Globalisierung und Regulierungsdickicht. Mittelstand und „neue
Selbständigkeit“ als Innovationskräfte im Strukturwandel?
Kongress Innsbruck 1998 – vergriffen – Band 52

Reinhard Mohn
Auf dem Wege vom Obrigkeitsstaat zur Bürgergesellschaft
Elisabeth Noelle-Neumann
Zauber der Freiheit
Hanns Martin Schleyer-Preise 1998 und 1999, Stuttgart – vergriffen – Band 53

Rupert Scholz (Hrsg.)
Europa als Union des Rechts – eine notwendige Zwischenbilanz im Prozess der Vertiefung und Erweiterung
Kongress Leipzig 1999 – vergriffen – Band 54

Michael Zöller (Hrsg.)
Vom Betreuungsstaat zur Bürgergesellschaft – Kann die Gesellschaft sich selbst regeln und erneuern?
Symposium Köln 2000 – vergriffen – Band 55

Arnulf Melzer und Gerhard Casper (Hrsg.)
Wie gestaltet man Spitzenuniversitäten? – Antworten auf internationale Herausforderungen
Symposium München 2001 Band 56

Paul Kirchhof
Weltweites Handeln und individuelle Verantwortung
Helmuth Rilling
Musik – Brücke zwischen Menschen
Hanns Martin Schleyer-Preise 2000 und 2001, Stuttgart – vergriffen – Band 57

Christian Smekal und Joachim Starbatty (Hrsg.)
Old and New Economy auf dem Weg in eine innovative Symbiose? Dominanz der Prozesse – Flexibilität der Strukturen – Konstanz der ökonomischen Grundregeln
Kongress Innsbruck 2001 – vergriffen – Band 58

Jürgen Mlynek (Hrsg.)
Die Zukunft der Hochschulfinanzierung – qualitäts- und wettbewerbsfördernde Impulse
Symposium Berlin 2002 Band 59

Rupert Scholz (Hrsg.)
Europa der Bürger? Nach der Euro-Einführung und vor der EU-Erweiterung – Zwischenbilanz und Perspektiven
Kongress, Essen 2002 – vergriffen – Band 60

Joachim Fest,
Geschichte und Geschichtsschreibung
Hans Peter Stihl
Die Verantwortung von Wirtschaftsverbänden
in einem freiheitlich verfassten Staat
Hanns Martin Schleyer-Preise 2002 und 2003, Stuttgart – vergriffen – Band 61

Arnulf Melzer (Hrsg.)
Gesundheit fördern – Krankheit heilen
Neue Wege im Zusammenwirken von Naturwissenschaft – Medizin – Technik
Kongress, München 2003 – vergriffen – Band 62

Jürgen Mlynek (Hrsg.)
„Und sie bewegt sich doch!"
Universität heute: Zwischen Bewährtem und Veränderungsdruck –
Finanznot und Wettbewerb als Chancen für Innovation?
Symposium, Berlin 2004 Band 63

Tassilo Küpper (Hrsg.)
Demographischer Wandel als Innovationsquelle für Wirtschaft und Gesellschaft
Forum, Köln 2004 – vergriffen – Band 64

Bernd Huber (Hrsg.)
Humboldt neu denken – Qualität und Effizienz der ‚neuen' Universitas:
Notwendigkeiten, Wege und Grenzen der Profilierung im Spiegel
nationaler und internationaler Herausforderungen
Symposium, München 2005 Band 65

Meinhard Miegel
Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung – ein Gleichklang?
Hubert Markl
Freiheit und Verantwortung
Hanns Martin Schleyer-Preise 2004 und 2005, Stuttgart Band 66

Ulrich Blum und Joachim Starbatty (Hrsg.)
Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung:
Wege aus dem Druckkessel
Kongress, Berlin 2005 – vergriffen – Band 67

Horst Michna, Peter Oberender, Joachim Schultze und Jürgen Wolf (Hrsg.)
„... und ein langes gesundes Leben" – Prävention auf dem Prüfstand: Wieviel organisierte Gesundheit – wieviel Eigenverantwortung?
Kongress, Köln 2006 Band 68

Herrmann Lübbe
Gemeinwohl und Bürgerinteressen. Über die abnehmende politische Repräsentanz des Common Sense.
Friedwart Bruckhaus Förderpreise – Forum Berlin 2006 Band 69

Dr. Klaus von Dohnanyi
Vielfalt oder Gleichheit? – Zur politischen Kultur Deutschlands
Günter de Bruyn
Über erträumte und gelebte Freiheit
Hanns Martin Schleyer-Preise 2006 und 2007, Stuttgart Band 70

Dieter Lenzen (Hrsg.)
Going Global: Die Universitäten vor neuen nationalen und internationalen Herausforderungen
Symposium, Berlin 2007 Band 71

Wolfgang Bruncken und Barbara Frenz (Hrsg.)
Die Freiheit ist stärker – Bleibende Verantwortung für Staat und Bürger
Gedenkveranstaltung, Berlin 2007 Band 72

Axel Freimuth (Hrsg.)
Bildung ohne Grenzen – Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands in der Globalisierung
Forum, Köln 2007 – vergriffen – Band 73

Clemens Fuest, Martin Nettesheim und Rupert Scholz (Hrsg.)
Lissabon-Vertrag: Sind die Weichen richtig gestellt? – Recht und Politik der Europäischen Union als Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik
Kongress, Berlin 2008 – vergriffen – Band 74

Wolfgang A. Herrmann
Wissenschaft „Made in Germany" – Zehn Jahre Hochschulreformen: Wie die deutschen Universitäten ihre Zukunft gestalten
Symposium, München 2009 Band 75

Joachim Milberg
Vertrauen und Zukunft – Zum Innovationsklima in Deutschland
Helmut Kohl
Ich habe einen Freund verloren
Hanns Martin Schleyer-Preise 2008 und 2009, Stuttgart Band 76

Christian Calliess und Karl-Heinz Paqué (Hrsg.)
Deutschland in der Europäischen Union im kommenden Jahrzehnt – Kreativität und Innovationskraft: Neue Impulse für Staat, Markt und Zivilgesellschaft
Kongress, Dresden 2010 Band 77

Wolfgang A. Herrmann (Hrsg.)
Talente entdecken – Talente fördern: Bildung und Ausbildung an den Hochschulen in Deutschland
Symposium, München 2011 – vergriffen – Band 78

Jean-Claude Juncker
Wir brauchen Europa
Jürgen F. Strube
Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut
Hanns Martin Schleyer-Preise 2010 und 2011, Stuttgart – vergriffen – Band 79

Karl Max Einhäupl (Hrsg.)
Chancen und Grenzen (in) der Medizin
Kongress, Berlin 2011 Band 80

Bernd Huber und Jürgen Mlynek (Hrsg.)
Strategische Partnerschaften in der deutschen Wissenschaftslandschaft: Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
Symposium, Berlin 2012 Band 81

Gunther Schnabl und Rupert Scholz (Hrsg.)
Aufgeschlossen für Wandel – verankert in gemeinsamen Grundwerten: Demokratie und Wirtschaft in Deutschland und in der Europäischen Union
Kongress, Leipzig 2012 Band 82

Helmut Schmidt
Gewissensentscheidung im Konflikt
Helmut Maucher
Aktuelle und zukünftige Herausforderungen für die Unternehmensführung
Hanns Martin Schleyer-Preise 2012 und 2013, Stuttgart — Band 83

Werner Müller-Esterl (Hrsg.)
Die autonome Universität – ein Erfolgsmodell?
Symposium, Frankfurt am Main 2013 — Band 84

Bernhard Eitel und Jürgen Mlynek (Hrsg.)
Führen(d) in der Wissenschaft –
Sind Erfolge in der Wissenschaft auch eine Frage von Führung?
Symposium, Berlin 2014 — Band 85

Marianne Birthler
Von Deutschland nach Deutschland: Das letzte Jahr der DDR
Udo Di Fabio
Wankender Westen – Über die Grundlagen der freien Gesellschaft
Hanns Martin Schleyer-Preise 2014 und 2015, Stuttgart — Band 86

Bernd Huber (Hrsg.)
Die Universität der Zukunft
Symposium, München 2015 — Band 87

Karl Max Einhäupl (Hrsg.)
Medizin 4.0 –Zur Zukunft der Medizin in der digitalisierten Welt
Kongress, Berlin 2016 — Band 88

Wolfgang A. Herrmann (Hrsg.)
Wissenschaft als Beruf und Berufung
Symposium, Berlin 2017 — Band 89

Wolfgang Schäuble
Die offene Gesellschaft und ihre Freunde
Nicola Leibinger-Kammüller
Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Momentaufnahme
Hanns Martin Schleyer-Preise 2016 und 2017, Stuttgart — Band 90

Barbara Frenz (Hrsg.)
Aus Anlass des 40. Todestages von Hanns Martin Schleyer
zum Gedenken und Nachdenken:
Die Freiheit verteidigen, die Demokratie stärken –
eine bleibende Herausforderung
Gedenkveranstaltung gemeinsam mit dem Bundespräsidenten,
Schloss Bellevue, Berlin 2017 Band 91

Barbara Frenz, Peter M. Huber, Andreas Rödder (Hrsg.)
Die Freiheit verteidigen, die Demokratie stärken –
eine bleibende Herausforderung
Gedenksymposium, Berlin 2017 Band 92

Clemens Fuest (Hrsg.)
Europa neu (er)finden im digitalen Zeitalter? –
Freiheit, Wohlstand und europäische Integration
Kongress, Berlin 2019 Band 93

Joybrato Mukherjee (Hrsg.)
Hochschulmedizin auf dem Prüfstand
Symposium, Berlin 2019 Band 94

Clemens Fuest
Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert
Timothy Garton Ash
Zivilcourage und Toleranz im heutigen Europa
Hanns Martin Schleyer-Preise 2018 und 2019, Stuttgart 2019 Band 95

Axel Freimuth und Barbara Frenz (Hrsg.)
Zukunft der universitären Lehre
Symposium, Köln 2019 Band 96

Helga Rabl-Stadler
Salzburger Festspiele und die Kraft der Kunst gerade in schwierigen Zeiten
Wolfgang Ischinger
Gedanken zur Rolle Deutschlands und Europas angesichts einer zunehmend unsicheren und gefährlichen weltpolitischen Lage
Hanns Martin Schleyer-Preise 2020 und 2021, Stuttgart 2021 Band 97

Barbara Frenz und Dieter Lenzen (Hrsg.)

Transfer total?

Wissenschaft zwischen Kernaufgaben und neuem Erwartungsdruck

Symposium, Hamburg 2022 Band 98

HANNS MARTIN
SCHLEYER-STIFTUNG
FREIHEIT DEMOKRATIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

ISBN: 978-3-947526-05-5